Die kantonale Besteuerung der Aktiengesellschaften in der Schweiz.

Von Dr. Wilhelm Gerloff.

Einleitung.

Zu den schwierigsten Aufgaben, die das moderne Wirtschaftsleben dem Steuerrecht und der Steuerpolitik stellt, gehört unstreitig die Frage der Besteuerung der Aktiengesellschaften. Zwar können jene Kollektivunternehmungen, die man mit dem Namen Aktiengesellschaften bezeichnet, auf eine wenigstens dreihundertjährige Geschichte zurückblicken; doch taucht das Problem der Steuerpflicht der Aktiengesellschaften erst um die Mitte des vorigen Jahrhunderts auf. Es hängt dieses sowohl mit der Entwicklung, die das Steuerwesen während dieser Zeit erfahren hat, zusammen, wie auch mit der Tendenz zur Bildung kollektiver Kapitalakkumulationen, welche jenen Gesellschaften eine ungeahnte und noch stetig steigende Ausdehnung verschaffte. Mit der zunehmenden Bedeutung der Aktiengesellschaften einerseits und dem fast in jedem Staats- und Gemeindehaushalt ganz erheblich wachsenden Finanzbedarf andererseits entstand ganz von selbst das Bestreben, die Steuerhoheit, beziehungsweise die subjektive Steuerpflicht auch auf die sich innerhalb des wirtschaftlichen Machtbereichs des Staates oder der Gemeinde befindlichen Aktiengesellschaften auszudehnen.

Unter jenen Staaten, die das Problem der Besteuerung der Aktiengesellschaften zu lösen versuchten, verdient die Schweiz in besonderem Grade unsere Aufmerksamkeit. Denn obwohl dieser Bundesstaat im Vergleich zu den ihn umgebenden Grossstaaten sich nur über ein kleines Gebiet erstreckt, kann er doch eine verhältnismässig sehr grosse Anzahl von Aktiengesellschaften aufweisen. Dieses erklärt sich namentlich daher, dass die Gründung von Aktiengesellschaften in der Schweiz mit viel weniger Schwierigkeiten verknüpft ist als z. B. in Deutschland. Darum wählen auch in der Schweiz viele Unternehmungen mit genossenschaftsartigem Charakter nicht die Unternehmungsform der Genossenschaft, sondern die der

Aktiengesellschaft, zumal diese neben den Vorteilen der genossenschaftlichen Betriebsform, die namentlich der auf Namensaktien gegründeten Gesellschaft eigen sind, auch noch gewisse spezielle Vorteile jener Gesellschaftsform gewährt. Das gleiche gilt für jene Unternehmungen, die im Deutschen Reiche die Form der Gesellschaft mit beschränkter Haftung wählen würden; denn in der Schweiz existiert diese in Deutschland im Jahre 1892 mit grossem Erfolg geschaffene Gesellschaftsform nicht.

Infolgedessen ist denn auch nicht nur die Zahl, sondern auch das Kapital der schweizerischen Aktiengesellschaften überraschend gross. Und von letzterem sagte Schanz schon in seinem im Jahre 1890 erschienenen Werke: «Die Steuern der Schweiz», dass man annehmen müsse, dasselbe betrage mindestens den zehnten Teil des gesamten Vermögenssteuerkapitals der Schweiz¹⁾. Dieser Anteil muss aber in den letzten 15 Jahren noch gestiegen sein; denn das Kapital der Aktiengesellschaften, welches Furrer, auf den Schanz sich stützte, mit 973.6 Millionen Franken angab²⁾, hat sich seither fast verdoppelt.

Die hervorragende Bedeutung der schweizerischen Aktiengesellschaften ergibt sich aus einem Vergleich derselben mit den Aktiengesellschaften anderer Kulturstaaten, wie dieses folgende Tabelle zeigt³⁾:

¹⁾ Schanz: «Die Steuern der Schweiz», Bd. I, S. 91.

²⁾ Furrer: «Volkswirtschaftslexikon der Schweiz», I, S. 23 ff.

³⁾ Die Berechnung obiger Tabelle geschah auf Grund der in nachfolgenden Quellen enthaltenen Angaben und der in den betreffenden landesstatistischen Jahrbüchern enthaltenen Bevölkerungsziffern. Die Umrechnung in Franken erfolgte auf der Basis der Goldparität.

«Statistisches Jahrbuch für die Schweiz», Jahrgang 1904, S. 313.

Artikel: Aktiengesellschaften im «Wörterbuch der Volkswirtschaft», 2. Auflage, 1906.

«Compass», österreichisch-ungarisches Finanzjahrbuch, 1905, Bd. II, S. XXXIV.

«Jaarcijfers vor het Koninkrijk der Nederlanden», 1903, S. 164.

Staat	Jahr	Zahl der Aktiengesellschaften	Kapital der Aktiengesellschaften in 1000 Franken	Aktienkapital pro Kopf der Bevölkerung	Auf 100,000 Einwohner kommen Aktiengesellschaften
Schweiz . . .	1902	2,203	1,801,549	537	66.0
Preussen . . .	1902/03	2,554	8,175,521	229	7.0
Österreich . . .	1902	557	2,303,184	87	2.1
Italien . . .	1902	1,215	3,466,590	106	3.7
Niederlande . . .	1902	3,914	2,429,048	454	73.0
England . . .	1902	37,287	45,528,544	1085	89.0

Am Ende des Jahres 1903 bestanden in der Schweiz 2440 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von Fr. 1,739,659,730 ¹⁾. Jene Gesellschaften aber erstrecken sich über alle 25 Kantone, die auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung, sofern nicht Fälle interkantonaler Doppelbesteuerung in Frage stehen, völlig unabhängig sind. Natürlich bestehen zwischen den einzelnen Kantonen hinsichtlich der Zahl und des Kapitals der in denselben domizilierten Aktiengesellschaften grosse Verschiedenheiten; dennoch ist in keinem Kanton die Bedeutung der Aktiengesellschaften so gering, dass die Steuergesetzgebung auf die Dauer diese Korporationen hätte ignorieren können.

So bestanden Ende 1901 ²⁾:

im Kanton	Aktiengesellschaften	mit einem Kapital von Franken
1. Zürich	240	497,956,544
2. Bern	282	225,550,638
3. Luzern	71	96,049,910
4. Uri	4	686,000
5. Schwyz	18	9,280,250
6. Obwalden	3	2,045,000
7. Nidwalden	7	2,855,000
8. Glarus	17	8,922,148
9. Zug	14	34,365,260
10. Freiburg	69	22,217,840
11. Solothurn	62	31,168,680
12. Baselstadt	98	252,157,960
13. Baselland	16	14,410,000
14. Schaffhausen	24	33,149,840
15. Appenzell A.-Rh.	13	7,760,600
16. Appenzell I.-Rh.	2	407,875
17. St. Gallen	87	118,655,390
18. Graubünden	58	39,057,480
19. Aargau	64	60,940,200
20. Thurgau	34	15,930,220
21. Waadt	321	132,070,064

¹⁾ Beitrag zur Statistik der Aktiengesellschaften. Vom eidg. statistischen Bureau. «Zeitschrift für schweizerische Statistik», 1905, I, S. 195.

²⁾ Ebenda 1904, I, S. 109.

im Kanton	Aktiengesellschaften	mit einem Kapital von Franken
22. Tessin	49	15,913,360
23. Wallis	36	23,590,250
24. Neuenburg	165	35,610,540
25. Genf	302	200,844,812

Die bei weitem wichtigsten und interessantesten Versuche, die Steuerpflicht der Aktiengesellschaften zu regeln, haben naturgemäss die industriellen Kantone aufzuweisen, von denen sich manche jahrelang bemühten und zum Teil noch jetzt bemühen, um die Frage der Aktiengesellschaftsbesteuerung durch Eingliederung einer Spezialsteuer in das bestehende Steuersystem zu lösen, während sich die vorwiegend agrarischen Kantone damit begnügten, entweder die bestehenden Steuergesetze, so gut als es gehen mochte, auch auf die Aktiengesellschaften anzuwenden oder durch mehr oder weniger präzise Bestimmungen, die als Zusätze in die geltenden Steuergesetze aufgenommen wurden, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Aber auch der Bund sah sich veranlasst, einzuschreiten. Er hat sich bemüht, durch Gesetz und Rechtsprechung der Ausdehnung der subjektiven Steuerpflicht auf die Aktiengesellschaften gewisse Grenzen zu ziehen, um dadurch sowohl den Ansprüchen der Kantone untereinander, wie auch dem Verhältnis von Aktionär und Gesellschaft zu einander Gerechtigkeit angedeihen zu lassen. Zwar ist der Bund auf diesem Gebiete nicht sehr erfolgreich gewesen, da die Kantone alles, was etwa einen Eingriff in die kantonale Steuerhoheit hätte bedeuten können, energisch ablehnten, aber es fehlt doch auch bis in die jüngste Zeit nicht an Versuchen der Kantone, eine scharfe Abgrenzung ihrer Steuerhoheit untereinander und gegenüber den Steuerpflichtigen, gerade mit bezug auf Aktiengesellschaften und Aktionäre, durch den Bund zu erwirken ¹⁾. Denn von allen bei der Entscheidung interkantonaler Steuerkompetenzkonflikte in Betracht kommenden Fragen ist es gerade die nach der gerechten Besteuerung der Aktiengesellschaften und ihrer Anteilseigner, welche die meisten Schwierigkeiten verursacht und am wenigsten eine die Kantone befriedigende Lösung finden konnte.

Doch erscheint es keineswegs ausgeschlossen, dass unter den mannigfaltigen Formen der Aktiengesellschaftsbesteuerung, die von den einzelnen Kantonen angewandt werden, ein Modus sich die Anerkennung der Mehrzahl der Kantone erringt und dann, wenigstens seinen Prinzipien nach, für alle Glieder der Eidgenossenschaft festgelegt werden wird.

¹⁾ Vergl. unten S. 223 f.

Erster Teil.

Darstellung der kantonalen Besteuerung der Aktiengesellschaften.

Erstes Kapitel.

Die Besteuerung der Aktiengesellschaften im Rahmen eines Objektsteuersystems.

Um einen Überblick über die mannigfaltigen Steuersysteme der Kantone zu gewinnen, teilt man die Kantone zweckmässig zunächst in solche mit vorherrschendem Subjekt- und in solche mit vorwiegendem Objektsteuersystem. Letzteres begegnet uns vornehmlich in den romanischen Kantonen, deren Steuern in ihrer Entstehung zum Teil von dem benachbarten Frankreich beeinflusst worden sind, und die auch manche Eigentümlichkeit in ihrem Steuerwesen als unmittelbare Nachwirkung der in jenen Kantonen zu Anfang des vorigen Jahrhunderts bestehenden französischen Herrschaft aufweisen.

Wo ein solches Steuersystem die Grundlage bildet, bietet die Besteuerung der Aktiengesellschaften keine Schwierigkeiten. Die Objektsteuern erfassen nämlich die einzelnen Vermögensobjekte als solche, ohne Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse des Eigentümers, oder aber sie verfolgen, zumal wenn sie nicht nur Vermögensobjektsteuern, sondern auch Ertragssteuern sind, die Einkommensquellen und suchen die Objekte, aus denen das Einkommen fliesst, ohne Rücksicht auf das wirtschaftende Subjekt zu erfassen. Ein solches mehr oder minder rein ausgeprägtes Objektsteuersystem finden wir in der Schweiz zurzeit noch in den Kantonen Appenzell I.-Rh., Wallis, Genf und Freiburg.

1. Kanton Appenzell I.-Rh.

Wie ein Anachronismus, erinnernd an längst überwundene physiokratische Anschauungen, mutet uns das primitive Steuerwesen des Kantons Appenzell I.-Rh. an. Der Kanton hat es nämlich — abgesehen von Hundesteuern, Jagdpatenten u. dgl. — selbst im 20. Jahrhundert noch nicht zu einem besondern Steuergesetz bringen können. Alle bisherigen Versuche des Grossen Rates, ein Gesetz betreffend die Erhebung direkter Staatssteuern durchzubringen, sind bis zur Stunde an dem Widerstand der Landesgemeinde gescheitert¹⁾. Deshalb bildet die Grundlage

¹⁾ Vergl. Schanz: «Die Steuern der Schweiz», III, 1891, S. 18 ff. Zufolge Mitteilung der Finanzdirektion ist zurzeit wiederum eine Kommission mit der Ausarbeitung eines Entwurfs zu einem Steuergesetz, betreffend die Erhebung einer allgemeinen Vermögenssteuer, beschäftigt.

des Steuerwesens noch gegenwärtig der Art. 9 der Verfassung vom 24. Januar 1872, welcher lautet: «Zur Führung des Staatshaushaltes wird nach Erfordernis eine Grundsteuer erhoben. Allfällige Abänderungen des Steuersystems kommen einzig der Landesgemeinde zu. Nichtkantonseinwohner werden in Beziehung auf die Besteuerung ihres im Kanton liegenden Besitzes den Einwohnern gleichgehalten.»

Die nach Massgabe dieses Artikels seit Jahren zur Erhebung kommende sogenannte Grundsteuer geht auf die Steuerordnung vom Jahre 1821 zurück¹⁾. Sie belastet neben den Liegenschaften auch die auf versteuerbares Grundeigentum versicherten Kapitalien. Die Steuer ist nämlich von dem gesamten unbeweglichen Vermögen ohne Abzug der Hypothekarschulden zu entrichten. Jedoch hat der Schuldner das Recht, die für das hypothekierte Kapital gezahlte Steuerquote bei der Entrichtung der Zinsen in Abzug zu bringen.

Der Steuerfuss beträgt seit Jahrzehnten 5 ‰²⁾. Da aber alle Liegenschaften nur mit $\frac{2}{3}$ des geschätzten Wertes katastriert sind, beträgt der Steuersatz in Wirklichkeit bei unverschuldetem Besitz nur 3.33 ‰, während er bei anderem, je nach dem Grade der Verschuldung, noch geringer ist. Die Festsetzung des Steueranschlags auf $\frac{2}{3}$ des wirklichen Wertes ist nämlich insofern von grosser Bedeutung, als dadurch eine Entlastung der verschuldeten Grundbesitzer erzielt wird. Ein Beispiel soll das veranschaulichen. Ein Grundstück im Werte von Fr. 30,000 sei bis zur Hälfte seines Wertes, Fr. 15,000, hypothekarisch belastet. Dasselbe wird natürlich, wie alle anderen Grundstücke, mit $\frac{2}{3}$ seines Wertes, Fr. 20,000, zur Steuer herangezogen; da aber der Schuldner bei der Zinszahlung die für den halben Grundstückswert, Fr. 15,000, entrichteten Steuern in Abzug bringen darf, hat er tatsächlich nur noch Fr. 5000 zu versteuern. Das hierdurch den Grundbesitzern gewährte Steuerabzugsrecht bedeutet nichts anderes als eine mittelbare Ermässigung des Hypothekarzinsfusses für alle innerhalb des Katasterwertes liegenden Hypotheken um die Höhe des jeweiligen Steuerfusses, d. h. gegenwärtig um 5 ‰ oder ein Halbes vom Hundert.

Ein Problem der Aktiengesellschaftsbesteuerung gibt es bei einem derartig einfachen Steuersystem natürlich nicht; denn die Aktiengesellschaften werden, falls sie steuerpflichtige Objekte, also Liegenschaften, besitzen, einfach zu der erwähnten Grundsteuer herangezogen, und eine Steuerpflicht der Aktionäre als solcher kann nicht in Frage kommen.

¹⁾ Abgedruckt bei Schanz, a. a. O., V, S. 28.

²⁾ Laut Mitteilung der Finanzdirektion.

2. Kanton Wallis.

Besondere Schwierigkeiten bezüglich der Besteuerung der Aktiengesellschaften pflegen erst aufzutau- chen, sobald ein mehrgliedriges, auch die Kapital- steuer oder die Kapitalrentensteuer umfassendes Ob- jektsteuersystem zur Anwendung gelangen soll. In diesem Falle ist nämlich zu entscheiden, ob der Ak- tionär als Aktieninhaber oder Dividendenempfänger auch der Kapitalsteuer oder Kapitalrentensteuer unter- liegen soll. Eine diesbezügliche Entscheidung kann aber erst getroffen werden, wenn zuvor die Frage, ob die Aktiengesellschaft eine wirtschaftlich selbstän- dige, von den Aktionären völlig losgelöste Persönlich- keit und dementsprechend ein besonderes Steuersub- jekt sei, beantwortet ist. Auf diese Frage kann je- doch an dieser Stelle noch nicht eingegangen werden. Die Gesetzgeber der einzelnen Kantone haben sich hinsichtlich derselben ganz verschieden entschieden, und es soll deshalb zunächst nur die Besteuerung der Aktiengesellschaften vom Standpunkt des bestehenden Rechts — de lege lata — dargestellt werden, und die Frage, ob die Aktiengesellschaft nicht nur juristisch, sondern auch steuerpolitisch als selbständige Persön- lichkeit zu betrachten sei, im zweiten Teile ausführ- lich erörtert werden.

Der Kanton Wallis gehört zu den wenigen schwei- zerischen Kantonen, die ein entwickeltes Objektsteuer- system haben. Nach dem Finanzgesetz dieses Kan- tons vom 2.^{ten} November 1903 sind als Hauptsteuern I. die Vermögenssteuer, II. die Einkommenssteuer und III. die Gewerbesteuer anzusehen.

I. Die Walliser *Vermögenssteuer* ist aber keine Vermögenssubjektsteuer, wie sie bekanntlich in vielen schweizerischen Kantonen zu finden ist, sondern so- zusagen nur eine zweigliedrige Vermögensobjektsteuer. Es sind dieser Steuer nämlich unterworfen:

Art. 14. a. die im Kanton gelegenen Liegen- schaften;

b. die innerhalb oder ausserhalb des Kantons angelegten Schuldforderungen, Aktien, Obligationen, Anteils- und Beitragsscheine von Gesellschaften, so- wie andere bestimmbare Werte.

Die Steuer auf die letztgenannten Objekte (b) führt auch den Namen Mobiliensteuer¹⁾. Die derselben unterliegenden Mobilienwerte werden je nach ihrer Art entweder mit dem Nennwert oder mit dem Kurs- wert zur Steuer herangezogen²⁾.

II. Der Einkommenssteuer sind Renten, Pensionen, Gehälter, Honorare, Besoldungen und der Ertrag der ausserhalb des Kantons befindlichen Liegenschaften

unterworfen. Zwecks Ermittlung des Steuerkapitals werden die Renten und die Einkünfte von ausserhalb des Kantons befindlichen Liegenschaften durchweg mit zehn, die Pensionen, Gehälter, Honorare und Be- soldungen aber bis auf Fr. 2000 mit sieben und nur für den darüber hinausgehenden Betrag mit zehn ver- vielfältigt. Von dem so berechneten Steuerkapital wird eine Kantonssteuer erhoben.

Und zwar beträgt der Steuersatz sowohl für das Vermögens- als auch das Einkommenssteuerkapital seit Einführung der Verfassung vom 26. November 1875 ständig $1\frac{1}{2}$ ‰.

III. Besonders ausgebildet ist die überaus weit- gehende und reichgegliederte Gewerbesteuer. Der Art. 25 des in Rede stehenden Gesetzes bestimmt näm- lich: «Jede Ausübung einer Industrie, eines Handels, Berufes, selbst auf dem Gebiete der Wissenschaft und Kunst, eines Gewerbes, Handwerkes u. s. w., sowie des Lohndienstes, insofern derselbe nicht die Einkom- menssteuer bezahlt, ist der Gewerbesteuer unterwor- fen»¹⁾.

Aus dem Gesagten erhellt schon, dass die Ak- tiengesellschaften jedenfalls der Grund- und Gebäude- steuer, der Gewerbesteuer und der Mobiliensteuer unterworfen sind. Letztere ist natürlich nicht für das Grundkapital als solches zu entrichten, weil für das Aktienkapital, soweit es in Grundeigentum oder im Gewerbe investiert ist, Grund- und Gewerbesteuer zu entrichten ist. Wohl aber haben die Aktiengesell- schaften für ihre Mobilienvermögenswerte, wie Forde- rungen, Hypothekenguthaben, Effekten u. dgl. die Mobiliensteuer zu bezahlen. Das Walliser Steuerge- setz geht aber bezüglich der Besteuerung der Aktien- gesellschaften noch etwas weiter. Es bestimmt näm- lich, dass jene Gesellschaften neben der Grund-, der Gewerbe- und der Mobiliensteuer für grundversicherte Forderungen auch noch die Mobiliensteuer für das gesamte Gesellschaftsvermögen einschliesslich aller Fonds und abzüglich des Grundkapitals zu entrichten haben²⁾.

Daraus ergibt sich, dass, obwohl das Grund- kapital abzugsfähig ist, in gewissem Umfange eine Doppelbesteuerung platzgreift. Denn der Walliser Aktionär hat seinen Aktienbesitz nach dem Kurswerte zu versteuern³⁾, während von dem Gesellschaftsver-

¹⁾ Art. 16 der Verfassung: «Der Steuerfuss auf Kapi- tal und Einkommen ist zu $1\frac{1}{2}$ vom Tausend festgesetzt, wovon wenigstens ein Halbes vom Tausend zur Tilgung der Staatsschuld verwendet werden soll.» Vergl. auch Steiger: «Grundzüge des Finanzhaushaltes der Kantone.» 1903, Bd. II, S. 267.

²⁾ Anhang S. 244, Art. 70 des Finanzgesetzes vom 10. No- vember 1903.

³⁾ Ebenda Art. 20, Abs. 3.

¹⁾ Anhang S. 244, Art. 20.

²⁾ Ebenda Abs. 2.

mögen nur der Nennwert des Aktienkapitals in Abzug kommt. Steht der Kurswert nämlich über pari, so ist anzunehmen, dass das Gesellschaftsvermögen grösser ist als das Aktienkapital. Dieser das Gesellschaftskapital übersteigende Vermögensteil wird nun sowohl bei der Gesellschaft, wie bei den einzelnen Aktionären besteuert. Denn die zwischen Kurswert und Nennwert bestehende Spannung drückt ja, zum Teil wenigstens, den über den Nominalwert hinausgehenden wahrscheinlichen Anteil des Aktionärs an dem Gesellschaftsvermögen aus.

Ebenso findet dort eine teilweise Doppelbesteuerung statt, wo das Grundkapital vorwiegend in Liegenschaften oder grundversicherten Forderungen angelegt ist; denn das Aktienkapital darf bei der Ermittlung des mobiliensteuerpflichtigen Vermögens nur von dem nicht in Liegenschaften und Hypotheken angelegten Gesellschaftsvermögen abgezogen werden. Jedoch erscheint diese in geringem Umfange bestehende Doppelbesteuerung so unerheblich, dass sie in Anbetracht der den Aktiengesellschaften durch die Rechtsordnung eingeräumten Vorzugsstellung wohl gebilligt werden kann.

3. Kanton Genf.

Die steuerrechtliche Behandlung der Aktiengesellschaften im Kanton Genf ist nur auf Grund der historischen Entwicklung des Genfer Steuersystems zu verstehen. Dasselbe besteht aus zwei allgemeinen direkten Steuern: der Immobiliensteuer und der Mobiliensteuer. Beide Steuern sind vorzugsweise als Objektsteuern im weitern Sinn, d. h. eine Kombination von Vermögensobjektsteuer und reiner Ertragssteuer zu betrachten.

Die Immobiliensteuer war bis zum Jahre 1865 tatsächlich nur eine nach dem Ertrag der Grundstücke veranlagte Ertragssteuer¹⁾. Seit jener Zeit wird bei der Besteuerung der in der Grundsteuerrolle nach Wertklassen eingetragenen Grundstücke der Wert derselben zu Grunde gelegt, während man bei der Gebäudesteuer die bisherige Besteuerung des Reinertrags beibehalten hat. Ein Abzug der Hypothekarschulden ist nur bis zum Betrage von Fr. 50,000 gestattet. Der Abzug ist jedoch nicht erlaubt, wenn der Hypothekargläubiger und der Liegenschaftsbesitzer ausserhalb des Kantons wohnen²⁾. Die Immobiliensteuer wird nach folgender Progressivskala erhoben³⁾:

	Fortune de Fr.	
1 ^{re} catégorie	1 à 5,000	1/2 ‰
2 ^e „	5,000 à 50,000	1 ‰
3 ^e „	50,000 à 100,000	1 1/2 ‰
4 ^e „	100,000 à 200,000	1 3/4 ‰
5 ^e „	200,000 à 400,000	2 ‰
6 ^e „	400,000 à 600,000	2 1/4 ‰
7 ^e „	600,000 à 800,000	2 1/2 ‰
8 ^e „	800,000 et au-dessus	2 3/4 ‰

Die Aktiengesellschaften unterliegen demnach, sofern sie Immobilienvermögen haben, dieser Immobiliensteuer, nicht aber unterliegen jene Gesellschaften der Mobiliensteuer. Letztere ist nämlich «die modifizierte Fortsetzung der alten *taxe des gardes*»¹⁾. Es war dieses eine Wachtsteuer oder, um einen modernen Namen zu gebrauchen, eine Art Wehrsteuer. «Die Bestimmungen und Beschlüsse hierüber sind», wie Schanz sagt, «beinahe zahllos. Es gab Zeiten, wo der persönliche Wachtdienst schlechthin verlangt wurde, es gab solche, wo man besoldete Wächter hatte und durch eine allgemeine Steuer die Kosten aufbrachte»²⁾. Letzteres geschah definitiv im Jahre 1708, in welchem Jahre eine progressive Wachtsteuer vom Gesamtvermögen eingeführt wurde. Diese behielt bis zum Jahre 1864 den Namen *taxe des gardes*. Von da ab tritt diese Steuer unter dem Namen *taxe mobilière* auf, der alles bewegliche Vermögen unterworfen ist¹⁾.

Da also diese Steuer ursprünglich als ein Entgelt für die Befreiung vom persönlichen Wachtdienst angesehen wurde, so ist verständlich, warum man die nichtphysischen Personen derselben nicht unterworfen hat. Dieses ist für die Aktiengesellschaften insofern von grosser Bedeutung, als die Mobiliensteuer nach und nach den Rest der aus der Zeit der französischen Herrschaft in Genf noch bestehenden Gewerbesteuer fast ganz in sich aufnahm³⁾, so dass in der Gegenwart nur noch eine geringe Einschreibgebühr, «*droit d'inscription pour l'exercice d'une industrie*» genannt, erhoben wird⁴⁾.

Die Aktiengesellschaften haben also, wie erwähnt, im Kanton Genf nur ihr Liegenschaftsvermögen zu versteuern, während die Aktionäre ihre Aktien als Mobilienvermögen zur Versteuerung bringen müssen. Da nun in den Aktien auch der Wert der Liegenschaften zum Ausdruck kommt, so findet auch hier eine teilweise Doppelbesteuerung statt, die um so empfindlicher wird, je mehr Liegenschaftsvermögen die

¹⁾ Schanz, a. a. O., IV, S. 210.

²⁾ Steiger, a. a. O., II, S. 296.

³⁾ Der teilweise gestattete Schuldabzug und die Einführung der Progression deuten auf eine allmähliche subjektsteuerartige Ausgestaltung der Immobiliensteuer hin.

¹⁾ Schanz, a. a. O., IV, S. 216.

²⁾ Ebenda S. 195.

³⁾ Ebenda S. 224 ff.

⁴⁾ Anhang S. 236.

Aktiengesellschaften besitzen. Dennoch kann dieselbe, angesichts der vollständigen Befreiung von der Mobiliensteuer, keineswegs als drückend bezeichnet werden. Zu bemängeln ist nur die durch diesen Steuermodus geschaffene Ungleichheit zwischen den einzelnen Aktiengesellschaften. Eine Bank bedarf beispielsweise nur weniger Räumlichkeiten und wird infolgedessen nur mässig besteuert, während eine Terraingesellschaft, deren Vermögen in Grundstücken angelegt ist, sehr stark belastet wird ¹⁾.

4. Kanton Freiburg.

Es gibt, wie schon von anderer Seite gesagt, wenig Kantone, die eine so verwickelte und deshalb auch so vielfach abgeänderte Steuergesetzgebung haben, wie der Kanton Freiburg ²⁾. Besonders entwickelt sind in diesem Kanton die indirekten Abgaben und von diesen namentlich die Einregistrierungsgebühren. Die allgemeinen direkten Steuern gelangen in Freiburg dauernd erst seit dem Jahre 1848 zur Erhebung. Der § 1 des auf Grund der Verfassung vom 4. März 1848 geschaffenen Gesetzes betreffend die Vermögens-, Einkommens- und Handänderungssteuer macht 1. die bebauten und unbebauten *Liegenschaften*, 2. die *Kapitalien* und 3. den *Erwerb* steuerpflichtig. Die Aktiengesellschaften finden in diesem Gesetz, das in der Folge zahlreiche Abänderungen erlitt, noch keine Berücksichtigung ³⁾.

Gegenwärtig kommen an direkten Staatssteuern eine Immobilien-, eine Mobilien- und eine Einkommens-, Handels- und Gewerbesteuer zur Erhebung. Der *Immobiliensteuer* sind alle bebauten und unbebauten Grundstücke unterworfen ⁴⁾. Ein Abzug der Hypothekarschulden ist laut Mitteilung der Finanzdirektion nur gestattet, wenn der Hypothekargläubiger im Kanton Freiburg der Kapitalsteuer unterliegt.

Der *Mobiliensteuer*, die auch Kapitalsteuer genannt wird, sind alle innerhalb oder ausserhalb des Kantons angelegten Kapitalien unterworfen.

Nach dem Gesetz vom 20. September 1848 traf die Einkommenssteuer alles Berufs- und Gewerbeein-

¹⁾ Es ist dem Verfasser dieses wohl bewusst, dass der Kanton Genf und der folgende Kanton Freiburg kein ausgeprägtes Objektsteuersystem aufweisen; dennoch wurde es vorgezogen die genannten Kantone an dieser Stelle aufzuführen, weil sie ausserhalb des grossen Kreises derjenigen Kantone stehen, deren direkte Steuern vorwiegend subjektiven Charakters sind, wie z. B. die allgemeine Vermögenssteuer und die Erwerbssteuer.

²⁾ Böhmert: «Arbeiterverhältnisse und Fabrikeinrichtungen der Schweiz.» S. 173.

³⁾ Vergl. die zahlreichen Abänderungen bei Schanz, a. a. O., IV, S. 9 ff. und bei Böhmert, a. a. O., S. 173 ff.

⁴⁾ Gesetz vom 20. September 1848 und Dekret vom 21. November 1857, abgedruckt bei Schanz, a. a. O., V, S. 91 ff.

kommen, sowie den Ertrag der ausserhalb des Kantons angelegten Kapitalien ¹⁾. Diese Steuer aber wurde wiederholt zergliedert, so dass gegenwärtig nur noch das Einkommen aus Dienst und Beruf dieser Steuer unterliegt, während das Einkommen aus Gewerbe und Handel der Handels- und Gewerbesteuer unterliegt ²⁾.

Die *Aktiengesellschaften* sind im Kanton Freiburg seit dem Gesetz vom 6. Mai 1865 steuerpflichtig ³⁾, und zwar unterliegen diese Gesellschaften der Immobilien-, der Mobilien- und insbesondere der Handels- und Gewerbesteuer, die durch Spezialgesetz vom 19. Mai 1881 ausdrücklich auf diese Gesellschaften ausgedehnt wurde ³⁾. Die Handels- und Gewerbesteuer besteht aus einer festen, jährlich zu entrichtenden Abgabe im Betrage von Fr. 1—80 und aus einer verhältnismässigen Steuer, deren Höhe nach dem Ertrage des Betriebskapitals bemessen wird. Besitzen die Aktiengesellschaften Grundeigentum, so haben sie für dieses natürlich die Immobiliensteuer zu entrichten. Desgleichen ist für diejenigen Kapitalien, deren Ertrag nicht von der Handels- und Gewerbesteuer getroffen wird, die Kapitalsteuer zu entrichten. Ausserdem haben die Aktiengesellschaften auch die Mobilien- oder Kapitalsteuer für die von ihr ausgegebenen Obligationen zu bezahlen.

Der jährlich festzusetzende, proportionale Steuerfuss beträgt pro 1906 für die Immobiliensteuer 2.3 ‰, für die Kapitalsteuer 2.5 ‰ und für die Handels- und Gewerbesteuer 3.5 ‰.

Die Aktionäre der im Kanton Freiburg domizilierten Gesellschaften sind für ihren Aktienbesitz nicht steuerpflichtig, während die Inhaber von Aktien auswärtiger Gesellschaften ihre Anteile zum Kurswerte versteuern müssen.

Zweites Kapitel.

Die Besteuerung der Aktiengesellschaften im Rahmen eines Subjektsteuersystems.

Wie aus der geringen Zahl der im vorigen Kapitel geschilderten kantonalen Steuersysteme hervorgeht, wird die allgemeine direkte Besteuerung nur in wenigen Kantonen mittelst eines Objektsteuersystems verwirklicht. Diese Tatsache ist aber nicht etwa die Folge einer modernen Entwicklung im Steuerwesen, wie wir sie namentlich in Deutschland beobachten

¹⁾ Schanz, a. a. O., IV, S. 5 und 21 ff.

²⁾ Gesetz vom 22. Mai 1869 und Novellen vom 1. Dezember 1874 und 17. Mai 1881, abgedruckt bei Schanz, V, S. 123 ff.

³⁾ Anhang S. 236.

können, sondern die Objektsteuern haben in den meisten Kantonen überhaupt nie Fuss gefasst. Die Mehrzahl der Kantone griff nämlich bei der Einführung der direkten Steuern nach dem Untergang der Helvetik unmittelbar zu Subjektsteuern, und zwar zum meist zur allgemeinen Vermögenssteuer, die in vielen Teilen der Schweiz schon vor der Entstehung des helvetischen Einheitsstaates bestanden hatte ¹⁾.

Bevor wir aber des näheren auf die steuerrechtliche Behandlung, welche den Aktiengesellschaften in jenen Kantonen zu teil wird, eingehen, dürfte es angezeigt sein, auf die eigenartige Ausbildung, welche das Subjektsteuersystem in der Schweiz erfahren hat, kurz hinzuweisen.

Während in den meisten deutschen Staaten, in denen ein Subjektsteuersystem vorherrscht, die allgemeine Einkommenssteuer den Kern des Systems bildet, ist, wie bekannt, in den meisten schweizerischen Kantonen die Steuer vom Vermögensbesitz seit alters die Hauptsteuer. Daneben besteht dann in der Regel noch zur Erfassung des unfundierten Einkommens eine ergänzende Einkommenssteuer, auch Erwerbssteuer ²⁾ genannt, die vielfach aus einer Kopfsteuer hervorgegangen ist. Heute besteht eine Kopfsteuer an Stelle der Einkommenssteuer nur noch in den Kantonen Glarus, Nidwalden und Schwyz.

Das Prinzip jener Verbindung von allgemeiner Vermögens- und ergänzender Einkommenssteuer besteht nun darin, dass man das Steuerobjekt, nämlich Vermögen oder Einkommen, nur einmal durch eine direkte Steuer treffen will. Daher werden bei gemischtem Einkommen, d. h. solchen Einkommen, deren Quelle teils Arbeit, teils Kapital ist, 4—5 % des bereits der Vermögenssteuer unterliegenden Kapitals als Vermögensertrag angenommen und von dem Gesamteinkommen abgezogen, um jenes «unfundierte» Einkommen zu erhalten, das dann allein der Einkommenssteuer oder sogenannten Erwerbssteuer unterworfen wird. Diese Art der getrennten Besteuerung des Vermögens und des Arbeitserwerbs ist in den meisten Kantonen in Anwendung, nämlich in den Urkantonen (den alten Orten) Uri, Unterwalden ob dem Wald, Luzern, Zug, Zürich und Bern, sodann in den andern deutschen Kantonen Baselland, Schaffhausen, Appenzell A.-Rh., Aargau, Thurgau, St. Gallen und Grau-

¹⁾ Schanz, a. a. O., I, S. 2 ff. und Cérenville: «Les impôts en Suisse», p. 48 etc.

²⁾ Auch wir wollen im folgenden, wie in der Schweiz vielfach üblich, die ergänzende Einkommensteuer zum Unterschied von der allgemeinen Einkommensteuer, die nur in den Kantonen Baselstadt, Solothurn und Tessin besteht, Erwerbssteuer oder (um sie auch von der früher in Baden und Österreich bestehenden Erwerbssteuer zu unterscheiden) allgemeine Erwerbssteuer nennen.

bünden und in den französischen Kantonen Waadt und Neuenburg.

Überall aber, wo ein Personalsteuersystem besteht, gleichviel welcher Art, kann man dasselbe auf die Aktiengesellschaft nur anwenden, wenn man in derselben eine selbständige, von den Aktionären vollständig losgelöste wirtschaftliche Persönlichkeit erblickt. Tut man das, so taucht sofort die Frage auf, was als Vermögen der Aktiengesellschaft anzusehen ist. Eigentlich müsste zwar diese Frage schon mit der Anerkennung der Aktiengesellschaft als selbständige Persönlichkeit gelöst sein; aber der Gesetzgeber hat sich doch selten über jenes natürliche Rechtsgefühl hinweggesetzt, das es als Willkür empfindet, wenn der Aktiengesellschaft ein besonderes, neben den Anteilen der Aktionäre bestehendes Vermögen zugesprochen wird. Die kantonale Gesetzgebung versuchte infolgedessen in den meisten Fällen, die mit der Vermögens- und Erwerbsbesteuerung der Aktiengesellschaften offenbar verbundene Unbilligkeit wenigstens zum Teil zu beseitigen, indem sie bald den Aktionären, bald den Gesellschaften gewisse Steuerabzüge gestattete. Steuerfrei aber sind die Aktiengesellschaften heute in keinem Kanton mehr. Früher genossen sie vollständige Steuerfreiheit in den meisten Kantonen. Dieses war u. a. noch der Fall in Glarus bis zum Jahre 1904, in Tessin bis 1894, in Graubünden bis 1881, im Kanton Baselstadt bis zum Jahre 1879 u. s. f.

Gegenwärtig lassen sich die Kantone, in welchen ein Subjektsteuersystem besteht, mit Rücksicht auf die Besteuerung der Aktiengesellschaften in fünf Gruppen gliedern, innerhalb deren allerdings wiederum eine grössere oder geringere Anzahl Abweichungen voneinander bestehen.

A. Die erste Gruppe behandelt die Aktiengesellschaften ohne Rücksicht auf die Aktionäre *vollständig wie physische Personen*, so dass also, da Aktionäre und Gesellschaft gleichzeitig besteuert werden, eine Doppelbesteuerung im weitesten Umfange stattfindet. Es gilt dieses von den Kantonen *Obwalden, Baselland und Tessin*.

B. Die zweite Gruppe unterwirft zwar ebenfalls die Aktiengesellschaften den Subjektsteuern ohne Einschränkung, lässt aber die Aktionäre dieser Gesellschaften steuerfrei. Zu dieser Gruppe gehört die Mehrzahl der Kantone, nämlich: *Schwyz und Nidwalden*, ferner *Thurgau, Uri, Graubünden und Schaffhausen*, dann *Neuenburg*, sowie *Aargau, Zug und Bern* und endlich *Solothurn* ¹⁾.

C. Die dritte Gruppe besteuert die Aktiengesellschaften nur teilweise, zieht aber die Aktionäre voll-

¹⁾ Entsprechend der folgenden Darstellung methodisch, unter Berücksichtigung der betr. Steuersysteme, geordnet.

ständig zur Steuer heran. Es gilt dieses von den Kantonen *Luzern*, *Appenzell A.-Rh.* und zurzeit auch noch von *Zürich*, woselbst aber Reformbestrebungen schon seit langem im Gange sind. Endlich geht

D. die vierte Gruppe noch etwas weiter, indem sie nicht nur die Gesellschaft teilweise, sondern auch die Aktionäre nur zum Teil besteuert, wie dies in *Waadt* und *Glarus* der Fall ist. Und schliesslich macht

E. die fünfte Gruppe die Aktiengesellschaften überhaupt nicht subjektsteuerpflichtig, sondern unterwirft dieselben einer *Spezialsteuer*. Eine solche besteht bereits in den Kantonen *Baselstadt* und *St. Gallen*, und die derzeitigen Bestrebungen der Regierung und der Handelskammer in *Zürich* scheinen auch dort zu einer Spezialbesteuerung der Aktiengesellschaften zu führen.

A. Uneingeschränkte Besteuerung sowohl der Aktiengesellschaften als auch der Aktionäre.

1. Kanton Obwalden.

Die Verfassung des Kantons Obwalden vom Jahre 1867 bestimmt in Art. 26: «Werden zur Bestreitung der Staatsausgaben Steuern nötig, so sollen dieselben möglichst gleichmässig und mit Berücksichtigung der verschiedenen Faktoren (Vermögens-, Erwerbs-, Einkommens- und Kopfsteuer), welche die Steuerkraft eines Landes bilden, nach gerechten Grundsätzen und in einem billigen Verhältnis festgestellt werden.» Drei Jahre nach dem Zustandekommen der Verfassung erliess der Kantonsrat vorsichtigerweise das Steuergesetz vom 3. Mai 1870, obwohl die Erhebung allgemeiner direkter Steuern sich noch nicht als notwendig erwiesen hatte¹⁾. Zum ersten Male wurden die in jenem Gesetz vorgesehenen Steuern im Jahre 1876 erhoben und mit diesem Zeitpunkt beginnt auch die Besteuerung der Aktiengesellschaften im Kanton Obwalden. Das Steuergesetz vom Jahre 1870 ist, abgesehen von den geringfügigen von der Landesgemeinde am 30. April 1905 beschlossenen Änderungen, heute noch in Kraft.

Nach Massgabe desselben wird in Obwalden eine Vermögenssteuer, eine Erwerbssteuer und eine Kopfsteuer erhoben. Der Vermögenssteuer ist alles bewegliche und unbewegliche Vermögen von Privaten, Gesellschaften u. s. w. nach Abzug aller darauf haftenden Schulden unterworfen²⁾. Der Erwerbssteuer unterliegt jeder Erwerb der im Kanton befindlichen

¹⁾ Schanz, a. a. O., III, S. 194. Siehe auch das Steuergesetz abgedruckt bei Schanz, a. a. O., V, S. 243.

²⁾ S. Anhang S. 239, Art. 2, Steuergesetz vom 3. März 1870.

Bürger, Niedergelassenen, der Genossenschaften und Erwerbsgesellschaften aller Art¹⁾.

Die Vermögenssteuer ist proportional. Der Steuerfuss beträgt für das Jahr 1906 0,3 ‰. Bei der Berechnung des steuerpflichtigen Erwerbs findet ein Abzug von 4 % statt vom ganzen in dem betreffenden Unternehmen, aus dem der Erwerb stammt, verwendeten Betriebskapital, soweit dieses von dem Erwerbssteuerpflichtigen als Vermögen versteuert wird. Die Erwerbssteuer ist eine sogenannte Freieinkommenssteuer und zeigt, als solche, die dieser Steuer eigentümliche schwache Progression. Es sind nämlich, nach Abzug eines Existenzminimums von Fr. 700, je Fr. 100 jährlichen Erwerbs wie Fr. 1000 Vermögen zu versteuern. Nimmt man also z. B. einen Vermögenssteuersatz von 1 ‰ an, so beträgt der wirkliche Steuerfuss bei einem Erwerb von Fr. 2000 nur 6,5 ‰, bei einem Erwerb von Fr. 5000 aber 8,6 ‰²⁾.

Die Besteuerung der Aktiengesellschaften ist, seitdem das Steuergesetz vom 3. März 1870 in Kraft trat, ständig die gleiche geblieben. Zwar wurde durch den erwähnten Beschluss der Landesgemeinde vom 30. April 1905 dem Steuergesetz von 1870 die Bestimmung hinzugefügt, dass der Erwerb einer Gesellschaft als Einheit zu versteuern sei³⁾; aber diese Vorschrift, die sich übrigens wörtlich auch in dem Steuergesetz des Kantons Uri vom 2. Mai 1886 findet⁴⁾, sanktionierte nur die bestehende Praxis, welche die Aktiengesellschaften von jeher in vollem Umfange der Vermögenssteuer und der Erwerbssteuer unterwarf.

Während nun aber der Kanton Uri konsequent ist und den in seiner Gesamtheit bei der Aktiengesellschaft versteuerten Erwerb nicht auch noch in seinen Teilen als Dividende bei den Aktionären besteuert, unterwirft der Kanton Obwalden die Dividenden, soweit sie 4 % des als Vermögen versteuerten Aktienwertes übersteigen, nochmals der Erwerbssteuer⁵⁾. Die Vermögensbesteuerung der Aktionäre erfolgt nach dem Kurswert der Aktien⁶⁾. Die im Kanton Obwalden domizilierten Aktionäre sind also, gleichviel ob sie Anteilseigner kantonaler oder ausserkantonaler Gesellschaften sind, ohne Einschränkung vermögens-

¹⁾ Anhang S. 239, Art. 5, Beschluss der Landesgemeinde vom 30. April 1905.

²⁾ Nämlich Erwerb Fr. 2000. Existenzminimum Fr. 700 = Fr. 1300, zu versteuern wie Fr. 13,000 à 1 ‰ = Fr. 13, d. h. von Fr. 2000 Erwerb 6,5 ‰.

³⁾ Anhang S. 239, Art. 6.

⁴⁾ Ebenda S. 243, Art. 12.

⁵⁾ Laut Mitteilung der Finanzdirektion; aus dem Gesetz selbst ist eher das Gegenteil herauszulesen. Vergl. Art. 6, letzter Absatz (Anhang S. 239), welcher besagt, dass die Teilung des Erwerbs einer Gesellschaft zu Steuerzwecken unstatthaft ist.

⁶⁾ Laut Mitteilung der Finanzdirektion; im Steuergesetz fehlt eine diesbezügliche Bestimmung.

und erwerbssteuerpflichtig. Die dadurch hervorgerufene Doppelbesteuerung der Aktionäre erscheint aber insofern erträglich, als der Vermögenssteuerfuss seit Jahren nur 0.3 ‰ und dementsprechend der Erwerbssteuerfuss nur annähernd 0.3 ‰ beträgt.

2. Kanton Baselland.

Eine gleichzeitige allgemeine Besteuerung der Aktiengesellschaften und Aktionäre findet, wie bemerkt, auch im Kanton Baselland statt, und zwar ist dieses erst seit wenigen Jahren der Fall. Der Kanton hat es nämlich trotz langjähriger Bestrebungen bisher noch zu keinem besondern Steuergesetz gebracht. Die allgemeinen Staatssteuern werden vielmehr auf Grund der in der Verfassung vom 4. April 1892 enthaltenen Bestimmungen erhoben. Bis zum Inkrafttreten dieser Verfassung kamen allgemeine direkte Steuern im Kanton Baselland nur zeitweilig zur Erhebung¹⁾. Es trug dazu, neben der Abneigung des Volkes gegen direkte Steuern²⁾, nicht wenig die günstige Finanzlage des Kantons bei. Die Deckung der Staatsausgaben erfolgt nämlich zum grossen Teile aus dem Ertrag einer Anzahl reich dotierter Spezialfonds³⁾. Doch seit der Mitte der Siebzigerjahre wurde das Bedürfnis nach allgemeinen direkten Steuern immer dringender⁴⁾. Und da alle Versuche, ein Steuergesetz durchzubringen, an dem Widerstand des Volkes scheiterten, nahm man die notwendigsten steuerrechtlichen Bestimmungen in den Verfassungsentwurf auf. Eine Revision der Verfassung stand nämlich ebenfalls bereits seit dem Ende der Siebzigerjahre in Frage. Nach wiederholten Misserfolgen gelang es endlich, das Volk zur Annahme der Verfassung vom 4. April 1892 zu bewegen⁵⁾.

Diese schreibt die Erhebung einer progressiven Vermögens- und Erwerbssteuer vor. Bis zum Erlass eines besonderen Steuergesetzes soll der einfache Steuerfuss vom Vermögen 1 ‰ und vom Erwerb ½ ‰ betragen.

Vermögen bis und mit

Fr. 1,000	bezahlen keine Steuer,
„ 30,000	„ den einfachen Ansatz,
„ 45,000	„ 10 ‰ Zuschlag,
„ 60,000	„ 20 ‰ „
„ 80,000	„ 30 ‰ „
„ 100,000.	„ 40 ‰ „

¹⁾ Vergl. die bei Schanz abgedruckten Gesetze V, S. 30 ff.

²⁾ Schanz, a. a. O., II, S. 118 ff.

³⁾ Steiger, a. a. O., II, S. 150.

⁴⁾ Schanz, a. a. O., II, S. 121 ff.

⁵⁾ Über die vergebliehen Versuche, eine Verfassung zustande zu bringen, vergl. Schanz, a. a. O., II, S. 123 ff.

Vermögen von Fr. 100,001—300,000 bezahlen für je Fr. 25,000 einen weiteren Zuschlag von 10 ‰ zum einfachen Ansatz und Vermögen von Fr. 300,001 bis 400,000 für je Fr. 50,000 den gleichen Zuschlag, und bei Vermögen über Fr. 400,000 erhöht sich der Zuschlag nochmals um 10 ‰, also insgesamt auf 150 ‰.

Die Erwerbssteuer wird nach folgender Skala erhoben:

Einkommen bis und mit

Fr. 500	bezahlen keine Steuer,
„ 700	„ die Hälfte des einfachen Ansatzes,
„ 900	„ drei Viertel des einfachen Ansatzes,
„ 3000	„ den einfachen Ansatz,
„ 3500	„ 20 ‰ Zuschlag,
„ 4000	„ 40 ‰ „
„ 4500	„ 60 ‰ „
„ 5000	„ 80 ‰ „

und für je weitere Fr. 1000 Einkommen bis zu einem Einkommen von Fr. 12,000 erhöht sich der Zuschlag um je 30 ‰ und für Einkommen über Fr. 12,000 nochmals um 20 ‰, also insgesamt auf 300 ‰.

Der Steuerfuss beträgt für das Jahr 1906, wie stets seit dem Inkrafttreten der Verfassung im Jahre 1893, für Vermögen 1 ‰ und für Einkommen ½ ‰.

Auch die Besteuerung der Aktiengesellschaften ist durch die Verfassung geregelt worden. Dieselbe bestimmt nämlich in § 57, Ziffer 8, dass jene Gesellschaften ihre gesamten Liegenschaften, ihre Fahrhabe und ihren Reservefonds als Vermögen und den gesamten Reingewinn, abzüglich 4 ‰ des einbezahlten Aktienkapitals, als Einkommen zu versteuern haben¹⁾. Diesen Bestimmungen gemäss erfolgte die Besteuerung der Aktiengesellschaften bis zum Jahre 1901. Zwar hatte schon der Gesetzentwurf betreffend die direkten Staatssteuern vom 27. Juni 1898 eine Verschärfung der Aktiengesellschaftsbesteuerung dadurch herbeizuführen versucht, dass der Abzug von 4 ‰ des einbezahlten Aktienkapitals bei der Berechnung des steuerpflichtigen Reinertrags in Zukunft nicht mehr gestattet sein sollte; aber diese Vorlage war nicht angenommen worden. Da keine Aussicht vorhanden war, ein allgemeines Staatssteuergesetz durchzubringen, regelte man die Steuerpflicht der juristischen Personen allein. Es geschah dieses durch das «Gesetz betreffend die Steuerpflicht der Korporationen, Aktiengesellschaften, Genossenschaften und ähnlicher Verbände vom 1. August 1901»²⁾.

Danach haben nunmehr im Kanton Baselland die Aktiengesellschaften ihr gesamtes Vermögen, nämlich das *Grundeigentum*, die *Fahrhabe*, *Kapitalien* und

¹⁾ Anhang S. 234.

²⁾ Anhang S. 234 f.

Guthaben, Reservefonds und ähnliche *Spezialfonds*, abzüglich etwaiger Schulden, zu versteuern. Ganz logisch bemerkt nun das Gesetz: «Das Aktien- bzw. Genossenschaftskapital ist nicht steuerpflichtig, darf aber auch nicht als Schuld von den Aktiven in Abzug gebracht werden»¹⁾. Konsequenterweise müsste freilich das Gleiche auch von dem Reservefonds und ähnlichen Spezialfonds gelten, wenn man sich nicht einer Doppelbesteuerung in bezug auf diese Objekte schuldig machen will. Denn ebenso wie das Aktienkapital kein besonderes Vermögensobjekt, sondern in den Liegenschaften und der Fahrhabe investiert ist, stellen auch die erwähnten Fonds nur Ziffern dar, die den bilanztechnischen Ausdruck für die in Maschinen, Warenvorräten u. s. w. angelegten Kapitalien bilden, soweit diese das Aktienkapital überschreiten. Das Vermögen einer Aktiengesellschaft kann unter Zugrundelegung der Bilanz, die bei den zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Gesellschaften stets die Basis der Steuerveranlagung bildet, in zweierlei Weise ermittelt werden. Zu diesem Zwecke werden nämlich entweder die verschiedenen Vermögensobjekte, die Sollposten der Bilanz, wie Guthaben, Effekten, Grundstücke u. s. w. einzeln bewertet und so das Vermögen in seinen Teilen ermittelt, oder man geht von der Voraussetzung aus, dass sämtliche Habenposten unter Abzug der echten Passiven (Hypotheken etc.) und des Reingewinnes, da dieser als Erwerb versteuert wird, das Gesellschaftsvermögen repräsentieren. Beider Wege der Vermögensermittlung bedient sich die Steuertechnik, und jeder derselben hat seine Vorzüge. Werden aber, wie im Kanton Baselland, alle Sollposten der Bilanz als Vermögen angesehen, zuzüglich einzelner Habenposten, so findet unzweifelhaft eine teilweise Doppelbesteuerung statt. Die Reservefonds und ähnliche Spezialfonds stellen neben dem Aktienkapital die formelle Erscheinungsform des Anlage- und Betriebskapitals dar, während Grundstücke und Gebäude, Waren und Vorräte u. s. w. die materielle Form desselben sind. Eine gerechte Besteuerung kann daher nur entweder in ausschliesslichem Anschluss an die eine oder an die andere Form erfolgen.

Es ist übrigens auffallend, dass der Kanton Baselland die nicht zu rechtfertigende Doppelbesteuerung des Reservefonds, die schon in dem erwähnten § 57, Ziffer 8, der Verfassung von 1892 vorgesehen war, auch in dem in Rede stehenden Gesetz beibehalten hat, obwohl das Bundesgericht diesen Steuermodus, der ungleiche, sich gegenseitig aufhebende Bilanzfaktoren zu einem Steuerobjekt verbindet, schon früher

¹⁾ Anhang S. 234 f.

ausdrücklich als ungerecht und, sofern eine Aktiengesellschaft, deren Betrieb sich mittelst selbständiger Anlagen über das Gebiet mehrerer Kantone erstreckt, davon betroffen wird, auch als bundesrechtlich unzulässig bezeichnet hatte¹⁾.

Die Aktiengesellschaften unterliegen, wie bemerkt, ausser der Vermögenssteuer auch der *Erwerbssteuer*. Dieser ist der gesamte, nach Abrechnung der Geschäftskosten verbleibende Ertrag zu Grunde zu legen, und es dürfen weder Gratifikationen und Tantiemen, noch Zuteilungen an den Reservefonds in Abzug gebracht werden²⁾.

Hinsichtlich der Besteuerung der Aktionäre greifen keinerlei Ausnahmebestimmungen Platz. Der vom *Regierungsrat* vorgelegte *Entwurf* zu dem in Frage stehenden Gesetz wollte den Aktionären gestatten, die als Erwerb einer kantonalen Gesellschaft bereits versteuerten Dividenden bei der Berechnung ihres steuerpflichtigen Einkommens in Abzug zu bringen. Der diesbezügliche Paragraph wurde jedoch später gestrichen³⁾. Obwohl also die Aktiengesellschaften der progressiven Vermögens- und Einkommenssteuer in vollem Umfange unterliegen, haben die Anteilseigner Aktien und Dividenden noch persönlich zu versteuern. Laut Mitteilung der Finanzdirektion sind die Aktien ohne Rücksicht darauf, ob die betreffende Gesellschaft innerhalb oder ausserhalb des Kantons domiziliert ist, nach ihrem Kurswert der Vermögenssteuer unterworfen. Die in Baselland steuerpflichtigen Aktionäre unterliegen demnach einer Doppelbesteuerung im weitesten Umfange, die keineswegs, wie im Kanton Obwalden, durch besonders niedrige Steuersätze gemildert wird.

3. Kanton Tessin.

Der Staatshaushalt des Kantons Tessin befindet sich seit Jahren in einer ungünstigen Finanzlage, und daher erklären sich die hohen Steuern, denen dort physische wie nichtphysische Personen in gleicher Weise unterworfen sind. Es lag deshalb nahe, dass der Gesetzgeber bestrebt war, auch die Steuerpflicht der Aktiengesellschaften, die bis Mitte der neunziger Jahre steuerfrei waren, in Anspruch zu nehmen. Be-

¹⁾ Urteil vom 21. März 1900 in Sachen Industriegesellschaft für Schappe gegen Baselland. Entscheidungen des Bundesgerichts (Amtliche Sammlung) 1900, I, S. 19 ff.

²⁾ Anhang S. 234, § 3.

³⁾ § 6 des *Entwurfs* zu dem Gesetz betreffend die Steuerpflicht der Korporationen, Aktiengesellschaften u. s. w. vom 12. Januar 1901: «Dividenden und Gewinnanteile, welche im Einkommen und Erwerb einer Aktiengesellschaft, einer Genossenschaft oder eines Vereins zu Versteuerung gelangen, brauchen durch die einzelnen Steuerpflichtigen, denen dieselben zufallen, nicht nochmals versteuert zu werden.»

reits ein Gesetzesentwurf vom 28. April 1890¹⁾ hatte die Besteuerung der Aktiengesellschaften vorgesehen, und zwar in der Weise, dass diese Gesellschaften $\frac{4}{5}$ ihres Vermögens und Erwerbs versteuern sollten²⁾. Diese Gesetzesvorlage wurde aber vom Volke abgelehnt, und in der Folge kam das Gesetz vom 4. Dezember 1894 zu stande.

Nach Massgabe desselben erhebt der Kanton Tessin un' imposta sulla sostanza e sulla rendita. Erstere, eine Vermögenssteuer, ist proportional; letztere, eine allgemeine Einkommenssteuer, aber progressiv. Die Vermögens- und Einkommenssteuersätze stehen zu einander in Wechselbeziehung. Jährlich wird nämlich vom Grossen Rate festgesetzt, mit wieviel Steuerkontingenten die Vermögenssteuer zur Erhebung kommen soll. Und da ein Steuerkontingent Eins vom Tausend beträgt³⁾, so gibt die Zahl der zur Erhebung kommenden Steuerkontingente an, wieviel Franken Steuer von tausend Franken steuerpflichtigen Vermögens zu entrichten sind. Im Jahre 1906 kommen, wie in den früheren Jahren, zwei Steuerkontingente zur Erhebung.

Die zur Anwendung gelangenden Einkommenssteuersätze aber findet man durch Vervielfältigung der in der Einkommenssteuerskala angegebenen Normalsätze mit der Anzahl der für das betreffende Jahr festgesetzten Steuerkontingente. Und zwar weist die Progressionsskala, die so eingerichtet ist, dass immer nur die überschüssenden Beträge dem höheren Satze unterliegen, folgende Normalsätze auf: Pro Steuerkontingent sind zu entrichten bei einem Einkommen bis Fr. 400 Fr. 1, bei einem Einkommen von

Fr. 401—800	die ersten Fr. 400	Fr. 1,	der Rest $\frac{1}{4}$ %
" 801—1,000	" " "	800	" 2, " " $\frac{1}{2}$ %
" 1,001—2,000	" " "	1,000	" 4, " " 1 %
" 2,001—3,000	" " "	2,000	" 15, " " $1\frac{1}{2}$ %
" 3,001—5,000	" " "	3,000	" 30, " " 2 %
" 5,001—7,500	" " "	5,000	" 70, " " 3 %
" 7,501—10,000	" " "	7,500	" 150, " " 4 %
" 10,001—15,000	" " "	10,000	" 250, " " 5 %
" 15,001—20,000	" " "	15,000	" 500, " " 6 %
" 20,001 und mehr	" " "	20,000	" 800, " " 7 %

Was nun die Besteuerung der Aktiengesellschaften betrifft, ist folgendes zu bemerken:

Die Vermögenssteuer der Società per azioni wird erhoben in ragione dell' 1 ‰ per ogni contingente sul capitale azioni e sul fondo di riserva⁴⁾. Der

¹⁾ Abgedruckt bei Schanz, a. a. O., V, S. 459.

²⁾ Schanz, a. a. O., IV, S. 281.

³⁾ «Un contingente d'imposta è costituito dalla somma data dalla sostanza imponibile in ragione di un franco per mille.» Art. 2 della Legge sulle imposte cantonali (4 dicembre 1894).

⁴⁾ Anhang S. 242, Art. 5, § 1 und Anmerkung 1.

Vermögenssteuersatz ist also für Aktiengesellschaften der gleiche wie für physische Personen¹⁾.

Dagegen unterscheidet sich die Einkommensbesteuerung der Aktiengesellschaften von der der physischen Personen. Denn letztere werden, wie schon erwähnt, progressiv besteuert, während die Einkommenssteuer der Aktiengesellschaften proportional gestaltet ist. Der Einkommenssteuerfuss beträgt nämlich für die anonymen Erwerbsgesellschaften allgemein $2\frac{1}{2}$ % per Steuerkontingent. Es soll dadurch einer zu hohen Belastung der grösseren Gesellschaften, die infolge der scharfen Progression der Einkommenssteuer leicht eintreten könnte, vorgebeugt werden. Tatsächlich aber führt die proportionale Einkommensbesteuerung der Aktiengesellschaften zu einer empfindlichen Prägravation der kleineren Gesellschaften. Wenn nämlich für die Vermögenssteuer, wie es in den letzten Jahren regelmässig geschah, zwei Steuerkontingente ausgeschrieben werden, haben jene Korporationen als Einkommenssteuer 5 % «sulle somme ripartite a titolo di dividendo, di tantième e quelle portate in aumento di capitale, del fondo di riserva o d' altri fondi speciali» zu zahlen²⁾. Dagegen haben physische Personen in solchem Falle, wie wir sahen, zu zahlen, z. B. bei einem Einkommen von Fr. 5000 2.8 ‰³⁾, Fr. 10,000 5 ‰, Fr. 20,000 8 ‰.

Es unterliegen demnach alle Aktiengesellschaften, die weniger als Fr. 10,000 Erwerb zu versteuern haben, einer schärfern, und die mehr zu versteuern haben, einer milderer Besteuerung als die Privatpersonen. Dieses ist insofern von besonderer Bedeutung, als im Kanton Tessin die Zahl der kleineren Gesellschaften überwiegt. Nach dem «Prospetto della sostanza e della rendita imponibile delle Società per azioni e della relativa imposta anno 1904»⁴⁾ befanden sich unter den 55 im Kanton Tessin steuerpflichtigen Aktiengesellschaften 6 Gesellschaften, die keinen Gewinn gemacht hatten, 31 hatten einen steuerpflichtigen Erwerb von weniger als Fr. 10,000 aufzuweisen und nur 18, d. h. 31 % aller anonymen Erwerbsgesellschaften des Kantons hatten mehr als Fr. 10,000 Erwerb zu versteuern.

Das gesamte steuerpflichtige Vermögen dieser 55 Gesellschaften belief sich auf Fr. 14,826,100. Der steuerpflichtige Reinertrag bezifferte sich auf 1,231,600

¹⁾ Steiger irrt, wenn er sagt a. a. O., II, S. 399, dass die Aktiengesellschaften «proportionelle Vermögenssteuer von 0.1 ‰ (!) per Steuerkontingent» zu entrichten hätten.

²⁾ Anhang S. 242, Art. 5, § 1, Abs. 2.

³⁾ Nämlich nach obiger Progressivskala bei einem Steuerkontingent für die ersten Fr. 3000 = Fr. 30 und von dem Rest 2 ‰, das sind Fr. 40, zusammen Fr. 70. Das macht bei zwei Kontingenten Fr. 140 von Fr. 5000 oder 2.8 ‰.

⁴⁾ Conto Reso del Dipartimento delle Finanze, 1905, S. 52 ff.

Franken. Es wurden an Vermögenssteuer Fr. 29,652 und an Einkommenssteuer Fr. 61,580, von allen Gesellschaften also Fr. 91,232 an Steuern entrichtet. Da in demselben Jahre der Kanton an Vermögens- und Einkommenssteuer insgesamt Fr. 894,409 bezog¹⁾, so betrug der Anteil der Aktiengesellschaften am Gesamtsteuerertrag 10.2 0/0.

Natürlich sind die anonymen Erwerbsgesellschaften ausser der Vermögens- und Einkommenssteuer, wie alle Gewerbetreibenden, auch der Handels- und Gewerbesteuer (*tassa d'industria e commercio*) unterworfen. Es ist dieses eine Repartitionssteuer, deren jährlicher Gesamtertrag Fr. 70,000 beträgt²⁾.

Aus dem Gesagten dürfte zur Genüge hervorgehen, dass die Belastung der Aktiengesellschaften im Kanton Tessin verhältnismässig sehr gross ist. Dieselbe muss aber durch die gleichzeitig auch den Aktionären aufgelegten Steuern fast unerträglich werden. Die Gesellschafter haben nämlich ebenfalls ihr gesamtes Vermögen und Einkommen zu versteuern, und es steht ihnen weder für ihren Aktienbesitz noch für die bezogenen Dividenden irgend ein Steuerabzugsrecht zu, gleichviel, ob sie Anteilseigner einheimischer oder auswärtiger Gesellschaften sind.

Die Erkenntnis, dass die durch das Steuergesetz vom Jahre 1894 eingeführte gleichzeitige Besteuerung der Aktiengesellschaften und der Aktionäre namentlich für die mit geringem Gewinn arbeitenden Gesellschaften überaus rigoros ist, fehlt denn auch der Kantonsregierung keineswegs. Vielmehr hat dieselbe dem Volke seither bereits zwei Steuergesetzesentwürfe vorgelegt, welche, in dem Bestreben, eine gerechtere Verteilung der Steuerlast überhaupt zu bewirken, auch eine Reform der Aktiengesellschaftsbesteuerung bringen sollten. In dem ersten Entwurf vom 1. Februar 1902 war die Vermögensbesteuerung der Aktiengesellschaften im bisherigen Umfange beibehalten worden; dagegen sollte die Einkommenssteuer nunmehr auch für diese Korporationen progressiv gestaltet werden. Der Entwurf bestimmt nämlich: Die Einkommenssteuer beträgt pro Steuerkontingent bei einem Reingewinn bis 5 0/0 des einbezahlten Aktienkapitals 2 1/2 0/0.

Bei einem Reingewinn von

5—6 0/0 desselben	3 0/0
6—7 0/0 „	3 1/2 0/0
7—8 0/0 „	4 0/0
8—9 0/0 „	4 1/2 0/0
9—10 0/0 und mehr	5 0/0

Der progressive Steuerfuss sollte sich also gerechterweise nach dem relativen Ertrage, der in dem

¹⁾ Conto Reso del Dipartimento delle Finanze, 1905, S. 52 ff.

²⁾ Näheres siehe Schanz, a. a. O., IV, S. 278 ff.

Verhältnis des einbezahlten Aktienkapitals zur ausbezahlten Dividende zum Ausdruck kommt, richten, wie dieses schon im Jahre vorher von der Zürcher Handelskammer mit bezug auf die Steuerreform in Zürich vorgeschlagen worden war¹⁾.

Nachdem dieser Steuergesetzesentwurf in der Volksabstimmung am 2. November 1902 abgelehnt wurde, arbeitete die Regierung sofort einen neuen Entwurf aus. Derselbe stellte sich bezüglich der Besteuerung der Aktiengesellschaften im wesentlichen auf den Boden der abgelehnten Vorlage, mit dem einen Unterschied, dass der Minimalsteuersatz von 2 1/2 0/0 für die 5 0/0 des einbezahlten Aktienkapitals nicht übersteigenden Reinerträge fallen gelassen wurde. Der Steuerfuss sollte vielmehr fernerhin pro Steuerkontingent immer halb so viele Prozente betragen, als der Reingewinn Prozente des Aktienkapitals ausmache, ohne indessen die Höhe von 7 0/0 per Kontingent zu überschreiten²⁾.

Auch dieser Entwurf wurde nicht zum Gesetz erhoben; statt seiner kam vielmehr nur ein Vollziehungsgesetz «*Legge di procedura in materia tributaria*» (24 maggio 1905) zu stande. Dieses Gesetz führte den Deklarationszwang ein, und zwar sind die physischen Personen gehalten, alle drei Jahre aufs neue zu deklarieren, während die Aktiengesellschaften alljährlich der Steuerbehörde ihre Bilanz vorlegen müssen.

Jedenfalls ist es zu bedauern, dass die beabsichtigte Besteuerung der Aktiengesellschaften nach der Höhe der zur Verteilung gelangenden Prozente des Aktienkapitals nicht zur Durchführung gekommen ist, da auf diesem Wege eine gerechte Belastung der anonymen Erwerbsgesellschaften am sichersten zu erreichen sein würde. Doch erscheint es nicht ausgeschlossen, dass die jetzt abgelehnten Vorschläge, namentlich da diese inzwischen bei verschiedenen Kantonen Anklang gefunden haben, wiederkommen und angenommen werden.

B. Besteuerung allein der Aktiengesellschaften, nicht der Aktionäre.

Grösser als die Zahl jener Kantone, die sowohl die Aktiengesellschaften als auch die Aktionäre den Subjektsteuern unterwerfen, ist die Zahl der Kantone,

¹⁾ Siehe unten S. 201.

²⁾ «L'imposta sulla rendita delle Società contemplate all' art. 8 si paga sul reddito netto, in ragione percentuale fra detto reddito ed il capitale versato, in modo che se questa ragione è dell' uno per cento, l'imposta è pagata, per ogni contingente, nel mezzo per cento sopra detto reddito, nell' uno per cento se del due per cento; nell' uno e mezzo per cento se del tre per cento, e così di seguito, in modo però che non si abbia ad eccedere il sette per cento per ogni contingente.» Art. 11.

welche zwar die Aktiengesellschaften allgemein subjektsteuerpflichtig machen, dagegen die Aktionäre dieser Gesellschaften bezüglich der Aktien und Dividenden steuerfrei lassen.

Wir beginnen mit der Darstellung der die Aktiengesellschaften betreffenden steuerrechtlichen Verhältnisse derjenigen Kantone, die das einfachste Steuersystem haben. Es sind dieses die Kantone Schwyz und Nidwalden, welche beide weder die allgemeine noch eine partielle Einkommenssteuer kennen.

1. Kanton Schwyz.

Zufolge Gesetz vom 10. Oktober 1854¹⁾ kommen im Kanton Schwyz nur eine allgemeine Vermögenssteuer, eine Kopfsteuer und eine Kapitalsteuer zur Erhebung. Die *Vermögenssteuer* wird von allem beweglichen und unbeweglichen Vermögen nach Abzug der Schulden erhoben. Das Grundeigentum kommt hierbei nur zu $\frac{7}{8}$ «auf der Grundlage eines billigen Verkaufswertes» in Anschlag. Der Steuerfuss, der jährlich festgesetzt wird, ist proportional. Er beträgt pro 1906 zwei vom Tausend.

Die *Kopfsteuer* wird von jedem volljährigen, männlichen Kantonseinwohner erhoben, und zwar beträgt die Kopfsteuer so viel Franken als pro mille Vermögenssteuer ausgeschrieben werden.

Die *Kapitalsteuer* ist eine Ergänzung der Vermögenssteuer. Sie wird von allen Renten und Pensionen, sofern der jährliche Betrag derselben Fr. 100 übersteigt, in der Weise erhoben, dass der Betrag der Renten und Pensionen mit zehn vervielfältigt wird, und die sich ergebende Summe als Vermögen versteuert wird.

Das im allgemeinen noch geltende Gesetz vom Jahre 1854 trifft bezüglich der Besteuerung der Aktiengesellschaften keine besonderen Bestimmungen, sondern es sagt im § 10 nur: «Korporationen (Genossamen) versteuern bei Erhebung von Kantons- und Bezirkssteuern ihr Vermögen da, wo ihre Verwaltungsbehörde regelmässig ihre Versammlungen hält.» Auch in dem Steuerartikel § 14 der Verfassung vom 11. Juni 1876 wird die Steuerpflicht der Erwerbsgesellschaften nur allgemein ausgesprochen: «Alle Einwohner des Kantons, sowie alle Korporationen, Handels- und Erwerbsgesellschaften unterliegen nach Anleitung des Gesetzes der Steuerpflicht für die Bedürfnisse der allgemeinen Wohlfahrt.» Da sich diese Bestimmungen als unzulänglich erwiesen²⁾, wurde die Besteuerung der Aktiengesellschaften durch das «Gesetz betreffend die Besteuerung von Trans-

portanstalten, Warenlagern, Warenniederlagen und dergleichen vom 19. Oktober 1890¹⁾ geregelt. Doch sind auch die in diesem Gesetz enthaltenen Bestimmungen über die Aktiengesellschaftsbesteuerung äusserst dürftig. Die Aktiengesellschaften unterliegen danach der Vermögenssteuer, und zwar ist als Vermögen «derjenige Wert der Aktien zu versteuern, welcher nach dem Ertrag und Tageskurs derselben ausgemittelt wird. Gleichzeitig sind auch die einem solchen Unternehmen zustehenden Spezialfonds zu versteuern»²⁾.

Der Aktionäre wird weder in dem in Rede stehenden Gesetz noch im allgemeinen Staatssteuergesetz gedacht. Laut Mitteilung der Finanzdirektion sind die Inhaber von Aktien kantonaler Gesellschaften mit ihrem Aktienbesitz der Vermögenssteuer nicht unterworfen. Eine Doppelbesteuerung greift also für die einheimischen Anteilseigner nicht Platz. Und da die Vermögenssteuer proportional ist, findet auch dadurch keine verschärfte Besteuerung statt, dass die Gesellschaftsanteile nicht bei den einzelnen Aktionären, sondern in ihrer Gesamtheit bei der Aktiengesellschaft besteuert werden.

Der einzige Übelstand dieses Steuersystems, der bei der Anwendung von Subjektsteuern auf die Aktiengesellschaften aber nie vollständig zu vermeiden sein wird, besteht darin, dass der ausserkantonale Aktionär, der Aktien und Dividenden wahrscheinlicherweise an seinem persönlichen Domizil versteuern muss, doppelt besteuert wird.

Nicht am Steuersystem, sondern an den Veranlagungsvorschriften liegt es, wenn die Aktiengesellschaften selbst, ähnlich wie in Baselland, in bezug auf einzelne Vermögensobjekte einer Doppelbesteuerung unterliegen. Denn bei der Vermögensbesteuerung einer Aktiengesellschaft nach dem Kurswert der Aktien werden auch deren Fonds von der Steuer getroffen, während dieselben im vorliegenden Falle neben dem nach «Ertrag und Tageskurs» ausgemittelten Vermögen noch besonders versteuert werden müssen. Derartige Bestimmungen müssen natürlich dazu führen, dass die Ansammlung von Reserven, die begünstigt werden sollte, gehemmt wird.

2. Kanton Nidwalden.

Die Besteuerung der Aktiengesellschaften wurde im Kanton Nidwalden bereits durch den Artikel 24 der Verfassung vom Jahre 1877 angeregt. Derselbe lautet: «Alle Kantonsbürger und Kantonseinwohner, alle Korporationen, Gesellschaften und Vereine haben

¹⁾ Abgedruckt bei Schanz, a. a. O., V, S. 291 ff.

²⁾ Laut Mitteilung der Finanzdirektion.

¹⁾ Anhang S. 240.

²⁾ Anhang S. 240, § 1.

an die Staats- und Gemeindelasten die gesetzlichen Beiträge möglichst gleichmässig nach ihrem Vermögen zu entrichten.» «Über den Umfang der Steuerpflicht und die Einführung mässiger Kopfsteuern und indirekter Steuern wird ein Gesetz das Weitere bestimmen.»

Das hier verheissene Gesetz wurde am 27. April 1879 erlassen¹⁾. Nach diesem jetzt noch gültigen Steuergesetz besteht in Nidwalden eine allgemeine Vermögenssteuer, die in Ermangelung einer allgemeinen Erwerbssteuer durch eine Kopfsteuer ergänzt wird. Der alljährlich festzusetzende Steuerfuss ist proportional. Er beträgt für das Jahr 1906 $1\frac{1}{2}\text{‰}$.

Die Besteuerung der Aktiengesellschaften wäre auf Grund dieses Gesetzes schon möglich gewesen, denn nach § 3 desselben sind Steuern zu entrichten: «Vom beweglichen und im Kanton befindlichen unbeweglichen Vermögen aller Einwohner, Korporationen, Gesellschaften, Bruderschaften oder Genossenschaften, welche im Kanton ihr Domizil haben oder ein Gewerbe betreiben.» Dennoch liess man die Aktiengesellschaften steuerfrei und besteuerte statt dessen die einzelnen Aktionäre²⁾. Im Jahre 1893 sah man sich dann veranlasst, durch das «Gesetz betreffend Ergänzung und teilweise Abänderung des Steuergesetzes vom 27. April 1879» die Steuerpflicht der Aktiengesellschaften ausdrücklich auszusprechen. Dieses Gesetz erlitt eine kleine Abänderung durch das «Gesetz betreffend die Besteuerung von Aktien und Aktiengesellschaften vom 28. April 1895»³⁾.

Hiernach unterliegen die im Kanton Nidwalden domizilierten Aktiengesellschaften der allgemeinen Vermögenssteuer. Als Vermögen sind die Totalsumme des einbezahlten Aktienkapitals, der Reservefonds und die übrigen Vermögensteile nach ihrem wirklichen Wert als Einheit zu versteuern³⁾.

Die Aktionäre kantonaler Gesellschaften haben, wie aus der Fassung des Gesetzes deutlich hervorgeht, ihre Aktien nicht mehr zu versteuern⁴⁾. Dagegen sind die Aktien von Unternehmungen, welche ausserhalb des Kantons betrieben werden, von den im Kanton Nidwalden domizilierten Aktionären nach dem «wirklichen Wert» zu versteuern. Nach dem Gesetz vom 15. Mai 1893 mussten diese Aktien nach ihrem Nominalwert versteuert werden. Als wirklicher Wert gilt der zwanzigfache Betrag der im vorange-

gangenen Jahre bezogenen Dividende¹⁾. Diese Berechnungsweise des Aktienwertes erscheint deshalb als empfehlenswert, weil die Steuerveranlagung dadurch sehr einfach gestaltet wird und die Einschätzung von allen Börsenspekulationen unbeeinflusst bleibt. Desgleichen wird die Willkür, welche mit der Versteuerung der Aktien nach dem im Laufe eines Jahres oft um mehr als 20% schwankenden Tageskurse immer verbunden ist, vermieden.

Besondere Schwierigkeiten bietet also die Besteuerung der Aktiengesellschaften im Kanton Nidwalden ebensowenig wie im Kanton Schwyz. Es erklärt sich dieses aus dem einfachen Steuersystem, welches in diesen Kantonen besteht, und das finanzwissenschaftliche Probleme irgendwelcher Art kaum aufkommen lässt.

3. Kanton Thurgau.

Ein mehr entwickeltes Steuersystem als die beiden vorgenannten Kantone hat der Kanton Thurgau. Die Struktur der direkten Steuern dieses Kantons bietet ein typisches Beispiel für die eingangs geschilderte, in der Schweiz weitverbreitete Verbindung von allgemeiner Vermögenssteuer und allgemeiner Erwerbssteuer. Die rechtliche Grundlage beider Steuern bildet das «Gesetz betreffend den Bezug einer allgemeinen Vermögens- und Einkommenssteuer vom 6. März 1849»²⁾.

Nach Massgabe desselben wird im Kanton Thurgau eine proportionale Vermögenssteuer von dem nach Abzug der Schulden ermittelten Gesamtwert des beweglichen und unbeweglichen Vermögens erhoben. Daneben kommt eine allgemeine progressive Erwerbssteuer zur Erhebung. Derselben unterliegt jeglicher Erwerb nach Abzug von 4% der als Vermögen versteuerten, im Handel und Gewerbe angelegten Kapitalien. Der Steueransatz wird jährlich festgesetzt. Er beträgt für das Jahr 1906 $1\frac{3}{4}\text{‰}$. Wenn der Steueransatz vom Vermögen eins vom Tausend ist, so tragen die Erwerbssteuersätze bei einem Erwerb von

unter Fr. 200	. . .	Fr. —	35
Fr. 211—400	. . .	„	— 55
„ 401—600	. . .	„	1. —
„ 601—800	. . .	„	2. —
„ 801—1100	. . .	„	4. —
„ 1101—1400	. . .	„	6. —
„ 1401—1700	. . .	„	10. —
„ 1701—2000	. . .	„	16. —
„ 2001—2300	. . .	„	23. —
„ 2301—2600	. . .	„	30. —

¹⁾ Abgedruckt bei Schanz, a. a. O., V, S. 231 ff.

²⁾ Laut Mitteilung der Finanzdirektion.

³⁾ Anhang S. 238.

⁴⁾ Steiger, a. a. O., II, S. 393 bemerkt, dass auch Aktien von Unternehmungen «innerhalb des Kantons laut Mitteilung der Finanzdirektion» zu versteuern seien. Dagegen teilte mir die Finanzdirektion auf spezielle Anfrage hin mit, dass diese Aktien steuerfrei seien. Die kantonale Steuerpraxis scheint also zu schwanken.

¹⁾ Anhang S. 239.

²⁾ Abgedruckt bei Schanz, a. a. O., S. 350 ff.

Übersteigt das Einkommen den Betrag von Fr. 2600, so werden von je weiteren Fr. 100 $1\frac{1}{2}\%$ bezahlt.

Das Gesetz vom Jahre 1849 konnte bereits auf die Aktiengesellschaften angewandt werden, wenn dieselben auch nicht ausdrücklich in demselben genannt worden waren. Doch geschah dieses laut Mitteilung der Finanzdirektion nicht, selbst dann nicht, als bei der Verfassungsrevision vom Jahre 1869 die Steuerpflicht der Erwerbsgesellschaften ausdrücklich festgelegt wurde¹⁾. Die Besteuerung der Aktiengesellschaften wurde vielmehr erst im Jahre 1895, als ein neuer Chef das Finanzdepartement übernahm, durchgeführt. Die seither bei der Aktiengesellschaftsbesteuerung zur Anwendung gelangenden Grundsätze wurden durch das allgemeine Steuergesetz vom 3. Juli 1898 sanktioniert.

Dieses Gesetz ergänzt das bisherige Steuersystem durch eine Personalsteuer und gestaltet auch die Vermögenssteuer progressiv, soweit letztere sich nicht auf den Grundbesitz erstreckt, der stets nur mit dem einfachen Steueransatz der Vermögenssteuer unterliegt. Für alle anderen Vermögensteile sind, wenn der einfache Steueransatz eins vom Tausend beträgt, zu entrichten:

Für Vermögen

bis Fr. 80,000	. . .	1 ‰
über „ 80,000—120,000	. . .	1.1 ‰
„ „ 120,000—200,000	. . .	1.2 ‰
„ „ 200,000—300,000	. . .	1.4 ‰
„ „ 300,000—400,000	. . .	1.6 ‰
„ „ 400,000—500,000	. . .	1.8 ‰
„ „ 500,000	. . .	2 ‰

Auch die Progression der allgemeinen Erwerbsteuer ist geändert worden. Nach dem neuen Gesetz sind bei einfachem Steueransatz zu zahlen:

Bei einem Erwerb von Fr. 601—1200	0.3 ‰
„ „ „ „ 1201—1800	0.4 ‰
„ „ „ „ 1801—2400	0.5 ‰
„ „ „ „ 2401—3000	0.6 ‰

und bei je weiteren Fr. 1000 steigt der Steuerfuss um 0.1 ‰ bis zur Höhe von 1.5 ‰ bei Einkommen von Fr. 11,001 und mehr.

Einstweilen gelangt jedoch noch das Gesetz vom Jahre 1849 zur Anwendung, da man zur Durchführung des Gesetzes von 1898 eines neuen Liegenschaftskatasters bedarf, dessen Herstellung unverhältnismässig viel Zeit in Anspruch nimmt²⁾. Nur hinsichtlich der Besteuerung der Aktiengesellschaften finden

die Bestimmungen des neuen Gesetzes entsprechend der schon seit 1895 bestehenden Praxis Anwendung. Die Aktiengesellschaftsbesteuerung wird sich daher mit dem Inkrafttreten des Steuergesetzes vom Jahre 1898 nur insoweit ändern, als eine neue Taxation der Liegenschaften platzgreift, und die Vermögens- und Erwerbsteuer in den oben angeführten progressiven Sätzen erhoben werden. Die Aktiengesellschaften bleiben daher nach wie vor vermögens- und erwerbsteuerpflichtig. Der Vermögenssteuer ist alles bewegliche und unbewegliche Vermögen der Gesellschaften nach Abzug der Schulden unterworfen. Der Erwerbsteuer unterliegt der gesamte Reinertrag abzüglich 4 ‰ des bereits versteuerten Vermögens¹⁾.

Dagegen sind die Aktionäre weder für ihren Aktienbesitz noch für die bezogenen Dividenden vermögens-, beziehungsweise erwerbsteuerpflichtig. Dieses gilt auch von den Anteilseignern auswärtiger Gesellschaften, sofern nur diese Gesellschaften in der Schweiz domiziliert und am Orte ihres Gewerbebetriebs steuerpflichtig sind²⁾. Letztere Bestimmung, die der Kanton Schaffhausen schon im Jahre 1879, leider vergeblich, einzuführen versuchte, ist recht beachtenswert, da dadurch eine interkantonale Doppelbesteuerung, die in einem Bundesstaate immer wenig erfreulich ist, vermieden wird.

Es besteht somit im Kanton Thurgau nur eine Steuerpflicht der Inhaber von Aktien nichtschweizerischer Gesellschaften. Diese haben ihre Aktien zum Kurswert als Vermögen zu versteuern. Entsprechend dem Steuersystem ist auch die Dividende, sofern diese 4 ‰ des versteuerten Kurswertes übersteigt, als Einkommen zur Versteuerung zu bringen²⁾.

Obwohl nun, wie erwähnt, die im Thurgau domizilierten Aktionäre schweizerischer Gesellschaften keiner Doppelbesteuerung unterliegen, sind sie doch fast regelmässig einer verschärften Besteuerung unterworfen. Nämlich dann, wenn, wie dieses z. B. im Kanton Thurgau selbst der Fall ist, die Vermögens- und die Erwerbsteuer, der die Aktiengesellschaften unterliegen, progressiv sind. Denn auf die Gesamtheit des Vermögens und Erwerbs einer Aktiengesellschaft wird wohl stets ein höherer Steuerfuss Anwendung finden als auf Vermögen und Erwerb des einzelnen Aktionärs. Bei letzterem kann aber auch infolge des bei der Berechnung seines steuerpflichtigen Vermögens und Erwerbs gestatteten Abzugs der Aktien und Dividenden unter Umständen die Progression gemindert werden. Es gilt dieses nicht nur vom Kanton Thurgau, sondern von allen nachfolgenden Kantonen,

¹⁾ Vergl. Schanz, a. a. O., II, S. 277.

²⁾ Laut Mitteilung der Finanzdirektion wird das Gesetz vom 3. Juli 1898 zum 1. Januar 1907 in Kraft erklärt werden.

¹⁾ Anhang S. 242, §§ 3b und 8a.

²⁾ Laut Mitteilung der Finanzdirektion; aus dem Gesetz selbst geht dieses nicht hervor. Siehe Anhang S. 242.

welche die Besteuerung der Aktiengesellschaften im Rahmen einer progressiven Vermögens- und Erwerbssteuer nach ähnlichen Grundsätzen durchführen wollen.

4. Kanton Uri.

Direkte Staatssteuern werden dauernd im Kanton Uri erst seit dem Erlass des Steuergesetzes vom 6. Juni 1875 erhoben ¹⁾. Diesem Gesetz zufolge kamen in Uri eine allgemeine Vermögenssteuer, eine allgemeine Erwerbssteuer und eine Kopfsteuer zur Erhebung. Vermögens- und erwerbssteuerpflichtig waren im allgemeinen alle im Kanton domizilierten physischen und nichtphysischen Personen. Der Vermögenssteuer unterlag nach Abzug der Schulden alles bewegliche und unbewegliche Vermögen. Die Erwerbssteuer wurde vom gesamten Erwerb nach Abzug von 5 % der bereits als Vermögen versteuerten Betriebskapitalien erhoben. Beide Steuern waren proportional. Der Steuerfuss für die Vermögens- und Erwerbssteuer wurde jährlich in dem Verhältnis von 1 ‰ zu ½ % festgesetzt.

Die Aktiengesellschaften unterlagen nach dem Gesetz von 1875 der Vermögens- und Erwerbssteuer; doch fehlten nähere Bestimmungen über den Umfang der Steuerpflicht der Aktiengesellschaften und der Aktionäre. Diese brachte das Gesetz vom 2. Mai 1886 ²⁾. Dasselbe baut das Steuergesetz vom Jahre 1875 weiter aus. Die Vermögens- und Erwerbssteuer sind nunmehr progressiv gestaltet, und der bisher bei der Berechnung des steuerpflichtigen Erwerbs gestattete Abzug von 5 % der als Vermögen versteuerten, in Handel und Industrie angelegten Kapitalien ist auf 4 ‰ herabgesetzt worden. Der einfache Steueransatz beträgt ½ ‰ ³⁾, und zwar sind pro Steuereinheit zu entrichten:

Für die Vermögen von Fr.	2,001—30,000	0.5 ‰
" " " " "	30,001—50,000	0.6 ‰
" " " " "	50,001—80,000	0.7 ‰
" " " " "	80,001—100,000	0.8 ‰
" " " " "	100,001—400,000	wird der Ansatz für je Fr. 50,000 Vermögen um 0.1 ‰ erhöht bis zur Höhe von 1½ ‰ für Vermögen über Fr. 400,000.

Der einfache Erwerbssteueransatz beträgt ¼ %.

Ein Erwerb bis und mit Fr. 1000 bezahlt	0.25 ‰
" " von Fr. 1001—2000	" 0.35 ‰
" " " " 2001—3000	" 0.45 ‰
" " " " 3001—4000	" 0.6 ‰

¹⁾ Abgedruckt bei Schanz, a. a. O., III, S. 175 ff.

²⁾ Abgedruckt bei Schanz, a. a. O., V, S. 374 ff.

³⁾ Seit Annahme des Gesetzes kam stets der einfache Steueransatz zur Erhebung. Ein höherer Satz kann nur mit Bewilligung der Landsgemeinde erhoben werden. Vergl. Steiger, a. a. O., II, S. 55.

und für je weitere Fr. 1000 Erwerb erhöht sich der Steuerfuss um 0.2 % bis zur Höhe von 2 % für Erwerb von mehr als Fr. 10,000.

Was nun die Besteuerung der Aktiengesellschaften, beziehungsweise der Aktionäre betrifft, bestimmt das in Rede stehende Gesetz, dass diese Gesellschaften die Totalsumme des einbezahlten Aktienkapitals, den Reservefonds und die übrigen Vermögensteile als Einheit der Vermögenssteuer zu unterwerfen haben, wogegen die im Kanton wohnhaften Eigentümer von Aktien kantonaler Gesellschaften ihre Gesellschaftsanteile bei der Versteuerung ihres persönlichen Vermögens in Abzug zu bringen berechtigt sind ¹⁾.

Ähnlich sind die die Erwerbssteuer betreffenden Bestimmungen, wonach der Erwerb eines Aktienunternehmens «samthalt zu versteuern ist» ²⁾. Der Aktionär braucht die bezogenen Dividenden, sofern dieselben einer einheimischen Gesellschaft entstammen, nicht noch einmal zu versteuern, denn das Gesetz betont ausdrücklich, dass die Teilung des Erwerbs eines Aktienunternehmens zu Steuerzwecken unstatthaft sei ²⁾.

Wenig begründet erscheint die steuerrechtliche Vorschrift, die auf die Aktionäre auswärtiger Gesellschaften Anwendung findet. Nach Artikel 7 des genannten Gesetzes sind nämlich Werttitel aller Art zum *Nennwert* zu versteuern ³⁾. Begünstigt werden also die Inhaber von Aktien, die hoch im Kurse stehen, während diejenigen, die niedrig notierende Aktien besitzen, im Nachteil sind.

5. Kanton Graubünden.

Im Kanton Graubünden wurden bis zum Inkrafttreten des jetzt geltenden Steuergesetzes vom 28. August 1881 die Aktiengesellschaften nicht der Vermögenssteuer unterworfen. Diese war vielmehr von den Aktionären nach dem Kurswert ihrer Aktien zu entrichten. Das Steuergesetz vom 23. Juli 1866 bestimmte nämlich in § 11, Absatz 5: «Aktien und Obligationen von industriellen und kommerziellen Unternehmungen, sei es in oder ausser dem Kanton, und mögen solche ein Miteigentumsrecht an Grundstücken und Gebäulichkeiten einschliessen oder nicht, sind als Kapitalien anzusehen und von ihren Eigentümern als Anteilhaber nach dem Kurswerte zu versteuern, wogegen auf Aktien gegründete Unternehmungen obbezeichneter Art im Kanton als solche keine Vermögenssteuer zu bezahlen haben.»

Dagegen hatten die Aktiengesellschaften ihren Reinertrag der allgemeinen *Erwerbssteuer* zu unterwerfen, von welcher dementsprechend die Aktionäre

¹⁾ Anhang S. 242f., Art. 5.

²⁾ Ebenda S. 243, Art. 12.

³⁾ Ebenda S. 243, Art. 7.

hinsichtlich der bezogenen Dividenden befreit blieben. Dem Wesen dieses Steuersystems gemäss aber musste natürlich auch bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Reinertrags der Aktiengesellschaften ein Abzug für das bei den Aktionären bereits der Vermögenssteuer unterliegende Betriebskapital gestattet sein. Zu diesem Zwecke bestimmte das oben genannte Gesetz in § 13, Absatz 2: « Auf Aktien gegründete, industrielle und kommerzielle Unternehmungen haben den abzuziehenden Zins des Betriebskapitals nach dem Kurswert ihrer von den einzelnen Eigentümern als Vermögen versteuerten Aktien und Obligationen zu berechnen. » Diese eigenartige Teilung der Steuer zwischen Aktionär und Gesellschaft erklärt sich daher, dass die Vermögenssteuer proportional, die Erwerbssteuer dagegen progressiv war. Der Fiskus hatte deshalb ein Interesse daran, den progressiven Erwerbssteuerfuss auf den ungeteilten Ertrag der Aktiengesellschaft anzuwenden.

Es lag nahe, den gleichen Weg bezüglich der Vermögenssteuer einzuschlagen, als diese durch das Gesetz von 1881¹⁾ ebenfalls progressiv gestaltet wurde. Und das geschah auch. Das genannte Gesetz statuiert ausdrücklich die Vermögens- und Erwerbssteuerpflicht der Aktiengesellschaften²⁾.

Die Vermögenssteuer ist in der Weise progressiv, dass nur der Mehrbetrag in die höhere Klasse fällt. Für Vermögen bis Fr. 20,000 wird der einfache Ansatz erhoben. Für Vermögen von Fr. 20,001—320,000 wird der Steueransatz per Fr. 30,000 um $\frac{1}{10}$ erhöht, so dass für Vermögen über Fr. 320,000 der doppelte Ansatz zu entrichten ist.

Der Erwerbssteuer unterliegt jeder Erwerb nach Abzug der Unkosten und 4% der bereits der Vermögenssteuer unterliegenden Kapitalien. Wenn der Steuerfuss vom Vermögen $1\frac{0}{100}$ ist, beträgt der Erwerbssteuerfuss:

Für Erwerb bis Fr. 800	$\frac{1}{4}\frac{0}{100}$
„ „ von „ 800—1500	$\frac{1}{2}\frac{0}{100}$
„ „ „ „ 1500—2000	$1\frac{0}{100}$

Von Fr. 2000—5000 wird der Steueransatz für je Fr. 1000 und für Erwerb von Fr. 5000—7000 für je Fr. 500 um $\frac{1}{2}\%$ erhöht. Für Erwerb von Fr. 7000 bis 12,000 beträgt der einfache Steuersatz 5% und für grössere Beträge $5\frac{1}{2}\%$.

Der Steuerfuss für Vermögen und Erwerb wird jährlich im Verhältnis von $1\frac{0}{100}$ zu $\frac{1}{4}\frac{0}{100}$ festgesetzt. Der Ansatz pro 1905/06 beträgt $2\frac{0}{100}$ ³⁾.

¹⁾ Abgedruckt bei Schanz, a. a. O., V, S. 189 ff.

²⁾ Anhang S. 237, §§ 2, Abs. 2, 5 und 16.

³⁾ Während das Steuerjahr in den meisten Kantonen am 1. Januar anfängt, beginnt es im Kanton Graubünden am 1. Oktober.

Die Aktiengesellschaften unterliegen also, wie erwähnt, der Vermögens- und Erwerbssteuer in vollem Umfange; dagegen sind die Aktionäre mit bezug auf Aktien und Dividenden steuerfrei. Dieses gilt aber nicht nur für die Anteilseigner kantonaler Aktiengesellschaften, sondern auch für die Aktionäre auswärtiger Gesellschaften. Die Kantonseinwohner, welche Aktien einer in einem andern Kanton oder im Ausland domizilierten Gesellschaft besitzen, brauchen diese Aktien in Graubünden nicht zu versteuern, wenn sie den Beweis dafür erbringen, dass die betreffende Gesellschaft am Orte ihrer Niederlassung zur Steuer herangezogen wird. Der Wert solcher Aktien wird als Betriebsfonds im Sinne des § 2, Ziffer 1, des in Rede stehenden Steuergesetzes angesehen und behandelt¹⁾. Es heisst daselbst: « Der Vermögenssteuer ist unterworfen: Alles bewegliche und unbewegliche Vermögen, mit Ausnahme der Betriebsfonds, soweit solche nachweisbar anderwärts besteuert werden. »

Eine Steuerpflicht der Aktionäre besteht also nur für Anteile an solchen Gesellschaften, die in ihrem Domizilkanton nicht steuerpflichtig sind. Die Aktien solcher Unternehmungen sind vom Eigentümer zum Kurswert als Vermögen zu versteuern²⁾. Doch dürfte diese Bestimmung heute wenig praktische Bedeutung mehr haben, da sowohl in allen Kantonen der Schweiz wie auch in den Nachbarstaaten die Aktiengesellschaften steuerpflichtig sind.

Die Steuerfreiheit der Aktionäre ist somit in Graubünden noch weiter ausgedehnt wie im Kanton Thurgau, wo, wie erwähnt, nur die Aktionäre der innerhalb der Schweiz domizilierten ausserkantonalen Gesellschaften steuerfrei sind. Eine Doppelbesteuerung der Aktionäre ist bei der Anwendung dieses Steuermodus vollständig ausgeschlossen. Erreicht wird das allerdings nur dadurch, dass der Kanton auf sein wohlbegründetes Steuerrecht gegenüber den Anteilseignern ausserkantonaler Aktiengesellschaften verzichtet. Es kann unter diesen Umständen z. B. der Fall eintreten, dass ein im Kanton Graubünden domizilierter Rentner, der sein ganzes Vermögen in Aktien auswärtiger Gesellschaften angelegt hat, ausser einem Franken Kopfsteuer nicht einen Rappen an direkten Staatssteuern zu entrichten hat. Wenn alle Glieder eines Bundesstaates eine derartige Praxis mit bezug auf die im Bereich des Bundesgebiets gelegenen Aktiengesellschaften ausüben, so ist das vielleicht zu billigen. Als zu weitgehend aber darf wohl die Steuer-

¹⁾ Laut Mitteilung der Finanzdirektion; vergl. auch § 16 des betreffenden Gesetzes; Anhang S. 237.

²⁾ Anhang S. 237, § 16.

freiheit bezeichnet werden, die sich auf die Aktien ausländischer Gesellschaften erstreckt.

6. Kanton Schaffhausen.

Auch im Kanton Schaffhausen begnügte man sich anfänglich, wie in so manchem andern Kanton, mit der Besteuerung der Aktionäre und liess die Aktiengesellschaften steuerfrei. Steuerpflichtig wurden diese Gesellschaften erst mit der Einführung des Gesetzes über die direkten Steuern vom 29. September 1879¹⁾. Dieses noch heute in Geltung befindliche Gesetz sieht zur Deckung der Staatsausgaben, soweit die indirekten Steuern und anderweitige Einkünfte nicht ausreichen, eine Vermögenssteuer, eine Erwerbssteuer und eine Personalsteuer vor. Der Vermögenssteuer ist alles bewegliche und unbewegliche Vermögen nach Abzug der Schulden unterworfen. Die Erwerbssteuer wird erhoben vom gesamten Reineinkommen aller im Kanton domizilierten physischen und nichtphysischen Personen nach Abzug von 5 % des der Vermögenssteuer unterliegenden Betriebskapitals. Der einfache Steueransatz vom Vermögen beträgt 1 ‰ und vom Erwerb 1 %. Entsprechend diesem Verhältnis wird der Steuerfuss jährlich festgesetzt. Für das Jahr 1906 wird der einfache Steuersatz erhoben. Eine beachtenswerte Eigentümlichkeit ist, dass behufs Berechnung der Progression die proportional vom Vermögen und Erwerb berechnete Steuer zusammengezählt und der sich ergebende Betrag mit folgenden Zuschlägen belegt wird:

Die ersten Fr. 25 Steuer zahlen keinen Zuschlag, die folgenden Fr. 26—100 zahlen für je Fr. 25 einen Zuschlag von 5 ‰, die folgenden Fr. 101—300 zahlen für je Fr. 50 einen Zuschlag von 5 ‰, die folgenden Fr. 301—500 zahlen für je Fr. 100 einen Zuschlag von 5 ‰ und für den Mehrbetrag von über Fr. 500 ist ein Zuschlag von 50 ‰ zu entrichten.

Die Aktiengesellschaften unterliegen sowohl der Vermögenssteuer wie auch der allgemeinen Erwerbssteuer in vollem Umfange²⁾. Als Vermögen der Gesellschaft werden das einbezahlte Aktienkapital und der Reservefonds angesehen³⁾. Wird ein Verlust des Aktienkapitals nachgewiesen, so wird der betreffende Betrag bei der Berechnung des Steuerkapitals in Abzug gebracht. Desgleichen dürfen die in Schaffhausen domizilierten Aktiengesellschaften, welche ausserhalb des Kantons, jedoch im Gebiete der Eidgenossenschaft

Filialen haben, den Wert der ausserhalb des Kantons gelegenen Liegenschaften von dem Steuerkapital abziehen. Dagegen ist das übrige Vermögen solcher Filialen im Kanton Schaffhausen zu versteuern¹⁾.

Ähnlich wie in Uri und Nidwalden wird also nach Schaffhauser Steuerrecht bei Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens der Aktiengesellschaften nicht wie bei den physischen Personen der Wert der Liegenschaften und des beweglichen Vermögens im einzelnen nach Abzug der Schulden festgestellt, sondern es wird ohne Rücksicht auf die einzelnen Vermögenobjekte einfach angenommen, dass das Vermögen der Aktiengesellschaft dem Aktienkapital und Reservefonds entspreche. Die Durchführung dieser Steuervorschrift ist einfach gegenüber solchen Gesellschaften, deren Aktiva sich sämtlich innerhalb des Kantons befinden. Dagegen sind Steuerkonflikte unvermeidlich, falls eine Aktiengesellschaft z. B. eine Liegenschaft ausserhalb des Kantons besitzt, da der Wert der letzteren, wie erwähnt, von dem Steuerkapital nur in Abzug gebracht werden darf, wenn mit der Liegenschaft gleichzeitig eine Filiale verbunden ist. Nach ständiger Praxis des Bundesgerichts steht aber das Recht der Besteuerung von Liegenschaften und des daraus fliessenden Einkommens ausschliesslich demjenigen Kanton zu, in welchem sich die Liegenschaft befindet. Der Kanton Schaffhausen hat sich deshalb in Fällen der erwähnten Art vergeblich bemüht, die in Rede stehende Steuervorschrift aufrecht zu erhalten²⁾.

Dennoch ist der Anteil der Aktiengesellschaften an dem Gesamtsteueraufkommen des Kantons ganz erheblich. Dieses erhellt aus folgenden Angaben, die leider nur für wenige Kantone zu erlangen waren. Sämtliche im Kanton Schaffhausen domizilierten Aktiengesellschaften hatten pro 1904 an Staatssteuern Fr. 57,038 zu entrichten, während die Steuerleistung der übrigen Steuerpflichtigen sich auf Fr. 347,378 belief. Der Anteil der Aktiengesellschaften am Gesamtsteuerertrag betrug also 14 ‰.

Die Aktionäre sind für ihre Anteile an im Kanton Schaffhausen domizilierten Aktiengesellschaften steuerfrei. Dagegen gehören die Aktien ausserkantonaler Gesellschaften zum steuerbaren Vermögen des Aktionärs. Der Entwurf zu dem Steuergesetz von 1879 schlug, wie an anderer Stelle schon erwähnt, vor, auch den Aktionär ausserkantonaler Gesellschaften steuerfrei zu lassen, sofern es sich um Aktien solcher schweizerischer Gesellschaften handle, die am Orte ihres Gewerbebetriebes steuerpflichtig seien. Die

¹⁾ Abgedruckt bei Schanz, a. a. O., V, S. 255 ff.

²⁾ Anhang S. 239, Art. 9 des Steuergesetzes vom 29. September 1879.

³⁾ Ebenda Art. 10. Vergl. auch Art. 28 der Vollziehungsverordnung vom 20. März 1885, Anhang S. 239.

¹⁾ Anhang S. 239 f., Art. 34 der V. O.

²⁾ Siehe unten S. 219 f.

Regierung befürwortete diesen Vorschlag in der Hoffnung, dass diese Praxis in allen Kantonen Eingang finden werde. Dennoch fand die diesbezügliche Bestimmung des Steuergesetzentwurfs keine Annahme¹⁾. Die Ablehnung ist zu bedauern, denn die Doppelbesteuerung, die jetzt noch in vielen Kantonen hinsichtlich der Aktionäre ausserkantonaler Gesellschaften stattfindet, ist mit dem Gedanken des Bundesstaates schlechterdings nicht vereinbar.

7. Kanton Neuenburg.

In der Steuergeschichte des Kantons Neuenburg lässt sich deutlich die allmählich wachsende Inanspruchnahme der Steuerpflicht der Aktiengesellschaften verfolgen. Nach dem Gesetz vom 27. März 1860 wurden die anonymen Erwerbsgesellschaften nur mit ihrem *Erwerb* zur Steuer herangezogen. «Hierbei ist», wie Schanz sagt, «den Motiven folgend, wohl anzunehmen, dass der einheimische Aktionär seine Dividenden von seinem Einkommen abziehen durfte»²⁾. Der Entwurf zu diesem Gesetz hatte die Aktiengesellschaften auch der Vermögenssteuer unterwerfen wollen. Da man aber der Meinung war, dass dann dem einheimischen Aktionär bei der Berechnung seines steuerpflichtigen Vermögens der Abzug der Aktien gestattet werden müsse, zog man es vor, die Aktiengesellschaften vermögenssteuerfrei zu lassen. Es erschien dieses ratsam, weil einerseits nur wenige Aktien ausserhalb des Kantons untergebracht waren und weil man andererseits das fremde Kapital nicht verschrecken wollte³⁾.

In den gleichen Bahnen bewegten sich die Steuergesetze vom 9. April 1861 und vom 12. März 1863⁴⁾. Ebenso das Gesetz vom 22. Januar 1867, das sich jedoch ausdrücklich an die Aktionäre wandte, indem es das Miteigentum an Immobilien, unter welcher Form es auch sei, für vermögenssteuerpflichtig erklärte. «Man dachte dabei», wie Schanz bemerkt, «an die industriellen Aktien; unter ihrer Form soll das Immobilienvermögen der Steuer vielfach entzogen worden sein»⁵⁾.

Die gleichen steuerrechtlichen Bestimmungen enthielt das Gesetz vom 18. Oktober 1877 und das Gesetz vom 27. Februar 1892, welches bis zum Jahre 1904 in Kraft blieb. Bis zu dieser Zeit hatten die Aktiengesellschaften nur *Erwerbssteuer* zu bezahlen,

während die Vermögenssteuer von den einzelnen Aktionären, natürlich nur sofern sie in Neuenburg domiziliert waren, entrichtet wurde¹⁾. Von dem steuerpflichtigen Erwerb durften jene Korporationen, entsprechend dem Grundgedanken dieses Steuersystems, «5 % des capitaux engagés qui sont soumis à l'impôt sur les fortunes» abziehen. Die Aktionäre hatten die Aktien «au cours du jour» der Vermögenssteuer zu unterwerfen.

Das gegenwärtig gültige Steuergesetz datiert vom 30. April 1903. Die Aktiengesellschaften unterliegen danach der Vermögens- und Erwerbssteuer. Beide Steuern sind proportional. Als Vermögen werden sämtliche Mobilien und Immobilien nach Abzug der Schulden angesehen. Erwerbssteuerpflichtig ist, wie früher, der gesamte Reinertrag; jedoch ist der für die bereits versteuerten Kapitalien gestattete Abzug jetzt auf 4 % bemessen.

Der Steuerfuss für Vermögen und Erwerb wird jährlich festgesetzt, und zwar beträgt für das Jahr 1906 der Vermögenssteuerfuss 2⁰/₁₀₀ und der Erwerbssteuerfuss 1,2⁰/₁₀₀.

Die Aktionäre kantonaler Gesellschaften sind sowohl hinsichtlich der Aktien, wie der bezogenen Dividenden steuerfrei. Sie unterliegen also weder einer Doppelbesteuerung noch einer verschärften Besteuerung, da ja die Vermögens- und Erwerbssteuer proportional sind.

Die Inhaber von Aktien ausserkantonaler Gesellschaften sind der Vermögenssteuer unterworfen, und zwar haben sie ihre Aktien «au premier cours de l'année courante» zu versteuern²⁾. Diese Bestimmung erscheint insofern unbillig, als der Januarkurs regelmässig der höchste Jahreskurs ist, da in demselben auch die bald zur Auszahlung gelangende Dividende zum Ausdruck kommt. Andererseits rechtfertigt sich diese Vorschrift dadurch, dass die Aktionäre auswärtiger Gesellschaften die bezogenen Dividenden nicht als Erwerb zu versteuern brauchen, selbst dann nicht, wenn die Dividenden den Betrag von 4 % der versteuerten Aktien übersteigen sollten.

8. Kanton Aargau.

Die für die Besteuerung der Aktiengesellschaften im Kanton Aargau geltenden Grundsätze sind in der aargauischen Verfassung vom 23. September 1885 festgelegt. Der Art. 75 derselben lautet nämlich: «Im Kanton domizilierte Aktien- und Kommanditaktiengesellschaften, sowie Genossenschaften mit bankähn-

¹⁾ Cérenville, a. a. O., S. 116 und Schanz, a. a. O., II, S. 169 ff.

²⁾ Schanz, a. a. O., IV, S. 64.

³⁾ Ebenda S. 63 ff.

⁴⁾ Ebenda S. 66 und 70.

⁵⁾ Ebenda S. 79.

¹⁾ Laut Mitteilung der Finanzdirektion.

²⁾ Anhang S. 238, Art. 9e, Art. 12, al. 2 und Art. 10.

lichem Betrieb haben bis zum Erlass eines Gesetzes folgende Steuern zu entrichten:

- a. Für das Kapital der einbezahlten Aktien proportionale Staatssteuern.
- b. Für den Reservefonds progressive Staats- und Gemeindesteuern.
- c. Für die Dividende über 4½ % proportionale Erwerbssteuern für Staats- und Gemeindefürsorge. Ist das Kapital nicht mehr vollständig vorhanden, oder stehen die Erträge desselben unter 4½ %, so hat eine entsprechende Steuerreduktion stattzufinden.
- d. Für die Liegenschaften die ordentlichen Staats- und Gemeindesteuern, wobei jedoch die Schätzung derselben vom Kapital in Abzug zu bringen ist. Die Aktionäre der genannten Gesellschaften und Genossenschaften sind für das Kapital ihrer Aktien nur den Gemeinden steuerpflichtig. >

Eben so eingehend wie die Aktiengesellschaftsbesteuerung ist auch die Besteuerung der physischen Personen in der Verfassung geregelt. Eine nähere Ausführung fanden die Verfassungsvorschriften durch grossrätliche Verordnung über den Bezug der direkten Staats- und Gemeindesteuern vom 26. November 1885 und durch die Vollziehungsverordnung des Regierungsrats zum Staats- und Gemeindesteuergesetz vom 24. Februar 1886¹⁾. Durch die steuerrechtlichen Bestimmungen der Verfassung und die beiden genannten Verordnungen wurde das «Gesetz über den Bezug von Vermögens- und Erwerbssteuern zu Staatszwecken vom 11. März 1865²⁾ erweitert, indem namentlich die Besteuerung der Aktiengesellschaften, die Progression und die Schonung erwerbsunfähiger Personen eingeführt wurde³⁾.

Was nun die allgemeinen direkten Staatssteuern des näheren betrifft, ist zu bemerken, dass im Kanton Aargau eine Vermögenssteuer vom gesamten beweglichen und unbeweglichen Vermögen nach Abzug der Schulden und eine Erwerbssteuer von jeglichem Erwerb nach Abzug der Zinsen von Vermögen, welches in Handel und Industrie engagiert und der Vermögenssteuer bereits unterworfen ist, erhoben wird⁴⁾. Für die Berechnung beider Steuern wird

¹⁾ Beide abgedruckt bei Schanz, a. a. O., V, S. 14 und 16.

²⁾ Ebenda abgedruckt S. 1.

³⁾ Schanz, a. a. O., III, S. 237 ff.

⁴⁾ Ein bestimmter Prozentsatz des der Vermögenssteuer unterliegenden Kapitals ist für den gestatteten Abzug vom Erwerb nicht vorgesehen. Vergl. dazu die Entscheidung des aargauischen Obergerichts vom 23. Februar 1888: «Es muss als zulässig erklärt werden, wenn es sich darum handelt, den der Besteuerung unterliegenden Erwerb eines Handelsgeschäfts festzusetzen, die Zinse des Gewerbefonds in Rech-

eine sogenannte einfache Steuer zu Grunde gelegt¹⁾. Eine solche *einfache Steuer* beträgt 1 % vom Erwerb, 1.2 ‰ vom Kapital, 0.8 ‰ vom Vermögen an Grundstücken, 0.6 ‰ vom Vermögen an Gebäuden und 0.3 ‰ von der Fahrhabe. Beträgt die nach diesen Sätzen proportional berechnete Steuer mehr als Fr. 40, so ist ein progressiver Zuschlag zu entrichten. Dieser beträgt bei einem

Steuerbetrag von mehr als Fr.	40—70	5 %
" " " " "	70—100	10 %
" " " " "	100—200	15 %
" " " " "	200—300	20 %
" " " " "	300—400	25 %
" " " " "	400—500	30 %
" " " " "	500	33 %

Vermittelst der nach dieser Skala berechneten Steuerquote wird dann das wirkliche Steuerbetreffnis durch Vervielfältigung mit der Zahl der Bruchteile oder Einheiten der einfachen Steuer, die für das betreffende Jahr zur Erhebung kommen, gefunden. Für das Jahr 1906 wird eine ¾ Steuer erhoben.

Die Besteuerung der Aktiengesellschaften findet, wie erwähnt, erst seit der Vereinbarung der Verfassung vom Jahre 1885 statt. Bis dahin waren jene Gesellschaften steuerfrei, während die Aktionäre für Aktien und Dividenden besteuert wurden. «Nach der Vollziehungsverordnung vom 12. Januar 1875 war indessen», wie Schanz bemerkt, «bei Aktiengesellschaften das liegenschaftliche Vermögen da, wo es gelegen ist, und die Fahrhabe nebst dem Reservefonds in derjenigen Gemeinde zu versteuern, in der das rechtliche Domizil der Gesellschaft sich befindet. Nur für das übrige Vermögen waren also die einzelnen Aktionäre steuerpflichtig²⁾».

nung zu bringen, d. h. dieselben vom Bruttoerwerb abzuziehen. Es fragt sich aber, ob diese Zinse zu 5 % berechnet werden dürfen. Das muss verneint werden; denn der Gewerbetreibende soll von dem Gewerbefonds keinen höheren Zins abrechnen dürfen, als er von demselben beziehen würde, wenn die auf den Gewerbefonds verwendeten Gelder als Kapitalien angelegt wären. Vom Kapital kann nun gegenwärtig kein höherer Zins als 4 % berechnet werden.» F. Schneider: Entscheidungen des aargauischen Obergerichts aus den Jahren 1872—97, Bd. II, Nr. 472.

¹⁾ Gesetz vom 11. März 1865, § 7: Eine einfache Steuer fordert:

A. vom Erwerb: Fr. 1 von Fr. 100.

B. vom Vermögen:

- 1. an Kapitalien, Handels-, Gewerbe- und Fabrikfonds Fr. 1.20 von Fr. 1000;
- 2. an Grundstücken 80 Rappen von Fr. 1000;
- 3. an Gebäulichkeiten 60 Rappen von Fr. 1000;
- 4. an Fahrhabe, insofern sie nicht unter der Vermögensklasse Ziffer 1 inbegriffen ist, 30 Rappen von Fr. 1000.

²⁾ Schanz, a. a. O., II, S. 238, Anmerkung.

Der oben wiedergegebene Artikel 75 der Verfassung machte dann die Aktiengesellschaften in vollem Umfang steuerpflichtig, und die schon erwähnte grossrätliche Verordnung vom 26. November 1885 brachte dazu keine weiteren Ausführungsbestimmungen, sondern wiederholte wörtlich den Artikel 75. Danach setzt sich das Steuerbetreffnis einer Aktiengesellschaft, wenn z. B. eine einfache Steuer erhoben wird, aus folgenden Quoten zusammen: 0.6 ‰ vom Vermögen an Gebäuden, 0.8 ‰ vom Vermögen an Grundbesitz, 1.2 ‰ vom Aktienkapital, abzüglich des Vermögens an Gebäuden und Grundbesitz, 1.2 ‰ vom Reservefonds und 1 ‰ von der 4½ ‰ des Aktienkapitals übersteigenden Dividende. Dazu kommt ein Progressionszuschlag von 5—33 ‰ (s. obige Skala) zum Gesamtbetrag der Steuerquoten von Gebäuden, Grundbesitz und Reservefonds, sofern dieser Betrag die Summe von Fr. 40 übersteigt¹⁾. Dagegen findet auf die Steuerquoten von den übrigen Vermögensteilen und von der 4½ ‰ des Aktienkapitals übersteigenden Dividende die Progression keine Anwendung.

Die im Kanton Aargau domizilierten Aktiengesellschaften unterliegen aber ausser den erwähnten ordentlichen Staatssteuern noch einer besondern Abgabe, der sogenannten *Patentgebühr*. Die Anwendung dieser Steuer auf die Aktiengesellschaften ist ebenso wie die Vermögens- und Erwerbsbesteuerung jener Korporationen, durch die Staatsverfassung vom Jahre 1885 vorgeschrieben²⁾. Eingeführt wurde diese Patentabgabe durch die Verordnung vom 19. Oktober 1886. Diese bestimmte: «Für die jährliche Festsetzung der zu bezahlenden Gebühr ist der aus dem Bericht jedes einzelnen Instituts für das vorausgegangene Jahr sich ergebende Geschäftsbetrieb massgebend, und es ist die Gebühr zu berechnen: von den *eigenen* Geldern (Aktienkapital, Reserven und Amortisationsfonds) 0.3 ‰; von den *anvertrauten* Geldern 0.1 ‰; die Patentgebühr jeder einzelnen Anstalt darf indessen

¹⁾ Laut Mitteilung der Finanzdirektion. Es ist daher nicht richtig, wenn Cérenville, a. a. O., S. 117 sagt: «L'échelle progressive, en vigueur dans ce canton (Argovie), n'est appliquée qu'au fonds de réserve. L'impôt sur le capital versé et l'impôt sur le revenu quand le dividende est supérieur au 4½ ‰, sont proportionnels.» Dieses geht auch aus dem oben zitierten Art. 75 der Verfassung hervor, wenn es da heisst: «Die Aktiengesellschaften haben für die Liegenschaften die ordentlichen Staats- und Gemeindesteuern zu entrichten.»

²⁾ Art. 76 der Verfassung bestimmt: «Bis zum Erlasse eines Gesetzes ist der Grosse Rat ermächtigt, für Staatszwecke nachbezeichnete *indirekte* (!) Steuern einzuführen und die nötigen Strafbestimmungen gegen Übertretungen aufzustellen: Eine mässige vom Grossen Rat nach dem Umfang des Geschäftsbetriebs festzusetzende jährliche Patentgebühr für alle im Kanton domizilierten Aktien- und Kommanditaktiengesellschaften, sowie Kreditgenossenschaften.»

nicht weniger als Fr. 10 betragen. Die Festsetzung liegt der Finanzdirektion ob, welcher eine spezifizierete Bilanz vorzulegen ist.»

Durch die Verordnung vom 28. Oktober 1896¹⁾ fand eine Erhöhung der vorgenannten Steuersätze statt, so dass die im Aargau domizilierten Aktiengesellschaften nunmehr von den *eigenen* Geldern jährlich 0.6 ‰ und von den *anvertrauten* Geldern 0.2 ‰, wenigstens aber jährlich Fr. 20 zu entrichten haben.

Hinsichtlich der Besteuerung der Aktionäre ist zu bemerken, dass diese, sofern sie Anteilseigner *kantonalen* Gesellschaften sind, für das Kapital ihrer Aktien keine Staatssteuern zu entrichten haben, während die Aktionäre *ausserkantonalen* Gesellschaften mit ihren Aktien der Vermögenssteuer unterliegen. Laut Regierungsbeschluss vom 22. Februar 1888 kommen dafür folgende Bestimmungen in Betracht: «Es sind zu besteuern:

- a. Wertschriften gewöhnlicher Art, die nicht zu den Börseneffekten zählen, zum Nominalwert;
- b. Kapitalwerte und Wertschriften, die einen öffentlichen Kurs haben, zum Kurswert zu Anfang des Steuerjahrs;
- c. Wertschriften ohne Zinsertrag und ohne Kurswert, aber mit Verkaufswert, zum Verkaufswert;
- d. Wertschriften ohne Kurs- und Verkaufswert fallen ausser Berechnung.»

Es sind demgemäss Aktien, die nicht an der Börse eingeführt sind, was namentlich bei Aktien kleinerer Gesellschaften und bei Namensaktien der Fall zu sein pflegt — zum Nominalwert (a) oder, wenn keine Dividende verteilt wurde (c), zum Verkaufswert und Börsenaktien zu dem zu Anfang des Steuerjahres notierenden Kurswert zu versteuern. Die Aktionäre ausserkantonalen Gesellschaften sind also gehalten, im Rahmen der vorstehenden Bestimmungen ihrer Steuerpflicht gegenüber dem Kanton Aargau zu genügen, ohne Rücksicht darauf, ob die Gesellschaft, deren Anteilseigner sie sind, ausserdem noch am Orte ihrer Niederlassung besteuert wird.

Wie aus vorstehendem hervorgehen dürfte, ist die Besteuerung der Aktiengesellschaften im Kanton Aargau sehr eingehend und im grossen und ganzen sehr zweckmässig geregelt. Die sich aus der Besteuerung des Gesamtvermögens und -Erwerbs der Aktiengesellschaften gegenüber der Besteuerung der Kapital- und Gewinnanteile bei den einzelnen Aktionären ergebende verschärfte Progression hat man zu mildern versucht, indem man mit dem progressiven Zuschlag nur einen Teil der von den Aktiengesellschaften zu entrichtenden Steuern belegt. Durchaus der Eigenart

¹⁾ Anhang, S. 234.

der Aktiengesellschaft als einer Kapitalgesellschaft, die ihre rechtliche Existenz und die damit verknüpften Vorteile allein dem Staate verdankt, entspricht die als eine «spezielle Aktiengesellschaftssteuer» zu bezeichnende Patentgebühr. Leider hat man diese auf richtiger Grundlage aufgebaute Steuer nicht weiter ausgebildet, sondern die Aktiengesellschaften auch noch subjektsteuerpflichtig gemacht, obwohl gerade die sogenannte Patentgebühr ganz geeignet gewesen wäre, die Besteuerung der anonymen Erwerbsgesellschaften, ähnlich wie in Baselstadt¹⁾, unabhängig von der Subjektsteuerpflicht der Aktionäre zu ordnen.

9. Kanton Zug.

Die Steuerpflicht der im Kanton Zug befindlichen Korporationen ist erstmalig durch die Verfassung vom 15. Mai 1876 ausgesprochen worden. Dasselbe heisst es: § 13. Alles Vermögen, Einkommen und Erwerb ist steuerpflichtig; sämtliche Einwohner des Kantons, sowie alle Korporationen haben im Verhältnisse der ihnen zu Gebote stehenden Mittel an die Staats- und Gemeindelasten beizutragen²⁾. Verwirklicht wurden diese Besteuerungsgrundsätze in dem «Gesetz über die Bestreitung der Staatsauslagen vom 1. Juni 1876»³⁾. Dieses Gesetz sah die Erhebung einer Vermögens- und Erwerbssteuer vor. Der Erwerbssteuer war aber nur jenes Einkommen unterworfen, das, «herrührend von Ausübung einer Kunst, eines Handwerks, eines Berufs, eines Gütergewerbes oder irgend einer anderen Beschäftigung, nicht als Wirtschaft, Handelsgeschäft oder Fabrikation mit einer Patentabgabe veranlagt» war. Die Aktiengesellschaften unterlagen deshalb neben der Vermögenssteuer regelmässig der Patentsteuer (s. unten), während die Aktionäre, sofern sie Anteilseigner kantonaler Gesellschaften waren, steuerfrei blieben.

Die revidierte Verfassung vom 31. Januar 1894 forderte den Erlass eines neuen Steuergesetzes. Dieses kam am 28. Dezember 1896 zu stande. Der § 9 desselben bestimmt:

«Als direkte Steuern bezieht der Staat:

1. die Vermögenssteuer,
2. die Einkommens- und Erwerbssteuer,
3. die Erbschaftssteuer (!),
4. die Kopfsteuer,
5. die Aktivbürgersteuer.»

Für die Aktiengesellschaften kommen nur die *Vermögenssteuer* und ausserdem die *Patentsteuer* für

¹⁾ Siehe unten S. 203 ff.

²⁾ Ähnlich lautet der Steuerartikel der jetzt geltenden Verfassung vom 31. Januar 1894, vergl. § 15 ders.

³⁾ Abgedruckt bei Schanz, a. a. O., V, S. 441 ff.

Wirtschaften, Fabrikationen, Handlungen und Gewerbe in Betracht, die das genannte Steuergesetz (ähnlich wie das Aargauer) aus leicht zu erklärenden Gründen als indirekte Steuer bezeichnet¹⁾. Die Einkommens- und Erwerbssteuer kommt für die Besteuerung der Aktiengesellschaften deshalb nicht in Frage, weil diese Steuer nur von Pensionen, Besoldungen, Arbeitslohn und dgl. erhoben wird. Ausdrücklich als der Steuer nicht unterliegend bezeichnet das Gesetz die Zinsen von Kapitalien, die der Vermögenssteuer unterworfen sind und den Erwerb aus einem patentpflichtigen Unternehmen²⁾.

Die Vermögenssteuer erstreckt sich auf sämtliche Mobilien und Immobilien nach Abzug der darauf haftenden Schulden und Lasten³⁾. Die Progression der Vermögenssteuer ist gering. Sie beginnt erst bei Vermögen von über Fr. 100,000 und steigt dann in vier Klassen von je Fr. 100,000 in folgender Weise: Wenn der einfache Steuersatz 1⁰/₁₀₀ ist, so werden bezahlt:

Für die Vermögen bis Fr. 100,000	1 ⁰ / ₁₀₀
„ „ „ von „ 100,000—200,000	1 ¹ / ₄ ⁰ / ₁₀₀
„ „ „ „ „ 200,001—300,000	1 ¹ / ₂ ⁰ / ₁₀₀
„ „ „ „ „ 300,001—400,000	1 ³ / ₄ ⁰ / ₁₀₀
„ „ „ „ „ 400,001 und mehr	2 ⁰ / ₁₀₀

Wird eine Vermögenssteuer von 1⁰/₁₀₀ bezogen, so ist nach Abzug des steuerfreien Existenzminimums vom Einkommen und Erwerb zu erheben:

Für die Einkommen von Fr. 100—500	1 ⁰ / ₁₀₀
„ „ „ „ „ 500—1000	1 ¹ / ₄ ⁰ / ₁₀₀
„ „ „ „ über „ 1000	

steigt der Steuereffuss für je Fr. 1000 um 1¹/₄⁰/₁₀₀ bis zum Höchstsatze von 3⁰/₁₀₀.

Der Vermögenssteuersatz pro 1906 beträgt, wie seit Jahren schon, eins vom Tausend.

Der Patentsteuer sind physische und nichtphysische Personen, die im Kanton eine Wirtschaft, Kuranstalt, Fabrikation, eine Handlung, ein den Handel mehr oder weniger in sich schliessendes Gewerbe betreiben, unterworfen⁴⁾. Die Patentsteuer ist also eine Gewerbesteuer, deren Höhe «sich nach der Erträglichkeit, Ausdehnung und nach dem Kapitalumsatz» der in Frage kommenden Unternehmung richtet und die sich als Subjektsteuer auch dadurch charakterisiert, dass ein Existenzminimum (von Fr. 600), ähnlich wie bei der Erwerbssteuer, gewährt und desglei-

¹⁾ Vergl. oben S. 185. Übrigens ist die Zahl der als «indirekte Steuern» bezeichneten Abgaben eine so grosse, dass offenbar recht verschiedene Auffassungen des Begriffs entscheidend waren; es gehören dazu nach § 57 auch die Banknotensteuer, die Hundesteuer, Jagd- und Fischereipatente etc.

²⁾ Anhang S. 245, § 18.

³⁾ Anhang S. 244, § 11.

⁴⁾ Anhang S. 245, § 58.

chen die Grösse der Familie des Unternehmers berücksichtigt wird¹⁾).

Die patentpflichtigen Handlungen oder Gewerbe werden in drei Klassen eingeteilt, und zwar sind jährlich zu entrichten: In der

1. Klasse Fr. 4—100 bei einem Ertrag bis Fr. 4000 oder einem Jahresumsatz bis Fr. 100,000,

2. Klasse Fr. 101—1000 bei einem Ertrag bis Fr. 25,000 oder einem Jahresumsatz bis Fr. 1,000,000,

3. Klasse Fr. 1001—4000 bei einem Ertrag von über Fr. 25,000 oder einem Jahresumsatz von über Fr. 1,000,000²⁾).

Die Aktiengesellschaften unterliegen, wie erwähnt, entsprechend den vorstehenden Bestimmungen der Vermögenssteuer und der Patentsteuer. Als Vermögen werden das Aktienkapital, der Reservefonds und alle aus dem Geschäftsgewinn bestrittenen Anschaffungen und Rücklagen besteuert. Unterliegt die Aktiengesellschaft aber der Patentsteuer, was, sofern sie eine Erwerbsgesellschaft ist, regelmässig der Fall zu sein pflegt, so ist die Vermögenssteuer nur von dem Nominalwert des einbezahlten oder herabgesetzten Aktienkapitals zu entrichten³⁾. Die Vermögenssteuer ist auch dann von dem Nominalwert des Aktienkapitals zu entrichten, wenn der Kurswert niedriger ist als der Nominalwert, es sei denn, dass eine Herabsetzung des Aktienkapitals im Handelsregister eingetragen ist. Entsprechend der Auffassung, dass das Aktienkapital und die Reservefonds Steuerobjekte sind, dürfen auch Schulden der Gesellschaft bei der Berechnung des steuerpflichtigen Vermögens nicht in Abzug gebracht werden, während physischen Personen der Schuldabzug gestattet ist⁴⁾.

Ziemlich kompliziert sind die die Besteuerung der Aktionäre betreffenden Bestimmungen. Nach § 13 des Steuergesetzes sind die im Kanton wohnhaften Gesellschafter berechtigt, ihren Anteil am Gesellschaftsvermögen bis zur Höhe des einbezahlten Betrages bei ihrer persönlichen Besteuerung in Abzug zu bringen. Danach wäre anzunehmen, dass die Aktionäre kantonaler Gesellschaften den den Nominalwert der Aktien übersteigenden Betrag als Vermögen zu versteuern haben. Dieses ist aber tatsächlich nicht der Fall⁵⁾. Jene Bestimmung, wonach nur der Nennwert der Aktien bei der Berechnung des steuerpflich-

tigen Vermögens in Abzug gebracht werden darf, obwohl auch ein etwaiger Mehrwert nicht als Vermögen zu versteuern ist, hat aber insofern Bedeutung, als die Schulden, welche bei der Vermögensermittlung natürlich in Abzug gebracht werden dürfen, auf alle Aktiven, einschliesslich der Aktien, verteilt werden sollen. Der § 11 der Vollziehungsverordnung vom 7. August 1897 bestimmt nämlich: «Die Verteilung der Schulden hat verhältnismässig auf das gesamte Vermögen zu geschehen, mit Inbegriff des für den Betreffenden persönlich steuerfreien Besitzes von Aktien, Anteilscheinen u. s. w.» Ein Steuerpflichtiger, der also z. B. für Fr. 30,000 Hypotheken u. s. w. und ausserdem Aktien im Nominalwert von Fr. 10,000 besitzt, hat dem Kanton direkt nur Fr. 30,000 zu versteuern. Hat derselbe Steuerzahler aber Fr. 20,000 Schulden, so hat er nicht etwa nur Fr. 10,000 zu versteuern, sondern die Schulden (Fr. 20,000) sind auf das gesamte Vermögen (Fr. 40,000) zu verteilen, so dass auf das Aktienvermögen (Fr. 10,000) ein Passiventreffnis von Fr. 5000 entfällt. Es dürfen mithin, neben den Fr. 10,000 steuerfreien Aktien, nur noch Fr. 15,000 Schulden in Abzug gebracht werden, und demnach beträgt das steuerpflichtige Vermögen Fr. 15,000¹⁾.

Die Anteilseigner auswärtiger Gesellschaften müssen im Kanton Zug ihren Aktienbesitz nach dem Ertragswert versteuern. Derselbe wird laut Mitteilung der Finanzdirektion schätzungsweise ermittelt, wobei aber eine bestimmte Norm nicht innegehalten wird. Die Steuerpraxis neigt dahin, den zu 4—5% kapitalisierten Wert der Dividende als Ertragswert anzusehen²⁾.

Die vorstehend dargelegten Bestimmungen betreffend die Besteuerung der Aktiengesellschaften und der Aktionäre haben sich in der Praxis, wie leicht

¹⁾ Die oben zitierte Vollziehungsverordnung bringt folgendes nicht sehr klare Beispiel für die Verteilung der Schulden auf das Gesamtvermögen: «Ein Steuerpflichtiger besitzt an Gülden Fr. 50,000, an Aktien auf Geschäften im Kanton Fr. 50,000; er hat Fr. 50,000 Passiven. Von diesen Passiven dürfen nur Fr. 25,000 in Abzug gebracht werden. Die Berechnung stellt sich folgendermassen:

Aktiven: Gülden	Fr. 50,000	
Aktiven von Geschäften im Kanton Zug	> 50,000	
		Total der Aktiven Fr. 100,000
Passiven: Obligationenschulden	> 50,000	
		Reines Vermögen Fr. 50,000
Abzug: Aktien	Fr. 50,000	
hiervon ab Passiventreffnis	> 25,000	> 25,000
Dem Kanton zu versteuern	Fr. 25,000	

²⁾ So wurde z. B. im Vorjahre bei einem Nominalwert von Fr. 500 und 8% = Fr. 40 Dividende der Steuerwert der Aktien der schweizerischen Kreditanstalt auf Fr. 900 festgesetzt, während der Kurswert Fr. 960 betrug.

¹⁾ § 18 und § 61 des Gesetzes vom 28. Dezember 1896.

²⁾ Innerhalb dieser Klassen soll bei der Steuereinschätzung «die Ausdehnung des Geschäftes (z. B. die Zahl der beschäftigten Arbeiter) und die Höhe des Netto-Ertrages in Betracht» gezogen werden. § 14 der Vollziehungs-Verordnung vom 7. August 1897.

³⁾ Anhang S. 244, § 13.

⁴⁾ Ebenda 245, § 29.

⁵⁾ Laut Mitteilung der Finanzdirektion.

einzuweisen ist, durchaus nicht bewährt, weshalb auch seitens der Finanzdirektion eine Revision der Steuergesetzgebung erstrebt wird.

Was die Besteuerung der Aktiengesellschaften anbelangt, so ist die Patentsteuer mit ihrem Maximalsatz von Fr. 4000 wohl ausreichend, um kleine Gesellschaften zu erfassen, sie genügt aber nicht, um Gesellschaften, die ein Kapital von 40 Millionen Franken und mehr haben und 15—20 % Dividende verteilen, ausreichend zu besteuern¹⁾.

Aber auch bei der Besteuerung der Aktionäre ergeben sich Unzuträglichkeiten. Und zwar ist dieses namentlich der Fall, wenn Aktien auf Kredit gekauft werden. Es geschieht dieses bekanntlich vielfach bei Spekulationsgeschäften in der Weise, dass die gekauften Stücke bei der das Geschäft vermittelnden Bank hinterlegt werden und daneben nur eine geringe Zahlung zum Ausgleich etwa eintretender Kursverluste geleistet wird. Bei der Berechnung des steuerpflichtigen Vermögens erscheinen nun die gekauften Aktien zum Nennwert in den Aktiven, während sie in den Passiven zum Kurs-, beziehungsweise Einkaufswert angesetzt werden. Auf diese Weise soll dem Kanton ein grosser Teil des Steuerkapitals verloren gehen²⁾.

Alle diese Missstände aber werden beseitigt, wenn an Stelle der Patentsteuer und der Lohn- und Besoldungssteuer eine allgemeine Erwerbssteuer oder, was die Finanzdirektion anstrebt, eine allgemeine Einkommenssteuer tritt.

10. Kanton Bern.

Die allgemeinen direkten Staatssteuern werden zurzeit im Kanton Bern noch auf Grund des Gesetzes über die Vermögenssteuer vom 15. März 1856 mit Modifikation vom 26. Juni 1857 und des Gesetzes über die Einkommenssteuer vom 18. März 1865³⁾ erhoben, obwohl schon im Anfang der siebziger Jahre des verflossenen Jahrhunderts die Bestrebungen einsetzten, welche auf eine Revision der Steuergesetzgebung abzielten⁴⁾. Die seit dieser Zeit im Gange befindlichen Reformbestrebungen haben aber noch immer kein positives Ergebnis gezeitigt, denn von den zahlreichen Steuer-

¹⁾ Dieses trifft z. B. für die im Kanton Zug domizillierte Nestlé and Anglo-Swiss Milk Co. zu, deren Aktienkapital Fr. 40 Millionen beträgt. Der Nominalwert der Aktien dieser Gesellschaft ist Fr. 400, während sich der Kurswert derselben auf Fr. 1450 (Stücknotierung) bezieht.

²⁾ Laut Mitteilung der Finanzdirektion.

³⁾ Beide Gesetze abgedruckt bei Schanz, a. a. O., V, S. 53 ff. und S. 75 ff.

⁴⁾ Schanz, a. a. O., III, S. 303 ff. Vergl. auch Scheel: Gesetz über die Einkommenssteuer im Kanton Bern. 1874 und derselbe: Gutachten «Über einige Fragen betreffend die Reform des Steuerwesens im Kanton Bern», 1876.

gesetzentwürfen, die inzwischen ausgearbeitet wurden, konnte keiner Gesetzeskraft erlangen¹⁾.

Die für uns in Frage kommenden Steuern sind die als Objektsteuer konstruierte Vermögenssteuer und die als persönliche Steuer zu denkende Einkommenssteuer. Der Vermögenssteuer unterliegen freilich nur die Liegenschaften und alle auf steuerbares Grundeigentum versicherten verzinslichen Kapitalien, aber ohne Unterschied, ob sie physischen oder juristischen Personen gehören. Und zwar werden die Liegenschaften nach dem um die Hypothekarschulden verminderten Katasterwert besteuert.

Der Einkommenssteuer ist jedes Einkommen unterworfen, mit Ausnahme der Bezüge von Grundstücken und jenen Kapitalien, von welchen die Vermögenssteuer entrichtet wird. Der Steuerfuss ist infolge der gesonderten Stellung, die der bernische Jura im Steuerwesen einnimmt, in den beiden Kantonsteilen verschieden²⁾. Und zwar beträgt der Steuerfuss der proportionalen Vermögenssteuer für das Jahr 1906 im alten Kantonsteil 2.5 vom Tausend und im neuen Kantonsteil 2.2 vom Tausend. Wenn der Vermögenssteuerfuss 1 ‰ beträgt, so ist der Einkommenssteuerfuss für die

I. Klasse (Arbeits- und gewerbl. Einkommen ³⁾)	1.5 ‰
II. „ (Pensionen und Leibrenten) . . .	2 ‰
III. „ (fundiertes Einkommen) . . .	2.5 ‰

Es sind demgemäss zu entrichten pro 1906 im alten Kantonsteil:

I. Klasse von Fr. 100 reinem Einkommen	Fr. 3.75
II. „ „ „ 100 „ „	„ 5.00
III. „ „ „ 100 „ „	„ 6.25

und im neuen Kantonsteil:

I. Klasse von Fr. 100 reinem Einkommen	Fr. 3.30
II. „ „ „ 100 „ „	„ 4.40
III. „ „ „ 100 „ „	„ 5.50

Wie die Vermögenssteuer, so findet jetzt auch die Einkommenssteuer auf die Aktiengesellschaften unbeschränkte Anwendung. Denn nach Beschluss des Regierungsrats vom 22. März 1878⁴⁾ haben die im Kanton Bern befindlichen Aktiengesellschaften neben jener Vermögenssteuer für Grundeigentum und die auf Grundeigentum versicherten Kapitalien auch die Einkommenssteuer erster Klasse von dem zur Verteilung kommenden und dem in den Reservefonds

¹⁾ Vergl. Bericht der Grossratskommission, 1903, S. 1 ff.

²⁾ Näheres über die Steuerverhältnisse zwischen dem alten und neuen Kantonsteil siehe Schanz, a. a. O., III, S. 295 ff.

³⁾ In die I. Klasse fällt alles Einkommen aus Dienst und Beruf, aus Industrie, Handel und Gewerbe irgend welcher Art.

⁴⁾ Anhang S. 235.

fließenden Reinertrag, soweit derselbe nicht als Ertrag bereits versteuerten Vermögens anzusehen ist, zu entrichten. Von diesem Reinertrage kommen, wie leicht erklärlich, 4 % des der Vermögenssteuer unterliegenden Kapitals in Abzug.

Die Aktionäre der im Kanton Bern besteuerten Aktiengesellschaften sind steuerfrei, dagegen müssen die Anteilseigner ausserkantonaler Gesellschaften die bezogenen Dividenden als Einkommen versteuern¹⁾. Eine Versteuerung der Aktien als *Vermögen* kann nicht in Frage kommen, da nach bernischem Steuerrecht, wie erwähnt, nur die grundversicherten Kapitalien als Vermögen versteuert werden.

Die Aktionäre der im Kanton Bern domizilierten Aktiengesellschaften unterliegen somit keiner Doppelbesteuerung. Die Gesellschaft zahlt für ihre Aktionäre, da weder die Vermögenssteuer noch die Einkommenssteuer progressiv ist, die gleiche Steuer, die der einzelne Aktionär sonst hätte entrichten müssen. Ja, die Aktionäre kantonaler Gesellschaften geniessen sogar im Vergleich zu den Anteilseignern ausserkantonaler Gesellschaften und andern Kapitalrentenempfängern noch eine kleine Vergünstigung. Die letzteren haben nämlich das Einkommen von verzinslichen Kapitalien, Aktien und Obligationen in der dritten Klasse zu versteuern (bei einfachem Ansatz 2.5 %), während die Aktiengesellschaften, also mittelbar die Aktionäre der einheimischen Gesellschaften nur Einkommenssteuer erster Klasse (1.5 %) zu entrichten haben. Nur insoweit diese Gesellschaften von Grundeigentum oder grundversicherten Kapitalien Vermögenssteuer entrichten müssen, haben sie einen ähnlich hohen Satz zu zahlen, da (eine vierprozentige Verzinsung angenommen) eine Vermögenssteuer von 1 % etwa einer Einkommenssteuer von 2.5 % entspricht.

11. Kanton Solothurn.

Im Kanton Solothurn sind noch in den letzten Jahren des verflossenen Jahrhunderts allgemeine direkte Staatssteuern nicht erhoben worden. Die Bestreitung der Staatsausgaben erfolgte vorwiegend durch die Einnahmen aus den zahlreichen indirekten Steuern. Zwar bestand schon seit dem Jahre 1832 ein Vermögens- und Einkommenssteuergesetz; aber dasselbe ist nie zur Anwendung gekommen²⁾. Die

¹⁾ Steiger irrt, wenn er sagt, a. a. O., II, S. 391: «Der Aktionär ist für Titel von steuerpflichtigen schweizerischen Gesellschaften steuerfrei.» Der diese Bestimmung enthaltende § 3, Abs. 1, des Gesetzes von 1865 ist, soweit er sich auf Aktiengesellschaften bezieht, aufgehoben. Siehe Anhang S. 235, Beschluss des Regierungsrates von 1878, der laut Mitteilung der Finanzdirektion noch in Kraft ist.

²⁾ Schanz, a. a. O., II, S. 451 und V, S. 298, Anmerkung 1.

mit der wachsenden Staatstätigkeit immer grösser werdenden Ansprüche an die Staatskasse, sowie schwere finanzielle Verluste, die der Kanton im Jahre 1886 erlitt¹⁾, führten zu einer Reform des kantonalen Finanzwesens, als deren Hauptergebnis das «Gesetz betreffend die direkten Steuern vom 17. März 1895» angesehen werden muss.

Auf Grund dieses Gesetzes wird im Kanton Solothurn eine Vermögenssteuer von dem gesamten beweglichen und unbeweglichen Reinvermögen und eine Einkommenssteuer von jedwedem Einkommen, einschliesslich der Bezüge von versteuertem Vermögen, erhoben. Solothurn ist also einer der wenigen schweizerischen Kantone, die neben einer *allgemeinen* Vermögenssteuer noch eine *allgemeine* Einkommenssteuer aufweisen. Beide Steuern sind progressiv. Die Steuereinheit beträgt $\frac{1}{2} \%$ für das Vermögen und 1 % für das Einkommen. Hinsichtlich der Progression bestimmt das Gesetz: § 12. Zu dem aus Einkommen und Vermögen sich ergebenden (proportional, auf Grundlage eines einfachen Bezuges berechneten) Steuerbetrage tritt in Form eines Zuschlags die Progression hinzu.

Steuerbeträge bis Fr. 20 erhalten keinen Zuschlag; dagegen ist ein solcher zu erheben

für Steuerbeträge von Fr.	20—30	à	10 %
„	30—40	„	20 %
„	40—60	„	30 %
„	60—80	„	40 %
„	80—100	„	50 %
„	100—120	„	60 %
„	120—140	„	70 %
„	140—170	„	80 %
„	170—200	„	90 %
„	über „ 200	„	100 %

Die proportional von Vermögen und Einkommen berechneten Steuerbeträge werden also zusammengerechnet und die sich ergebende Summe wird mit dem aus obiger Skala ersichtlichen Zuschlag belegt. Die so berechnete Steuer stellt eine einfache Steuer dar. Der Kantonsrat bestimmt alljährlich, wie viel Zehntel davon zur Erhebung kommen. Mehr als der einfache Ansatz ($\frac{10}{10}$) darf nur nach vorgängiger Genehmigung durch das Volk erhoben werden. Im Jahre 1906 werden, wie regelmässig in den letzten Jahren, $\frac{7}{10}$ der einfachen Steuer bezogen.

Die im Kanton Solothurn bestehenden Aktiengesellschaften sind im Rahmen der vorstehenden Bestimmungen vermögens- und einkommenssteuerpflichtig²⁾. Als Vermögen sind das Gesellschaftskapital,

¹⁾ Schanz, a. a. O., II, S. 476.

²⁾ Anhang S. 240, § 2 b des Gesetzes vom 17. März 1895.

die Reservefonds und ähnliche Fonds zu versteuern ¹⁾. Sind jedoch die diesen buchmässigen Passiven gegenüberstehenden Bilanzwerte zu niedrig angesetzt, so sind entsprechende Zuschläge zu machen. Als steuerpflichtiges Einkommen der anonymen Erwerbsgesellschaften wird der «geldwerte Ertrag» des Unternehmens nach Abrechnung der Geschäftskosten angesehen.

Die Aktionäre der im Kanton Solothurn besteuerten Aktiengesellschaften dürfen den Kurswert ihrer Aktien bei der Berechnung ihres steuerpflichtigen Vermögens als steuerfrei in Abzug bringen. Dagegen darf die von einer solchen Gesellschaft bezogene Dividende bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens in Abrechnung gebracht werden ²⁾.

Dagegen sind die Anteilseigner ausserkantonaler Gesellschaften für ihre zum Kurswert einzuschätzenden Aktien vermögenssteuerpflichtig und für die empfangenen Dividenden in vollem Umfange einkommenssteuerpflichtig ³⁾.

C. Eingeschränkte Besteuerung der Aktiengesellschaften, unbeschränkte der Aktionäre.

Während die im vorigen Abschnitt behandelten Kantone, welche allgemeine Subjektsteuern auf die Aktiengesellschaften anwenden, dem einheimischen Aktionär gewisse Abzüge (Aktien und Dividenden) bei der Berechnung des steuerpflichtigen Vermögens und Erwerbs gestatten, die Aktiengesellschaften aber mit ihrem gesamten Vermögen und Erwerb der Vermögens-, beziehungsweise Erwerbssteuer unterwerfen, machen die Kantone Zürich, Luzern und Appenzell A.-Rh. die anonymen Erwerbsgesellschaften nur mit einem Teile ihres Vermögens und Erwerbs steuerpflichtig und gewähren dagegen den Anteilseignern für Aktien und Dividenden keine Steuerfreiheit. Dadurch werden mittelbar auch die auswärtigen Aktionäre entlastet, während nach dem im vorigen Abschnitt geschilderten Besteuerungsmodus nur die einheimischen Aktionäre der kantonalen Aktiengesellschaften vor Doppelbesteuerung geschützt sind.

Von den genannten drei Kantonen, die diese Form der Aktiengesellschaftsbesteuerung anwenden, sollen die diesbezüglichen steuerrechtlichen Verhältnisse des Kantons Zürich mit Rücksicht auf die zurzeit in jenem Kanton im Gange befindliche Steuerreform an anderer Stelle eine ausführliche Darstel-

lung finden ¹⁾. Wir wenden uns deshalb zunächst zum Kanton Luzern.

I. Kanton Luzern.

Die Steuerpflicht der Aktiengesellschaften wurde im Kanton Luzern zuerst in dem Gesetz vom 18. September 1867 ausgesprochen ²⁾. Nach diesem Gesetz waren die Aktiengesellschaften vermögens- und erwerbssteuerpflichtig. Über die Besteuerung der Aktionäre sagt das Gesetz nichts. Den Motiven folgend ist die unbeschränkte Vermögens- und Erwerbssteuerpflicht derselben anzunehmen; denn das abgelehnte Gesetz vom 25. September 1865, aus welchem das in Rede stehende Gesetz hervorgegangen war, hatte bestimmt, dass das bewegliche Vermögen der Aktiengesellschaften insoweit nicht zu besteuern sei, als dasselbe als Privateigentum der Aktionäre schon versteuert wäre. Die Aktionäre wurden also für steuerpflichtig gehalten, und zwar schien das dem Regierungsrat so selbstverständlich, dass jene Bestimmung in dem Gesetz vom Jahre 1867 als «überflüssig» weggelassen wurde.

Eine grundsätzliche Regelung fand dann die Besteuerung der Aktiengesellschaften in dem «Steuer-gesetz des Kantons Luzern vom 30. November 1892» ³⁾. Auf Grund dieses Gesetzes kommt in Luzern eine allgemeine Vermögenssteuer und eine allgemeine Erwerbssteuer zur Erhebung. Der Vermögenssteuer ist alles bewegliche Vermögen nach Abzug der Schulden unterworfen. Der Steuer vom Erwerb unterliegt jegliches Einkommen nach Abzug von 4% der in Handel und Industrie engagierten Kapitalien, die der Vermögenssteuer unterworfen sind. Eigenartig ist die Berechnung der Erwerbssteuer. Im allgemeinen werden je Fr. 100 Erwerb wie Fr. 600 Vermögen angesehen. Bei Pensionen und Renten gilt jedoch der zehnfache Betrag und bei Liegenschaften $\frac{1}{5}$ des Katasterwertes als Steuerkapital; denn Liegenschaften sind, auch wenn sie der Vermögenssteuer unterliegen, nicht erwerbssteuerfrei. Von den so berechneten fingierten Kapitalsummen ist die Erwerbssteuer zu entrichten. Wenn das steuerpflichtige Vermögen Fr. 100,000 oder der kapitalisierte Erwerb eines Steuerpflichtigen den Betrag von Fr. 30,000 übersteigt, ist die Vermögens-, beziehungsweise Erwerbssteuer progressiv, und zwar erhöht sich der Steuerfuss für die Vermögen von Fr. 100,001 bis Fr. 1,000,000 für je Fr. 100,000 um $\frac{1}{20} \text{‰}$ und für die Beträge des kapitalisierten Erwerbs von Fr. 30,000—84,000

¹⁾ Anhang S. 240, § 23 der Vollziehungsverordnung vom 30. Mai 1896.

²⁾ Ebenda §§ 19 und 25.

³⁾ Ebenda §§ 19 und 25.

¹⁾ Siehe unten S. 196 ff.

²⁾ Amtliche Ausgabe mit Kommentar. Luzern 1902 bei J. Hartmann.

für je Fr. 6000 ebenfalls um $\frac{1}{20} \text{‰}$ ¹⁾). Der Steuersatz, der für Vermögen und kapitalisierten Erwerb immer der gleiche ist, beträgt für das Jahr 1906 Eins vom Tausend.

Die Aktiengesellschaften sind sowohl der Vermögenssteuer wie auch der Erwerbssteuer nur in beschränktem Umfange unterworfen. Sie dürfen nämlich bei Ausmittlung des Vermögens das einbezahlte Aktienkapital und bei Ermittlung des steuerpflichtigen Erwerbs eine 3‰ ige Dividende in Abzug bringen²⁾). Letzterer ist nicht mit dem schon vielfach erwähnten, bei Berechnung des steuerpflichtigen Erwerbs gestatteten Abzug von 4% des versteuerten Betriebskapitals zu verwechseln, der den Aktiengesellschaften natürlich ausserdem, wie jedem Steuerpflichtigen, zusteht. Es handelt sich hier vielmehr um einen Abzug ähnlich jenem, der in manchen deutschen Steuergesetzen, z. B. dem preussischen Einkommenssteuergesetz vom 24. Juni 1891, vorgesehen ist. Dieses Abzugsrecht wird auch, laut einer Entscheidung des luzernischen Regierungsrats³⁾, als ein Steuerprivileg angesehen, welches nur den im Kanton domizilierten Aktiengesellschaften, nicht aber den Filialen ausserkantonaler Gesellschaften zukommt. Das Gleiche gilt von dem Abzug des Aktienkapitals von dem steuerpflichtigen Vermögen. Bezüglich dieses Abzugs heisst es nämlich in § 24: «Bei Ausmittlung des Vermögens der Aktiengesellschaften ist das einbezahlte Aktienkapital, bei Ausmittlung des Erwerbs eine 3‰ ige Dividende ab dem einbezahlten Aktienkapital in Abzug zu bringen.» Filialen ausserkantonaler Aktiengesellschaften aber haben nach einer Entscheidung des Regierungsrates vom April 1894 nicht das Recht, einen verhältnismässigen Teil des Aktienkapitals bei der Berechnung ihres steuerpflichtigen Vermögens in Abzug zu bringen⁴⁾). Das Steuergesetz behandelt also das Aktienkapital kantonaler Gesellschaften, obwohl dieses nur ein bilanzmässiges Passivum ist, als eine Schuld der Korporation gegenüber den Anteilseignern. Es stellt sich also, um Doppelbesteuerung der Aktionäre zu vermeiden, sowohl mit der herrschenden Rechtsauffassung wie mit der im allgemeinen heute geltenden Gesetzgebung im Widerspruch.

¹⁾ § 1 des Gesetzes betreffend teilweise Abänderung des Steuergesetzes vom 30. November 1892. (Vom 22. August 1905.) Durch dieses im Jahre 1906 in Kraft getretene Gesetz ist die Progression, die früher pro Steuerstufe $\frac{1}{10} \text{‰}$ betrug, um die Hälfte, also auf $\frac{1}{20} \text{‰}$ pro Stufe herabgesetzt worden.

²⁾ Anhang S. 238, § 24.

³⁾ Amtliche Sammlung der Verhandlungen des Regierungsrates 1894, S. 93 ff. (Vergl. Steuergesetz vom 31. November 1892, Amtliche Ausgabe 1902 S. 36.)

⁴⁾ Ebenda S. 209: «Das Steuergesetz behandelt die Aktien als Schuld der Gesellschaft gegenüber den Aktionären, obwohl eigentlich die Aktien eine Schuld nicht sind.»

Es ist selbstverständlich, dass die Aktionäre ihre Aktien, da diese im Sinne des in Rede stehenden Steuergesetzes nicht als Teilrechte am Gesellschaftsvermögen, sondern als Forderungen anzusehen sind, der Vermögenssteuer unterwerfen müssen, und zwar gilt dieses sowohl von den Anteilen kantonaler Gesellschaften als auch von den Aktien ausserkantonaler Unternehmungen. Bei der Versteuerung der Aktien wird der Börsenkurs zu Grunde gelegt oder, wenn ein solcher nicht notiert, der sich aus der Geschäftsbilanz ergebende Wert¹⁾). Eine Besteuerung der Dividenden kann nicht in Frage kommen, da Kapitalrenten irgendwelcher Art im Kanton Luzern nicht steuerpflichtig sind.

Der hier geschilderte Steuermodus vermeidet die bei Anwendung der Subjektsteuern auf Aktiengesellschaften und Aktionäre drohende Doppelbesteuerung fast ganz. Eine solche tritt nunmehr nur bei über Pari notierenden Werten in geringem Umfange ein; denn die Differenz zwischen dem Nennwert und dem Kurswert wird als Vermögen der Aktiengesellschaft und bei den Aktionären besteuert.

2. Kanton Appenzell A.-Rh.

Bis zum Erlass des Steuergesetzes vom 25. April 1897 wurden die Aktiengesellschaften im Kanton Appenzell A.-Rh. auf Grund der «Vollziehungsverordnung über die Ausführung von Art. 16 der Verfassung betreffend das Steuerwesen» vom 5. April 1880²⁾ besteuert. Diese Steuerordnung war mit Ermächtigung der Landesgemeinde seitens des Kantonsrats erlassen worden, da das in der Verfassung verheissene Gesetz nicht durchzubringen war³⁾. Gemäss dieser Verordnung waren die Aktiengesellschaften mit ihrem Reservefonds der Vermögenssteuer und mit ihrem gesamten Reinertrag der Erwerbssteuer unterworfen. Die Aktionäre hatten ihre Aktien zum «liquiden Wert» zu versteuern.

Nachdem auf Grund dieses Provisoriums die Steuern siebzehn Jahre lang erhoben worden waren, gelang es endlich nach mehreren vergeblichen Versuchen⁴⁾, das Volk zur Annahme des erwähnten Steuergesetzes vom Jahre 1897 zu bewegen.

Diesem Gesetz zufolge wird nunmehr im Kanton Appenzell A.-Rh. eine progressive *Vermögenssteuer* von dem gesamten beweglichen und unbeweglichen Vermögen erhoben. Daneben kommt eine ebenfalls progressive *Erwerbssteuer* zur Erhebung. Derselben

¹⁾ Anhang S. 238, § 10 der V. O.

²⁾ Abgedruckt bei Schanz, a. a. O., V, S. 26 ff.

³⁾ Ebenda III, S. 49.

⁴⁾ Schanz, a. a. O., III, S. 53 ff.

unterliegt jeglicher Erwerb nach Abzug von 4% der als Vermögen versteuerten, in Handel und Industrie engagierten Kapitalien. Der Steueransatz vom Vermögen wird jährlich festgesetzt. Er beträgt für das Jahr 1906 1½ ‰. Die Vermögenssteuer wird folgendermassen berechnet:

Wenn die Vermögen im Betrage bis Fr. 10,000 1 ‰ entrichten, sollen diejenigen

von Fr. 10,001— 20,000 . . .	1.05 ‰
„ „ 20,001— 50,000 . . .	1.10 ‰
„ „ 50,001—100,000 . . .	1.15 ‰
„ „ 100,001—200,000 . . .	1.20 ‰
über „ 200,000	1.25 ‰

entrichten.

Wenn der Steuerfuss vom Vermögen 1 ‰ beträgt, so beträgt der Erwerbssteuerfuss bei einem Erwerb bis Fr. 2000 0.1 ‰, und er steigt für je weitere Fr. 1000 um 0.1 ‰ bis zur Höhe von 1 ‰, die also bei einem Erwerb von mehr als Fr. 10,000, wo die Progression endigt, erreicht wird.

Die Besteuerung der Aktiengesellschaften erfolgt im allgemeinen im Kanton Appenzell A.-Rh. in ähnlicher Weise wie im Kanton Luzern, mit dem Unterschied, dass in Ausserrhoden die Gesellschaften nur ihren Reservefonds, nicht aber die übrigen das Aktienkapital übersteigenden Vermögensteile zu versteuern haben. Und während in Luzern bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Reinertrags der Abzug einer Dividende von 3% gestattet ist, müssen im Kanton Appenzell A.-Rh. die Aktiengesellschaften ihren gesamten Reinertrag der allgemeinen Erwerbssteuer unterwerfen, abgesehen natürlich von dem selbstverständlichen Abzug von 4% des versteuerten Reservefonds¹⁾.

Für die Aktionäre kantonaler oder ausserkantonaler Aktiengesellschaften greifen keinerlei Ausnahmebestimmungen Platz. Sie haben ihre Aktien zum Kurswert als Vermögen zu versteuern.

Obwohl es verständlich ist, warum man die Reservefonds steuerpflichtig macht, so erscheint dieses doch nicht ganz unbedenklich, da hierdurch ohne Zweifel der Bildung von Reserven, die auch über das statutarisch vorgeschriebene Mass hinaus wünschenswert ist, entgegengewirkt wird.

D. Teilung der Steuer zwischen Aktiengesellschaft und Aktionären.

Nach den beiden zuletzt dargestellten Systemen der Aktiengesellschaftsbesteuerung (B und C) wurden entweder die Aktiengesellschaften in vollem Umfang subjektsteuerpflichtig gemacht und die Aktionäre

steuerfrei gelassen (B), oder die Aktiengesellschaften wurden nur teilweise, die Aktionäre aber vollständig den Subjektsteuern unterworfen (C). Die folgenden Kantone weisen nun eine Kombination dieser beiden Systeme auf, indem sie weder den Aktionär noch die Aktiengesellschaft in vollem Umfange steuerpflichtig machen, sondern die vom Gesellschaftsvermögen und -ertrag zu entrichtende Steuer zwischen Aktionär und Gesellschaft teilen. Nach diesem Prinzip zeigen sich nun unzählige Möglichkeiten für die Besteuerung der Aktiengesellschaften, je nachdem man den Aktionären oder der Gesellschaft einen grösseren oder geringeren Teil der Steuer auferlegt.

Auch der Bundesgesetzentwurf betreffend das Verbot der Doppelbesteuerung vom 6. März 1885 suchte auf diesem Wege das Problem der Aktiengesellschaftsbesteuerung zu lösen¹⁾. Doch konnten die gesetzgebenden Körperschaften nicht darüber schlüssig werden, welche Quote der Steuer dem Domizil des Aktionärs, und welche Quote dem Sitz der Gesellschaft zugesprochen werden sollte, und das trug nicht zuletzt dazu bei, den ganzen Gesetzentwurf scheitern zu lassen.

1. Kanton Waadt.

Obwohl der vorerwähnte Bundesgesetzentwurf vom Jahre 1885 abgelehnt wurde, ist die darin vorgesehene Regelung der Steuerpflicht der Aktiengesellschaften zum Teil wenigstens in einem Kanton zur Durchführung gelangt. Es ist dieses der Kanton Waadt. Zur gleichen Zeit als dieser Gesetzentwurf nämlich den eidgenössischen Räten vorgelegt wurde, fand in Waadt eine Verfassungsrevision statt. Bei dieser Gelegenheit wurden die wichtigsten Steuergrundsätze in die Verfassung aufgenommen²⁾. Infolgedessen legte die Regierung im nächsten Jahre ein neues Steuergesetz vor, das Annahme fand.

Nach diesem Gesetz, loi d'impôt sur la fortune mobilière et sur la fortune immobilière du 21 août 1886³⁾, besteht das System der direkten Steuern des Kantons Waadt aus einer *Mobiliar-* und einer *Immobiliarvermögenssteuer*. Die *Mobiliarsteuer* zerfällt in drei Teile, und zwar 1. in eine Steuer vom beweglichen Vermögen, 2. in eine Steuer vom Arbeitsertrag und 3. in eine Steuer von Renten und Nutzungen. *Mobiliarsteuer* wie *Immobiliarsteuer* sind progressiv. Für letztere sind drei Kategorien aufgestellt, deren jeweiliger Steuerfuss in dem Verhältnis von 1 für die erste, 1½ für die zweite und 2 für die dritte Ka-

¹⁾ Weiteres darüber unten S. 220 ff.

²⁾ Schanz, a. a. O., IV, S. 152.

³⁾ Abgedruckt bei Schanz, a. a. O., V, S. 385.

¹⁾ Vgl. Anhang S. 234, Anmerkung.

torie festgesetzt werden muss. Danach ist zu entrichten für das unbewegliche Vermögen nach Abzug der Hypothekarschulden bei einem Steueransatz von 1 ‰ in der

	Fr.
1. Kategorie für Vermögen bis 25,000	1 ‰
2. " " " " 25,000—100,000	1 1/2 ‰
3. " " " " 100,000 und mehr	2 ‰

Für die Steuer vom beweglichen Vermögen und die Steuer vom Arbeitsertrag, von Renten und Nutzungen sind nach Vorschrift der Verfassung sieben Kategorien aufgestellt. Der für jede derselben zur Erhebung kommende Steueransatz wird jährlich in der Relation von 1, 1 1/2, 2, 2 1/2, 3, 3 1/2 und 4 festgesetzt¹⁾. Den sieben Kategorien entsprechen folgende Steuerklassen:

Steuer- einheit	Bewegliches Vermögen	Arbeitsertrag, Renten und Nutzungen
1 Fr.	1—25,000	Fr. 1—1,250
1 1/2 "	25,000—50,000	" 1,250—2,500
2 "	50,000—100,000	" 2,500—5,000
2 1/2 "	100,000—200,000	" 5,000—10,000
3 "	200,000—400,000	" 10,000—20,000
3 1/2 "	400,000—800,000	" 20,000—40,000
4 "	800,000 und mehr	" 40,000 und mehr.

Der Steueransatz vom Arbeitserwerb, ebenso wie derjenige von Renten und Nutzungen korrespondiert mit dem Ansatz vom beweglichen Vermögen in der Weise, dass, wenn letzterer auf 1 ‰ festgesetzt ist, der einfache Steueransatz vom Arbeitserwerb 0.8 ‰ und derjenige von Renten und Nutzungen 1.6 ‰ beträgt.

Was nun die Besteuerung der Aktiengesellschaften im Kanton Waadt betrifft, ist zu bemerken, dass diese Gesellschaften bis zum Jahre 1886 für ihr Kapital, ihren Reservefonds und ihren Reinertrag steuerpflichtig waren²⁾. Das Gesetz vom Jahre 1886 aber beschränkt hinsichtlich der Vermögensbesteuerung der Aktiengesellschaften den Weg, den der erwähnte «Bundesgesetzentwurf betreffend das Verbot der Doppelbesteuerung» vom Jahre 1885 vorgesehen hatte, allerdings mit einer unter Umständen nicht unerheblichen Ausnahme. Diese besteht darin, dass die Aktiengesellschaften, falls sie *Grundeigentum* besitzen, für dieses, wie physische Personen, der Immobiliensteuer unterworfen sind. Diese Bestimmung ist damit zu begründen, dass dem öffentlichen Haushalt sein natürlichstes Steuerobjekt, der Grund und Boden, nicht durch den Erwerb seitens Aktiengesellschaften, deren Aktionäre möglicherweise ausserhalb des Kantons domiziliert sind, entzogen werden soll. Im

¹⁾ Schanz, a. a. O., IV, S. 166 ff.
²⁾ Ebenda S. 158.

übrigen unterliegen jene Gesellschaften der Vermögenssteuer nur mit dem das Aktienkapital übersteigendem Vermögen¹⁾.

Während nun aber der Bundesgesetzentwurf von 1885 auch eine Teilung der Erwerbssteuer zwischen den Aktionären und der Gesellschaft vorsah, sind nach waadtländischem Steuerrecht die Aktiengesellschaften in vollem Umfange erwerbssteuerpflichtig, nämlich für ihren gesamten Reinertrag nach Abzug von 5 % des capitaux engagés qui sont soumis à l'impôt cantonal.

Die Aktiengesellschaften unterliegen ausser den erwähnten Steuern noch einer Patentsteuer genannten Spezialsteuer²⁾. Diese Steuer wurde im Jahre 1878 eingeführt. Begründet wurde sie damit, dass die Gewährung der juristischen Persönlichkeit zu rein kommerziellen Zwecken ein Privileg bedeute, welches die Auferlegung einer speziellen Abgabe wohl rechtfertige³⁾. Im Jahre 1885 wurde dieses Gesetz auch auf die Genossenschaften ausgedehnt. Die Abgabe ist halbjährlich im voraus zu entrichten. Sie beträgt Fr. 5—1000 suivant l'importance des opérations de la société et de ses gains présumés. Das Patent ist ausserdem noch bei der Ausfertigung mit Fr. 5 stempelpflichtig. Es wird höchstens für einen Zeitraum von vier Jahren gewährt. Bei der Erneuerung des Patentbesitzes findet eine Neueinschätzung statt.

Die Aktionäre, die bis zum Erlass des allgemeinen Staatssteuergesetzes vom Jahre 1886, sofern sie Anteilseigner kantonaler Gesellschaften waren, steuerfrei blieben, haben nunmehr ihre Aktien nach dem Januarkurs als Vermögen zu versteuern⁴⁾. Jedoch sind die Aktien schweizerischer Gesellschaften, deren Kurs höher als ihr Nominalwert ist, oder die mehr als vier Prozent Dividende ergeben, bei der Einschätzung zur Vermögenssteuer nur zum Nominalwert zu berechnen.

Nach alledem kann die Besteuerung der Aktiengesellschaften, beziehungsweise Aktionäre im Kanton Waadt weder als besonders gelind noch als einfach bezeichnet werden. Die den Aktiengesellschaften für das einbezahlte Aktienkapital, soweit dasselbe nicht in Liegenschaften angelegt ist, gewährte Steuerfreiheit wird namentlich für kleinere Gesellschaften durch die Belastung mit der Patentsteuer wieder aufgewo-

¹⁾ Anhang S. 243, Art. 11.
²⁾ Vergl. zum folgenden das Gesetz im Anhang S. 243.
³⁾ Schanz, a. a. O., IV, S. 149.
⁴⁾ Das Steuergesetz (Anhang S. 243, Art. 11) sagt: Le premier cours coté en janvier de l'année comptable détermine la valeur des titres cotés à la bourse. Auf die Frage: Welcher Börse? sagte die Regierung: C'est évidemment la bourse des pays d'où proviennent les valeurs à évaluer. Siehe Schanz, a. a. O., IV, S. 161, Anmerkung 3.

gen. Denn einerseits ist gerade bei kleinen Gesellschaften ein verhältnismässig grosser Teil des Kapitals in Liegenschaften angelegt, und andererseits passt sich die nach äusseren Steuermerkmalen zu erhebende Patentsteuer leichter kleinen Betrieben als Grossunternehmungen an, für welche mit Fr. 1000 die Höchstgrenze der Besteuerung durch das Gesetz gegeben ist.

Und endlich kommt die den Aktionären schweizerischer Gesellschaften für den den Nominalwert der Aktien übersteigenden Wert gewährte Steuerfreiheit nur den Anteilseignern gut rentierender Gesellschaften zu gut.

2. Kanton Glarus.

Glarus ist derjenige schweizerische Kanton, der die Steuerfreiheit der Aktiengesellschaften zuletzt beseitigt hat. Das Steuergesetz vom 11. Mai 1873¹⁾ enthielt noch keine Bestimmungen über die Besteuerung der Aktiengesellschaften. In der Praxis wurde allerdings die Aktiengesellschaft Bank in Glarus mit ihrem Reservefonds der Vermögenssteuer unterworfen, und der Landrat wollte in den von der Landesgemeinde abgelehnten Steuergesetzesentwürfen von 1889, 1890 und 1891 diese Praxis für alle im Kanton bestehenden Aktiengesellschaften gesetzlich festlegen²⁾, namentlich da auch inzwischen die Verfassung vom Jahre 1887 die Steuerpflicht der Aktiengesellschaften ausdrücklich ausgesprochen hatte. Der § 17 derselben lautet: «Alle Einwohner des Kantons, ebenso die Gemeinden, Korporationen und Aktiengesellschaften, sowie auswärts wohnende Besitzer von im Kanton gelegenen Grundstücken und Gebäulichkeiten haben zur Deckung der Staatsausgaben nach Massgabe der gesetzlichen Bestimmungen beizutragen.» Noch etwas weiter ging dann der von der Landesgemeinde ebenfalls abgelehnte Steuergesetzesentwurf vom Jahre 1897. Danach sollten die Aktiengesellschaften nicht nur für ihren Reservefonds, sondern auch für das in Grundeigentum angelegte Vermögen steuerpflichtig sein. Die Ablehnung der erwähnten Entwürfe erfolgte aber keineswegs wegen der die Besteuerung der Aktiengesellschaften betreffenden Bestimmungen, sondern aus andern, mit der Aktiengesellschaftsbesteuerung in gar keinem Zusammenhang stehenden Gründen.

Inzwischen wurde die Frage der Besteuerung jener Korporationen, namentlich infolge der Entstehung grosser Aktiengesellschaften, immer dringlicher³⁾.

¹⁾ Abgedruckt bei Schanz, a. a. O., V, S. 175 ff.

²⁾ Memorial für die ordentliche Landesgemeinde des Kantons Glarus 1903. S. 7.

³⁾ Memorial a. a. O. Eine Gesellschaft bestritt sogar prinzipiell jegliche Steuerpflicht für auswärtige Anteilseigner und willigte bloss freiwillig in eine bescheidene Taxation ein.

Der Landrat unterbreitete deshalb der Landesgemeinde im Jahre 1903, und zwar diesmal mit Erfolg, ein Spezialgesetz betreffend die Besteuerung der anonymen Erwerbsgesellschaften¹⁾. Im folgenden Jahre erfolgte dann auch die Revision des allgemeinen Staatssteuergesetzes durch das «Gesetz über das Landessteuerwesen des Kantons Glarus vom 1. Mai 1904».

Dieses Gesetz bedarf zunächst einer kurzen Erörterung, da es die für alle Steuersubjekte geltenden allgemeinen Grundsätze enthält. Zuzufolge § 1 des Gesetzes erhebt der Staat nur eine Vermögenssteuer, eine Personalsteuer und eine Erbschaftsteuer. Das Steuersystem des Kantons ist also sehr einfach. Für die Aktiengesellschaften kann natürlich nur die Vermögenssteuer in Betracht kommen. Dieser Steuer ist alles bewegliche und unbewegliche Vermögen der Gemeinden, Korporationen und Privaten unterworfen. Der einfache Steuersatz beträgt 1 ‰; seine Höhe wird jährlich von der Landesgemeinde festgesetzt. Für das Jahr 1906 beträgt der Vermögenssteuersatz 2,5 ‰. Abgesehen von den Steuerbefreiungen, die für alle Vermögen unter Fr. 3000 und für die Vermögen von Witwen, Waisen u. s. w. bis zum Betrage von Fr. 15,000 vorgesehen sind, findet die Berechnung des Steuerbetrages in der Weise statt, dass bei Vermögen bis Fr. 25,000 nur 60 % desselben steuerpflichtig sind. Bei Vermögen von Fr. 25,000 bis Fr. 100,000 werden die ersten Fr. 25,000 auch nur mit 60 % in Berechnung gezogen, der überschüssende Betrag aber muss voll versteuert werden. Für Vermögen von Fr. 100,001—400,000 wird der Steuerfuss für je Fr. 50,000 um $\frac{1}{10}$ erhöht; für Vermögen von Fr. 400,001—1,000,000 wird der Steuerfuss für je Fr. 100,000 um $\frac{1}{10}$ erhöht; von Fr. 1,000,001 bis 2,000,000 wird er für je Fr. 250,000 um $\frac{1}{10}$ erhöht; von Fr. 2,000,001—4,000,000 wird er für je Fr. 500,000 um je $\frac{1}{10}$ erhöht.

Während das hier in Rede stehende Gesetz ganz allgemein alle Korporationen als in den Kreis der Steuerpflichtigen gehörig bezeichnet, stellt das «Gesetz betreffend die Besteuerung von anonymen Erwerbsgesellschaften» vom 3. Mai 1903 die Steuerpflicht der Aktiengesellschaften grundsätzlich fest. Der § 1 lautet: Die anonymen Gesellschaften (Aktiengesellschaften und Kommanditaktiengesellschaften) und Genossenschaften mit Sitz und Geschäftsbetrieb im Kanton Glarus haben — nachgewiesene Einbussen vorbehalten — ihr einbezahltes Aktienkapital (Genossenschaftskapital), sowie die Reservefonds und ihm ähnliche Spezialfonds als Vermögen zu versteuern.» Die bisherige Steuerfreiheit bleibt nur denjenigen

¹⁾ Siehe Anhang, S. 236.

Unternehmungen gewahrt, die bloss ihren Sitz, nicht aber ihren Geschäftsbetrieb im Kanton Glarus haben¹⁾. Man glaubte diese Bestimmung treffen zu müssen, weil derartige Gesellschaften das öffentliche Leben in keiner Weise belasten²⁾. Besonders wichtig aber ist, dass die Progression auf die Aktiengesellschaften keine Anwendung findet. Diese Bestimmung wurde namentlich deshalb getroffen, weil die Progressivsteuer einzelne Geschäfte ausserordentlich stark belastet haben würde. Man wollte es aber vermeiden, dass die glarnerischen Aktiengesellschaften höher besteuert würden als ähnliche in andern Kantonen domizilierte Gesellschaften.

Dieser Besteuerungsmodus gestattet eine eigenartige steuerrechtliche Behandlung der Aktionäre³⁾. Die im Kanton Glarus domizilierten Anteilhaber der diesem Gesetz unterworfenen Aktiengesellschaften sind nämlich berechtigt, von der von ihnen zu entrichtenden Steuer denjenigen Betrag in Abrechnung zu bringen, den die Gesellschaft für den betreffenden Anteil (Aktie) zu bezahlen hat. Der Aktionär darf also seine Aktien bei der Berechnung seines Steuerbetrreffnisses nicht von seinem Vermögen in Abzug bringen, damit er nicht unter Umständen in der Progressivskala herabgesetzt werde, sondern er darf nur von dem vom Gesamtvermögen berechneten Steuerbetrreffnis die von der Gesellschaft für ihn entrichtete Steuer in Abzug bringen. Aufschluss über den hier einzuschlagenden Weg gibt die «Vollziehungsverordnung zu dem Gesetz betreffend die Besteuerung von anonymen Erwerbsgesellschaften» vom 27. September 1905. Danach führt die Finanzdirektion zwei Register über die Besteuerung der anonymen Gesellschaften, nämlich eines über die Besteuerung der einzelnen Aktionäre und eines über die Besteuerung der Aktiengesellschaften. Diejenigen Aktionäre, die von ihrem Abzugsrecht Gebrauch machen wollen, haben jährlich der Finanzdirektion genauen Aufschluss über ihren Anteil an der betreffenden Gesellschaft zu geben. Die Steuerbehörde ermittelt dann aus den erwähnten Registern den auf den einzelnen Aktionär entfallenden Steuernachlass und bringt diesen bei der Steuererhebung mit dem Aktionär zur Verrechnung⁴⁾.

Dieses gilt natürlich nur für die Anteilseigner kantonaler Gesellschaften. Die Inhaber ausserkan-

tonaler Gesellschaften haben ihre Aktien nach dem Kurswert als Vermögen zu versteuern.

Nach alledem muss die Besteuerung der kantonalen Gesellschaften und ihrer Aktionäre als eine der Billigkeit entsprechende bezeichnet werden, wenn auch zuzugeben ist, dass der geschilderte Modus nur im Rahmen enger Verhältnisse möglich ist. Wie sollte z. B. für die ganze Schweiz mit fast 2500 Aktiengesellschaften festgestellt werden, was der einzelne Aktionär von seinem Steuerbetrreffnis abziehen darf?

Drittes Kapitel.

Die Besteuerung der Aktiengesellschaften mittelst einer Spezialsteuer.

Die mannigfachen Mängel, die sich bei der Anwendung der Subjektsteuern auf die Aktiengesellschaften ergaben, mussten den Gedanken nahe legen, diese und auch ähnliche Gesellschaften, wie z. B. Kommanditaktiengesellschaften und Genossenschaften, überhaupt nicht subjektsteuerpflichtig zu machen, sondern dieselben, sofern man sie nicht steuerfrei lassen wollte, mit einer ihrer Eigenart angepassten Spezialsteuer zu belegen. Derartige, in Amerika bereits seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts vielfach bestehenden Gesellschaftssteuern, «taxes on corporations»¹⁾, haben in der Schweiz erst vereinzelt in den letzten beiden Jahrzehnten die Aufmerksamkeit der gesetzgebenden Körperschaften auf sich gezogen. Seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts aber kann man, nachdem die Spezialbesteuerung der anonymen Erwerbsgesellschaften sich im Kanton Baselstadt trefflich bewährt hat, und die Zürcher Handelskammer lebhaft für dieselbe eingetreten ist²⁾, überall dort, wo eine Reform der Steuergesetzgebung in Frage steht, das Bestreben wahrnehmen (Zürich, Tessin, St. Gallen), die Steuerpflicht der Aktiengesellschaften mittelst einer Spezialsteuer in Anspruch zu nehmen. Diese Bestrebungen sind vom Standpunkt der Steuertheorie und -praxis aus gleich freudig zu begrüßen; denn die Spezialbesteuerung der Aktiengesellschaften bedeutet in jeder Hinsicht einen Fortschritt auf dem Gebiete des Steuerwesens. Jene juristischen Personen werden dadurch ihrem Wesen entsprechend aus der Reihe der den allgemeinen persönlichen Steuern unterliegenden Steuersubjekte herausgehoben, und die kantonalen Steuersysteme werden um ein wichtiges Glied bereichert, welches geeignet ist, auch das Prinzip der Interessebelastung, das in den Subjektsteuern regel-

¹⁾ Vergl. hierzu und zu dem folgenden das Gesetz im Anhang S. 236 f.

²⁾ Memorial a. a. O., S. 9.

³⁾ Von einer Teilung der Steuer zwischen Aktiengesellschaft und Aktionären kann hier also nur in dem Sinne die Rede sein, als die Gesellschaft die proportionale Vermögenssteuer und der Aktionär den seinem Gesamtvermögen entsprechenden progressiven Zuschlag zu entrichten hat.

⁴⁾ Vergl. im Anhang S. 237 die §§ 29—32, 36 und 37.

¹⁾ Vergl. Seligman, a. a. O., p. 289 etc.

²⁾ Siehe unten S. 198 f. und 201.

mässig nicht zum Ausdruck kommt, gegenüber den Aktiengesellschaften zu verwirklichen. Denn das ist ein heute allgemein anerkannter Grundsatz, dass im Steuerwesen nicht ein Prinzip allein herrschen darf; vielmehr müssen den mannigfaltigen Verhältnissen des Wirtschaftslebens entsprechend verschiedene Prinzipien zur Anwendung kommen, um das Gerechte in den hier in Frage stehenden schwierigen Dingen möglichst zu erreichen.

1. Kanton Zürich.

Der gegenwärtige Rechtszustand. — Das zurzeit im Kanton Zürich geltende Steuergesetz datiert noch vom 24. April 1870¹⁾, obwohl die Revision dieses Gesetzes schon seit dem Ende der siebziger Jahre ein stehendes Traktandum des Kantonsrats bildet und verschiedene Entwürfe bereits damals zur Folge hatte. Jene Vorlagen beabsichtigten noch keine völlige Umgestaltung der bestehenden Steuergesetzgebung, sondern bezweckten, neben damit indirekt im Zusammenhang stehenden Änderungen, nur die Erhöhung des Existenzminimums und vor allem die bessere Ausmittlung des steuerpflichtigen Vermögens und Einkommens. Erst ein Beschluss des Kantonsrates vom 3. Juli 1893 stellte eine weitergehende Steuerreform in Aussicht, deren Aufgabe es u. a. sein sollte: «die Steuergesetzgebung einfacher und klarer zu gestalten und die Steuerpflicht der juristischen Personen zu regeln». Denn eben infolge mangelnder Klarheit des bestehenden Steuergesetzes konnte z. B. die regierungsrätliche Weisung zu einem auf Grund jenes Beschlusses später ausgearbeiteten Steuergesetzesentwurfs sagen: «Das bisherige zürcherische Gesetz schliesst die gleichzeitige Besteuerung von Aktienkapital und Aktie so wenig ausdrücklich aus, als es sie vorschreibt²⁾».

Die Steuerbehörde hat das bestehende Gesetz bisher in der Weise angewandt, dass sie bei den Gesellschaften die *Vermögenssteuer* nur vom Reservefonds und die allgemeine *Erwerbssteuer* von dem nach Abzug von 5% (beziehungsweise seit 1903 von 4½%) des Aktienkapitals und der versteuerten Reserven verbleibenden Reinertrag erhebt, während der Aktionär mit seiner zum Tageskurs angesetzten Aktie zur Vermögenssteuer herangezogen wird. Diese Praxis ist also ähnlich der Besteuerung der Aktiengesellschaften im Kanton Appenzell A.-Rh., weshalb auch hier zu bemängeln ist, dass durch diesen Steuermodus der

Bildung von Reserven entgegengewirkt wird. Auch sind die Aktiengesellschaften nach einer Statistik der Zürcher Handelskammer im Kanton Zürich durchaus nicht weniger belastet als in denjenigen Kantonen, welche das gesamte Vermögen der Aktiengesellschaften besteuern¹⁾. Dieses kommt daher, dass die im Kanton Zürich zur Erhebung kommenden Steuersätze ausserordentlich hoch sind. Für das Jahr 1906 beträgt der Vermögenssteuersatz 4½‰ und der Erwerbssteuersatz 9‰. Die Progression ist dergestalt eingerichtet, dass von dem Vermögen der einzelnen Steuerpflichtigen zu versteuern sind:

5 Zehnteile von den ersten	20 Tausend Franken
6 " " " weitem	30 " "
7 " " " " "	50 " "
8 " " " " "	100 " "
9 " " " " "	200 " "
10 " " dem Mehrbetrag.	

Von dem steuerpflichtigen Erwerb sind folgende Teile zu versteuern:

2 Zehnteile von den ersten	15 Hundert Franken
4 " " " weitem	15 " "
6 " " " " "	30 " "
8 " " " " "	40 " "
10 " " dem Mehrbetrag.	

Der Steuergesetzesentwurf des Regierungsrates vom 16. Oktober 1899²⁾. — Die in diesem Entwurf vorgeschlagene Besteuerung der Aktiengesellschaften findet ihre Begründung in den besondern Zürcher Steuerverhältnissen. Ein ungenügendes Taxationsverfahren und eine fast an Konfiskation grenzende Höhe der allgemeinen Vermögenssteuer und Erwerbssteuer hat nämlich im Kanton Zürich die Steuerdefraudation in geradezu erschreckendem Masse herangezüchtet. Schon im Jahre 1870 sagte eine Weisung des Regierungsrates, dass die amtlichen Inventarisierungen, welche jeweilen vorgenommen wurden, wenn eine staatliche Vormundschaft eintrat, eine Hinterziehung von fast der Hälfte des steuerpflichtigen Vermögens erwiesen hätten. Seitdem nehmen die Klagen über unvollständige Steuerleistung gegenüber dem Staat und der Gemeinde kein Ende. Je mehr aber dieses Übel aufgedeckt wurde, desto weiter griff es um sich. Die ehrlichen Bürger wurden laxer und der Steuerbetrug kaum mehr als Pflichtverletzung angesehen. Welchen Umfang die Verheimlichung des steuerpflichtigen Vermögens angenommen hat, zeigt deutlich die in der Weisung zu dem in Rede stehenden Gesetzesentwurf wiedergegebene Statistik der Ver-

¹⁾ Abgedruckt bei Schanz, a. a. O., V, S. 423 ff.

²⁾ Antrag des Regierungsrates vom 16. Oktober 1899, Weisung zu dem Gesetz betreffend die direkten Staatssteuern S. 37, vergl. auch Anhang S. 245, §§ 2, 4 des Gesetzes vom 24. April 1870.

¹⁾ Zur Steuerreform im Kanton Zürich. II. Eingabe der Zürcher Handelskammer. S. 13.

²⁾ Siehe Anhang S. 245 f.

mögensrapporte aus den Vormundschafts- und Erbschaftsinventaren. Danach betrug das Verhältnis des versteuerten zu dem steuerpflichtigen Vermögen in den Jahren 1870—1889 nur 65.4 ‰, in den Jahren 1890—1897 aber nur 58.8 ‰¹⁾. Die Steuerdefraudation hatte also, wie zahlenmässig ersichtlich, von Jahr zu Jahr zugenommen.

Um dem zu begegnen, knüpft der regierungsrätliche Steuergesetzentwurf auch bezüglich der Besteuerung der Aktiengesellschaften an den von Professor Wolf in Anlehnung an englische Verhältnisse gemachten Vorschlag, das Einkommen und Vermögen überall dort zu besteuern, wo es zu Tage tritt, also den Aktionär bei der Aktiengesellschaft, den Arbeiter beim Arbeitgeber u. s. f.²⁾. Die herrschende Finanznot, welche die Heranziehung aller Steuerkräfte verlangte, trug dazu bei, diesen Vorschlag durchaus empfehlenswert erscheinen zu lassen. Infolgedessen bestand das ausgesprochene Prinzip des erwähnten, vom Regierungsrat beantragten Entwurfs darin, die Steuerhoheit des Kantons auf alle Steuersubjekte und Steuerobjekte, auf welche seine Befugnisse sich erstrecken können, auszudehnen und eine indirekte Steuererhebung jener Art (der Vermögens- und Erwerbsteuer), wenn möglich, überall da anzuordnen, wo Steuerhinterziehung zu befürchten war. Im Zusammenhang damit war beabsichtigt, die Besteuerung der Aktiengesellschaften gemäss dem erwähnten Beschluss des Kantonsrats vom Jahre 1893 (vgl. oben S. 196) zu regeln und jene Korporationen der Steuerpflicht im weitesten Umfange zu unterwerfen.

Danach sollten die kantonalen Aktiengesellschaften künftig «in Verbindung mit der eigenen Vermögenssteuer auch die Steuer von den Aktien und Anteilscheinen entrichten». Dieser «Gesamtsteuer» sollte das «Gesellschaftsvermögen, bestehend aus Grundeigentum, Mobilien, Betriebs- und Reservekapital etc.» unter Abzug der Schulden als ein Ganzes zu Grunde gelegt werden³⁾, und der wirkliche Ertrag dieses Gesamtvermögens sollte für die Berechnung der progressiven Vermögensertragssteuer massgebend sein. Diese von den Gesellschaften für die Aktionäre zu entrichtende Steuer sollten die einheimischen Aktionäre an ihrem eigenen «Steuerbetreffnis» in Abzug bringen dürfen.

Es handelte sich also nicht um eine Änderung der Steuerpflicht, vielmehr sollten nach wie vor die Aktieninhaber steuerpflichtig bleiben, aber fortan bei ihrem gemeinsamen Organ, der Aktiengesellschaft,

besteuert werden. Man wollte dadurch auch die auswärtigen Aktionäre erfassen und der Defraudation wirksam begegnen. Während aber für die kantonalen Aktionäre die von der Gesellschaft für sie entrichtete Steuer nur eine Vorschusssteuer sein sollte, die sie bei der Berechnung ihres persönlichen Steuerbetriffnisses abziehen konnten, sollten es sich die auswärtigen Aktionäre gefallen lassen, für die mittelst ihres Kapitals im Kanton Zürich ausgeübte Erwerbstätigkeit voll besteuert zu werden. Da nun die Aktiengesellschaften ausserdem selbst für das in und ausser dem Kanton befindliche Gut Vermögenssteuer entrichten sollen, und bei der kollektiven Besteuerung der Aktien die Progression ebenfalls Anwendung finden soll, so ergibt sich, dass der in Rede stehende Entwurf eine verhältnismässig starke Belastung dieser Gesellschaften beabsichtigte. Und zwar sollten die Aktiengesellschaften dieser Mehrleistung wegen der in der Kapitalvereinigung begründeten erhöhten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unterworfen sein.

Der Entwurf des Regierungsrates erklärte die Aktiengesellschaften aber nicht nur für vermögenssteuerpflichtig, sondern er wollte sie auch für den nicht als Vermögensertrag anzusehenden Reinertrag einschliesslich der an die Verwaltungsorgane und Angestellten ausgerichteten Tantiemen der progressiven Einkommenssteuer unterwerfen¹⁾. Während aber gegenwärtig noch Vermögen und Einkommen getrennt besteuert werden, und somit die Degression dem Steuerpflichtigen unter Umständen zweimal zu gute kommt, sollten nach dem regierungsrätlichen Entwurf, welcher nicht das Vermögen, sondern den Ertrag desselben besteuert, Einkommen und Vermögensertrag, sofern sie sich in einer Hand befinden, zusammengerechnet und dadurch der höheren Progression ausgesetzt werden. Die Veranlagung sollte in der Weise geschehen, dass zuerst das unfundierte Einkommen nach den für die Einkommenssteuer geltenden Sätzen besteuert wird, daran sollte sich die Vermögensertragsbesteuerung in der folgenden Stufe mit den höheren für fundiertes Einkommen, d. h. Vermögensertrag geltenden Sätzen anschliessen.

Betrachtet man alle diese Bestimmungen näher, so muss man gestehen, dass mittelst dieser Steuervorschriften das Ziel der Reform, die Steuergesetzgebung einfacher und klarer zu gestalten, hinsichtlich der Besteuerung der Aktiengesellschaften durchaus nicht erreicht werden konnte. Das Gleiche gilt aber von dem ganzen Entwurf, und mit Recht sagte die Zürcher Handelskammer in ihrer an den Kantonsrat gerichteten Eingabe betreffend die Revision des Staatssteuer-

¹⁾ a. a. O., S. 54 ff.

²⁾ Wolf: Steuerreform im Kanton Zürich.

³⁾ Anhang S. 245, § 3.

¹⁾ Anhang S. 245 f., § 11.

gesetzes: «Der Entwurf ist vielfach unklar und kompliziert und nur wenige Leute, die nicht beruflich mit dem Steuerwesen zu tun haben, sind in der Lage, über die rechnerischen Verhältnisse desselben sich Rechenschaft zu geben»¹⁾. Schärfer noch, aber kaum unberechtigt, war die Kritik, die der Entwurf in der Presse und in Volksversammlungen fand²⁾. So fehlte, um nur Weniges auch die Aktiengesellschaften Betreffendes hervorzuheben, jede Bestimmung darüber, wie bei gemischten Einkommen der Vermögensertrag ermittelt werden solle, oder was als eigenes Vermögen der Aktiengesellschaften anzusehen sei. Der Entwurf wollte ferner der Doppelbesteuerung aus dem Wege gehen und setzte dieselbe doch tatsächlich in einer Weise fest, die sich schwer mit dem bundesrechtlichen Verbot der Doppelbesteuerung in Einklang bringen lässt. Die gleichzeitige Besteuerung von Aktionär und Gesellschaft ist nach bundesgerichtlicher Praxis zwar keine unzulässige Doppelbesteuerung, aber durch die Besteuerung der Aktien am Sitz der Gesellschaft entsteht bezüglich der auswärtigen Aktionäre ein interkantonaler Steuerkonflikt. Die Steuerhoheit über den Aktionär steht nämlich in allen Fällen seinem Wohnsitzkanton zu. Dieser hat also das Recht, die Kantonseinwohner für ihren Aktienbesitz ausserkantonaler Gesellschaften zu besteuern. Geschieht die Besteuerung nun gleicherweise noch einmal am Domizil der Gesellschaft, wie es der Entwurf des Regierungsrates vorsieht, so liegt eine unzulässige Doppelbesteuerung ebenso vor, als wenn Hypothekartitel gleichzeitig am Orte, wo das Unterpfand liegt, und am Wohnsitz des Gläubigers besteuert werden. Denn in beiden Fällen wird das gleiche Steuersubjekt, der Aktionär, beziehungsweise Hypothekargläubiger, von zwei Staatshoheiten für das gleiche Steuerobjekt, die Aktie, beziehungsweise den Hypothekartitel, in Anspruch genommen.

Ganz besonders aber fällt ins Gewicht, dass der Steuerbetrag, den die Aktiengesellschaften nach den Bestimmungen des regierungsrätlichen Entwurfs zu zahlen hätten, so hoch ist, dass die Gründung neuer Aktiengesellschaften im Kanton Zürich, falls jener Entwurf jemals Gesetzeskraft erlangen sollte, ausgeschlossen erscheint, und sicherlich alle Zürcher Aktiengesellschaften, die eben dazu in der Lage wären, ihren Hauptsitz nach einem anderen Kanton verlegen würden. So berechnete die Zürcher Handelskammer, dass eine Zürcher Bank, die 1899 Fr. 222,802 an

Staats- und Gemeindesteuern bezahlte, nach dem in Rede stehenden Entwurf Fr. 996,285 hätte bezahlen müssen, und dass eine andere Bank statt Fr. 61,240 mehr als siebenmal so viel, nämlich Fr. 442,934 zu entrichten gehabt hätte.

Der Vorschlag der Zürcher Handelskammer betreffend die Einführung einer Gewerbeertragssteuer der Korporationen. — Die Zürcher Handelskammer blieb nicht bei der Kritik des regierungsrätlichen Entwurfs stehen, sondern unterbreitete dem Kantonsrat in der vorgenannten Eingabe einen sehr beachtenswerten, die Besteuerung der Aktiengesellschaften betreffenden Vorschlag. Derselbe befürwortete, in der richtigen Erkenntnis, dass die Anwendung der Subjektsteuern auf die juristischen Personen grundsätzlich falsch sei, für die Aktiengesellschaften und Genossenschaften eine «Gewerbeertragssteuer der Korporationen» genannte Spezialsteuer.

Dieser mit bewusster Anlehnung an das baslerische Vorbild geschaffene Gesetzesvorschlag empfahl eine Bemessung der von den Aktiengesellschaften zu entrichtenden Steuer nach dem Verhältnis des im verflossenen Jahre verteilten Reinertrags zu dem einbezahlten Aktienkapital. Die Steuer sollte nämlich soviel Prozente des Reinertrags betragen, als die Dividende Prozente des Aktienkapitals ausmacht. Wenn also z. B. 7 % Dividende zur Verteilung gelangen, hätte die Gewerbeertragssteuer ebenfalls 7 % dieses zur Verteilung kommenden Gewinnes zu betragen. Jedoch sollte die Steuer in keinem Falle 15 % des Reinertrags übersteigen. Für auswärtige Filialen sollte ein entsprechender Steuerabzug stattfinden, während umgekehrt Niederlassungen auswärtiger Gesellschaften die Gewerbeertragssteuer im Verhältnis des Zürcher Geschäfts zum Gesamtunternehmen zahlen sollten. Eine besondere Berücksichtigung finden zweckmässigerweise die Gesellschaften, deren Erwerbshandlungen gemäss ihrer wirtschaftlichen Zweckbestimmung ausserhalb des Kantons stattfinden, z. B. die Bank für orientalische Eisenbahnen. Solche Unternehmungen sollten nur ein Drittel der Gewerbeertragssteuer, höchstens also 5 % des zur Verteilung kommenden Reingewinns zu entrichten haben. Die nach diesen Grundsätzen erhobene Steuer sollte zur Hälfte dem Staat und zur Hälfte der Gemeinde, innerhalb welcher die betreffende Gesellschaft ihr Domizil hat, zufallen. Da es sich hier um eine Spezialsteuer handelt, erschien es selbstverständlich, dass die Aktionäre als solche im Rahmen der allgemeinen Subjektsteuern an ihrem Wohnsitz besteuert werden. Bemerkenswert ist noch, dass nicht nur keine besondere Besteuerung des Reservefonds vorgesehen war, sondern auch alle Zuschreibungen

¹⁾ Vorschläge zur Revision des Staatssteuergesetzes (I. Eingabe der Zürcher Handelskammer) 1901. S. 111.

²⁾ Siehe auch die Kritik, welche die Kaufmännische Gesellschaft in Winterthur an dem Entwurf übte, bei Ernst: Die direkten Staatssteuern des Kantons Zürich, 1903, S. 237 ff.

zu demselben, ebenso wie Einlagen in Spezialfonds u. dgl. steuerfrei sein sollten. Als Steuerobjekt erschien eben nur die zur Verteilung gelangende Summe. Dadurch sollte eine solide Bilanzierung der Aktiengesellschaften begünstigt werden.

Dennoch dürfte diese Begünstigung zu weitgehend sein, denn wenn z. B. eine Aktiengesellschaft ihren gesamten Gewinn in Erneuerungsfonds und Dispositionsfonds anlegt, um damit Geschäftserweiterungen vorzunehmen, so entgeht derselbe vollständig der Steuer. Dieses kommt besonders bei jener nicht geringen Zahl von Gesellschaften in Frage, die nur aus wenigen, meist einer Familie angehörigen, Anteilseignern bestehen. Ferner erscheint es gegenüber der Inanspruchnahme von Staat und Gemeinde durch die Aktiengesellschaften unbillig, dass das Prinzip von Leistung und Gegenleistung keine Anwendung gefunden hat. Die Gewerbeertragssteuer beruht auf dem Prinzip der Leistungsfähigkeit. Dieses Prinzip darf aber nicht ausschliesslich der Aktiengesellschaftsteuer zu Grunde liegen; denn die Sonderleistungen des Staates und die sichtlich weit über das gewöhnliche Mass hinausgehende Inanspruchnahme der erwerbsermöglichenden Einrichtungen des Staates und der Gemeinde erfordern eine Gegenleistung der Aktiengesellschaft, die selbst dann zu entrichten ist, wenn die Gesellschaft keinen Gewinn gemacht hat, da gerade in solchen Zeiten die Budgets besonders der kleineren Gemeinwesen (Kantone und Kommunen) am stärksten durch die Aktiengesellschaft mit ihrer Arbeiterschaft belastet werden. Die Zürcher Handelskammer hat diese Mängel auch erkannt und dieselben zum Teil in einem späteren Entwurf ausgemerzt.

Die Entwürfe der kantonsrätlichen Kommission vom 27. März 1902 und des Kantonsrats vom 28. Oktober 1904. — I. Mit den beiden bisher erwähnten Vorlagen, dem regierungsrätlichen Entwurf und dem Vorschlag der Handelskammer, beschäftigte sich eine vom Kantonsrat ernannte Kommission. Diese akzeptierte aber weder die Vorlage des Regierungsrats noch den Vorschlag der Handelskammer. Sie gelangte in ihren Verhandlungen aber ebenfalls zu dem Ergebnis, dass die Aktiengesellschaften einer besondern steuerrechtlichen Behandlung bedürften, und schlug deshalb in dem sogenannten Kommissionsentwurf vom 27. März 1902 auch für die Besteuerung jener Korporationen einen neuen Modus vor¹⁾.

Vorerst ist jedoch noch zu bemerken, dass infolge der Anregung der Handelskammer dieser Entwurf der kantonsrätlichen Kommission auch eine Reform der Vermögens- und Einkommenssteuer vorsah.

Schon der regierungsrätliche Entwurf hatte die veraltete, in der Schweiz so zäh festgehaltene Vermögenswertsteuer verworfen und an deren Stelle die Vermögensertragssteuer vorgeschlagen. Nach dem neuen Entwurf aber sollte das bewährte preussische Steuersystem mit der allgemeinen Einkommenssteuer und der (in der Vorlage Zuschlagssteuer genannten) ergänzenden Vermögenssteuer den Sieg davontragen. Es möge dabei aber nicht unerwähnt bleiben, dass jene Verknüpfung von allgemeiner Einkommenssteuer und ergänzender Vermögenssteuer, wie sie das preussische Steuersystem kennzeichnet, im Kanton Baselstadt bereits seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zur Anwendung gelangt war.

Auch die Besteuerung der Aktiengesellschaften sollte nun, nach dem Kommissionsantrag, im Rahmen dieses Systems erfolgen. Wegen der wirtschaftlichen Eigenart jener Korporationen aber sollte die allgemeine Einkommenssteuer nur eine modifizierte Anwendung auf diese Gesellschaften finden. Die zur Verteilung gelangenden Dividenden werden nämlich in dem Kommissionsentwurf als Ansprüche der Aktionäre und deshalb als Schuld der Gesellschaft behandelt¹⁾. Infolgedessen sollten als steuerpflichtiges Einkommen der anonymen Erwerbsgesellschaften nur die Einlagen in den Reservefonds und die Verwendungen aus dem Ertrag, die als Vermögensvermehrungen zu betrachten sind, angesehen werden. Für die Berechnung der Ergänzungs- oder Zuschlagssteuer in der Höhe von 1 ‰ aber sollte der durchschnittliche Wert des Aktienkapitals und der Reservefonds massgebend sein, und auch für das nicht einbezahlte Kapital sollte eine Steuer von 1/2 ‰ des Nennwertes entrichtet werden.

Ferner ist auch in diesem Entwurf wieder die indirekte Erhebung der von den Aktionären für die bezogenen Dividenden zu entrichtenden Einkommenssteuer vorgesehen. Diese sollte aber nunmehr nur von der Hälfte des zur Verteilung gelangenden Reingewinns als ungeteiltes Ganzes erhoben werden. Dafür sollte dann den im Kanton Zürich steuerpflichtigen Aktionären, sowohl für die bei der Gesellschaft schon zur Zuschlagssteuer herangezogenen Aktien, wie für die bereits versteuerte halbe Dividende ein entsprechender Steuerabzug gestattet werden. Der Kommissionsentwurf wollte also die einheimischen Aktionäre kantonaler Gesellschaften nicht doppelt besteuern, vielmehr sollten dieselben die bei zürcherischen Gesellschaften versteuerten Aktien bei der Feststellung ihres steuerpflichtigen Reinvermögens in Abzug bringen dürfen, und ebenso sollte ihnen gestattet

¹⁾ Anhang S. 246.

¹⁾ Weisung zum Kommissionsantrag vom 27. März 1902, S. 30.

sein, bei der Versteuerung der bezogenen Dividenden von solchen Gesellschaften für sie entrichteten Teil der Einkommenssteuer von ihrem persönlichen Steuerbetreffnis abzurechnen. «Damit», bemerkt die Weisung, «erhält der Staat die Steuer von der ganzen Dividende des deklarierenden Aktionärs, die Hälfte bei ihm, die Hälfte bei der Gesellschaft. Und vom nicht deklarierenden Aktionär und vom auswärts wohnenden bekommt er sicher die Hälfte der Steuer, erhöht um die verstärkte Progression, während er jetzt leer ausgeht»¹⁾. Diese Begründung mag nach den trüben Erfahrungen, welche die Steuerbehörde im Kanton Zürich seit Jahren gemacht hat, zum Teil berechtigt erscheinen, aber etwas Beschämendes hat diese Art der Steuererhebung, die von vorneherein in jedem Steuerpflichtigen einen Defraudanten erblickt, immerhin.

Ausserdem aber beabsichtigte der Entwurf wiederum eine materielle Doppelbesteuerung, insofern als ja der auswärtige Aktionär an seinem Wohnsitz, als seinem Steuerdomizil, zweifelsohne Aktien und Dividenden versteuern muss. Deshalb wird gerade die vorgeschlagene indirekte Erhebung ihn zur Steuerhinterziehung anreizen, indem der Aktionär sein Gewissen damit beschwichtigt, dass Aktien und Dividenden bereits am Domizil der Gesellschaft versteuert seien. Da ferner die Aktiengesellschaft die Zuschlagssteuer von eins vom Tausend vom durchschnittlichen Wert des Aktienkapitals und der Reserven zu entrichten hat, findet eine Doppelbesteuerung nicht nur im Verhältnis von Aktionär und Gesellschaft, sondern auch bei letzterer mit Bezug auf das gleiche Objekt statt. Denn in dem durchschnittlichen Wert des Aktienkapitals kommen auch die Reservefonds zum Ausdruck.

Schon der Hauptfehler der regierungsrätlichen Vorlage bestand darin, dass dieselbe auf die juristischen Personen die gleichen Besteuerungsgrundsätze wie auf die physischen Personen anwenden wollte, und auch bei dem letzterwähnten Kommissionsantrag zeigt sich an der schematischen Anwendung der Progression auf die Aktiengesellschaften deutlich, wie falsch selbst nur die Anknüpfung an das Personalsteuersystem war. Da nämlich die Progression sich nur nach dem Ertrage richtet, nicht aber auf das Kapital Rücksicht nimmt, so ergibt sich die merkwürdige Tatsache, dass die Einkommenssteuer, die bei Annahme des Kommissionsentwurfs von den Aktiengesellschaften für die Aktionäre zu entrichten wäre, unter Umständen für die 20 % Dividende beziehenden Aktionäre nicht mehr beträgt, als für diejenigen einer

anderen Gesellschaft, die nur 2 % Dividende erhalten. Es ist dieses z. B. der Fall, wenn zwei Gesellschaften, von denen die eine Fr. 10,000,000 und die andere nur Fr. 1,000,000 Aktienkapital besitzt, je Fr. 200,000 Reinertrag verteilen.

Mit Rücksicht auf diese Mängel richtete denn auch die Zürcher Handelskammer im November 1902 eine zweite Eingabe an den Kantonsrat, in welcher sie ferner auf die Kompliziertheit des Kommissionsentwurfs und auf die durch denselben beabsichtigte viel zu hohe Belastung der Aktiengesellschaften aufmerksam machte. Sie wies bei dieser Gelegenheit nach, dass, wie schon erwähnt, die zürcherischen Gesellschaften schon jetzt viel höher besteuert werden, als die Konkurrenzunternehmen in der übrigen Schweiz¹⁾ und schlug deshalb nochmals eine *Gewerbeertragssteuer* der Korporationen vor.

Infolgedessen berechnete das kantonale Steueramt im Auftrage der Finanzdirektion die Steuererträge, die nach den bisher erwähnten drei Vorschlägen dem Staat und der Gemeinde von den Aktiengesellschaften und Genossenschaften zufließen würden.

Dieselben betragen:

nach dem regierungsrätlichen Entwurf	Fr. 1,811,000
„ „ kantonsrätlichen Antrag . . .	„ 1,432,000
„ „ Vorschlag d. Handelskammer	„ 860,863
während der bisherige Ertrag . . .	„ 825,184

war.

Der Vorschlag der Handelskammer belastet also die Aktiengesellschaften etwa in der bisherigen Höhe, und dem dürfte eine Berechtigung, angesichts der ohnehin schon hohen Belastung der zürcherischen Gesellschaften, nicht abgesprochen werden.

II. Doch auch die zweite Eingabe der Handelskammer hatte keinen Erfolg, vielmehr wurde von dem Kantonsrat der Kommissionsantrag in allen wesentlichen Teilen angenommen. Bezüglich der Besteuerung der Aktiengesellschaften weicht der Entwurf des Kantonsrats vom 28. Oktober 1904 nur insofern von seinem Vorbild ab, als die Zuschlagssteuer von $\frac{1}{2}$ ‰ für das nichteinbezahlte Kapital in Fortfall kommt. Dafür sind aber die Einkommenssteuersätze noch etwas erhöht worden. Dieselben sind für Aktien- und ähnliche Gesellschaften in allen Fällen über 1 ‰ höher als für Privatpersonen. Gegen diese Sonderbelastung der Aktiengesellschaften wäre kaum etwas einzuwenden, wenn sie sich nur auf den steuerpflichtigen Erwerb dieser Gesellschaften erstrecken würde. Aber nach dem Entwurf des Kantonsrats sollen diese Sätze auch auf die von jenen Korporationen für die Aktionäre von der Hälfte der verteilten Dividende zu

¹⁾ Weisung zum Kommissionsantrag, S. 30.

¹⁾ II. Eingabe der Zürcher Handelskammer a. a. O., S. 13.

entrichtende Steuer Anwendung finden. Denn eben die Beibehaltung der Bestimmung, dass die Aktiengesellschaften die Hälfte der ausgerichteten Dividenden als Ganzes versteuern sollen, vermehrt die Steuerlast der anonymen Erwerbsgesellschaften in einer für diese Korporationen kaum erträglichen Weise. Gewiss wird die Belastung der Aktiengesellschaften als solcher nach dem kantonsrätlichen Entwurf kaum grösser als bisher sein, aber die indirekte, bei der Gesellschaft stattfindende Erhebung der Einkommenssteuer von der Hälfte der zur Verteilung gelangenden Dividende wird, besonders im Hinblick auf die nichtzürcherischen Aktionäre, praktisch doch wie eine direkte Aktiengesellschaftssteuer wirken. Mit Rücksicht auf die Steuerpflicht der zürcherischen Aktionäre aber erfordert sowohl die vom Kantonsrat wie die vom Regierungsrat befürwortete Art der Besteuerung von Aktien und Dividenden einen so umfänglichen Kontrollapparat, dass die Möglichkeit der Durchführung des vorgeschlagenen Steuermodus überhaupt bezweifelt werden muss.

Der modifizierte Vorschlag der Zürcher Handelskammer betreffend die Einführung einer Gewerbeertragssteuer der Korporationen. — Den kantonsrätlichen Steuergesetzesentwurf beantwortete die Zürcher Handelskammer mit einer *dritten Eingabe* an den Kantonsrat, in welcher sie aufs neue eine Gewerbeertragssteuer der Korporationen befürwortete. Dieser letzte Vorschlag unterscheidet sich von dem früheren in folgenden Punkten: Die Gewerbeertragssteuer soll mit Rücksicht auf die verschiedenen Bedürfnisse der Gemeinden nicht mehr, wie der erste Vorschlag es beabsichtigte, zwischen Staat und Kommunen geteilt werden, sondern letztere sollen nach Bedarf prozentuale Zuschläge zu der Staatssteuer erheben dürfen. Dafür soll die Staatssteuer nur auf halb soviel Prozente des Reinertrags, als dieser Prozente des einbezahlten Aktienkapitals ausmacht, bemessen werden. Mehr als $7\frac{1}{2}\%$ und weniger als $2\frac{1}{2}\%$ des zur Verteilung kommenden Reingewinns, beziehungsweise $\frac{3}{4}\text{‰}$ des einbezahlten Aktienkapitals soll die staatliche Gewerbeertragssteuer nicht betragen. Dieses Minimum soll auch dann zur Erhebung kommen, wenn eine Aktiengesellschaft keinen Gewinn gemacht hat¹⁾. Ferner soll denjenigen Korporationen, welche ihren Sitz im Kanton Zürich haben, ihrer wirtschaftlichen Zweckbestimmung entsprechend aber ihre geschäftliche Tätigkeit ausserhalb desselben ausüben, vom Regierungsrat ein höchstens die Hälfte der Steuer betragender Steuernachlass gewährt werden. Wäh-

rend also nach dem früheren Vorschlag die Steuer für alle derartigen Gesellschaften ein Drittel der ordentlichen Gewerbeertragssteuer betragen sollte, ist jetzt Gelegenheit gegeben, die Steuer nach den jeweilig vorliegenden Verhältnissen festzusetzen. Zu bedenken wäre nur, ob der die Hälfte der ordentlichen Steuer betragende Mindestsatz nicht für Gesellschaften, die nur den Sitz ihrer Verwaltung im Kanton haben, noch zu hoch ist.

Jedenfalls aber ist die von der Zürcher Handelskammer vorgeschlagene Aktiengesellschaftsbesteuerung entschieden den im Entwurf des Regierungsrats und im Antrag des Kantonsrats enthaltenen diesbezüglichen Vorschlägen vorzuziehen. Bezeichnend dafür ist, dass, während in Zürich die Beratungen über die verschiedenen Entwürfe noch andauern, der Kanton St. Gallen den Handelskammervorschlag aufgegriffen und in dem am 24. November 1903 erlassenen Gesetz teilweise verwirklicht hat. Die Vollen- dung der Zürcher Steuerreform, einschliesslich der Reform der Aktiengesellschaftsbesteuerung, scheint noch in weiter Ferne zu liegen. Die Aufforderung des Bureaus des Kantonsrats vom 28. Oktober 1904, allfällige Abänderungsbegehren einzureichen, hat 57 Volkswünsche hervorgerufen, die von einer neuen kantonsrätlichen Kommission geprüft werden, um dann dem Kantonsrat zur Beratung unterbreitet zu werden¹⁾. Zurzeit ist noch niemand in der Lage, auch nur annähernd anzugeben, wann die schon seit dreissig Jahren im Gang befindliche Zürcher Steuerreform zum Abschluss gelangen wird.

2. Kanton St. Gallen.

Der Kanton St. Gallen hat im Jahre 1903 ein neues Staatssteuergesetz erhalten. Dadurch wurde das st. gallische Steuergesetz vom 24. Februar 1832, welches über siebenzig Jahre lang in Kraft gewesen war, aufgehoben. Gleichzeitig wurde in dem neuen Gesetz auch die Besteuerung der Aktiengesellschaften, welche sich bisher nach dem auch schon vierzig Jahre alten «Gesetz über die Einkommenssteuer und die Besteuerung der anonymen Gesellschaften vom 25. März/22. Mai 1863» vollzog²⁾, den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen angepasst. Zwar erfolgt nunmehr die Besteuerung der Aktiengesellschaften in An-

¹⁾ Laut Mitteilung eines Mitglieds der kantonsrätlichen Kommission. Die Finanzdirektion schreibt (Ende April 1906): «Seit Anfang des Vorjahrs hat die Steuerreform keine wesentlichen Fortschritte gemacht. Eine kantonsrätliche Kommission befasst sich zurzeit mit weiteren Vorarbeiten, ist aber damit noch nicht zum Abschluss gelangt.»

²⁾ Beide Gesetze abgedruckt bei Schanz, a. a. O., V, S.

¹⁾ Laut Mitteilung des Verfassers des Entwurfs, Herrn E. Richard, I. Sekretär der Zürcher Handelskammer.

lehnung an die Vermögens- und Einkommensbesteuerung der physischen Personen, aber unter so weitgehender Berücksichtigung der ökonomischen Eigenart jener Gesellschaften, dass es nicht unberechtigt erscheint, von einer den persönlichen Steuern nachgebildeten Aktiengesellschaftssteuer zu sprechen.

Vor der Anwendung dieses neuen Gesetzes, die zum erstenmal im Jahre 1905 stattfand, hatten die Aktiengesellschaften in St. Gallen nur Einkommenssteuer zu entrichten. Dieselbe betrug für jene Korporationen stets 5 % des nach Abzug von 4 % des Aktien- und Obligationenkapitals verbleibenden Reingewinns.

Gegenwärtig unterliegen die im Kanton St. Gallen befindlichen Aktiengesellschaften einer besondern Vermögens- und Erwerbssteuer¹⁾. Die Vermögenssteuer der anonymen Erwerbsgesellschaften beträgt 2 ‰ des einbezahlten Aktienkapitals, des Reservefonds und ähnlicher Fonds, während die physischen Personen eine progressive, sich pro Steuereinheit auf 1.0—1.5 ‰ belaufende Vermögenssteuer zu entrichten haben. Da bisher immer mehr als zwei Steuereinheiten erhoben wurden²⁾, so werden die Privatunternehmen schärfer von der Vermögenssteuer getroffen als die Aktienunternehmen.

Der steuerpflichtige *Erwerb* der Aktiengesellschaften besteht aus den Einlagen in die Reservefonds und ähnliche Fonds, den Verwendungen, die als Vermögensvermehrungen zu betrachten sind (wie Anlagen, Anschaffungen und über das normale Mass hinausgehende Abschreibungen), sowie aus der ausgerichteten Dividende und den Tantiemen und Gratifikationen, sofern die Empfänger derselben im Kanton St. Gallen nicht steuerpflichtig sind. Dagegen kommen von dem so berechneten steuerpflichtigen Ertrag 4 % des der Vermögenssteuer unterliegenden Kapitals in Abzug. In Anlehnung an den Vorschlag der Zürcher Handelskammer ist die Erwerbssteuer auf so viel Prozent des steuerpflichtigen Ertrags festgesetzt worden, als der für das verflossene Jahr an die Aktionäre zur Verteilung gelangende Gewinn Prozente des Aktienkapitals ausmacht. Wenigstens aber sind an Erwerbssteuer 5 % und höchstens 15 % des steuerpflichtigen Ertrags der Gesellschaft zu entrichten. Der Ertrag dieser Steuer soll ebenfalls, wie es der ursprüngliche Zürcher Handelskammerentwurf vorsah, zur Hälfte dem Staat und zur Hälfte den Gemeinden zufallen. Desgleichen ist auch für die vor-

wiegend ausserhalb des Kantons ihre geschäftliche Tätigkeit ausübenden Gesellschaften eine Ermässigung der Erwerbssteuer um die Hälfte vorgesehen (Art. 23).

Die Inhaber der Aktien haben sowohl diese, wie auch die 4 % des versteuerten Kapitals übersteigenden Dividenden zu versteuern. Sie sind also als Aktionäre ebenso wie die Aktiengesellschaften vermögens- und erwerbssteuerpflichtig. Sie können aber, sofern sie bei der Selbsteinschätzung ein Verzeichnis mit Angabe der Nummern ihres Aktienbesitzes einreichen¹⁾, den betreffenden im Kanton St. Gallen domizilierten Aktiengesellschaften eine Herabsetzung des vermögenssteuerpflichtigen Kapitals, um den von ihnen versteuerten Aktienbetrag, erwirken. Durch die Versteuerung des Aktienkapitals seitens der Aktiengesellschaften werden also die Aktionäre nicht vermögenssteuerfrei. Die Reduktion des Steuerkapitalansatzes erfolgt nur zu Gunsten der Gesellschaften, soweit diese den Nachweis erbringen, dass die Aktien von ihren Inhabern im Kanton St. Gallen versteuert werden.

Infolge dieses umständlichen Verfahrens dürfte dieser Steuernachlass für grössere Gesellschaften kaum nennenswerte Bedeutung haben, wohl aber wird bei sogenannten Familiengründungen und ähnlichen Gesellschaften, die nur wenige Teilhaber zählen, falls diese im Kanton St. Gallen domiziliert sind, eine doppelte Vermögensbesteuerung vermieden.

Im Jahre 1905 betrug das gesamte steuerpflichtige Vermögen der im Kanton St. Gallen befindlichen Aktiengesellschaften 93 Millionen Franken; hiervon sind bei der Steuerberechnung der Gesellschaften 3 Millionen in Abrechnung gelangt für Aktien, welche von den Inhabern laut anerkannten Ausweisen in St. Gallen persönlich versteuert wurden²⁾. Insgesamt entrichteten die Aktiengesellschaften an Vermögenssteuer Fr. 180,000 und an Einkommenssteuer Fr. 328,000, wovon Fr. 78,000 an die Gemeinden gingen. Die gesamte Steuerleistung der Aktiengesellschaften an den Staat betrug daher pro 1905 Fr. 430,000. Dem standen seitens der übrigen Steuerpflichtigen an Vermögenssteuer Fr. 1,521,000 und an Einkommenssteuer Fr. 635,000, insgesamt also Fr. 2,156,000 gegenüber. Der Anteil der Aktiengesellschaften am staatlichen Vermögens- und Einkommenssteuerertrag betrug also 16.6 ‰.

Beachtenswert an dem in Rede stehenden Gesetz ist namentlich noch, dass die anonymen Erwerbsge-

¹⁾ Vergl. zum folgenden im Anhang S. 241 f. den Auszug aus dem Gesetz betreffend die direkten Staatssteuern vom 24. November 1903.

²⁾ pro 1906 werden 2,2 Steuereinheiten erhoben.

¹⁾ So bestimmt die Vollziehungsverordnung vom 6. Mai 1904.

²⁾ Laut Mitteilung der Finanzdirektion.

sellschaften. auch wenn sie keinen Gewinn erzielt haben, mit 2 ‰ ihres Vermögens zu den Staatslasten herangezogen werden¹⁾).

Als Vorzug kann es dagegen keineswegs bezeichnet werden, dass der Vorschlag der Zürcher Handelskammer nur teilweise akzeptiert wurde, und insbesondere dürfte die Verknüpfung der Steuerpflicht der Gesellschaft mit dem Wohnsitz und der Deklaration ihrer Anteilseigner zu verwerfen sein. Grosse Unternehmungen müssen ihre Aktionäre auch ausserhalb der engen Grenzen eines Kantons suchen, und nicht selten sind es fremde Gesellschaften, die neue Industrien pflanzen. Dafür aber, dass diese Gesellschaften dem Lande fremdes Kapital zuführen und wirtschaftlich brach liegende Kräfte fruchtbar machen, bedroht man sie mit Doppelbesteuerung. Denn die st. gallischen Aktiengesellschaften müssen für jeden auswärtigen Aktionär Kapital und Dividende versteuern, welche ausserdem am Domizil des letzteren noch einmal besteuert werden. Das Gleiche gilt von den einheimischen Aktionären, die entweder zu bequem sind, die Steuerreduktion durch die Gesellschaft beantragen zu lassen, oder die ihren Aktienbesitz nicht fatieren. Immer hat die Gesellschaft, d. h. die Gesamtheit der Aktionäre, dafür einzustehen. Gewiss sind die Aktiengesellschaften steuerpflichtig, aber ihr Steuerbetroffnis soll nicht je nach dem Wohnort und dem Verhalten der Aktionäre wechseln. Auch ist nicht einzusehen, warum die Anteilseigner der in St. Gallen domizilierten Gesellschaften vor den Aktionären auswärtiger Unternehmungen, die ihrer Gesellschaft keinen Steuernachlass erwirken können, bevorzugt werden, wird doch auch nicht der Hypothekargläubiger eines einheimischen Schuldners vor dem Kreditor eines auswärtigen bevorzugt.

Ganz augenscheinlich aber zeigt sich bei Neugründungen, wie falsch es ist, die Steuerpflicht der Aktiengesellschaften mit dem Domizil der Aktionäre in Beziehung zu setzen. Denn für eine Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 1 Million Franken, die gezwungen ist, ihre Anteile ausserhalb des Kantons unterzubringen, erhöht die Vermögenssteuer von 2 ‰ bei einem Zinsfuss von 4 % die Gründungsspesen um (den kapitalisierten Betrag der Steuer) zirka Fr. 50,000. Es dürfte aber wenig im Interesse des kantonalen Wirtschaftslebens liegen, die Gründung von Aktiengesellschaften zu erschweren, und selbst wenn man dieses beabsichtigen sollte, wäre es nicht Aufgabe der Steuergesetzgebung, die Entwicklung jener Gesellschaften zu hemmen.

¹⁾ Hinsichtlich der kommunalen Vermögensbesteuerung siehe Anhang S. 241 f., Art. 26.

3. Kanton Baselstadt.

Der Kanton Baselstadt ist der einzige von allen schweizerischen Kantonen, dessen Steuergesetzgebung, wie bei der Personalbesteuerung, so auch bei der Besteuerung der Aktiengesellschaften, von vorneherein den richtigen Weg fand und diesen den jeweiligen Verhältnissen entsprechend zum Wohle des Staates und des Erwerbslebens konsequent verfolgte.

Bis zum Jahre 1879 konnte man in Basel «auf eine besondere Besteuerung der anonymen Erwerbsgesellschaften verzichten, in der Erwägung, dass es sich um ausnahmsweise Verhältnisse handle»¹⁾. Als man dann die Besteuerung jener Korporationen ins Auge fasste, lehnte man die Anwendung der bestehenden Steuergesetze auf diese juristischen Personen grundsätzlich ab. Der Gesetzgeber erkannte ganz richtig, dass das Wesen der Aktiengesellschaft eine Spezialsteuer erfordere, und zögerte deshalb nicht, eine solche dem bestehenden Steuersystem einzuverleiben. Zwar wurde dieselbe nicht mit einem Male geschaffen, sondern zunächst wurde durch das «Gesetz betreffend Erhebung einer Patentgebühr für den Geschäftsbetrieb anonymer Erwerbsgesellschaften vom 12. Mai 1879» der Grundstein gelegt, auf dem eine in allen Teilen folgerichtig ausgebildete Aktiengesellschaftssteuer aufgebaut werden konnte. Hervorzuheben ist hierbei die treffende Begründung, die der Ratschlag zu dem erwähnten Gesetz gibt. Es heisst daselbst: «In der Tat sprechen namentlich zwei wohl unwiderlegbare Erwägungen für ein Vorgehen unserer Steuergesetzgebung in dieser Richtung. Einmal die, dass anonyme Erwerbsgesellschaften ohne staatliche Bewilligung gar nicht zur rechtlichen Existenz kommen können, ihre künstliche und zudem durch die beschränkte Haftbarkeit ihrer Teilhaber sehr privilegierte Existenz nur dem Rechtsschutz des Staates verdanken, somit dem Staat wohl eine besondere Abgabe zahlen mögen; sodann die andere Tatsache, dass vermittelt dieser Rechtsform bedeutende auswärtige Kapitalien die Vorteile des hiesigen Platzes, der hiesigen staatlichen Einrichtungen ausnützen, bisweilen zum Nachteile hier wohnender Geschäftsleute, ohne dass sie bei der jetzigen Gesetzgebung zu unsern wichtigsten Steuern herangezogen werden können»²⁾.

Diese Begründung der Steuer mit den Sonderleistungen des Staates mag neben dem niedrigen Satz derselben dazu geführt haben, dass man sie fälschlicherweise Gebühr nannte. Die sogenannte Patent-

¹⁾ Ratschlag zum Gesetzentwurf betreffend die Besteuerung anonymer Erwerbsgesellschaften vom 17. Juni 1889, S. 1.

²⁾ Ratschlag vom 10. Februar 1879, S. 4.

gebühr betrug nämlich nur $\frac{1}{2} \text{ ‰}$ des Aktienkapitals, im übrigen aber waren die Aktiengesellschaften staats- und gemeindesteuerfrei. Das Gesellschaftskapital wurde als Steuerobjekt gewählt, weil es im allgemeinen ein richtiger Massstab für den Geschäftsumfang sei und gleichzeitig eine den Interessen des Fiskus und der Gesellschaft entsprechende einfache Berechnung und Erhebung ermögliche.

Die Unterwerfung der Aktiengesellschaften unter diese mässige Steuer ist an sich betrachtet ziemlich bedeutungslos, hatte doch auch der Kanton Waadt die Aktiengesellschaften im Jahre vorher einer ähnlichen «Patentabgabe» unterworfen¹⁾. Während aber der letztere Kanton diese Steuer nicht weiter ausbildete, vielmehr die Aktiengesellschaften auch allgemein subjektsteuerpflichtig machte, entwickelte der Kanton Baselstadt aus dieser richtig begründeten Patentgebühr eine der eigenartigen Natur der Aktiengesellschaften entsprechend gestaltete *Spezialsteuer*.

Schon im Jahre 1885 wurde eine Änderung der Bestimmungen über die Besteuerung der anonymen Erwerbsgesellschaften angeregt. Die Erledigung dieser Angelegenheit verzögerte sich hauptsächlich deshalb, weil die eidgenössischen Räte sich damals gerade mit dem Bundesgesetz betreffend das Verbot der Doppelbesteuerung befassten, wodurch im Falle des Zustandekommens dieses Gesetzes die Freiheit der Kantone auf dem Gebiet der Aktiengesellschaftsbesteuerung wesentlich eingeschränkt worden wäre. Die Zurückweisung dieser Gesetzesvorlage durch die Bundesversammlung liess die erwähnten Bedenken in Wegfall kommen, und veranlasst durch die zunehmende wirtschaftliche Bedeutung der Aktiengesellschaften auf der einen und eine gewisse Finanznot auf der anderen Seite, ging der Kanton Baselstadt an die Neuordnung der Besteuerung der anonymen Erwerbsgesellschaften.

Dieselbe erfolgte durch das «Gesetz betreffend die Besteuerung anonymen Erwerbsgesellschaften vom 14. Oktober 1889»²⁾, nebst Novelle vom 13. März 1902. Da das Gesetz vom Jahre 1889 sich bewährt hatte, wurden in jener Novelle nur die in dem ersten Gesetz vorgesehenen Steuersätze um die Hälfte erhöht.

Was nun die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes betrifft, ist zu bemerken, dass die schon 1879 eingeführte Patentgebühr beibehalten worden ist; man hat derselben aber den richtigeren Namen Kapitalsteuer gegeben. Die Aktiengesellschaften unterliegen nunmehr dieser Kapitalsteuer und einer sogenannten Ertragssteuer. Die Kapitalsteuer wird von dem ge-

samten emittierten Aktienkapital, gleichviel ob dasselbe einbezahlt oder nicht einbezahlt ist, erhoben. Sie beträgt von dem einbezahlten Kapital 1 ‰ , nach der Novelle von 1902 $1\frac{1}{2} \text{ ‰}$ und von dem nichteinbezahlten Kapital $\frac{1}{4} \text{ ‰}$, beziehungsweise seit 1902 $\frac{3}{8} \text{ ‰}$.

Die Ertragssteuer wird vom gesamten jährlichen Reingewinn, einschliesslich der Zuweisungen an Reserve- oder Amortisationsfonds, erhoben. Sie betrug anfänglich 1% desselben; dieser Satz ist aber durch die erwähnte Novelle auf $1\frac{1}{2} \%$ erhöht worden.

Bei der Einführung dieser zweigliedrigen Steuer stützte man sich ganz richtig darauf, dass der Geschäftsbetrieb in der Rechtsform anonymer Gesellschaften mit den Vorteilen der Konzentration grosser Kapitalien, der Verteilung des Risikos und der Beschränkung oder Beseitigung der persönlichen Haftbarkeit für die Geschäftsverbindlichkeiten in fortwährender Ausdehnung begriffen ist. Während diese Assoziationsform früher nur für Unternehmungen von besonderer Bedeutung, deren Betrieb die finanziellen Kräfte einzelner Privaten überstieg, gewählt wurde, wird sie jetzt für Erwerbszweige aller Art benützt, weil sie gegenüber dem Geschäftsbetrieb durch persönlich haftbare Geschäftsinhaber die erwähnten Vorteile bietet und in vielen Richtungen eine wirtschaftliche Überlegenheit verleiht¹⁾. Es zeigt sich nämlich auch in der Schweiz ebenso wie anderwärts²⁾, dass einerseits die Zahl der Gründungen kleiner Aktiengesellschaften fortwährend zunimmt, während andererseits die Grösse des durchschnittlichen Aktienkapitals ständig abnimmt³⁾. Der Ratschlag zu dem Gesetzentwurf betreffend die Besteuerung der anonymen Erwerbsgesellschaften spricht auch geradezu von einem Überhandnehmen der anonymen Gesellschaften, welches der Gesetzgebung die Pflicht auferlegt, in der Frage der Besteuerung jener Gesellschaften mit deren wachsender wirtschaftlicher Bedeutung Schritt zu halten.

Gründe der Mittelstandspolitik trugen dazu bei, dass man in Basel über die Patentgebühr vom Jahre 1879 hinausging und jene Gesellschaften einer regelrechten Besteuerung unterwarf. Denn die Vorteile, welche der Geschäftsbetrieb in der Form der anonymen Gesellschaften gewährt, wurde oft zum Nachteil konkurrierender Privatunternehmer in weitestem Masse ausgenützt⁴⁾. Und eben wegen der zahlreichen klei-

¹⁾ Siehe oben S. 193.

²⁾ Vergl. zum folgenden das Gesetz im Anhang, S. 235.

¹⁾ Ratschlag vom 17. Juni 1889, S. 4.

²⁾ Vergl. die Artikel: Aktiengesellschaften im Handwörterbuch der Staatswissenschaften und im Wörterbuch der Volkswirtschaft von van der Borghst bezw. von Rathgen.

³⁾ Vergl. Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1904, S. 313.

⁴⁾ Ratschlag a. a. O., S. 5.

nen Gesellschaften dieser Art wird auch der vielleicht in deutschen Kleinstaaten zu erhebende Einwand häufig, dass in der Regel derartige Gesellschaften, namentlich in einem so kleinen Gebiet wie es ein Kanton ist, kaum konkurrierende Privatunternehmungen antreffen dürften, und man also durch eine scharfe Besteuerung der Aktiengesellschaften nicht die einheimischen Gewerbetreibenden schützt, wohl aber jene Gesellschaften in ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt beeinträchtigt.

Ausser den erwähnten, gewiss zutreffenden Gründen für die Besteuerung der Aktiengesellschaften führt der Ratschlag auch noch ein Motiv fiskalischer Natur ins Treffen, indem er darauf hinweist, dass an den Aktiengesellschaften in grosser Anzahl Personen beteiligt sind, welche in Basel überhaupt keine Steuer entrichten, entweder weil ihr Gesamtvermögen und -einkommen die steuerpflichtige Mindestgrenze nicht erreicht oder weil sie auswärts wohnhaft sind ¹⁾.

Ersteres dürfte wohl keine ausreichende Begründung sein, denn es ist nicht einzusehen, warum die kleinen, nach der baslerischen Gesetzgebung steuerfreien Vermögen und Einkommen mittelbar bei der Aktiengesellschaft besteuert werden sollen, nur weil sie aus Aktien oder Dividenden bestehen. Dagegen erscheint es durchaus berechtigt, die ausserkantonalen Aktionäre zu besteuern. Der Staat hat das Recht und seinen Untertanen gegenüber auch die Pflicht, alle Steuersubjekte, die sich innerhalb seines wirtschaftspolitischen Machtbereichs befinden, zu den Staatslasten heranzuziehen.

Betrachten wir nun die baslerische Aktiengesellschaftssteuer selbst des nähern! Die Lösung, welche der bundesrätliche Entwurf betreffend das Verbot der Doppelbesteuerung vom Jahre 1885 ²⁾ in bezug auf das Problem der Aktiengesellschaftsbesteuerung hatte bringen wollen, wurde bei der Erörterung der Frage, welche Steuernormen zweckmässig auf die anonymen Erwerbsgesellschaften anzuwenden seien, grundsätzlich abgelehnt, namentlich deshalb, weil sie vom Standpunkt der bestehenden Gesetzgebung über die allgemeinen direkten Steuern nicht annehmbar war. Der durch den bundesrätlichen Vorschlag den Aktionären bei der Berechnung ihres Steuerbetriffnisses gestattete Abzug eines Teiles des in Aktien angelegten Vermögens, beziehungsweise des aus Aktienunternehmen fliessenden Einkommens widersprach dem baslerischen Steuersystem, dessen Hauptglieder, die Vermögenssteuer und die Einkommenssteuer, progressiv sind. Und man war nicht geneigt, die wirtschaft-

liche Leistungsfähigkeit des Einzelnen durch derartige Abzüge verdunkeln zu lassen. Deshalb wurde zur Durchführung der Besteuerung der Aktiengesellschaften die oben erwähnte zweigliedrige Spezialsteuer gewählt.

1. Das erste Glied derselben, die Kapitalsteuer, welche auf jede Gesellschaft Anwendung findet, gleichviel ob dieselbe Gewinn gemacht hat oder nicht, ist, wie erwähnt, in Anlehnung an die 1879 eingeführte Patentgebühr entstanden. Die Besteuerung des nicht-einbezahlten Kapitals wird damit gerechtfertigt, dass dasselbe den Kredit der Gesellschaft erhöhe und somit für den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft auch in Betracht komme. Dagegen sind die Reservefonds kapitalsteuerfrei, weil dieselben mit ihrem Gewinnanteil der Ertragssteuer unterliegen, und weil man die Ansammlung von Reserven begünstigen will, da dieselben das sicherste Mittel zur Konsolidation der Gesellschaft sind.

Dieser letztere Grund liesse sich wohl auch für die Steuerfreiheit des nichteinbezahlten Kapitals anführen, welches den Gläubigern der Gesellschaft vielleicht noch mehr Sicherheit bietet als die Reservefonds. Denn abgesehen davon, dass diese beim Ausbruch eines Konkurses meist schon gar nicht mehr vorhanden oder die denselben in der Bilanz gegenübergestellten Werte oft nur fingiert oder zu hoch angesetzt sind, bieten die Reservefonds auch deshalb nur eine beschränkte Garantie, weil für sie keine bestimmte Anlageform vorgeschrieben ist. Sie werden vielmehr wiederum als Betriebskapital verwandt, mit dem in derselben Weise wie mit dem Aktienkapital gearbeitet wird. Die Reserven sind also genau denselben Gefahren ausgesetzt, die das Aktienkapital treffen können. Anders dagegen verhält es sich mit dem nichteinbezahlten Kapital, welches in der Regel den Gläubigern eine tatsächliche Sicherheit bietet, da man nicht annehmen kann, dass auch nur ein nennenswerter Teil der Aktien im Besitz zahlungsunfähiger Gesellschafter ist. Wenn also die Aktionäre bis zur Höhe des nichteinbezahlten Kapitals gewissermassen noch eine beschränkte Haftung übernehmen, so sollte man dem durch eine Besteuerung des nichteinbezahlten Kapitals nicht entgegenreten.

Offenbar aber ist jene Bestimmung auch weniger mit Rücksicht auf die Aktiengesellschaften, als im Hinblick auf anonyme Erwerbsgesellschaften anderer Art, insbesondere Genossenschaften, getroffen worden, deren einbezahltes Kapital im Verhältnis zu dem nichteinbezahlten oft überraschend gering ist. Es lag deshalb nahe, dass der Gesetzgeber, um eine Umgehung der Kapitalsteuer zu verhindern, neben dem einbezahlten auch das nichteinbezahlte Kapital in ge-

¹⁾ Ratschlag a. a. O., S. 5.

²⁾ Siehe unten S. 220 ff.

wissem Umfange steuerpflichtig machte. Allein, wenn er konsequent gewesen wäre, so hätte er auf diesem Wege noch weiter gehen und dazu kommen müssen, nicht nur das nichteinbezahlte, sondern auch das fremde Kapital (Depositen, Obligationenkapital u. s. w.), mit welchem die Aktiengesellschaft arbeitet, mit einer mässigen Steuer zu belegen. In ihrer jetzigen Gestaltung muss die Kapitalsteuer unbedingt dazu verleiten, das Aktienkapital niemals zu vermehren. Grösserem Kapitalbedarf wird die Gesellschaft durch grosse Zuschreibungen zum Reservefonds, namentlich aber durch Ausgabe von Obligationen und durch unverhältnismässig starke Heranziehung von Depositen zu genügen suchen. Da dieses ohnehin schon in bedenklichem Umfange geschieht, so sollte hier eher hemmend als fördernd eingegriffen werden.

Gegen die Veranlagung der Kapitalsteuer nach der Höhe des Aktienkapitals ist überhaupt einzuwenden, dass sie nur den Vorzug der bequemen Handhabung hat. Demgegenüber lässt sich an der Hand von Bilanzen leicht nachweisen, dass das Vermögen der Aktiengesellschaft mit ihrem Aktienkapital oft in gar keinem Einklang steht. Nach diesem Besteuerungsmodus werden die kapitalkräftigsten Aktiengesellschaften am geringsten belastet; dagegen werden diejenigen, welche einen Teil des Kapitals vielleicht verloren haben und aus irgendwelchen Gründen daselbe nicht herabsetzen können, am härtesten getroffen.

2. Ausser dieser Kapitalsteuer unterliegen nun die mit Gewinn arbeitenden Aktiengesellschaften noch einer Ertragssteuer. Die Berechtigung einer solchen Steuer dürfte ausser allem Zweifel stehen. Es erhebt sich aber die Frage, ob die Anwendung eines proportionalen Steuerfusses, der bei der Kapitalsteuer durchaus zu billigen ist, auch bei dieser Ertragssteuer angebracht ist. Zwar ist es gewiss, dass die Progression bei der Besteuerung der juristischen Personen nicht mit den gleichen Gründen verteidigt werden können, mit denen die Progressivbesteuerung der physischen Personen zu rechtfertigen ist. Daraus folgt aber keineswegs, dass eine progressive Besteuerung der Aktiengesellschaften überhaupt als ungerechtfertigt abgelehnt werden muss. Allerdings tritt bei der Begründung der Aktiengesellschaftsteuer das Entgeltsprinzip in den Vordergrund; dennoch darf das Prinzip der Leistungsfähigkeit nicht gänzlich ausser acht gelassen werden. Die doppelte Anwendung der proportionalen Steuer (Kapitalsteuer und Ertragssteuer) muss zu Härten führen. Man nehme nur an, dass zwei Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 10 Millionen Franken, beziehungsweise 1 Million Franken, je Fr. 200,000 Gewinn, d. h. die erstere 2 0/0, die letztere aber 20 0/0 Dividenden

verteilen würden. Das Steuerbetriffnis der Gesellschaft, die mit einem Gewinn von 20 0/0 gearbeitet hat, betrüge nur Fr. 4500, das Betriffnis der anderen Gesellschaft aber, die nur 2 0/0 Gewinn erzielte, beliefe sich auf einen genau viermal grösseren Betrag, nämlich auf Fr. 18,000. Nun ist zwar zuzugeben, dass letztere, die grössere Gesellschaft, die Leistungen des Staates, soweit es sich um spezielle, zu Gunsten der Aktiengesellschaft geschaffene Einrichtungen handelt, entsprechend ihrer grösseren Kapitalkraft und vermutlich auch grösseren Teilnehmerzahl in bedeutenderem Masse als die kleinere Gesellschaft ausnützt, andererseits aber muss man annehmen, dass die mit einem so grossen Gewinn arbeitende kleinere Gesellschaft die Einrichtungen des Staates und der Gemeinden nicht nur besonders glücklich, sondern auch besonders intensiv in Anspruch genommen hat, und es somit gegenüber der weitgehenden Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtungen und Anstalten durchaus berechtigt erscheint, wenn von der einen so hohen Gewinn erzielenden Gesellschaft eine dementsprechende Steuerleistung gefordert wird¹⁾.

Eine Fortentwicklung des baslerischen Gesetzes betreffend die Besteuerung anonymer Erwerbsgesellschaften kann sich daher, abgesehen von der Ausdehnung der Kapitalsteuer auf das fremde Kapital, unseres Erachtens nicht in der Richtung, die die Novelle zu diesem Gesetz vom 13. März einschlug, nämlich durch Erhöhung der proportionalen Ertrags- und Kapitalsteuersätze vollziehen, da dadurch die wenig prosperierenden Gesellschaften zu stark belastet würden. Die Weiterbildung der Aktiengesellschaftsbesteuerung wird vielmehr voraussichtlich in der Weise geschehen, dass die Ertragssteuer in progressiven, nicht den absoluten, sondern den relativen Ertrag, d. h. das Verhältnis des Reingewinns zum Aktienkapital berücksichtigenden Sätzen zur Erhebung gelangt.

Die Bedeutung, welche die Besteuerung der Aktiengesellschaften für den Finanzhaushalt des Kantons Baselstadt hat, mag aus folgenden Angaben erhellen. Die Aktiengesellschaften entrichteten in Basel im Jahre 1904 an Kapital- und Ertragssteuern insgesamt Fr. 431,898²⁾, während der Einkommens- und Vermögenssteuerertrag sich auf Fr. 4,221,092 bezifferte. Der Anteil der Aktiengesellschaften am Ertrage der allgemeinen direkten Steuern belief sich also auf fast 9.3 0/0 und zu den gesamten ordentlichen Einnahmen, die sich auf rund 13 Millionen beliefen, trugen die Aktiengesellschaften 3.3 0/0 bei.

¹⁾ Ausführlicheres darüber S. 225 ff.

²⁾ Laut Mitteilung des Finanzdepartementes. Die übrigen Angaben sind dem « Verwaltungsbericht des Finanzdepartementes über das Jahr 1904 » entnommen.

Es bedarf wohl kaum noch der Erwähnung, dass für die Besteuerung der Aktionäre keinerlei Ausnahmebestimmungen platzgreifen, sondern dieselben für Aktien und Dividenden einkommens- und vermögenssteuerpflichtig sind. Baselstadt ist eben derjenige Kanton, der in der Schweiz zum ersten Male den glücklichen Versuch gemacht hat, die Aktiengesellschaftsbesteuerung unter Vermeidung aller Ausnahmebestimmungen bezüglich der Besteuerung der Aktionäre durch eine dem Wesen dieser Korporationen gerecht werdende Spezialsteuer zu regeln. Es gilt darum auch wohl von diesem baslerischen Gesetz das, was Bücher schon vor der Einführung desselben im allgemeinen von den direkten Steuern Basels sagte: «Das Basler Gesetz über die direkten Steuern ist, mit dem Massstabe der strengen Finanztheorie gemessen, in mancherlei Einzelheiten vielleicht unvollkommen, aber in der Klarheit seiner Grundgedanken, ihrer Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse und in der Sicherheit der praktischen Durchführung — das darf man ohne Ruhmredigkeit behaupten — wird es schwerlich von einem Steuergesetz der Schweiz oder eines auswärtigen Staates übertroffen»¹⁾.

Zweiter Teil.

Beurteilung der kantonalen Besteuerung der Aktiengesellschaften.

I. Abschnitt.

Zur Frage der Doppelbesteuerung.

Erstes Kapitel.

Das Wesen der Aktiengesellschaft mit besonderer Berücksichtigung der schweizerischen Verhältnisse.

Bevor wir an eine allgemeine Kritik der kantonalen Besteuerung der Aktiengesellschaften herantreten können, wird es notwendig sein, etwas näher auf das Wesen solcher Gesellschaften einzugehen, um dadurch die Grundlagen für die Beurteilung der verschiedenen Formen der Aktiengesellschaftsbesteuerung zu gewinnen.

Hierbei soll aber von vornherein ein Gesichtspunkt, nämlich der juristische Charakter der Aktiengesellschaft, aus unserer Betrachtung, soweit dieses

mit der finanzwissenschaftlichen Behandlung der hier in Rede stehenden Dinge verträglich ist, ausgeschieden werden. Allerdings hat man gar nicht selten gerade die Rechtspersönlichkeit der Aktiengesellschaft als Grund für die Ausdehnung der Subjektsteuern auf jene Kollektivunternehmungen ins Treffen geführt; allein für das Steuerrecht und die Steuerpolitik ist mit der Anerkennung der Aktiengesellschaft als juristische Person nichts gewonnen. Die Rechtspersönlichkeit der Aktiengesellschaft ist eine Fiktion, die in der Jurisprudenz ihre Berechtigung hat, die aber niemals einen Grund für die Besteuerung jener Gesellschaften abgeben kann. Indem man in der Steuerpolitik von der sich aus dieser Fiktion ergebenden sogenannten *Zweipersonentheorie* (Aktiengesellschaft und Aktionär) ausging, musste man zu Ergebnissen kommen, die den wirtschaftlichen Tatsachen offensichtlich widersprechen. Aus der Prämisse, dass die Aktiengesellschaft eine juristische Person sei, wurde eben nicht selten gefolgert, dass sie nun auch personalsteuerpflichtig sein müsse. Nur blieb man sich freilich nie ganz konsequent, denn eine Heranziehung dieser Gesellschaften zur Kopfsteuer ist vielleicht nie versucht worden, wohl aber hat man die Aktiengesellschaften anderen Subjektsteuern, insbesondere der Vermögens- und Einkommenssteuer unterworfen. Auch selbst von Kultussteuern ist sie nicht verschont geblieben und die Rechtsprechung des Bundesgerichts hat die Besteuerung juristischer Personen zu Kultuszwecken anerkannter Religionsgemeinschaften ausdrücklich für zu Recht bestehend erklärt¹⁾. Was aber hat denn, so muss man doch unwillkürlich fragen, die Anerkennung der Aktiengesellschaft als juristische Person mit der Steuerpflicht solcher Gesellschaften zu tun? Die Steuerpflicht ist eine Folge der Wirtschaftszugehörigkeit, welche ganz unabhängig von den rechtlichen Verhältnissen des in Frage stehenden Subjekts ist.

Darauf ist auch schon wiederholt hingewiesen worden. So sagt z. B. Meili in seinem vom Kanton Baselland eingeforderten Rechtsgutachten über die Besteuerung von Aktiengesellschaften: «Für die Frage, ob eine Aktiengesellschaft als solche mit und neben den Aktionären für ein Vermögen steuerpflichtig sei, kann begreiflicher Weise nicht die juristische Auffassung entscheidend sein, weil sie *re vera* eine Fiktion ist, sondern es gibt die wirtschaftliche Wahrheit den Ausschlag, dass das Vermögen, das in den Händen der Gesellschaft liegt, den Aktionären gehört²⁾.»

¹⁾ Urteil vom 16. November 1878. Entscheidungen des Bundesgerichts (Amtliche Sammlung) 1878, S. 533.

²⁾ Meili: Rechtsgutachten über die Besteuerung von Aktiengesellschaften. Zeitschrift für schweizerische Gesetzgebung und Rechtspflege. 1882. S. 489.

¹⁾ Bücher: Basels Staatseinnahmen und Steuerverteilung 1888. S. 62.

Desgleichen sagt A. Wagner: «Die rechtliche und damit wirtschaftliche Selbständigkeit der Aktiengesellschaften u. s. w. als eigener Personen, eigener Rechts- und Wirtschaftssubjekte ist bekanntlich das alte Hauptargument derjenigen Theoretiker und Praktiker, welche die Einkommenssteuerpflicht auf diese juristischen Personen ausdehnen wollen. Meines Erachtens ist sie (diese Auffassung) wirtschaftlich und damit prinzipiell steuerpolitisch nicht haltbar¹⁾.» Ebenso bemerkt Hecht ganz zutreffend: «Die Entscheidung in betreff der rechtlichen Natur der Aktiengesellschaft enthält keine Beantwortung der Frage über die Möglichkeit einer volkswirtschaftlichen Verwertung dieser Konstruktion²⁾.»

In der Tat musste der Gesetzgeber auch stets selbst die Haltlosigkeit des Arguments, dass die Aktiengesellschaft ihrer rechtlichen Natur wegen steuerpflichtig sei, einsehen, sobald es galt, jenen Grundsatz konsequent auf andere Rechtssubjekte ähnlicher Art, insbesondere auf die Kommanditgesellschaft, auszudehnen. Es kann daher für die Besteuerung der Aktiengesellschaften nicht die juristische, sondern allein die wirtschaftliche Natur jener Unternehmungen massgebend sein, und auf diese ist deshalb im folgenden etwas näher einzugehen.

Die Aktiengesellschaft oder anonyme Gesellschaft ist italienisch-holländischen Ursprungs. Ihre wirtschaftliche Eigenart besteht in der Kapitalansammlung und Risikoverteilung. Letzteres geschieht in persönlicher und sachlicher Hinsicht, indem Verluste durch Verteilung auf einen grossen Personenkreis für den Einzelnen verringert und durch Beschränkung auf vorher fixierte Kapitalanteile begrenzt werden. Ursprünglich von der Kolonialunternehmung ausgehend, erstreckten sich die Aktiengesellschaften naturgemäss auch bald auf den Seehandel, die Seeverversicherung und das Bankwesen. Seit dem Ende des achtzehnten Jahrhunderts bemächtigten sie sich dann des Landhandels und einzelner Industriezweige, um sich nach und nach alle Gebiete des Erwerbslebens, sofern sie für den Grossbetrieb geeignet erschienen, untätig zu machen. Dabei ist für ihr wirtschaftliches Wesen charakteristisch und bei der Frage nach der steuerrechtlichen Behandlung der Aktiengesellschaften wohl zu beachten, dass diese Unternehmungsform immer mehr schon bestehende Privatunterneh-

mungen in ihren Kreis zieht. So gingen in der Schweiz in den Jahren 1902 und 1903 von insgesamt 500 Neugründungen 106 aus Privatgeschäften hervor¹⁾. Und im Jahre vorher sind von 51 neugegründeten Aktiengesellschaften gar 36 aus Privatunternehmungen hervorgegangen²⁾. Aber nicht nur auf das Erwerbsleben beschränken sich die Aktiengesellschaften, sondern sie dienen, namentlich in der Schweiz, auch gemeinnützigen Zwecken. Museen, Bibliotheken, Theater, Erholungsetablissemments u. s. w. werden als Aktiengesellschaften ins Leben gerufen³⁾. Jedoch kommen diese für die Besteuerung natürlich wenig oder gar nicht in Betracht.

Während nun aber z. B. in Deutschland die Aktiengesellschaften vornehmlich dem mit ihrer historischen Entwicklung in Einklang stehenden Zwecke der Bildung von über die Kapitalkräfte des Einzelnen hinausgehenden *Grossunternehmungen* dienen, übernehmen sie in der Schweiz auch vielfach Aufgaben, welche im Deutschen Reiche die Gesellschaften mit beschränkter Haftung und die Genossenschaften erfüllen. So bemerkt z. B. das eidgenössische statistische Bureau ausdrücklich: «Es mag hervorgehoben werden, dass unter den Aktiengesellschaften eine grössere Anzahl sich befindet, die nicht direkt die Erzielung eines Geschäftsgewinnes bezweckt. Dazu gehören wohl die meisten Gesellschaften für religiöse Zwecke u. s. w., für Künste, die Sportgesellschaften, sowie die Konsum- und Käsereigesellschaften. Dass gerade diese Form und nicht die der Genossenschaft oder des Vereins gewählt wurde, wird seinen Grund darin haben, dass die vorgeschriebenen Formalitäten nicht umständlicher sind, dass aber gerade die Form der Aktiengesellschaft für die Eigentumsverhältnisse gewisse Vorzüge gewährt⁴⁾.»

Es ist klar, dass die Steuergesetzgebung diese Verhältnisse nicht ausser acht lassen darf, denn der Charakter der schweizerischen Gesellschaften in ihrer Gesamtheit wird durch die erwähnten Tatsachen ein ganz anderer als z. B. der der deutschen Korporationen dieser Art. So haben 47.2 % aller schweizerischen Aktiengesellschaften ein Kapital von nur Fr. 300—100,000, und die kleinsten Aktien lauten auf Fr. 2⁵⁾, während in Deutschland die Zahl der Aktiengesellschaften mit einem Kapital von unter 100,000 Mark 1896 nur 13.6 %, 1886/87 sogar nur 10.3 %

¹⁾ Wagner: Die Reform der direkten Staatsbesteuerung in Preussen im Jahre 1891. Finanzarchiv VIII, S. 662.

²⁾ Hecht: Die staatliche Besteuerung der Aktiengesellschaften in Deutschland. Finanzarchiv VII, S. 437. Ähnlich auch Wangemann: Die Heranziehung der Aktiengesellschaften zur Gemeindeeinkommenssteuer in Preussen. Verwaltungsrarchiv IX, S. 493, und Feitelberg: Die Einkommensbesteuerung nichtphysischer Personen. Jena 1900. S. 77.

¹⁾ Beitrag zur Statistik der A.-G. vom eidgenössischen statistischen Bureau. Zeitschrift für schweizerische Statistik. Jahrgang 1905, S. 105.

²⁾ Statist. Jahrbuch 1904, S. 312.

³⁾ Ebenda, 1904, S. 312.

⁴⁾ Beitrag zur Statistik der Aktiengesellschaften a. a. O., S. 105, 1904.

⁵⁾ Ebenda S. 106.

aller dieser Gesellschaften betrug¹⁾. Auch beläuft sich der Nennwert der innerhalb des Deutschen Reiches ausgegebenen Aktien regelmässig auf M. 1000 und nur ausnahmsweise können Aktien, die auf kleinere Beträge, wenigstens aber auf M. 200 lauten, ausgegeben werden²⁾.

Die Verschiedenheit der hier in Betracht kommenden Verhältnisse illustriert auch z. B. die Organisation der *Konsumvereine*, für welche die Steuerfrage von nicht geringer Bedeutung ist. Das Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften für 1904/05 weist nämlich unter zirka 5400 Aktiengesellschaften nur 19 Konsumvereine auf³⁾, während sich deren Zahl in Deutschland insgesamt auf über 1400⁴⁾ und in der Schweiz auf fast 350⁵⁾ beläuft. Von den letzteren aber sind 55 als Aktiengesellschaften organisiert. — Bezeichnend für den wirtschaftlichen Charakter der kleinen schweizerischen Aktiengesellschaften ist auch folgende Statistik. Es beschäftigen sich nämlich die erwerbstätigen anonymen Gesellschaften, die ein Kapital von weniger als Fr. 100,000 aufweisen, mit Buchbinderei (2), Kontrolle von Gold- und Silberwaren (4), Torfgewinnung und Torfstreifabrikation (3), Betrieb von Automaten (7), Auswanderungswesen (2), Metzgerei (5), Eröffnung von Schluchten (6), Bäckerei (21), Alpwirtschaft (6), Viehzucht (4), Käserei und Molkeerei (120), Schiffslände (4), Dreschmaschinenbetrieb (7), Brückenwagen (47) und Verkauf von Lebensmitteln⁶⁾ (55)⁷⁾. Insgesamt besitzen diese 294 Gesellschaften ein durchschnittliches Kapital von nur Fr. 27,000.

Aus diesen Angaben erhellt aber auch die weitgehende Bedeutung, welche diese Gesellschaften ihrer grossen Zahl halber für die kleinen Kantone haben können, denn während im Deutschen Reich auf zirka 10,000—11,000 Einwohner eine Aktiengesellschaft kommt⁸⁾, trifft in der Schweiz schon auf zirka 1500 Einwohner eine dieser Gesellschaften⁹⁾.

¹⁾ van der Borcht, Artikel: « Aktiengesellschaften » im Handwörterterbuch der Staatswissenschaften, S. 196.

²⁾ H. G. B. § 180.

³⁾ Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften, Ausgabe 1904/5.

⁴⁾ Sombart: Die deutsche Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert Anlage 18.

⁵⁾ Ebenda Anlage 19.

⁶⁾ Konsumvereine.

⁷⁾ Beitrag zur Statistik der Aktiengesellschaften, a. a. O., 1904, S. 111.

⁸⁾ Das Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften pro 1904/05 zählt ca. 5400 Aktiengesellschaften auf. Da es aber nicht alle jene Gesellschaften aufführt, dürfte es nicht zu hoch gegriffen sein, wenn man annimmt, dass gegenwärtig bei einer Einwohnerzahl von zirka 60 Millionen auf etwa 10—11,000 Einwohner eine Aktiengesellschaft kommt.

⁹⁾ Vergl. die Tabelle oben S. 166.

Diese Verhältnisse beeinflussen natürlich auch die Stellung der Aktionäre zur Gesellschaft, vor allem in der Richtung, dass das persönliche Moment in den Beziehungen zwischen Aktionär und Gesellschaft weniger ausgeschaltet wird, als dieses bei den grossen Kapitalassoziationen der Fall ist. Ursprünglich trat die Aktiengesellschaft nämlich vorzugsweise da auf, wo die finanzielle Kraft des einzelnen Privatunternehmers nicht ausreichte und der Staat infolge seiner Eigenart nicht eintreten wollte oder konnte. Da aber die Ausführung derartiger Unternehmungen oft im öffentlichen Interesse lag, so wurden den zu diesem Zwecke gegründeten Aktiengesellschaften oft reiche Privilegien gewährt und sie insbesondere mit Steuer- vorrechten und -freiheiten ausgestattet. Dieser Bevorzugung erfreuten sich in der Schweiz namentlich die Eisenbahngesellschaften. Ferner trat schon bei den älteren Aktiengesellschaften, den Kolonialgesellschaften, infolge der Grösse und Ausdehnung dieser Unternehmungen, die Persönlichkeit des Aktionärs in den Hintergrund. Das Aufkommen der Inhaberaktie nahm dann den Aktiengesellschaften das letzte individuelle Moment und machte sie recht eigentlich zur unpersönlichen Kapitalassoziation. Mit dem immer weiteren Umsichgreifen des gewerblichen Kapitalismus, wie es seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts zu beobachten ist, gewinnen die kollektiven Kapitalakkumulationen in Form der Aktiengesellschaft, welche die kleinen Vermögen erst intensiv erwerbsfähig macht, ein immer grösser werdendes Tätigkeitsgebiet. Die «Versachlichung» des Kapitals geht so weit, dass allmählich der einzelne Aktionär das Bewusstsein der Teilhaberschaft an einer Unternehmung gänzlich verliert.

Dieser bedenkliche Umstand, welcher allerdings dafür sprechen würde, in der Aktiengesellschaft eine von den Aktionären völlig getrennte, selbständige wirtschaftliche Persönlichkeit zu erblicken, scheint aber bereits seinen Gipfelpunkt erreicht zu haben. Wie nämlich die Aktiengesellschaft auf der einen Seite zu Kapitalzusammenziehungen von früher ungeahnter Grösse führt, so bewirkt sie auf der andern Seite eine zunehmende *Dezentralisation* des Kapitals. «Die Aktiengesellschaft, ursprünglich erdacht und errichtet, um Kapitalien zu sammeln, wirkt jetzt in der Richtung, sie immer mehr zu verteilen. Sie wirkt in dieser Richtung um so schneller, als sie ja selbst wieder Kapital produziert, das in derselben Richtung weiter wirkt¹⁾.» Die schweizerische, französische,

¹⁾ May: Die Wirtschaft in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, S. 489, woselbst eine Anzahl interessanter Beispiele für die zunehmende «Zersplitterung der Vermögens- teile an zentralisierten Unternehmungen».

englische und amerikanische Gesetzgebung kommen dieser Tendenz durch die Zulassung von Aktien, die auf kleine Nennbeträge lauten, entgegen. Die Folge davon ist die Teilnahme der Interessenten an der Unternehmung. «Eine ganze Anzahl Arbeiter in England sind Aktionäre des Unternehmens, in dem sie tätig sind ¹⁾.» Ähnlich sagt Carnegie bezüglich amerikanischer Verhältnisse: «Es wird unter den Arbeitern immer mehr Brauch, ihre Ersparnisse in dieser Weise (Aktienwerb) anzulegen.» «Die Zeiten, in denen der blosse Aktieninhaber seine Dividende einheimste und kein weiteres Interesse an der Arbeit und den Werken der Gesellschaft nahm, dürften bald vorüber sein ²⁾.» In der Schweiz aber scheinen die Verhältnisse ähnlich zu liegen; wenn daselbst auch nicht gerade viele Arbeiter Aktionäre sind, so haben doch gerade bei den kleinen genossenschaftsähnlichen Unternehmungen die Anteilseigner meist enge persönliche Beziehungen zu der Gesellschaft. Dafür spricht schon, dass in der Schweiz die Zahl der auf Namensaktien gegründeten Gesellschaften überwiegt ³⁾. Die durch Inhaberaktien geschaffene Verbindung mit der Gesellschaft ist eben meist dann zu locker, wenn es sich um Körperschaften handelt, die eine mehr genossenschaftliche Tätigkeit ausüben. — Es kann daher der Behauptung, dass der einzelne Aktionär nur der Geldgeber sei, der im übrigen gänzlich hinter der Aktiengesellschaft zurücktrete, wenigstens in dieser Allgemeinheit nicht beigetreten werden. Vielmehr ist gerade in zahlreichen kleinen Gesellschaften, ganz abgesehen von den sogenannten Familiengründungen, die Persönlichkeit des Aktionärs die Seele des Unternehmens, und seine eigene Tätigkeit ist ein eben so wichtiger Faktor für den Erfolg wie seine Kapitaleinlage. Zudem scheint, wie auch aus dem oben Gesagten hervorgeht, das persönliche Moment in der Aktiengesellschaft in Zukunft eine noch grössere Bedeutung zu gewinnen. Wenigstens ist dieses die Meinung des amerikanischen Milliardärs Carnegie; denn wenn dieser sagt: «In der industriellen Welt scheinen die Tage der Korporation gezählt zu sein» ⁴⁾, meint er jene, deren Teilhaber nur für den Kurszettel Interesse haben.

¹⁾ May: Die Wirtschaft in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, S. 489, woselbst eine Anzahl interessanter Beispiele für die zunehmende «Zersplitterung der Vermögensanteile an zentralisierten Unternehmungen».

²⁾ Carnegie: Kaufmanns Herrschgewalt, S. 110.

³⁾ Beitrag zur Statistik der Aktiengesellschaften, 1904, a. a. O., S. 105.

⁴⁾ Carnegie: a. a. O., S. 108.

Zweites Kapitel.

Haben die Aktiengesellschaften eigenes Vermögen oder Einkommen?

A. Im wirtschaftlichen Leben erscheint die Aktiengesellschaft vorzugsweise als eine Erwerbsgesellschaft; wenigstens kommt für uns nur die Erwerbszwecken, d. h. den Gewinnabsichten der einzelnen Mitglieder dienende Aktiengesellschaft, die sogenannte anonyme Erwerbsgesellschaft in Betracht. Wie nun jede Gesellschaft sich aus der Gesamtheit ihrer Mitglieder zusammensetzt, so besteht auch die Aktiengesellschaft als Gesellschaft nur aus der Gesamtheit der einzelnen Aktionäre. Die von diesen eingezahlten Kapitalanteile bilden das Grundkapital der Gesellschaft. Jeder Aktionär hat im Verhältnis seiner Einlagen zur Anzahl der ausgegebenen Aktien Anteil am Geschäftsvermögen. Ein solches ist nämlich bei der Aktiengesellschaft unstreitig vorhanden. Aber mit der Anerkennung dieser Tatsache ist hinsichtlich der Steuerpflicht dieser Gesellschaft noch gar nichts bewiesen. Denn ein Gesellschaftsvermögen ist auch bei Handelsgesellschaften anderer Art vorhanden und doch fällt es keinem Menschen ein, z. B. das Gesellschaftsvermögen einer offenen Handelsgesellschaft als ein selbständiges Steuerobjekt anzusehen und deshalb dieses und die dasselbe bildenden Geschäftsanteile nebeneinander zu besteuern. Vielmehr haben auch die Bundesbehörden in ihren staatsrechtlichen Entscheidungen die gleichzeitige Besteuerung einer sogenannten Kollektivgesellschaft und der einzelnen Gesellschaftsanteile stets als unzulässige Doppelbesteuerung angesehen ¹⁾. Niemand aber wird ernsthaft behaupten wollen, dass durch die Gründung einer Aktiengesellschaft plötzlich aus Nichts ein Vermögen entsteht; denn das Vermögen der Anteilseigner ist nach der Gründung der Gesellschaft zunächst um nichts geringer als vor der Entstehung derselben. Was soll sich auch ändern, wenn z. B. eine Familie beschliesst, dem gemeinsamen Geschäft die Rechtsform der Aktiengesellschaft zu geben, und die dazu notwendigen Formalitäten erfüllt werden? Nichts als der Name wird geändert; denn das Unternehmen und seine wirtschaftliche Tätigkeit sind die gleichen geblieben. Es ist nur eine formale Änderung vorgenommen worden, die vielleicht einen mit dem Unternehmen gar nicht in Beziehung stehenden Zweck erfüllen soll. Denn «bei unserem Erbrechtssystem mit den gleichen Teilungen unter den Geschwistern tritt die Aktiengesellschaft oft passend an die Stelle des

¹⁾ Siehe u. a. Bundesblatt, 1867, I, S. 588 und Entscheidungen des Bundesgerichts, 1877, I, S. 1 ff.

Privatunternehmens»¹⁾. Das Gesellschaftsvermögen ist ein juristischer Begriff, der zwar für das Rechtsleben der Gesellschaft von grosser Bedeutung ist, aus dem aber die Steuerpflicht der Aktiengesellschaften nicht abgeleitet werden kann. Denn wirtschaftlich betrachtet, ist das Geschäftsvermögen weiter nichts als die Zusammenfassung der den einzelnen Aktionären gehörenden Vermögensquoten. Die Aktie begründet nicht nur einen Dividendenanspruch, sondern auch ein Recht auf einen Vermögensanteil. Gerade hier spricht das juristische Verhältnis der Aktionäre zur Gesellschaft dafür, dass das Gesellschaftsvermögen nur die Zusammenfassung der Vermögensanteile der Aktionäre ist. Denn vom juristischen Standpunkt aus sind die Aktionäre keine Gesellschaftsgläubiger, sondern Gesellschaftsmitglieder. Als Gläubiger könnten sie nur Anspruch auf einen bestimmten Teil, nämlich den Nominalwert ihrer Aktien haben, als Mitglieder aber haben sie Anspruch auf das Gesamtvermögen.

Darauf hat Dietzel bereits vor fast fünfzig Jahren ausdrücklich hingewiesen, indem er ausführte: «Das Gesellschaftsvermögen der Aktiengesellschaft besteht aus Teilen des Vermögens vorhandener anderer Rechtspersonlichkeiten, fast ausschliesslich physischer Personen, und es hören diese Anteile nicht auf, Bestandteile von deren Vermögen zu bilden. So dass also das Gesellschaftsvermögen kein neues selbständiges Vermögen ist, welches neben dem Vermögen der Teilhaber existiert, sondern nur eine Form für die Zusammenfassung der vielen Teile zu einem Ganzen, wie dies der Zweck der Vereinigung erfordert²⁾.» Der Reservefonds macht hiervon keine Ausnahme, auch er ist, gleichviel welches sein Name ist, ein Teil des Vermögens der Aktionäre. Nur hinsichtlich eines etwa vorhandenen Pensionsfonds könnten Zweifel entstehen. Doch erscheint auch dieser wohl regelmässig als ein Teil des Gesellschaftsvermögens und damit als ein Vermögensteil der Aktionäre. Denn leider wird der Pensionsfonds meist nicht ausgeschieden und sichergestellt, so dass derselbe, falls die Gesellschaft in Konkurs gerät, in die Konkursmasse fällt. Sollte derselbe aber als selbständiger Vermögensteil ausgeschieden sein, so würde eine spezielle Besteuerung dieses Fonds schon deshalb nicht zu empfehlen sein, weil es sich um eine Stiftung zu wohltätigen Zwecken handelt. Denn eine sozialpolitische Gesetzgebung soll die Gründung solcher Pensionsfonds begünstigen und nicht durch fiskalische Massnahmen hemmen.

¹⁾ A. Wagner: Das Aktiengesellschaftswesen. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, XXI, S. 319.

²⁾ Dietzel: Die Besteuerung der Aktiengesellschaften in Verbindung mit der Gemeindebesteuerung, S. 38.

Wie dem aber auch sei, das Gesamtvermögen der Aktiengesellschaft besteht jedenfalls nur aus Teilen des Vermögens der Aktionäre, und der Anteil der letzteren an dem Vermögen der Gesellschaft kommt in ihrem Privatvermögen durch den Kurs der Aktien scharf zum Ausdruck. Ja, ein Vergleich des durch den Kurswert der Aktien ausgedrückten Vermögens mit dem bilanzmässig ausgewiesenen ergibt nicht selten für das erstere eine höhere Ziffer, weil in dem Kurse auch diejenigen Vermögenswerte zum Ausdruck kommen, welche in der Bilanz keinen realen Ausdruck finden, wie z. B. Zukunftschancen, Ruf der Firma u. s. w.¹⁾.

B. Eben so streitig wie die Frage, ob die Aktiengesellschaften eigenes Vermögen besitzen, ist die Frage, ob sie eigenes Einkommen haben. Da dieses die Kernfragen sind, welche für die richtige Beurteilung der steuerrechtlichen Behandlung der Aktiengesellschaften die grösste Bedeutung haben, so sei darauf noch etwas näher eingegangen.

Wie erwähnt, besteht die Aktiengesellschaft, wie jede Gesellschaft, aus der Gesamtheit ihrer Mitglieder. Infolgedessen ist auch der Gewinn der Gesellschaft Gewinn für die einzelnen Aktionäre. Der Zweck der Gesellschaft ist Erwerb; aber dieser ist nicht Selbstzweck, sondern geschieht um der Aktionäre willen; denn die Aktiengesellschaft selbst hat keine eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Bedürfnisse, Empfindungen und Gefühle haben nur reale Personen. Darum kann auch bei den Aktiengesellschaften das in den meisten Personalsteuergesetzen zum Ausdruck kommende wichtige Prinzip des Opferausgleichs gar keine Anwendung finden. Ein Opfer muss mit gewissen bewussten Empfindungen verknüpft sein, sonst ist es kein Opfer. Derartige psychische Vorgänge sind bei einer juristischen Person natürlich ausgeschlossen. Die Aktiengesellschaft erwirbt eben für ihre Mitglieder. Diese sind die Unternehmer. Sie tragen Verlust und Gewinn des Unternehmens. Die zunehmende Zahl von Familiengründungen zeigt deutlich, wie eng oft die Beziehungen zwischen Gesellschaft und Gesellschaftern sind. Und es ist gar nicht einzusehen, warum in dem Augenblick, in dem eine Gesellschaft beschliesst, aus Zweckmässigkeitsgründen die Form einer Aktiengesellschaft anzunehmen, ein neues Einkommen entstehen soll? Ganz abgesehen davon, dass es geradezu widersinnig sein würde, die mit dem Einkommensbegriff eng verbundenen Begriffe des Existenzminimums, der Steuerprogression und das Prinzip der Berücksichtigung persönlicher Verhältnisse auch auf die Aktiengesellschaft anzuwenden.

¹⁾ Vergl. Seligman: The Taxation of Corporations, p. 642.

Bei richtiger Erfassung des Begriffs «juristische Person» können darüber keine Zweifel entstehen, denn nach der Definition Fr. J. Neumanns sind juristische Personen die «dauernden Interessen dienenden Einrichtungen mit einer aus der Rechtsordnung sich ergebenden Vorzugsstellung, die sowohl in Willensbeschränkungen anderer, als auch darin zu Tage tritt, dass die zur Vertretung jener Einrichtungen Berufenen als solche mit bezug auf diese, wie für physische Personen, Rechte und Pflichten übernehmen können¹⁾. Daraus muss mit Recht gefolgert werden, «dass diese Personen solchen Abgaben wie der allgemeinen Einkommenssteuer nicht zu unterwerfen sind. Denn ihrem Wesen nach ist diese Steuer eine persönliche, d. h. von wirklichen Personen (insbesondere von Staatsangehörigen) als solchen zu erhebende Abgabe, und zu den wirklichen Personen sind z. B. die Aktiengesellschaften nach dem Gesagten nicht zu rechnen»²⁾.

In der Wissenschaft ist übrigens seit den ersten Versuchen, die Einkommensbesteuerung auf die Aktiengesellschaften auszudehnen, immer wieder darauf hingewiesen worden, dass es falsch sei, bei jenen Gesellschaften von einem Einkommen zu sprechen. Von den zahlreichen Finanzschriftstellern, die sich in diesem Sinne äussern, seien nur einzelne angeführt. So sagt z. B. Dietzel: «Die Aktiengesellschaft als solche hat kein Einkommen. Das Einkommen, welches durch ihren Geschäftsbetrieb entsteht, ist vielmehr ein Einkommen der einzelnen Gesellschaftsteilhaber. Sie ist nur die besondere Betriebsform, mittelst welcher eine Anzahl von Kapitalbesitzern aus ihrem Kapital ein Einkommen für sich erzielen. Dieses muss daher bei den einzelnen Teilhabern, bei welchen es überhaupt erst zu Einkommen wird, zur Steuer herangezogen werden. Bei der Gesellschaft bilden diese neuen Güter, dieser erzielte Wertüberschuss, noch kein Einkommen derselben, sondern sind in ihren Büchern, wie in ihrer Kasse, nur ein durchlaufender Posten. Zwar tritt aus begreiflichen Gründen der erzielte reine Überschuss bereits in der Gesellschaftskasse zu Tage, nachdem alle Ausgaben und Einnahmen einer Wirtschaftsperiode stattgefunden haben. Es ist dies eine notwendige Folge des gemeinschaftlichen Betriebes, zu welchem die Gesellschaft bestimmt ist. Aber dieser Betriebüberschuss bildet für sie kein Einkommen, nicht nur aus dem früher entwickelten Grunde, weil sie keinen Verwendungszweck für denselben haben kann und daher das Einkommen be-

grifflich bei ihr ausgeschlossen ist, sondern weil derselbe schliesslich gar nicht das Resultat ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit, der Gesellschaftsaufgabe, ist. Sie hat vielmehr mit demselben, ihrem Wesen nach und statutenmässig, noch eine weitere wirtschaftliche Arbeit vorzunehmen, nämlich die Herauszahlung desselben an die Gesellschaftsteilhaber. Nachdem sie mit diesem letzten Akte den jedesmaligen Kreis ihrer Tätigkeit geschlossen hat, bleibt für sie nichts übrig, also auch kein Einkommen¹⁾.» Die gleiche Ansicht hat in jüngster Zeit Fuisting vertreten. Er sagt: «Die Unterstellung, dass juristische Personen und andere künstliche Rechtsgebilde gleich natürlichen Personen Einkommen beziehen könnten, beruht auf einer Verwechslung von Ertrag und Einkommen. Jene können gleich diesen Vermögen besitzen und daraus Ertrag erzielen; aber es ist begrifflich ausgeschlossen, dass sich bei ihnen der Ertrag zu Einkommen gestaltet. Dieses ist ausschliesslich bei natürlichen Personen möglich²⁾.» «Mit jeder künstlichen Ausdehnung des Einkommensbegriffes über den nach wirtschaftlichen Grundsätzen allein hier in Betracht kommenden Kreis der natürlichen Personen hinaus werden die sichersten Unterlagen der Einkommensbesteuerung verlassen, die obersten Besteuerungsgrundsätze gefährdet und die Wege systemloser und willkürlicher Besteuerung betreten³⁾.» — Die Aktiengesellschaften haben also weder eigenes Vermögen noch Einkommen, zum wenigsten «ist es ungenau, von

¹⁾ Dietzel, a. a. O., S. 43.

²⁾ Fuisting: Die Einkommensbesteuerung der Zukunft. S. 11.

³⁾ Derselbe: Die direkten Steuern, Bd. IV, S. 190. Ähnlich neben vielen andern auch: Nasse: Die Kommunalsteuerfrage S. 289, Schanz: Die Besteuerung der Aktiengesellschaften in den deutschen Staaten. Wochenschrift für Aktienrecht und Bankwesen, Jahrgang 1892 S. 191, und derselbe: Zur Frage der Steuerpflicht, Finanzarchiv IX, S. 416. Ferner Schwabe: Die Körperschaft mit und ohne Persönlichkeit. S. 79.

Doch sei hervorgehoben, dass auch die entgegengesetzte Ansicht bis zur Gegenwart noch immer Vertreter gefunden hat, so jüngst noch in Dehlinger: «Die Besteuerung der Aktiengesellschaften in Württemberg», Finanzarchiv XXI, S. 545 ff. — Am wenigsten zu rechtfertigen ist m. E. die Auffassung Wangemanns a. a. O., S. 494 ff. Er unterscheidet den Gewinn nach seinem Verwendungszweck und meint, dass die zur Tilgung der Schulden oder des Grundkapitals, zu Verbesserungen oder Geschäftserweiterungen, sowie zur Bildung von Reservefonds verwendeten Beträge ein eigenes Einkommen der Aktiengesellschaft repräsentierten, dagegen könnten die in Form der Dividenden an die Aktionäre zur Verteilung kommenden Überschüsse aus dem Gewerbebetrieb der Aktiengesellschaft lediglich als Einkommen der Aktionäre angesehen werden. — Diese Auffassung erscheint aber wohl nur berechtigt, wenn die Dividenden als Schuldzinsen angesehen werden, wofür kein Grund vorliegt.

¹⁾ Fr. J. Neumann: Die Aktien- und ähnliche Gesellschaften als Rechtssubjekte und als Steuersubjekte. Annalen des Deutschen Reichs XXXVIII, S. 624.

²⁾ Ebenda S. 626.

steuerbarem Vermögen und Einkommen einer Aktiengesellschaft zu sprechen¹⁾». Selbst diejenigen aber, welche anderer Meinung sind, werden zugeben müssen, dass die Besteuerung der anonymen Erwerbsgesellschaften mittelst Subjektsteuern ein Unding ist. Die an den verschiedenen Steuergesetzen vorgenommenen Modifikationen zeigen deutlich, wie die persönlichen Steuern zugestutzt werden müssen, um den für physische Personen bestimmten Steuerrock auch für die Aktiengesellschaften einigermassen passend zu machen. Darum sagt Fr. J. Neumann auch in der schon erwähnten Abhandlung: «Für die Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft empfiehlt es sich nicht, daran festzuhalten, dass die sogenannten juristischen Personen den physischen gleichzustellende Personen sind²⁾.» «Als solche Einrichtungen (siehe oben) sind juristische Personen der persönlichen allgemeinen Einkommenssteuer direkt nicht zu unterwerfen, da sie nicht Personen sind. Geboten ist es aber, sie zu einer solchen persönlichen Steuer nachgebildeten Ertragssteuer heranzuziehen³⁾.» Näheres über eine solche Steuer siehe unten, S. 227 ff.

Drittes Kapitel.

Kritik der kantonalen Aktiengesellschaftsbesteuerung.

Wie aus der Darstellung der kantonalen Besteuerung der Aktiengesellschaften zu ersehen ist, herrscht in der Schweiz auf diesem Gebiete eine Mannigfaltigkeit, die keineswegs als erfreulich bezeichnet werden kann. Die verschiedene steuerrechtliche Behandlung, welche den genannten Erwerbsgesellschaften zu teil wird, ist nicht nur ein Ergebnis der verschiedenen kantonalen Steuersysteme, sondern sie ist mehr noch auf das Fehlen eines klaren Prinzips, welches bei der Besteuerung der Aktiengesellschaften hätte Anwendung finden sollen, zurückzuführen. Infolgedessen weisen auch die kantonalen Steuergesetze hinsichtlich der Besteuerung dieser Gesellschaften wenig einheitliche Gesichtspunkte auf, abgesehen davon, dass rein fiskalische Erwägungen sich bei manchen Kantonen mehr oder weniger geltend gemacht haben. Gewiss ist nicht zu verkennen, dass einzelne Kantone ernstlich bemüht gewesen sind, den neuen Aufgaben, die das moderne Wirtschaftsleben mit der weiteren Ausbreitung dieser Korporationen der Steuergesetzgebung

¹⁾ Speiser: Das Verbot der Doppelbesteuerung. Zeitschrift für schweizerisches Recht, N. F., Bd. VI, S. 9.

²⁾ Fr. J. Neumann: Die Aktiengesellschaften etc. a. a. O., S. 631.

³⁾ Ebenda S. 632.

stellte, gerecht zu werden. Geling dieses nicht immer, so ist das wohl zu entschuldigen, denn die sich bietenden Schwierigkeiten sind gross, und nicht selten verhinderte auch die Abneigung weiter Volkskreise gegen die Aktiengesellschaften die Durchführung von Reformen¹⁾.

A. Verhältnismässig einfach ist die Besteuerung der Aktiengesellschaften in den wenigen Kantonen, deren allgemeine direkte Steuern vorzugsweise Objektsteuern sind. Schwierigkeiten entstehen im Rahmen eines solchen Objektsteuersystems nur da, wo, wie z. B. im Kanton Wallis, ein mehrgliedriges, auch die Kapitalsteuer²⁾ oder die Kapitalrentensteuer umfassendes Objektsteuersystem zur Anwendung gelangen soll. Die Aktiengesellschaften werden in diesem Falle selbstverständlich zur Grundsteuer, Gebäudesteuer, Gewerbesteuer und unter Umständen auch zur Kapital- oder Kapitalrentensteuer herangezogen. Letzteres tritt z. B. ein, wenn eine Aktiengesellschaft Werttitel irgendwelcher Art besitzt. Es erhebt sich aber nun die Frage, ob der Aktionär auch für seinen Aktienbesitz noch Kapitalsteuer, beziehungsweise für die bezogenen Dividenden Kapitalrentensteuer zahlen soll. Offenbar wäre dies, sofern man die Aktionäre mit der Aktiengesellschaft identifiziert, eine Ungerechtigkeit; denn in diesem Falle muss man die Aktionäre als die Unternehmer ansehen, die als solche durch die Gesellschaft schon Gewerbesteuer entrichten. Niemand aber wird verlangen, dass ein Geschäftsmann neben der Gewerbesteuer für den durch den Betrieb seines Unternehmens erzielten Gewinn noch Kapitalrentensteuer entrichten soll, oder dass ein Landwirt neben den Liegenschaftssteuern für das in Grundstücken und Gebäuden investierte Kapital noch Kapitalsteuern zahlen soll.

Nun ist aber die Aktiengesellschaft, soweit hier überhaupt eine Identität in Frage kommen kann, tatsächlich mit der Gesamtheit der Aktionäre identisch und von diesen nicht losgelöst zu denken. Ist die Aktiengesellschaft doch, wie in den beiden vorhergehenden Kapiteln gezeigt worden ist, weiter nichts als eine aus organisatorischen Gründen gewählte Rechtsform, unter welcher die Aktionäre nach aussen hin auftreten. Deshalb ist die in Wallis und Genf stattfindende Ausdehnung der Mobiliarsteuer (jener Objektsteuer vom beweglichen Vermögen) auf die Aktionäre durchaus ungerecht. Zwar kommen beide Kantone den Aktionären insofern entgegen, als sie die Aktiengesellschaft nur teilweise besteuern; aber diese partielle Besteuerung der in Rede stehenden Ge-

¹⁾ Vergl. Schollenberger: Grundriss des Staats- und Verwaltungsrechts der Kantone, Bd. II, S. 66.

²⁾ In Wallis Mobiliarsteuer genannt. Siehe oben S. 168.

sellschaften ist willkürlich. Es liegt allerdings nahe, die Aktiengesellschaften dort, wo ein Objektsteuersystem besteht, zur Grundsteuer heranzuziehen, allein es ist nicht einzusehen, warum man jene Gesellschaften nicht zu allen Objektsteuern heranzieht und die Aktionäre steuerfrei lässt. Die alleinige Heranziehung der Aktiengesellschaft zur Grundsteuer (Genf) wird dem Wesen und dem mannigfaltigen Charakter jener Gesellschaften, man denke an Grossbanken, Dampfschiffahrtsunternehmungen u. s. w., keineswegs gerecht. Zwar bewegt sich die Doppelbesteuerung welche durch die Besteuerung der Aktionäre und die teilweise Besteuerung der Aktiengesellschaften in den Kantonen Wallis und Genf stattfindet, in engen Grenzen, aber eine gerechte Besteuerung der anonymen Erwerbsgesellschaften kann im Rahmen eines Objektsteuersystems nur auf dem Wege der Anwendung aller Objektsteuern auf jene Gesellschaften und der Steuerfreiheit der Aktionäre erfolgen. Die Ausdehnung der Steuerpflicht der Aktiengesellschaften nach dieser Richtung schliesst auch keineswegs aus, dass neben den allgemeinen Objektsteuern noch eine dem Wesen dieser Korporationen gerecht werdende besondere Aktiengesellschaftssteuer, wenn auch in niedrigen Sätzen, erhoben wird.

B. Viel mannigfaltiger als die Besteuerung der Aktiengesellschaften vermittelt Objektsteuern ist die Besteuerung jener Gesellschaften im Rahmen der in den einzelnen Kantonen bestehenden Subjektsteuersysteme. Hierbei lassen sich in der kantonalen Gesetzgebung und Steuerpraxis gewisse Entwicklungstendenzen nachweisen, unter deren Einfluss sich bis zur Gegenwart eine Wandlung in der steuerrechtlichen Behandlung der Aktiengesellschaften vollzieht.

I. Wo mit der Entstehung der Aktiengesellschaften in den Kantonen mit einem Subjektsteuersystem das Problem der Aktiengesellschaftsbesteuerung auftauchte, war die Steuerfreiheit der Aktiengesellschaften das Primäre¹⁾. Und zwar waren es im wesentlichen zwei Gründe, die dazu führten, dieses Privileg als gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Einmal die Tatsache, dass die Aktiengesellschaften anfangs Ausnahmeerscheinungen waren, um derentwillen man es entweder nicht für notwendig hielt, den ganzen Apparat der Steuergesetzgebung in Bewegung zu setzen²⁾, oder denen man, da es sich hierbei vielfach um solche

¹⁾ Vergl. Schanz, a. a. O., I, S. 91.

²⁾ So sagt der baslerische «Ratschlag betreffend die Besteuerung der anonymen Erwerbsgesellschaften», Basel 1889, S. 4: «Man konnte in der ersten Zeit auf eine besondere Besteuerung der Aktiengesellschaften verzichten, in der Erwägung, dass es sich um ausnahmsweise Verhältnisse handle.»

Gesellschaften handelte, deren Zustandekommen im öffentlichen Interesse lag, gar ausdrücklich Steuerfreiheit für Eigentum und Erwerb zugesichert hatte. Zum andern war es die Beobachtung, dass die Mehrzahl der Aktien sich in den Händen von Kantonseinwohnern befand, die für ihren Aktienbesitz besteuert wurden. In diesem Falle erschien die gleichzeitige Besteuerung der Aktiengesellschaften gar nicht einmal angebracht¹⁾. Wo man aber, wie z. B. im Kanton Waadt, eine besondere Besteuerung der Aktiengesellschaften wegen der diesen Gesellschaften eingeräumten Vorzugsstellung für begründet erachtete, da griff man zu einer gebührenartigen Abgabe. Aus dieser entwickelte sich dann wohl, als man die Unzulänglichkeit derselben einsah, eine besondere Aktiengesellschaftssteuer (Baselstadt).

Obwohl nun die alleinige Besteuerung der Aktionäre, wie an anderer Stelle schon erwähnt, heute in keinem Kanton mehr besteht, verdient sie doch Beachtung, da sie einige nicht unwesentliche Vorzüge aufweist. Dieser Besteuerungsmodus vermeidet nämlich vor allem die Gefahr der Doppelbesteuerung. Ferner ist die Steuerdeklaration sehr einfach. Die Aktionäre sind nicht, wie bei anderen Formen der Aktiengesellschaftsbesteuerung, berechtigt, von ihrem Vermögen und Erwerb Abzüge (mit bezug auf Aktien und Dividenden) zu machen, deren Richtigkeit von der Steuerbehörde in umständlicher Weise nachzuprüfen ist²⁾. Ein weiterer Vorzug der alleinigen Besteuerung der Gesellschaft besteht darin, dass die Steuerprogression bei den einzelnen Aktionären richtig durchgeführt werden kann, was ebenfalls nicht möglich ist, wenn z. B. die Aktien steuerfrei sind.

II. Dieser Steuermodus (I) aber wurde verlassen, als mit der Zunahme der Aktiengesellschaften, wie sie namentlich in den drei letzten Jahrzehnten des verflorenen Jahrhunderts zu beobachten ist, jene Kollektivunternehmungen aufhörten, in den meisten Kantonen eine Einzelercheinung zu sein. Gleichzeitig wurde es immer häufiger, dass das Domizil der Aktiengesellschaft und das der Aktionäre auseinanderfiel. Die Besteuerung musste deshalb versuchen, sich den veränderten Verhältnissen anzupassen³⁾. Die

¹⁾ Dieses Motiv ist u. a. z. B. lange in Neuenburg massgebend gewesen. Siehe auch Schanz, Kanton Neuenburg, a. a. O., IV, S. 64.

²⁾ Ähnlich bemerkt Cérenville: a. a. O., S. 114: «L'imposition unique de l'actionnaire sur la valeur de ses actions simplifie la déclaration. Le contribuable évalue sa fortune totale sans s'inquiéter de savoir si les titres qu'il a en sa possession représentent des valeurs indigènes ou étrangères, tandis qu'il doit le faire dans le second système (imposition unique de la société).»

³⁾ Vergl. Schanz a. a. O., I, S. 92.

ses konnte auf zweierlei Weise geschehen. Entweder man machte, wie in Obwalden, Baselland u. s. w., einfach die Aktiengesellschaften neben den Aktionären steuerpflichtig (II), oder man schlug den dem bisherigen Verfahren entgegengesetzten Weg ein und besteuerte allein die Aktiengesellschaften, während man die Aktionäre, soweit sie Anteilseigner der im Kanton besteuerten Gesellschaften sind, steuerfrei liess (III).

Nur wenige Kantone waren so radikal, den ersten Weg (II) zu wählen. Denn rechtfertigen lässt sich die gleichzeitige Besteuerung der Aktiengesellschaften und der Aktionäre überhaupt nicht. Alle formaljuristischen Gründe, die man für diese Art der Aktiengesellschaftsbesteuerung ins Treffen führt, sind so fadenscheiniger Natur, dass es nicht schwer fällt, dahinter den nackten Fiskalismus, den sie verdecken sollen, zu erkennen.

III. Deshalb erhielt auch der andere Besteuerungsmodus, wonach allein die Aktiengesellschaften steuerpflichtig, die Aktionäre jener Gesellschaften aber steuerfrei sind, fast überall den Vorzug. Namentlich ein Moment trug in zahlreichen Kantonen dazu bei, dass diese Form der Aktiengesellschaftsbesteuerung gewählt wurde. Es war dieses die Einführung der Steuerprogression. Dieses zeigt sich u. a. in den Kantonen Uri, Schaffhausen und Graubünden, wo überall gleichzeitig mit der Annahme der Progression an die Stelle der Besteuerung der Aktionäre die unmittelbare Besteuerung der Aktiengesellschaften trat. Dagegen blieb die Steuerfreiheit der Aktiengesellschaften am längsten in jenen Kantonen erhalten (Glarus, Neuenburg u. s. w.), die heute noch keine Progressivbesteuerung kennen.

Die alleinige Besteuerung der Aktiengesellschaften hat den Vorzug, dass der Steuereingang in vollem Umfang gesichert erscheint. Werden nur die Aktionäre besteuert, so entgeht dem Kanton die Vermögens- und Erwerbssteuer, welche von den auswärtigen Aktionären zu entrichten wäre, und auch von den einheimischen Aktionären erhält er die Steuern nur, wenn diese ehrlich fatieren, da namentlich bei Inhaberaktien eine wirksame Kontrolle zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung kaum möglich ist. Aus diesem Grunde sind auch die Kantone mit Proportionalsteuern, wie z. B. Neuenburg, von der alleinigen Besteuerung der Aktionäre zu der der Gesellschaft übergegangen.

Doeh weist dieser Besteuerungsmodus auch erhebliche Mängel auf. Die Aktiengesellschaften sind nämlich dadurch, dass die Progression auf Gesamtvermögen und Gesamterwerb Anwendung findet, einer verschärften Progression unterworfen. Diese wird allerdings vielfach damit zu verteidigen gesucht, dass

die Eigenart der Aktiengesellschaften eine verschärfte Besteuerung dieser Korporationen rechtfertige. Dieser Grund rechtfertigt aber keineswegs die durch jenen Steuermodus herbeigeführte ungleiche Belastung der einzelnen Aktionäre. Die von einer Aktiengesellschaft gezahlte Steuer verteilt sich nämlich in gleichen Quoten auf alle Aktien. Der gleiche erhöhte Steuersatz trifft also sowohl den Inhaber weniger Aktien ebenso wie den Grossaktionär. Nun ist es allerdings möglich, dass durch den Abzug der Aktien vom Vermögen der Aktionär in eine Steuerklasse eingereiht wird, die niedriger ist als diejenige, in welche er ohne jenen Abzug gekommen wäre. Aber gerade auch diese Vergünstigung wird dem Grossaktionär, der oft um mehrere Stufen in der Progressivskala herabgesetzt wird, in grösserem Masse zu teil werden als dem Inhaber einer einzelnen oder weniger Aktien, deren Abzug nicht hinreicht, das Steuerkapital um eine Steuerstufe zu vermindern.

Aber auch die Aktiengesellschaften selbst werden regelmässig schärfer besteuert als physische Personen mit einem gleich grossen Vermögen und Erwerb. Das steuerpflichtige Vermögen physischer Personen kann nämlich nie so genau ermittelt werden wie Vermögen und Erwerb der Aktiengesellschaften, die zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtet sind. Wenn nun z. B. im Kanton Zürich, wie erwähnt, vermutlich im Durchschnitt nur 60 % des steuerpflichtigen Vermögens versteuert werden, so gilt dieses, da der angegebene Prozentsatz sich auf die bei den amtlichen Erbschaftsinventarisierungen gemachten Erfahrungen stützt, nur von den physischen Personen. Den durch die Defraudationen der physischen Personen in die Höhe getriebenen Steuersatz haben aber auch die Aktiengesellschaften zu entrichten. Den Anforderungen einer gerechten Steuerpolitik kann also die alleinige Besteuerung der Gesellschaft nicht genügen, ebenso wenig aber auch die alleinige Besteuerung der Aktionäre, da es angesichts der Sonderstellung, die die Aktiengesellschaften im wirtschaftlichen Leben einnehmen, geboten erscheint, jene Gesellschaften wenigstens in gewissem Umfange unmittelbar zu besteuern.

IV. Darum haben einige Kantone neben der Besteuerung der Aktionäre zu einer teilweisen Besteuerung der Aktiengesellschaften gegriffen. Diese erstreckt sich regelmässig entweder auf die Besteuerung des Reservefonds (Appenzell A.-Rh.) oder desjenigen Teiles des Gesellschaftsvermögens, der das einbezahlte Aktienkapital übersteigt (Luzern). Die Besteuerung des Reservefonds dürfte aus früher schon erwähnten Gründen nicht empfehlenswert sein. Und zwar ist hierbei namentlich zu beachten, dass nach schweizerischem Obligationenrecht, entgegen dem

deutschen Recht¹⁾, eine Verpflichtung zur Bildung eines Reservefonds nicht besteht. Durch derartige Steuervorschriften wird deshalb unzweifelhaft einer vorsichtigen Geschäftsgebarung, die auf die Bildung starker Reservefonds bedacht ist, entgegengearbeitet. Überdies kommt der Reservefonds auch im Kurswert der Aktien zum Ausdruck, und es findet somit, da die Gesellschafter ihren Aktienbesitz nach dem Kurswert versteuern müssen, immerhin noch eine teilweise Doppelbesteuerung statt.

Dieses gilt in noch weiterem Umfange von denjenigen Kantonen, welche nicht nur den Reservefonds, sondern alle das Grundkapital übersteigenden Vermögensteile der Aktiengesellschaft steuerpflichtig machen. Eine solche Steuerpolitik verstärkt die Neigung der Aktiengesellschaften, nur auf die Erzielung hoher Dividenden hinzuarbeiten. Grosse Rücklagen, sei es zur Vergrösserung des Betriebskapitals oder zu Wohlfahrtszwecken, wie z. B. zum Bau von Arbeiterwohnhäusern u. s. w., wird eine Gesellschaft bei derartigen Steuervorschriften wohl kaum machen. Jedenfalls ist eine Steuergesetzgebung, wie die in Rede stehende, die es den Gesellschaften ermöglicht, sich, unbeschadet ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit, der Steuerverpflichtung in gewissem Umfange zu entziehen, durchaus unpraktisch und sie ist völlig zu verwerfen, wenn sie, wie im vorliegenden Falle, Vorschriften enthält, die geeignet sind, zu unvorsichtiger Bilanzierung zu verleiten.

V. Einige wenige Kantone haben versucht, die Steuer zwischen der Aktiengesellschaft und ihren Anteilseignern glatt aufzuteilen, so dass Doppelbesteuerung gänzlich vermieden wird. Dieser Modus der Aktiengesellschaftsbesteuerung ist je nach dem dabei eingeschlagenen Weg verschieden zu beurteilen²⁾. Sehr schwierig ist hierbei vor allem die Beantwortung der Fragen, in welchem Verhältnis die Steuer zwischen dem Domizil des Aktionärs und dem Domizil der Gesellschaft geteilt werden soll, oder welcher mittlere proportionale Steuerfuss zur Vermeidung einer zu scharfen Progression auf die Aktiengesellschaft angewandt werden soll. Eine einigermaßen befriedigende Durchführung des Prinzips der Teilung der Steuer zwischen Gesellschaft und Gesellschaftern ist nur dort möglich, wo die persönlichen Steuern proportional sind. Wo dagegen Vermögens- und Erwerbssteuer progressiv sind, ist die Teilung der Steuer zwischen Aktionär und Gesellschaft nur möglich durch die Anwendung von Ausnahmebestimmungen

(z. B. Versteuerung der Aktie nur bis zur Höhe des einbezahlten Betrages), welche dem progressiven Steuersystem widersprechen. Das Bestreben der modernen Steuergesetzgebung geht immer mehr dahin, ein möglichst klares und vollkommenes Bild der Steuerfähigkeit des einzelnen Steuersubjekts zu gewinnen. Dieses Bild aber wird durch derartige Ausnahmebestimmungen, wie insbesondere die Gestattung gewisser Abzüge von dem eigentlich steuerpflichtigen Vermögen, getrübt, und die Folge ist, dass Vermögen und Einkommen, die als Hilfsmittel zur Ermittlung der persönlichen Steuerfähigkeit dienen sollen, zu einem falschen Massstab werden. Aus diesen Gründen ist jede Aktiengesellschaftsbesteuerung, die hinsichtlich der Besteuerung der Aktionäre Ausnahmebestimmungen erfordert, zu verwerfen. Denn solche Bestimmungen führen regelmässig dazu, das Kapital in der Weise zu begünstigen, dass grössere Vermögen nicht in vollem Masse der Progression ausgesetzt werden, was keineswegs im Interesse einer gerechten Steuerpolitik liegen kann.

C. Aus solchen Erwägungen ist die Besteuerung der Aktiengesellschaften vermittelt einer Spezialsteuer hervorgegangen. In der Schweiz war es, wie schon erwähnt, der Kanton Baselstadt, der diesen Steuermodus zuerst wählte. In neuerer Zeit ist der Kanton St. Gallen mit einer der Vermögens- und Erwerbssteuer nachgebildeten Steuer gefolgt, die wegen ihrer Anpassung an das Wesen der Aktiengesellschaft wohl den Namen einer speziellen Aktiengesellschaftssteuer verdient. Ähnliche Versuche sind in Tessin und Zürich gemacht worden.

Nun lässt sich allerdings nicht leugnen, dass auch durch diese Spezialsteuern eine Doppelbesteuerung der Aktionäre im steuerpolitischen Sinne stattfindet, aber diese erscheint eben so berechtigt wie die Doppelbesteuerung, welche z. B. durch eine neben der allgemeinen Vermögenssteuer bestehende Grundsteuer gegeben ist. Eine ausführliche Begründung und Rechtfertigung soll die Spezialbesteuerung der Aktiengesellschaften in einem besondern Abschnitt (siehe unten S. 225) erfahren, worauf an dieser Stelle verwiesen sei. Im allgemeinen aber dürfen die in der Schweiz gemachten Versuche, die Steuerpflicht der Aktiengesellschaften durch eine Spezialsteuer in Anspruch zu nehmen, als durchaus gelungen bezeichnet werden, wenn auch eine vollkommenerer Ausbildung der schon bestehenden Aktiengesellschaftssteuern noch zu erwarten ist.

¹⁾ H. G. B. § 262.

²⁾ Siehe Waadt und Glarus oben S. 192 u. 194 und die Kritik des Bundesgesetzentwurfs betreffend das Verbot der Doppelbesteuerung unten S. 221 f.

Viertes Kapitel.

Die durch die Aktiengesellschaftsbesteuerung entstehende kantonale und interkantonale Doppelbesteuerung, sowie die diesbezügliche Spruchpraxis der Bundesbehörden und des Bundesgerichts.

A. Doppelbesteuerung im weiteren Sinne ist jede mehrfache steuerrechtliche Inanspruchnahme desselben Steuerobjekts¹⁾. Erfolgt diese mehrfache Inanspruchnahme des gleichen Objekts innerhalb desselben Staatsgebiets, so spricht man von territorialer oder mit bezug auf schweizerische Verhältnisse von kantonaler Doppelbesteuerung. Tritt die Doppelbesteuerung aber durch die Ausübung der Steuerhoheit verschiedener Staatsgewalten ein, so spricht man je nach dem Charakter dieser Gewalten von internationaler, interterritorialer oder interkantonaler Doppelbesteuerung. Die territoriale oder kantonale Doppelbesteuerung wird vielfach nicht als Doppelbesteuerung (im engeren Sinne) anerkannt, einerseits weil sie, besonders wenn es sich um eine sogenannte formelle Doppelbesteuerung handelt, von dem Gesetzgeber beabsichtigt, und andererseits, weil auch die materielle Doppelbesteuerung, die z. B. bei der gleichzeitigen Heranziehung der kantonalen Aktiengesellschaft und ihrer Aktionäre zur Vermögenssteuer vorliegt, von einem und demselben Gesetzgeber gewollt ist. Doppelbesteuerung in dieser engeren Auffassung (sogenannte Doppelbesteuerung im steuerrechtlichen, im Gegensatz zur Doppelbesteuerung im steuerpolitischen Sinne) kann demnach nur durch die Konkurrenz mehrerer Steuergewalten entstehen.

Es kann jedoch auch der ausserkantonale Aktionär durch die kantonale Doppelbesteuerung getroffen werden, weil eine solche *nicht nur* durch die Ausdehnung der persönlichen Steuern von Vermögen und Erwerb auf die kantonale Gesellschaft und ihre Aktionäre, sondern auch, wie oben wiederholt gezeigt wurde, infolge falscher Veranlagungsvorschriften stattfindet. Wenn also z. B., wie im Kanton Baselland, die Aktiengesellschaften neben dem Gesamtvermögen auch noch die Reservefonds versteuern müssen²⁾, obwohl diese im Gesamtvermögen bereits enthalten sind, so findet zwar eine sogenannte kantonale Doppel-

besteuerung statt, von dieser aber wird auch der ausserkantonale Aktionär betroffen. Ja, er wird ebenso wie der einheimische Aktionär, falls beide auch den Subjektsteuern uneingeschränkt unterliegen, mit bezug auf diesen Vermögensteil dreifach besteuert. Dass dieses dem Grundsatz der Gerechtigkeit in der Besteuerung widerspricht, leuchtet ohne weiteres ein, und es ist dringend zu wünschen, dass die Bestrebungen, die territoriale Doppelbesteuerung zu vermeiden (St. Gallen und Zürich), nachgeahmt und vervollkommen werden. Es wird damit auch der Weg zur Beseitigung der interkantonalen Doppelbesteuerung eröffnet; denn die kantonale Doppelbesteuerung ist in zahlreichen Fällen die Wurzel der interkantonalen Doppelbesteuerung und der sich daraus zwischen den einzelnen Kantonen ergebenden Kompetenzkonflikte. Weiter braucht hier auf die kantonale Doppelbesteuerung nicht eingegangen zu werden. Denn wenn es richtig ist, dass die Aktiengesellschaften weder eigenes Vermögen noch Einkommen haben, muss es auch richtig sein, dass, ausser in den erwähnten, durch falsche Veranlagungsvorschriften hervorgerufenen Fällen, Doppelbesteuerung dieser Art überall da vorliegt, wo die Vermögens- und Einkommenssteuer ganz oder teilweise auf die kantonalen Aktiengesellschaften und gleichzeitig auf die einheimischen Aktionäre als solche angewandt wird.

B. Interterritorial oder interkantonal wird letztere Form der Doppelbesteuerung einfach dadurch, dass Gesellschaft und Aktionär ihr Domizil in verschiedenen Kantonen haben. Diese Zufälligkeit verschärft zudem nicht selten die Doppelbesteuerung, da die meisten Kantone den Aktionär auswärtiger Gesellschaften für Aktien und Dividenden in vollem Umfange besteuern, während doch eine Anzahl Kantone dem Aktionär einheimischer Gesellschaften für den bei der Gesellschaft versteuerten Vermögens- und Einkommensteil gewisse Steuerabzüge gestatten.

Wichtig aber wird die interkantonale Doppelbesteuerung dadurch, dass beim Vorliegen einer solchen der Bund befugt ist, den durch die Doppelbesteuerung gegebenen Steuerkonflikt zu lösen. Für kompetent zur Lösung derartiger Konflikte haben sich die Bundesbehörden seit dem Jahre 1862 erklärt. Bis dahin hatte man, da die Bundesverfassung vom Jahre 1848 kein ausdrückliches Verbot der Doppelbesteuerung enthielt, alle Beschwerden über Doppelbesteuerung stets abgewiesen. Nachdem aber im Jahre 1862 anlässlich eines Rekurses prinzipiell anerkannt worden war, dass gegen interkantonale Doppelbesteuerung der Schutz der Bundesbehörden angerufen werden könne, gelangten zahllose Beschwerden über Doppelbesteuerung an den Bundesrat und die Bundes-

¹⁾ Unter Doppelbesteuerung wird je nach dem Sinne, in dem das Wort gebraucht wird, verschiedenes verstanden; vergl. die Artikel: *Doppelbesteuerung* im Handwörterbuch der Staatswissenschaften von *Eheberg* und im Wörterbuch der schweizerischen Volkswirtschaft von *Speiser*.

²⁾ Siehe oben Seite 173, vergleiche aber auch unten Seite 219 II.

versammlung¹⁾. Dieses legte den Gedanken an den Erlass eines Gesetzes zur Regelung der interkantonalen Steuerfragen nahe. Es kam aber nicht dazu, obwohl diesbezügliche Versuche unternommen wurden²⁾. Doch wurde es wenigstens erreicht, dass die revidierte Bundesverfassung vom Jahre 1874 den Erlass eines Gesetzes betreffend das Verbot der Doppelbesteuerung verhies. Der Art. 46, Abs. 2, desselben sagt nämlich:

«Die Bundesgesetzgebung wird gegen Doppelbesteuerung die erforderlichen Bestimmungen treffen.»

Bevor auf die auf Grund des angeführten Artikels erfolgten gesetzgeberischen Versuche eingegangen wird, sollen jedoch die Spruchpraxis des Bundesgerichts und die bis zum Jahre 1874 seitens der Bundesbehörden geübte Rechtsprechung insoweit einer kurzen Betrachtung unterzogen werden, als sie sich auf die durch die gleichzeitige Besteuerung von Aktionär und Gesellschaft hervorgerufene Doppelbesteuerung beziehen.

C. I. Der Bundesrat hat bis zum Ende des Jahres 1874 zweimal Gelegenheit gehabt, zur Doppelbesteuerung der Aktionäre Stellung zu nehmen. Jedoch sind die beiden hierbei ergangenen bundesrätlichen Entscheidungen einander widersprechend³⁾. Im Jahre 1868 hatte nämlich der Bundesrat in Sachen der Schweizerischen Centralbahn die gleichzeitige Besteuerung von Aktionär und Gesellschaft für zulässig erklärt, weil die Aktiengesellschaft eine von den Aktionären getrennte, selbständige Persönlichkeit sei⁴⁾. Sechs Jahre später entschied der Bundesrat in Sachen des Joseph Meyer, Aktionär der Spinnerei und Weberei Aarburg, genau entgegengesetzt und gestand nur zu, dass die Aktiengesellschaft für ihr vom Aktienkapital getrenntes Vermögen besteuert werden dürfe⁵⁾.

Diese beiden Entscheidungen fand das Bundesgericht vor, als es seit dem Jahre 1875 gemäss Art. 113 der Bundesverfassung an Stelle des bisher auf diesem Gebiete rechtsprechenden Bundesrats und der Bundesversammlung trat. Das Bundesgericht erklärte sich nunmehr zwar kompetent zur Entscheidung aller Steuerfragen, welche auch die ihm vorausgehenden

Behörden entschieden hatten, anderseits aber glaubte es auch, vor Erlass des in Art. 46, Abs. 2, der Bundesverfassung vorgesehenen Bundesgesetzes, nicht über die bis zum Jahre 1874 gegebene Spruchpraxis hinausgehen zu dürfen. Diese Theorie ist «in mehreren Fällen massgebend gewesen, wie z. B. hinsichtlich der Frage, ob in der gleichzeitigen Besteuerung von Aktiengesellschaft und Aktionären eine unzulässige Doppelbesteuerung zu erblicken sei und eventuell welchem Kanton, demjenigen, in welchem der Aktionär wohnt, oder demjenigen, in welchem die Gesellschaft ihren Sitz hat und Gewerbe betreibt, die Steuerhoheit zuerkannt werden solle¹⁾. Durch diese Auffassung des Bundesgerichts entstand ein Stillstand in der Entwicklung der durch die Rechtsprechung sanktionierten, die Doppelbesteuerung betreffenden Rechtsätze, wodurch gerade die Aktiengesellschaften besonders empfindlich getroffen wurden, da sich hinsichtlich derselben bis dahin noch keine feste Praxis herausgebildet hatte, vielmehr, wie wir sahen, nur zwei einander widersprechende Entscheidungen gefällt worden waren. Wo nämlich in der Folge die vom Bundesgericht gefällten, die Aktionäre, beziehungsweise die Aktiengesellschaften betreffenden Entscheidungen erklären, dass in der gleichzeitigen Besteuerung von Aktionär und Gesellschaft keine Doppelbesteuerung im bundesrechtlichen Sinne zu erblicken sei, da geschieht dieses immer im Hinweis auf die vor 1875 geübte schwankende Rechtsprechung, so z. B. in Sachen der Aktiengesellschaft Regina montium.

Diese Aktiengesellschaft beschwerte sich, dass sie von den Schwyzer Behörden angehalten werde, für das Jahr 1873 das einbezahlte Aktienkapital als Vermögen zu versteuern, obwohl die Aktionäre selbst, jeder an seinem Domizil, die Aktien versteuerten. Diese Beschwerde wurde vom Bundesgericht für unbegründet erklärt, weil der Kanton Schwyz berechtigt sei, das Vermögen der Aktiengesellschaft, einschliesslich des Grundkapitals, zu besteuern. Letzteres sei kein Passivum, da die Aktionäre nicht Gläubiger, sondern Mitglieder der Gesellschaft seien, die als Kapitalgenossenschaft mit Recht dort besteuert werde, wo sie ihr Domizil habe²⁾.

Die Aktiengesellschaft «Bank in Schwyz», welche aus demselben Anlass an das Bundesgericht rekurrierte, wurde von diesem aus dem gleichen Grunde abgewiesen, mit dem besonderen Hinweis darauf, dass

¹⁾ Zürcher: Kritische Darstellung der bundesrechtlichen Praxis betreffend das Verbot der Doppelbesteuerung, S. 9, und Schreiber, gleicher Titel, S. 172.

²⁾ Schreiber ebenda S. 174.

³⁾ Es ist bezeichnend dafür, wie schwierig und unstritten diese Dinge sind, dass auch die diese Materie betreffenden Entscheidungen des United States Supreme Court einander widersprechen. Siehe Seligman: a. a. O., S. 663.

⁴⁾ Urteil vom 13. November 1868, Bundesblatt 1869, I, S. 393 ff. Siehe besonders Erwägung 5.

⁵⁾ Urteil vom 5. Juni 1874, Bundesblatt, II, S. 585 ff.

¹⁾ Botschaft zum Bundesgesetz betreffend das Verbot der Doppelbesteuerung. Bundesblatt 1885, I, S. 535.

²⁾ Urteil vom 19. Februar 1875, Entscheidungen des schweizerischen Bundesgerichts, Amtliche Sammlung, 1875, S. 13 ff.

es den Aktionären überlassen bleibe, wegen Doppelbesteuerung den Beschwerdeweg zu beschreiten¹⁾.

In Sachen Böppli gegen Zürich beschrift daraufhin ein Aktionär diesen Weg. Die zürcherische Steuerbehörde wollte ihm nämlich nicht gestatten, eine Anzahl Aktien einer im Kanton Zug besteuerten Gesellschaft von seinem im Kanton Zürich steuerpflichtigen Vermögen in Abzug zu bringen. Er beschwerte sich beim Bundesgericht und dieses führte u. a. folgendes aus: «Die bis zum Erlass der 1874er Verfassung von den Bundesbehörden erlassenen Entscheide, über deren Praxis das Bundesgericht vor Erlass des in Art. 46, Abs. 2, der Bundesverfassung vorgesehenen Gesetzes nicht hinausgehen darf, sprechen den Satz, dass die gleichzeitige Besteuerung der Aktien in der Hand des Aktionärs und des Aktienvermögens bei der Aktiengesellschaft eine unzulässige Doppelbesteuerung begründe, nicht so bestimmt aus, dass derselbe als feststehender Satz des Bundesrechts betrachtet werden könnte. Es kann aber auch kaum einem Zweifel unterliegen, dass die bisher bezüglich der Besteuerung des Gewerbebetriebes physischer Personen oder von Kollektivgesellschaften aufgestellten Prinzipien für Fälle der vorliegenden Art nicht ohne weiteres anzuwenden sind, sondern dass es sich hier, angesichts der vollständigen Absonderung des Vermögens der Gesellschaft von dem des Aktionärs, welche die erstere als ein besonderes Rechtssubjekt und die gleichzeitige Besteuerung nicht als Doppelbesteuerung erscheinen lässt, um ein Verhältnis handelt, zu dessen Regelung besondere gesetzliche Bestimmungen erforderlich sind, deren Erlass nur dem Gesetzgeber zukommt²⁾.» Der Rekurs wurde also abgelehnt. Die dazu gegebene Begründung aber ist von prinzipieller Bedeutung, weshalb sie auch wörtlich wiedergegeben wurde. Das Bundesgericht hat nämlich an dieser Auffassung bis zur Gegenwart festgehalten und alle Rekurse ähnlicher Art unter Hinweis auf die Entscheidung in Sachen Böppli abgewiesen³⁾.

¹⁾ Urteil vom 19. Februar 1875, Entscheidungen des schweiz. Bundesgerichts, Amtliche Sammlung, 1875, S. 22 ff.

²⁾ Urteil vom 23. Mai 1879, Entscheidungen des schweizerischen Bundesgerichts (Amtliche Sammlung) 1879, S. 153 ff.

³⁾ Vergl. auch Urteil in Sachen Schmid und Fierz gegen Zürich, ebenda 1881, S. 636 ff., welches besonders deshalb interessant ist, weil die Rekurrenten sich darauf stützen konnten, dass das Bundesgericht in seiner Entscheidung in Sachen Hunziker letzteren für seinen Anteil am Vermögen und Erwerb der hier in Frage stehenden Gesellschaft für nicht steuerpflichtig erklärt hatte. Zwar konnten sie nicht in Abrede stellen, dass jene Gesellschaft, die damals eine Kollektivgesellschaft war, inzwischen eine Aktiengesellschaft geworden sei, aber sie beriefen sich darauf, dass die Kollektivgesellschaft nach der neuern Gesetzgebung ebensogut wie die Aktiengesellschaft als ein selbständiges Rechtssubjekt zu betrachten sei. Und sie verlangten deshalb, da im übrigen

II. Weniger allgemein als die durch die gleichzeitige Besteuerung der Aktiengesellschaft und ihrer Aktionäre hervorgerufene Doppelbesteuerung ist eine andere, im Anschluss an die Spruchpraxis des Bundesgerichts hier zu erwähnende Art der Doppelbesteuerung, die jene Gesellschaften unmittelbar trifft. Diese droht nämlich dann einzutreten, wenn eine Aktiengesellschaft sich mittelst selbständiger Anlagen über das Gebiet mehrerer Kantone erstreckt und sie nach dem Steuerrecht ihres Hauptdomizils, wie z. B. in Uri, Nidwalden und Schaffhausen u. s. w., mit ihrem Aktienkapital und Reservefonds der Vermögenssteuer unterworfen ist. In solchen Fällen haben es die kantonalen Steuerbehörden mehrfach für unzulässig erklärt, die in anderen Kantonen gelegenen und daselbst steuerpflichtigen Vermögensobjekte von dem am Hauptdomizil steuerpflichtigen Vermögen (Aktienkapital und Reservefonds) in Abzug zu bringen.

Von den (hauptsächlichsten) hierher gehörigen Fällen, die zur Entscheidung des Bundesgerichts kamen, seien zwei in aller Kürze erwähnt.

Die Aktiengesellschaft «Bank in Schaffhausen» besass eine im Kanton Zürich gelegene und somit auch daselbst steuerpflichtige Liegenschaft, deren Wert sie von ihrem im Kanton Schaffhausen steuerpflichtigen Aktienkapital und Reservefonds in Abzug bringen wollte. Die Schaffhauser Steuerbehörde bestritt die Zulässigkeit dieses Abzugs mit der Begründung, dass in Schaffhausen Aktienkapital und Reservefonds, in Zürich aber die Liegenschaft der Gesellschaft zu versteuern sei und mithin ein wesentliches Begriffsmerkmal der Doppelbesteuerung, die Identität des Steuerobjekts, fehle. Dagegen rekurrierte die Bank mit Erfolg an das Bundesgericht, welches gegenüber der von der Schaffhauser Behörde vertretenen Auffassung mit Recht darauf hinwies, dass das Aktienkapital kein besonderes Vermögensobjekt, sondern nur der abstrakte juristische Begriff sei, durch den die Mittel einer Aktiengesellschaft umschrieben werden. Das Aktienkapital sei daher auch kein besonderes Steuerobjekt, sondern nur ein Hilfsmittel zur Vermögensermittlung. Es liege also Doppelbesteuerung vor, wenn neben dem gesamten Aktienkapital ein bestimmter Vermögensbestandteil noch besonders besteuert werde¹⁾.

die Verhältnisse seither die gleichen geblieben seien, dass auch für sie die gleiche Entscheidung platzgreife und das Vorhandensein einer bundesrechtlich unzulässigen Doppelbesteuerung angenommen werde. Das Bundesgericht aber wies den Rekurs, gestützt auf die oben wiedergegebenen Erwägungen in Sachen Böppli, ab.

¹⁾ Urteil vom 30. September 1903, Entscheidungen des schweizerischen Bundesgerichts (Amtliche Sammlung) 1903, I, S. 288 ff.

In einem ähnlichen Falle, dem Rekurs der Aktiengesellschaft «Motor» gegen Aargau, bestritt auch das aargauische Obergericht, dass die Rekurrentin berechtigt sei, vom staatssteuerpflichtigen Aktienkapital und Reservefonds den Schatzungsbetrag ihrer im Kanton Bern gelegenen Liegenschaften in Abzug zu bringen. Das Obergericht Aargau behauptet hierbei, ebenso wie die Schaffhauser Steuerbehörde, dass eine bundesrechtlich unzulässige Doppelbesteuerung nicht vorliegen könne, weil die Identität des Steuerobjekts nicht vorhanden sei. Das Bundesgericht erklärte natürlich auch diesen Rekurs für begründet, indem es in der Urteilsbegründung unter anderm ausführte: «Wenn die Besteuerung der Aktiengesellschaft statt an die einzelnen, das Vermögen ausmachenden Werte (unter Abzug der Schulden) an zwei bilanzmässige Rechnungsposten (Aktienkapital und Reservefonds) anknüpft, so liegt dem offenbar die Annahme zu Grunde, dass die letzteren das Reinvermögen zahlenmässig darstellen.» Daraus ergibt sich aber, «dass, wenn nach kantonalem Steuerrecht Aktiengesellschaften als Reinvermögen Aktienkapital und Reservefonds zu versteuern haben, der Wert derjenigen Liegenschaften einer Aktiengesellschaft, die in anderen Kantonen gelegen sind, bei Festsetzung des Steuerkapitals von Aktienkapital und Reservefonds abgezogen werden muss»¹⁾.

Das Bundesgericht hat also wiederholt anerkannt, dass die Besteuerung eines speziellen Vermögensteils einer Aktiengesellschaft neben der Besteuerung des Aktienkapitals und des Reservefonds Doppelbesteuerung sei. Allerdings kann gemäss seiner Kompetenz das Bundesgericht diese Doppelbesteuerung nur dann für unzulässig erklären, wenn der betreffende Vermögensteil, z. B. als Liegenschaft, in das Gebiet einer andern Steuerhoheit fällt. Allein unzweifelhaft liegt Doppelbesteuerung auch dann vor, wenn nach kantonalem Steuerrecht neben dem Gesellschaftsvermögen, gleichviel welches das steuertechnische Verfahren zur Ermittlung desselben ist, noch ein Vermögensteil der Gesellschaft besonders besteuert wird. Dieses ist also namentlich der Fall, wenn die Aktiengesellschaften, wie in Baselland, neben den Liegenschaften und der Fahrhabe noch den Reservefonds²⁾ oder, wie in Schwyz, ausser dem nach dem Kurswert der Aktien festgestellten Vermögen noch alle Reserve- und Spe-

¹⁾ Urteil vom 20. November 1903, Entscheidungen des schweizerischen Bundesgerichts (Amtliche Sammlung) 1903, I, S. 492 ff.

²⁾ Vergl. Urteil vom 21. März 1900 in Sachen Industriegesellschaft für Schappe gegen Baselland, Entscheidungen des schweizerischen Bundesgerichts (Amtliche Sammlung) 1900, I, S. 19.

zialfonds versteuern müssen. Die kantonale Doppelbesteuerung führt also auch hier zu interkantonalen Steuerkonflikten, und darum muss es das Bestreben der Kantone sein, zunächst die auf diesem Gebiet bestehenden Unzuträglichkeiten zu beseitigen. Damit wird auch die von allen Kantonen erwünschte Beseitigung der interkantonalen Doppelbesteuerung wesentlich erleichtert.

Fünftes Kapitel.

Die durch den Bundesgesetzentwurf betreffend das Verbot der Doppelbesteuerung vorgeschlagene Regelung der Aktiengesellschaftsbesteuerung.

Der bis zur Gegenwart bezüglich der Zulässigkeit der gleichzeitigen Besteuerung der Aktiengesellschaften und ihrer Aktionäre geltende Rechtszustand ergibt sich aus der im vorigen Kapitel dargestellten Praxis des Bundesgerichts. Danach gilt die Besteuerung der Aktiengesellschaften für Vermögen und Erwerb neben der Besteuerung ihrer Anteilseigner für Aktienbesitz und Dividenden so lange nicht als bundesrechtlich unzulässige Doppelbesteuerung, bis ein gemäss Art. 46, Abs. 2, der Bundesverfassung¹⁾ erlassenes Bundesgesetz hinsichtlich dessen etwas anderes bestimmt.

Das in dem genannten Artikel verheissene Gesetz zur Beseitigung der Doppelbesteuerung ist aber bisher noch nicht zu stande gekommen, obwohl im Jahre 1885 ein Versuch in dieser Richtung unternommen wurde. Die äussere Veranlassung dazu war die Petition einer Aktiengesellschaft. Infolgedessen wurde vom eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement ein Gesetzentwurf betreffend das Verbot der Doppelbesteuerung ausgearbeitet und den Kantonsregierungen vorgelegt. Unter Berücksichtigung der von diesen geäusserten Wünsche wurde dann der bundesrätliche Entwurf vom 6. Mai 1885 festgestellt. Darin wurde der Begriff der Doppelbesteuerung, wie sich derselbe in der Praxis der Bundesbehörden ausgebildet hatte, festgehalten, und im wesentlichen das bis dahin geltende Gewohnheitsrecht kodifiziert; nur bezüglich der Aktiengesellschaften wollte man weiter gehen²⁾. Als Doppelbesteuerung im Sinne des vorliegenden Entwurfs sollte demnach nur die Konkurrenz zweier kantonalen Steuergesetzgebungen mit bezug auf die Besteuerung des nämlichen Objektes angesehen werden. Das Gesetz wollte also nicht in die Kompetenz der

¹⁾ Siehe oben S. 218.

²⁾ Vergl. Bundesblatt 1885, S. 536.

einzelnen Kantone eingreifen; dagegen sollte das Erfordernis der effektiven Doppelbesteuerung fallen gelassen und Doppelbesteuerung als vorliegend angesehen werden, wenn die Gesetze zweier Kantone auf die Besteuerung desselben Objektes Anspruch machen, gleichviel ob die Steuer tatsächlich erhoben werde oder nicht.

Die Besteuerung der Aktiengesellschaften wurde im Art. 5 des genannten Entwurfs geregelt. Derselbe lautet:

«Kaufmännische und gewerbliche Unternehmungen sollen für ihr Vermögen und ihren Erwerb im Kanton der Geschäftsniederlassung, beziehungsweise nach zutreffendem Verhältnis in den Kantonen, wo sie Zweigniederlassungen oder Einrichtungen besitzen, besteuert werden.

Es haben jedoch die Mitglieder von Aktiengesellschaften den wirklichen Wert der Aktien oder Anteilsrechte bis zur Höhe des einbezahlten Betrages, beziehungsweise Dividenden bis zu 5 % dieses Betrages an ihrem persönlichen Wohnsitz zu versteuern.

Bei Berechnung der Vermögens- und Erwerbsteuer einer Aktiengesellschaft oder Genossenschaft am Gesellschaftssitze soll der wirkliche Wert der Aktien oder Anteilsrechte bis zur Höhe des einbezahlten Betrages, beziehungsweise eine Dividende bis zu 5 % dieses Betrages in Abzug gebracht werden.»

Zu diesem Artikel bemerkt die Botschaft des Bundesrates u. a.: «Der Bundesrat hat sich für die Nichtzulassung der gleichzeitigen Besteuerung von Aktiengesellschaft und Aktionär in bezug auf das Gesellschaftskapital als Ganzes und den auf das einzelne Mitglied entfallenden Anteil, den Aktienbetrag, sowie in bezug auf den Ertrag des Gesellschaftskapitals, beziehungsweise der Aktie (Dividende) entschieden. Er glaubt aber auch nicht, dass es billig und recht wäre, die eine Steuerhoheit mit Ausschluss der anderen anzuerkennen. Beide Kantone haben unseres Erachtens ein wirtschaftlich wohl begründetes Anrecht auf Besteuerung: derjenige, in welchem die gesellschaftliche Unternehmung ihr Geschäft betreibt, von dem für das geschäftliche Steuerdomizil überhaupt massgebenden Gesichtspunkte aus, und derjenige, in welchem der Aktionär wohnt und seine Aktiendividende geniesst, weil die Aktie ein leicht übertragbares Spekulationspapier ist, das seinem Inhaber wie einem Kapitalgläubiger einen mühelosen Erwerb verschafft, und es ihm nicht selten ermöglicht, an seinem Wohnsitz das Leben eines Rentners zu führen. Darum ist es gewiss ein Gebot der Billigkeit, die Konkurrenz der beiden Steuerhoheiten dadurch zu beseitigen, dass eine Teilung des Steuerobjektes vorgenommen und das-

selbe in dieser Weise zu zwei verschiedenen Objekten der Besteuerung gemacht wird¹⁾.»

Die Botschaft erwähnt dann noch, dass nach der Auffassung des Bundesrates in der Aktie das Element der Kapitalforderung überwiege und deshalb dem Wohnsitzkanton des Aktionärs der Hauptanteil der Steuer zugeschrieben worden sei, und sie schliesst mit den Worten: «Wir verhehlen uns nicht, dass unser Vorschlag auf energischen Widerstand stossen wird²⁾.»

Dieses sollte in der Tat der Fall sein, denn gerade der die Aktiengesellschaften betreffende Art. 5 war es, an dem schliesslich das Zustandekommen des Gesetzes scheiterte. Die folgenden Beratungen der eidgenössischen Räte ergaben nämlich vier abweichende Beschlüsse. Nur der erste Absatz des Art. 5, der sich aber gar nicht auf die Aktiengesellschaften bezieht, fand allgemeine Zustimmung. An Absatz 2 wurde zunächst die Höhe der steuerpflichtigen Dividende bemängelt und dieselbe auf 4 % beziehungsweise 3 % herabgesetzt³⁾. Dann aber wollte man es überhaupt den Kantonen überlassen, festzusetzen, «ob und wie die Aktien und Anteilscheine besteuert werden dürfen», und es desgleichen «der kantonalen Gesetzgebung überlassen, Aktien und Anteilscheine solcher gewerblichen und kaufmännischen Unternehmungen, welche aus irgend einem Grunde am Orte ihrer Geschäftsniederlassung nicht besteuert werden, zur Steuerpflicht heranzuziehen»⁴⁾. Auch Absatz 3 wurde entsprechend den Änderungen des zweiten Absatzes abgeändert und demgemäss die abzugsfähige Dividende auf 4 % herabgesetzt. Gleichzeitig wurde für den Fall, dass eine Aktiengesellschaft am Orte ihrer Niederlassung für Vermögen und Erwerb keine Steuern zu entrichten habe, dem Domizilkanton des Aktionärs die volle Besteuerung der Aktien und Dividenden zugestanden⁴⁾.

Da über diese Punkte keine Einigung erzielt werden konnte, musste der ganze Entwurf fallen. Tatsächlich aber war die Ursache dieses Misserfolges wohl nicht die Unmöglichkeit, sich über den Steueranteil, den man dem Wohnsitzkanton des Aktionärs, beziehungsweise dem Niederlassungskanton der Aktiengesellschaft zuscheiden wollte, zu einigen, sondern die vorgeschlagene Regelung der Aktiengesellschafts-

¹⁾ Botschaft des Bundesrats zu dem Gesetzentwurf betreffend das Verbot der Doppelbesteuerung. Bundesblatt, 1885, S. 551 ff.

²⁾ Botschaft des Bundesrats a. a. O., S. 553.

³⁾ Beschluss des Nationalrats vom 23. Dezember 1885 und Beschluss des Ständerates vom 27. April 1887, Beilage zum Bundesblatt Nr. 1, 1886 und Nr. 22, 1887.

⁴⁾ Beschluss des Nationalrates.

besteuerung wurde namentlich deshalb bekämpft, weil man in dem Art. 5, Abs. 3 und 4, einen Eingriff in die kantonale Steuerhoheit erblickte.

Bezüglich des Entwurfs darf hier vielleicht bemerkt werden, dass durch ihn die Steuerhoheit des Domizilkantons der Aktiengesellschaft in der Tat wohl zu stark eingeschränkt werden sollte. Die Beschränkung desselben auf eine Vermögenssteuer für den das Aktienkapital übersteigenden Teil des Gesellschaftsvermögens und auf eine Einkommenssteuer für die 5 % übersteigende Dividende erscheint im Vergleich zu der nicht selten starken Inanspruchnahme der zur Pflege der Kultur, Wohlfahrt und Sicherheit getroffenen kantonalen Einrichtungen und in der Erwägung der ebenfalls oft nicht geringen, mittelbar hervorgerufenen Belastung des kantonalen Etats durch Aktiengesellschaftsunternehmungen zu weitgehend. Die in der Botschaft angeführten Gründe rechtfertigen es kaum, dass der Wohnsitzkanton des Aktionärs den grösseren Teil der auf den Gesellschaftsanteil entfallenden Steuer empfängt; vielmehr war das Bestreben des Nationalrats und des Ständerats, dem *Domizilkanton* der Aktiengesellschaft einen *grösseren Anteil* der Steuer zu sichern, anscheinend wohlberechtigt.

Sechstes Kapitel.

Andere Vorschläge betreffend bundesgesetzliche Regelung der Aktiengesellschaftsbesteuerung.

Dem Bundesgesetzentwurf betreffend das Verbot der Doppelbesteuerung vom Jahre 1885 war durch ein im Jahre 1882 erlassenes Preisausschreiben des schweizerischen Juristenvereins vorgearbeitet worden, welches zwei gekrönte Preisschriften und eine mit einer ehrenvollen Anerkennung bedachte Schrift ergeben hatte. Die beiden Preisschriften tragen den Titel: «Kritische Darstellung der bundesrechtlichen Praxis betreffend das Verbot der Doppelbesteuerung und Vorschläge zur Regelung dieser Frage in einem gemäss Art. 46 der Bundesverfassung zu erlassenden Bundesgesetz», von Dr. E. Zürcher, beziehungsweise von Dr. F. Schreiber. Die andere Schrift ist betitelt: *Exposé critique de la jurisprudence fédérale en matière de double imposition suivi des propositions en vue du règlement de cette question par une loi fédérale conformément à l'article 46 de la Constitution de 1874*, par B. van Muyden.

Uns interessieren an dieser Stelle die in den zitierten Schriften gemachten Vorschläge nur, insofern sie die Besteuerung der Aktiengesellschaften, beziehungsweise der Aktionäre betreffen. Die Verfasser

kommen nämlich zu verschiedenen, auch von dem erwähnten Bundesgesetzentwurf abweichenden Vorschlägen.

In dem von Zürcher vorgeschlagenen «Bundesgesetz betreffend die Verhinderung der Doppelbesteuerung» wird der Aktiengesellschaften wie folgt gedacht: «Art. 6. Aktiengesellschaften können da besteuert werden, wo sie ihr Gewerbe betreiben. Die Kantone sind nicht gehalten, bei der Besteuerung der Mitglieder den Wert der Anteilscheine in Abzug zu bringen¹⁾.»

Schreiber dagegen schlägt in seinem Gesetzentwurf Art. 9 vor: «Aktiengesellschaften und andere Gesellschaften haben Liegenschaften und Gewerbe nach Massgabe der Art. 2 bis 4 (d. h. in dem Kanton, wo sich dieselben befinden) zu versteuern. Das übrige Vermögen unterliegt der Steuerpflicht da, wo sie ihren Sitz haben. Aktien und Anteilscheine in bezug auf juristische Personen (Aktiengesellschaften u. s. w.), welche in der Schweiz domiziliert sind, gelten deshalb nicht als steuerbares Vermögen des Eigentümers. Dagegen fallen derartige Anteilscheine in bezug auf solche juristische Personen, welche ausserhalb der Schweiz domiziliert sind, unter das steuerbare bewegliche Vermögen²⁾.»

Und van Muyden kommt zu folgendem Ergebnis: «Art. IX. Les porteurs d'actions d'une société anonyme, ou d'une société en commandite, ou d'une association, ne peuvent comme tels être imposés à leur domicile, du moment qu'ils établissent que la société dont ils font partie est déjà imposée là où elle a son siège social, si toutefois celui-ci est en Suisse³⁾.»

Keiner dieser Vorschläge kann befriedigen, und es ist wohl verständlich, warum der Bundesgesetzentwurf vom Jahre 1885 einen andern Weg zur Regelung der Aktiengesellschaftsbesteuerung suchte. Der Vorschlag Zürchers bedeutet gegenüber den bisherigen Zuständen nicht den geringsten Fortschritt, obwohl ein solcher gerade auf dem Gebiet der Aktiengesellschaftsbesteuerung von der Bundesgesetzgebung erwartet werden muss. Zürcher gestattet die Doppelbesteuerung im vollsten Umfange; wenigstens stellt er die gleichzeitige Besteuerung von Aktionär und Gesellschaft in das Belieben der einzelnen Kantone. Damit aber wird die Willkür, die beseitigt werden soll, geradezu sanktioniert. Demgegenüber sind die Vorschläge Schreibers und van Muydens entschieden vorzuziehen. Denn, wenn ihre Vorschläge auch einseitig das Domizil der Gesellschaft berücksichtigen,

¹⁾ Zürcher, a. a. O., S. 131.

²⁾ Schreiber, a. a. O., S. 268.

³⁾ van Muyden, a. a. O., S. 92.

so ist doch bei Befolgung derselben eine willkürliche steuerrechtliche Inanspruchnahme der Aktionäre ausgeschlossen. Zürchers Vorschlag lehnt sich an die Praxis des Bundesgerichts an, welches, wie erinnerlich, die gleichzeitige Besteuerung der Aktiengesellschaften und ihrer Aktionäre nicht als unzulässige Doppelbesteuerung ansieht. Dagegen finden die Vorschläge Schreibers und van Muydens in dem Schaffhauser Steuergesetzentwurf von 1879 ihr Vorbild ¹⁾. Die in diesem Entwurf vorgeschlagene Regelung der Aktiengesellschaftsbesteuerung fand in Schaffhausen zwar keinen Eingang, sie wurde aber in der Folge in Thurgau und in noch weiterem Umfange in Graubünden akzeptiert ²⁾. Die Entwicklung der Aktiengesellschaftsbesteuerung in der Schweiz während der letzten zwei Jahrzehnte hat jedenfalls gezeigt, dass auch die kantonale Steuergesetzgebung mit dem Vorschlag Zürchers, d. h. also mit der vom Bundesgericht sanktionierten Praxis der gleichzeitigen Besteuerung von Aktiengesellschaft und Aktionären nicht sympathisiert, sondern im Gegenteil bestrebt ist, einen gerechten Ausgleich zwischen der Steuerpflicht der Aktionäre und der Gesellschaft zu finden.

Infolgedessen hat es denn auch in den zwanzig Jahren, die seit dem gesetzgeberischen Versuch vom Jahre 1885, der am 27. April 1887 scheiterte, verfloßen sind, nicht an Anregungen und Bestrebungen gefehlt, den Bundesrat zu veranlassen, sich von neuem mit jener Materie zu befassen ³⁾, und es ist gewiss, dass die eidgenössischen Behörden das in Art. 46, Abs. 2, verheissene Gesetz nicht aus dem Auge gelassen haben, wenn es bisher auch noch nicht zu einer neuen Gesetzesvorlage gekommen ist. Eine solche erscheint aber unausbleiblich, insbesondere da im Jahre 1900 die Mehrzahl der Finanzdirektionen beschlossen, beim Bundesrat wegen Erlass eines «Bundesgesetzes wider Doppelbesteuerung» vorstellig zu werden. In ihrem Auftrag arbeitete Professor Speiser einen Entwurf zu einem «Bundesgesetz betreffend das Verbot der Doppelbesteuerung» aus, den sie nebst den Protokollen ihrer Beratung dem Bundesrat unterbreiteten ⁴⁾. Jedoch ist diese Eingabe bisher ohne Erfolg geblieben.

Speiser hatte bereits im Jahre 1886 einen ähnlichen, das Verbot der Doppelbesteuerung betreffenden Gesetzesentwurf veröffentlicht. Bei dieser Ge-

legenheit behauptete er, dass die gleichzeitige Besteuerung von Aktionär und Gesellschaft keine Doppelbesteuerung sei, denn Doppelbesteuerung verlange Identität des Steuerobjekts und diese fehle bei gleichzeitiger Besteuerung der Aktiengesellschaft und ihrer Aktionäre. «Sobald nämlich», sagt er, «auf den Charakter einer Steuer Rücksicht genommen wird, und eine wissenschaftliche Betrachtung des Steuerwesens wird hierzu verpflichtet sein, so kann eine Subjektsteuer niemals mit einer Objektsteuer zusammengezählt und eine Doppelbesteuerung gefunden werden; denn Ungleichartiges eignet sich nicht zur Addition. Nur Gleiches, nicht Ähnliches, kann zusammengezählt werden. Jedenfalls liegt hier nur eine scheinbare Doppelbesteuerung vor ¹⁾.» «Doppelbesteuerung verlangt Identität des Steuerobjekts, und diese fehlt durchaus bei gleichzeitiger Besteuerung von Gesellschaft und Aktionär ²⁾.»

Speiser kommt auf Grund dieser wohl etwas gesuchten Argumentation zu folgendem Vorschlag für die Besteuerung der Aktiengesellschaften: «Die gleichzeitige Besteuerung einer Aktiengesellschaft und der Aktionäre derselben gilt nicht als Doppelbesteuerung. Dagegen gelten für die Besteuerung einer Aktiengesellschaft, welche ausserhalb des Kantons, in dessen Gebiet ihr Gesellschaftssitz ist, Liegenschaften oder geschäftliche Niederlassungen hat, die Vorschriften dieses Gesetzes» (d. h. Steuerhoheit des Kantons, in dem sich die Liegenschaften etc. befinden) ³⁾.

Der in dem oben erwähnten jüngsten Gesetzentwurf Speisers enthaltene, die Aktiengesellschaften betreffende Artikel besagt wesentlich das Gleiche. Derselbe lautet: «Art. 8. Bezüglich der Steuerhoheit über Aktiengesellschaften, Kommanditaktiengesellschaften und Genossenschaften gelten die Vorschriften dieses Gesetzes (d. h. Steuerhoheit des Kantons, in welchem sich die geschäftliche oder gewerbliche Niederlassung befindet). Die gleichzeitige Besteuerung der genannten Gesellschaften und der Mitglieder derselben (Aktionäre, Genossen) für ihr in der Gesellschaft enthaltenes Vermögen und ihr aus derselben gezogenes Einkommen gilt nicht als Doppelbesteuerung ⁴⁾.»

¹⁾ Speiser: Das Verbot der Doppelbesteuerung, a. a. O., S. 13.

²⁾ Ebenda S. 28. Vergl. dazu die Kritik von Weber: Das Verbot der Doppelbesteuerung nach einer steuerrechtlichen Untersuchung des Herrn Dr. P. Speiser. Separatabdruck aus der Zeitschrift des bernischen Juristenvereins, Bern 1887.

³⁾ Ebenda S. 29.

⁴⁾ Speiser: Die Grundzüge eines Bundesgesetzes betreffend das Verbot der Doppelbesteuerung, a. a. O., S. 36. In seinem Referat auf dem schweizerischen Juristentag 1902, der die Frage des Verbots der Doppelbesteuerung auf Grund

¹⁾ Siehe oben S. 182.

²⁾ Siehe oben S. 179 und 181.

³⁾ Vergl. dazu Brodtbeck: Unser Bundesrecht in Doppelbesteuerungssachen. S. 68 ff. und S. 208.

⁴⁾ Speiser: Die Grundzüge eines Bundesgesetzes betreffend das Verbot der Doppelbesteuerung.

Damit ist den Kantonen das Recht der gleichzeitigen Besteuerung von Aktionär und Gesellschaft, wie es schon der Vorschlag Zürchers vorsah, prinzipiell zugestanden. Der Verfasser des Entwurfs verhehlt sich das auch keineswegs; er meint aber, dass, wenn man in der gleichzeitigen Besteuerung der Aktiengesellschaften und ihrer Aktionäre überhaupt eine Doppelbesteuerung erblicken wolle, es sich doch nicht in allen Fällen um eine bundesrechtlich unzulässige Doppelbesteuerung handeln könne. Gleichzeitig gibt er zu, dass eine Überlastung des in anonymen Erwerbsgesellschaften investierten Kapitals vorliegt, wenn die Gesellschaft selbst und ihre Teilhaber unter dasselbe Steuergesetz gestellt werden, ganz besonders bei der mechanischen Anwendung der Steuerprogression auf die Gesellschaften¹⁾. Unbedingt aber müssen wir Speiser beipflichten, wenn er sagt: «Wir erblicken die richtige Lösung der Aufgabe in der Ablehnung aller Ausnahmebestimmungen bezüglich der Besteuerung der Aktionäre und Genossen einerseits und in der Aufstellung eines Spezialsteuergesetzes für die anonymen Erwerbsgesellschaften andererseits. In unsern modernen direkten Steuern liegt eine sehr feine Entwicklung des Gedankens der Besteuerung der physischen Personen nach ihrer Leistungsfähigkeit: der Gedanke ist aber nicht ohne weiteres übertragbar auf die juristischen Personen; diese sind Kapitalassoziationen und Kapital ist nicht identisch mit Vermögen, Ertrag ist nicht identisch mit Einkommen. Will man die besonderen Verhältnisse der anonymen Erwerbsgesellschaften steuerrechtlich richtig behan-

des Speiserschen Entwurfs erörterte, bestritt Speiser wiederum, dass in der gleichzeitigen Besteuerung von Aktionär und Gesellschaft Doppelbesteuerung zu erblicken sei. Der Korreferent Borel antwortete darauf ganz zutreffend: «C'est un simple jeu de mots que de contester la double imposition en parlant d'Objektsteuer d'un côté et de Subjektsteuer de l'autre, d'autant plus qu'en fait c'est bien une Subjektsteuer qui est réclamée de l'actionnaire aussi bien que de la société.» Siehe Verhandlungen des schweizerischen Juristenvereins 1902, Zeitschrift für schweizerisches Recht, 1902, S. 661. — Gleichzeitig wurde bei diesen Verhandlungen zwar die Resolution angenommen: Der schweizerische Juristenverein hält den Erlass eines Bundesgesetzes gegen Doppelbesteuerung auf Grund des vorliegenden Entwurfs der kantonalen Finanzdirektoren für wünschbar (a. a. O., S. 684), bezüglich der Besteuerung der Aktiengesellschaften aber fand ein «Antrag Oberer» mehr Beifall. Derselbe lautete: «Die gleichzeitige Besteuerung der Gesellschaften und ihrer Mitglieder gilt nicht als Doppelbesteuerung, sofern die von den Gesellschaften erhobene Steuer nicht mehr als die Hälfte (bezw. die vom Gesetzgeber festzusetzenden Quote) der von physischen Personen erhobenen Steuer mit Ausschluss der Progression beträgt», a. a. O., S. 681.

¹⁾ Speiser: Die Grundzüge eines Bundesgesetzes u. s. w. a. a. O., S. 23.

deln, so kann es nur mittelst der Aufstellung besonderer Steuergrundsätze geschehen¹⁾.»

Diese Auffassung, die besonders neuerdings von berufener Seite eifrig vertreten wird²⁾, ist unseres Erachtens die allein richtige. Jeder Versuch, die Anwendung der allgemeinen persönlichen Steuern vom Vermögen und Erwerb auf die Aktiengesellschaften zu rechtfertigen, muss auf gekünstelte Begriffskonstruktionen und juristische Spitzfindigkeiten hinauslaufen. Die gleichzeitige Besteuerung von Aktiengesellschaft und Aktionär durch uneingeschränkte Ausdehnung desselben Steuersystems auf beide ist eben mehr als «ein Schönheitsfehler», sie ist «nichts Schlimmeres» als bitteres Unrecht³⁾. Gewiss ist, wie noch gezeigt werden soll, bei den Aktiengesellschaften eine besondere Steuerkraft vorhanden, aber dieselbe kann durch die allgemeinen Subjektsteuern von Vermögen und Erwerb nicht in geeigneter Weise in Anspruch genommen werden. Unser Wirtschaftsleben ist so kompliziert, dass die Subjektsteuern allein zur Verwirklichung der Prinzipien der allgemeinen und gerechten Besteuerung nicht ausreichen. Dazu ist ein System verschiedenartiger Steuern notwendig, bei welchem die eine Steuer ein Korrektiv der andern Steuern bildet, und in einem solchen Steuersystem darf eine spezielle Aktiengesellschaftssteuer nicht fehlen. Denn auf die Aktiengesellschaften müssen, dem Wesen dieser Korporationen entsprechend, besondere Steuergrundsätze Anwendung finden, und es soll versucht werden, dieselben im folgenden Abschnitt zu entwickeln. Gelingt dieses, dann muss die Aktiengesellschaftsbesteuerung in diesem Sinne auch bundesrechtlich geregelt werden können, und es genügt nicht, wenn, wie in dem Entwurf Speisers, nur der negative Satz ausgesprochen wird, dass die gleichzeitige Vermögens- und Erwerbsbesteuerung der Aktiengesellschaften und ihrer Aktionäre nicht als Doppelbesteuerung gilt.

¹⁾ Speiser: Die Grundzüge eines Bundesgesetzes u. s. w. a. a. O., S. 25.

²⁾ So u. a. Fr. J. Neumann schon seit einer Reihe von Jahren in seinen Vorlesungen und jetzt auch in dem Aufsatz: Die Aktien- und ähnliche Gesellschaften etc. a. a. O., S. 632, desgl. Fuisting: Einkommensbesteuerung der Zukunft, S. 13, und Strutz bei Besprechung des Fuistingschen Werkes: Die direkten Steuern, Verwaltungsarchiv XI, S. 488, ferner Dinglinger: Einkommensbesteuerung der Aktiengesellschaften in Preussen und Baden, S. 155. Vergl. auch die Bestrebungen der Zürcher Handelskammer oben S. 198.

³⁾ von Mayr: Zur Reform der Einkommensbesteuerung, Verwaltungsarchiv XII, S. 104, sagt, er könne in der Anwendung der Einkommensteuer auf die Aktiengesellschaften «nichts Schlimmeres als einen Schönheitsfehler» finden.

II. Abschnitt.

Vorschläge bezüglich der Besteuerung der Aktiengesellschaften im allgemeinen.

Erstes Kapitel.

Begründung der Steuerpflicht der Aktiengesellschaften.

Schon bei der Darstellung der Besteuerung der Aktiengesellschaften in den einzelnen Kantonen (I. Teil, besonders S. 172 ff.), namentlich aber in dem speziell der Kritik der kantonalen Aktiengesellschaftsbesteuerung gewidmeten Kapitel (S. 213 ff.) wurde zu zeigen versucht, dass die Heranziehung der Aktiengesellschaften zu persönlichen Steuern nicht nur wenig empfehlenswert, sondern kaum zu rechtfertigen ist. Der Personalsteuernpflicht genügen die Aktionäre, und wenn man eine Scheidung macht, d. h. die Gesellschafter für die von der Gesellschaft versteuerten Vermögensobjekte und Einkommensteile nicht besteuert, wird das Prinzip der einheitlichen Veranlagung und Belastung der Einzelnen nach ihrer im Gesamtvermögen und -einkommen zum Ausdruck kommenden Leistungsfähigkeit durchbrochen. Es bleibt also nach dem oben schon Ausgeführten nur noch zu entscheiden, ob es gerecht ist, die Aktiengesellschaften neben den Aktionären etwa noch zu einer Spezialsteuer heranzuziehen.

Es können dafür zum Teil dieselben Gründe geltend gemacht werden, welche bei der Verteidigung der Personalsteuernpflicht der Aktiengesellschaften immer angeführt werden, nämlich vor allem jene Gründe fiskalischer Zweckmässigkeit, denen zufolge die unmittelbare Besteuerung der Aktiengesellschaften deshalb gefordert wird, weil sonst ein grosser Teil der *Dividenden* sich der Besteuerung durch das bezügliche Gemeinwesen (Heimatstaat, -stadt oder Kanton) entzieht und der *andere* Teil im Inland sich verflüchtigt. Die Bedeutung dieser Gründe ist gewiss nicht zu verkennen, denn die Sicherung des Steuerertrags ist sowohl im Interesse der Finanzen als auch der Steuerpflichtigen durchaus geboten. Dennoch sind es wesentlich andere Gründe, die uns veranlassen, eine Sonderbesteuerung der Aktiengesellschaften zu befürworten, da jenes Ziel der Sicherung des Steuerertrages auch durch Ausdehnung der allgemeinen Vermögens- und Erwerbssteuer auf jene Gesellschaften erreicht werden könnte. Zur Rechtfertigung einer besonderen Besteuerung der Aktiengesellschaften neben der uneingeschränkten persönlichen Besteuerung der Aktionäre glauben wir vielmehr vorzugsweise auf die Vorteile hinweisen zu müssen,

welche die Gesamtheit der Aktionäre durch die Aktiengesellschaft seitens des Staates geniesst, sei es durch besondere staatliche Leistungen (1), sei es durch eine sichtlich über das gewöhnliche Mass hinausgehende Inanspruchnahme der bestehenden öffentlichen Einrichtungen und Anstalten (2). Die Staatsgewalt, welche die zur Erhaltung und Förderung des gesamten Wirtschaftslebens notwendigen Massnahmen trifft, muss die dazu notwendigen Mittel von der Gesamtheit, unter gerechter Belastung nach der Steuerfähigkeit, einfordern. Sofern aber diese Darbietungen der öffentlichen Gemeinschaft, also des Staates oder der Gemeinde, eine besondere Leistung für den Einzelnen oder für einen bestimmten Personenkreis bedeuten, bilden sie, wie allgemein anerkannt, die Voraussetzung einer durchaus berechtigten speziellen Steuerforderung. Dieses ist nun bei der Aktiengesellschaft der Fall, und zwar sind, wie erwähnt, sowohl Sonderleistungen (1), wie die weitgehende, das gewöhnliche Mass sichtlich übersteigende Inanspruchnahme der bestehenden Einrichtungen (2) zu berücksichtigen.

1. Als Sonderleistung dieser Art kommt namentlich die jenen Gesellschaften verliehene Vorzugsstellung in Betracht, die durch das Aktienrecht gewährleistet wird. Letzteres ist, wie schon bemerkt, in der Schweiz besonders liberal; hat doch «die Leichtigkeit, mit der Aktiengesellschaften begründet werden können», bereits dazu geführt, dass «vielfach Unternehmungen, deren Geschäftskreis vollständig im Ausland liegt, ihren Sitz in der Schweiz sich wählten»¹⁾. Als besonderer Vorzug des Aktienrechts ist die limitierte Haft zu erwähnen, welche für die Aktionäre als Unternehmer von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Durch die beschränkte Haftpflicht, verknüpft mit unbegrenzten Gewinnaussichten, wird die wirtschaftliche Kraft des Einzelnen entschieden gestärkt und die Unternehmer einer Aktiengesellschaft sind in dieser Hinsicht dem Privatunternehmer immer überlegen.

Ein weiterer Vorzug, der die Aktiengesellschaft vor anderen Unternehmungsformen auszeichnet, tritt schon bei ihrer Entstehung in Erscheinung. Das Grundkapital der Aktiengesellschaft wird bekanntlich in Anteile zerlegt, und diese Aktien genannten Anteile ermöglichen es weiten Kreisen, sich mit einer verhältnismässig geringen Einlage an grossen Unternehmungen zu beteiligen. Infolgedessen ist bei der Gründung von Aktiengesellschaften die Kapitalbeschaffung, namentlich dort, wo, wie in der Schweiz, das Gesetz

¹⁾ von Waldkirch: Zur Revision des schweizerischen Aktienrechts. Monatsschrift für Handelsrecht und Bankwesen 1904, S. 236.

keinen Minimalbetrag der Aktien vorschreibt, mit wenig Schwierigkeiten verknüpft. Und ebenso wie durch die Gestattung geringer Aktienbeträge, wird die Gründung von Aktiengesellschaften durch die Zulassung von *Inhaberaktien* begünstigt.

Die « au porteur » lautende Aktie gehört, wie der Name schon andeutet, zu den Inhaberpapieren und sie weist alle Vorzüge derselben auf. Die Übertragung der durch Übernahme eines Anteils des Grundkapitals der Gesellschaft gegenüber begründeten Rechte und Pflichten erfolgt durch einfache Übergabe der Aktienurkunde, und der Besitzer derselben ist zur Ausübung der Aktienrechte ohne weiteres legitimiert. Das hat dazu beigetragen, dass die Inhaberaktie ein Spekulationsobjekt geworden ist, wie es kein zweites gibt. Die Belastung derselben mit dem *Emissions-* und *Transmissionsstempel* kann nicht als Sonderbesteuerung der Aktiengesellschaft angesehen werden, da ersterer nur eine einmalige Abgabe ist und von letzterer direkt die Gesellschaft gar nicht getroffen wird. Ausserdem belasten diese Abgaben nicht nur Aktien, sondern auch die meisten andern Wertpapiere.

Mittelst der Inhaberaktie kann der Kapitalist sein Geld jederzeit vorteilhaft anlegen und es eben so schnell wieder flüssig machen. Will er aber seine Aktien nicht veräussern, um im Genuss der reichen Dividenden zu bleiben, so kann er sie lombardieren und auf diese Weise erhält er, ohne seine Gesellschaftsrechte zu verlieren, die Mittel zu neuen Spekulationen. Wie schwer wird es dagegen in der Regel dem Teilhaber irgend einer andern Unternehmung, sein Kapital zurückzuziehen, und wie schwierig ist es gar für den Privatunternehmer, sein Geschäft mit dem gesamten Zubehör an Mobilien und Immobilien zu veräussern! Verwandelt er dagegen sein Unternehmen in eine Aktiengesellschaft, so kann er seine Anteile leicht ganz oder teilweise realisieren.

2. Aus der Möglichkeit, durch Vereinigung kleiner Kapitalien grosse Unternehmungen ins Leben zu rufen, ergibt sich auch die erwähnte, über das gewöhnliche Mass weit hinausgehende Inanspruchnahme der öffentlichen Institutionen. Die Aktiengesellschaft nimmt als solche in hervorragendem Umfange an den Erwerb ermöglichenden Einrichtungen des Staates teil. Es sind da zu nennen: der Rechtsschutz, der militärische Schutz, die diplomatische Vertretung, die handelspolitischen Verträge, die Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrtspflege und die von jeder öffentlichen Gemeinschaft errichteten Anstalten des Bildungs-, Unterrichts-, Armen- und Gesundheitswesens. Man denke nur an die in Aktienunternehmen tätigen Arbeiterscharen mit ihren Angehörigen, welche durch Inanspruchnahme der zuletzt genannten Einrichtungen

die Budgets, besonders der kleineren Gemeinwesen, wie Kantone und Kommunen, oft auf das unerträglichste belasten! Die Aktiengesellschaft aber ist es, welche einerseits diese Belastung veranlasst und der anderseits die Gesundheit, Bildung u. s. w. der Arbeiterschaft zu gute kommt. An allen diesen Einrichtungen hat die Aktiengesellschaft also ein weitgehendes Interesse, ein Interesse, welches eben dadurch hervorgerufen wird, dass sie anonyme Erwerbsgesellschaft ist und welches weder der einzelne noch die Vielheit der Aktionäre sonst haben würde. Zwar dienen alle jene Einrichtungen und Anstalten zunächst dem Gesamtinteresse des Staates und der Bevölkerung, aber sie dienen der Aktiengesellschaft nicht nur in demselben Masse wie einzelnen physischen Personen, sondern in weit höherem Grade.

Nach alledem erscheint es uns durchaus begründet, dass die Aktionäre durch die Aktiengesellschaft einen *Sonderbeitrag* zu den öffentlichen Lasten entrichten sollen, als Äquivalent für die Sonderleistungen des Staates und für die grössere Nutzniessung der genannten Einrichtungen. Es dürfte diese Forderung um so mehr berechtigt sein, als die finanzielle Leistungsfähigkeit der Aktiengesellschaft durch den wirtschaftlichen Einfluss der oben genannten Einrichtungen zum Teil erst hervorgerufen, zum Teil besonders entwickelt und gestärkt wird. «Denn der Staat ist», wie Eheberg ganz mit Recht sagt, «ein unentbehrlicher Faktor bei jeder volkswirtschaftlichen Produktion. Wenn so durch die Tätigkeit des Staates die Privatwirtschaft sich entwickelt, so ist es nur logisch, dass der Staat auch ihre Mitwirkung in der Form der Steuerentrichtung beansprucht¹⁾.» Es dürfte demnach wohl keinem Zweifel unterliegen, dass auch eine Besteuerung der Aktiengesellschaften durchaus geboten ist, und zwar nicht nur, weil jene Gesellschaften Kosten provozieren, sondern auch, weil die Kapitalkonzentration eine erhöhte Leistungsfähigkeit im Gefolge hat, welche nicht bei den einzelnen Aktionären, sondern bei der Aktiengesellschaft zum Ausdruck kommt. Darum kann auch eine dementsprechende angemessene Belastung der bei Aktiengesellschaften beteiligten physischen Personen nur durch unmittelbare Besteuerung der in Rede stehenden Gesellschaften stattfinden. —

Gegen diese Begründung, welche die Ausdehnung der subjektiven Steuerpflicht auf die Aktiengesellschaft mit dem Hinweis auf die vom Staate jenen Gesellschaften gewährten Sonderleistungen zu rechtfertigen sucht, könnte nun freilich eingewandt werden,

¹⁾ Art.: «Steuer», Handwörterbuch der Staatswissenschaften.

dass unter der Herrschaft des schweizerischen Obligationenrechts ein Teil jener Sonderleistungen eher Ausfluss der bundesstaatlichen als der kantonalen Tätigkeit sei ¹⁾. Gründung, Tätigkeit und Auflösung der Gesellschaft — so könnte man sagen — vollziehen sich im Rahmen der eidgenössischen Gesetzgebung. Die Entstehung der Aktiengesellschaften ist weder von der Genehmigung des betreffenden Kantons abhängig, noch an die Erfüllung gewisser kantonalen Vorschriften gebunden. Nicht der Kanton gewährt den Aktiengesellschaften Sonderrechte, sondern die Eidgenossenschaft. Und diese erlangt daher auch die Berechtigung, eine besondere Steuerleistung von den Aktiengesellschaften zu fordern.

Indessen darf man mit solchen Einwänden nicht zu weit gehen. Aus dem Gesagten mag sich immerhin die Forderung ergeben, dass der Bund, ebenso wie er die privatrechtlichen Verhältnisse der Aktiengesellschaften geordnet hat, auch die steuerrechtliche Behandlung dieser Gesellschaften normieren soll; daraus folgt aber nicht notwendig, dass alsdann auch der Eidgenossenschaft das Bezugsrecht auf diese Steuer zustehen muss. Dieses steht vielmehr gemäss der den Gliedern der Eidgenossenschaft verfassungsmässig zugesicherten Steuerhoheit ausschliesslich den Kantonen zu. Dagegen ist der Bund, wie allgemein anerkannt, wohl befugt, auf Grund des oben zitierten Art. 46, Abs. 2, der Bundesverfassung (S. 218), eine einheitliche Regelung der Aktiengesellschaftsbesteuerung herbeizuführen, wie dieses ja auch schon durch den mehrfach erwähnten Entwurf eines Bundesgesetzes betreffend das Verbot der Doppelbesteuerung vom Jahre 1885 vorgesehen war. Durch ein solches Gesetz würde sowohl den Interessen der Kantone, wie der Aktiengesellschaften gedient werden. Zurzeit ist jeder Kanton noch gezwungen, gerade in betreff der Aktiengesellschaften Rücksicht auf die Steuergesetzgebung der anderen Kantone zu nehmen, um jene Gesellschaften nicht zur Verlegung ihres Domizils zu veranlassen oder Neugründungen zurückzuhalten. Die Gesellschaften aber wären einer einheitlichen Behandlung gewiss und sie könnten ihre Niederlassung ohne Rücksicht auf die Steuergesetzgebung wählen.

Die Sonderbesteuerung der Aktiengesellschaften wurde auch mit der weit über das gewöhnliche Mass hinausgehenden Inanspruchnahme der öffentlichen Institutionen begründet. Dagegen liesse sich einwenden, dass diese Motivierung höchstens für die Heranziehung der Aktiengesellschaften zur Gemeindesteuer in Betracht kommen könne, da die oben genannten Ein-

richtungen und Anstalten meist kommunalen Charakters sind. Darauf ist aber zu erwidern, dass dieser Grund gewiss vorzugsweise für kleinere Gemeinwesen Geltung hat, doch «zeigt es sich so ziemlich überall in der modernen Kulturwelt, dass immer mehr finanzielle Lasten für Einrichtungen und Anstalten der Kultur- und Wohlfahrtspflege ganz vom Staate übernommen und auch vielfach den Gemeinden, zu deren Tätigkeitsgebiet sie früher gehörten, abgenommen worden sind oder dass, wo sie den Gemeinden verblieben oder von ihnen übernommen wurden, ihnen die Finanzlasten dafür vom Staate abgenommen oder wenigstens zur Deckung dieser Lasten staatliche Beiträge gewährt worden sind» ¹⁾. In Anbetracht der auch in der Schweiz sich nach dieser Richtung hin immer mehr ausdehnenden Staatstätigkeit kann jener Grund also auch mit Recht für die Staatsbesteuerung der Aktiengesellschaften geltend gemacht werden, ganz abgesehen davon, dass ein grosser Teil jener Einrichtungen ausschliesslich kantonalen Charakters ist.

Zweites Kapitel.

Vorschlag einer Aktiengesellschaftssteuer.

Es handelt sich bei den der Aktiengesellschaft zu gute kommenden Staatseinrichtungen sowohl um Sonderleistungen wie um Allgemeinleistungen. Die Rechtspflege z. B. bedeutet eine Leistung für die Gesamtheit, an welcher auch die Aktiengesellschaft teilnimmt, und zwar nicht nur bei Gelegenheit eines einzelnen Rechtsstreites, dessen Kosten auch durch Gebühren gedeckt werden könnten, sondern weit darüber hinaus. Denn durch das Vorhandensein der richterlichen Gewalt werden Rechtsverletzungen und Rechtsstreitigkeiten verhütet. Und gerade dieses Bereitsein zu gunsten der Allgemeinheit erheischt auch allgemeine finanzielle Leistungen. Diesen genügt mit Rücksicht auf die Aktiengesellschaft nicht schon der einzelne Aktionär, denn die Aktiengesellschaft geniesst vielleicht den Rechtsschutz einer Staatsgewalt, welcher der Aktionär unmittelbar gar keine Steuern entrichtet.

Insofern aber der Staat im Rechtsleben durch die Aktiengesetzgebung Sonderleistungen bietet, ist ebenfalls eine Steuerforderung begründet. «Denn da der Staat auf Kosten anderer niemand etwas schenken darf, muss er in erster Linie darauf ausgehen, dass, wer besondere Kosten verursacht oder aus Anstalten oder Massnahmen des Staates besonderen Gewinn

¹⁾ Vergl. Vogt: Gutachten betreffend die Einführung der Progressivsteuer und einer besonderen Besteuerung der Aktiengesellschaften im Kanton Basellandschaft, 1882.

¹⁾ A. Wagner: Die finanzielle Mitbeteiligung der Gemeinden an kulturellen Staatseinrichtungen. 1904. S. 4.

zieht, nach Verhältnis dieser Kosten und Vorteile, Grundsätzen gerechten Entgelts entsprechend zahlt, d. h. eben nach Wert und Kosten der Gegenleistung zu Leistungen herangezogen werde, bevor dem öffentlichen Interesse entsprechenden Grundsätzen gerechten Opferausgleichs gefolgt wird¹⁾.» Sonderleistungen gegenüber kann also immer nur das Prinzip der Besteuerung nach Leistung und Gegenleistung oder der Interessebelastung angewandt werden. Dieses Prinzip ist, wie Fr. J. Neumann dargetan hat²⁾, auch heute noch berechtigt, nämlich überall da, wo der persönliche Vorteil in den Vordergrund tritt; dagegen ist die Besteuerung nach «Leistung und Gegenleistung» nicht angebracht, wenn es sich um Allgemeinleistungen handelt, und solche kommen, wie schon erwähnt, auch für die Aktiengesellschaften in Frage. Denn «die Anstalten für die Wehrhaftigkeit, ebenso wie die Anstalten für die Rechtspflege und Polizei, sind notwendige Elemente des Staatswesens, deren Entwicklung für die Verhältnisse eines zivilisierten Volkes den Gemeinschaftscharakter derart angenommen hat, dass sie den Grundsatz von Leistung und Gegenleistung in der Hauptsache ausschliessen»³⁾. Gegenüber diesen Allgemeinleistungen regelt sich also die Steuerpflicht nicht nach den Grundsätzen der kommutativen, sondern nach denjenigen der distributiven Gerechtigkeit, die bei Verteilung der Steuerlast auch die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen berücksichtigt.

Damit aber haben wir die auf die Besteuerung der Aktiengesellschaften anzuwendenden Prinzipien gefunden, und es ergibt sich die Forderung, die Aktiengesellschaften sowohl nach dem Interesse, wie nach der Leistungsfähigkeit zu besteuern. Gegen letztere Forderung können zwar erhebliche Bedenken geltend gemacht werden, aber dennoch ist eine Belastung nach der Leistungsfähigkeit nicht unmöglich, und die jährlich zur Verteilung gelangende Dividende ist ein ziemlich zuverlässiger Gradmesser derselben. Es muss auch im Interesse der Aktiengesellschaften selbst liegen, wenn der Fiskus in guten Geschäftsjahren einen grösseren Anteil nimmt, in schlechteren Jahren aber sich auf ein Minimum beschränkt. Ganz kann er natürlich nie verzichten; denn gerade in den Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs sind die Ansprüche, welche an die Einrichtungen der Arbeiterfürsorge und Armenpflege gestellt werden, besonders

hoch. Es entspricht ja auch dem Prinzip der Interessebelastung, dass ohne Rücksicht auf gute oder schlechte Geschäftsergebnisse eine dauernd gleichbleibende Steuer zu entrichten ist.

Man glaube aber nun nicht, dass etwa das eine Glied der Aktiengesellschaftssteuer vom Staat und das andere von der Gemeinde in Anspruch genommen werden soll, weil vielleicht die Einrichtungen zur Erfüllung des Rechts- und Machtzweckes vom Staate und die des Wohlfahrtszweckes von den Gemeinden übernommen werden. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass dieses nur teilweise der Fall ist; denn Staats- und Gemeindetätigkeit greifen so vielfach ineinander, dass nicht einmal eine breite Grenze zwischen beiden gezogen werden kann.

Es ist also auf die Aktiengesellschaften eine zweigliedrige Steuer anzuwenden, durch die sowohl das Prinzip der Besteuerung nach dem Interesse wie nach der Leistungsfähigkeit verwirklicht wird. Damit ist gleichzeitig gesagt, dass für das eine Glied ein proportionaler und für das andere ein progressiver Steuerfuss in Betracht kommt¹⁾. Als Grundlage dieser Gesellschaftssteuer kommt entweder der Ertrag, das Vermögen oder der Umfang des Geschäfts, bemessen nach gewissen äusseren Merkmalen, in Frage.

Soll der *Ertrag* das Steuerobjekt sein, so dürfte wohl nur der Reinertrag, le produit net, in Betracht gezogen werden, weil dieser das einzige Merkmal der Steuerfähigkeit der Gesellschaft ist. Der Rohertrag ist zwar auch ein Steuermerkmal, er bildet aber jedenfalls keinen Massstab für die Leistungsfähigkeit der

¹⁾ Da die progressive Besteuerung der Aktiengesellschaften noch vielfach bekämpft wird, sei an dieser Stelle auf den amerikanischen Finanzschriftsteller Carter Adams verwiesen, der dieselbe in seinem Werk: «The Science of Finance», New York 1899, ebenfalls für die Vereinigten Staaten fordert, wo die Aktiengesellschaften gewiss eine grosse Bedeutung haben und vielfach ähnliche Steuersysteme wie in den schweizerischen Kantonen bestehen. Er sagt a. a. O., S. 466: «It seems natural to conclude that the rate of taxation as between corporations ought to be adjusted in harmony with their differential profits; which means that the theorie of progressive taxation should control the adjustment of rates when applied to corporations. There are moreover special reasons why many corporations should be taxed progressively. In case of quasi public industries the State should share with the companies in the constantly increasing value of the franchise with its grants. In many corporations, also, the increment of traffic accrues as the result of social growth and cannot be taken away by the competition of new industries, while the rate of profit on this increased traffic tends to increase because operating expenses do not expend in like proportion. It thus appears that in the case of a purely industrial monopoly there does accrue an «unearned increment» which varies in amount as between corporations with their age, their location and their past fiscal history; and it is certainly just that the rate of taxation should vary with the more or less advantageous situation of the corporation in question.»

¹⁾ Fr. J. Neumann: Die Aktien- und ähnliche Gesellschaften, a. a. O. S. 62.

²⁾ Derselbe: Die progressive Einkommenssteuer, S. 58.

³⁾ G. Cohn: Die Einkommensteuer im Kanton Zürich. Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik. Neue Folge Bd. 1, S. 223.

Gesellschaften. Es kann deshalb für das eine Glied der Gesellschaftssteuer, durch welches das Prinzip der Leistungsfähigkeit verwirklicht werden soll, allein der Reinertrag als Steuerobjekt Berücksichtigung finden. Natürlich darf nicht der absolute, sondern nur der relative Reinertrag als Grundlage für die Steuerleistung der Aktiengesellschaft dienen, d. h. der Ertrag muss in Beziehung zum Aktienkapital gesetzt werden, da die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft sich erst aus dem Verhältnis zwischen Reinertrag und Anlagekapital ergibt. Denn es ist selbstverständlich, dass eine Erwerbsgesellschaft, die mit einem Aktienkapital von einer Million arbeitet und einen Reingewinn von Fr. 100,000 aufweist, leistungsfähiger ist, als eine solche, die bei gleichem Gewinn das doppelte Kapital besitzt. In den Ausführungsbestimmungen bedarf es ausserdem besonderer Vorschriften für die Ermittlung des Reinertrags. Insbesondere ist festzustellen, inwieweit Abschreibungen gestattet sind, Dotierungen der Reservefonds steuerfrei bleiben und in welchem Umfange Tantiemen zu den Verwaltungskosten zu rechnen sind. Eine besondere Berücksichtigung verdienen, wie dieses zum Teil ja auch schon geschieht, die Gesellschaften, welche ihre Erwerbstätigkeit vorwiegend ausserhalb des Kantons ausüben, und dem entsprechend sind die einer Aktiengesellschaft aus Aktienbesitz zufließenden Dividenden nicht ohne weiteres dem steuerpflichtigen Reinertrag zuzuzählen, da davon die Gesellschaftssteuer bereits entrichtet wurde. —

Als Steuerobjekt kann ferner das *Vermögen* der Gesellschaft dienen. Dabei entstehen aber Zweifel, was als Gesellschaftsvermögen anzusehen, beziehungsweise wie dasselbe festzustellen ist. Das nächstliegende steuertechnische Hilfsmittel zur Feststellung desselben ist das Aktienkapital. Diesen Weg hat man in manchen Kantonen gewählt, er führt aber, wie wir oben sahen ¹⁾, zu allerhand Unzuträglichkeiten. Zudem erhebt sich die Frage, ob für die Ermittlung des Gesellschaftsvermögens der Nominalwert oder der Kurswert massgebend sein soll. Letzteres mag nicht unberechtigt erscheinen; denn die Börse hat in ruhigen Zeiten immer ein feines Gefühl für die Vermögenslage einer Unternehmung. Aber abgesehen davon, dass dieser Massstab für diejenigen Gesellschaften allein in Betracht kommen kann, deren Aktien an der Börse eingeführt sind, scheint es nicht ratsam, die Steuerveranlagung eines Unternehmens von Börsenspekulationen abhängig zu machen. Wollte man aber nur den Nennwert des Aktienkapitals der Besteuerung zu Grunde legen, so würde zweifelsohne in den mei-

sten Fällen das Vermögen entweder zu gering angenommen oder zu hoch geschätzt werden. Schwierig ist auch zu entscheiden, wie das Obligationenkapital behandelt werden soll. Gesellschaftsvermögen ist es nicht; ein Schuldabzug aber erscheint den Aktiengesellschaften gegenüber nicht berechtigt. «Denn sind dieselben gar nicht Personen, sondern nur zu diesem oder jenem Zwecke getroffene Einrichtungen, so zersieren ihnen gegenüber auch alle jene Gründe, die es geboten erscheinen lassen, wirklichen Personen einen Abzug dieser Art zu gestatten ¹⁾.» Nicht weniger schwierig ist zu entscheiden, ob das nichteinbezahlte Kapital ebenfalls zum Vermögen gerechnet werden soll, und Ähnliches gilt hinsichtlich der Reservefonds.

Nun wäre allerdings noch die Möglichkeit vorhanden, das Gesellschaftsvermögen durch Ermittlung des Wertes der einzelnen Vermögensstücke festzustellen. Allein damit geht man jenen Schwierigkeiten, die die Frage der steuerrechtlichen Behandlung des Obligationenkapitals, des nichteinbezahlten Kapitals u. s. w. bietet, nicht aus dem Wege. Es erscheint daher zweckmässig, das Gesellschaftsvermögen überhaupt nicht als Steuerobjekt ins Auge zu fassen. Denn soll dasselbe die Grundlage bilden, um die Gesellschaft nach ihrer vermutlichen Leistungsfähigkeit zu besteuern, indem man letztere nach der in ihrem Vermögen zum Ausdruck kommenden Erwerbsmöglichkeit bemessen will, so ist zu beachten, dass gerade bei Aktiengesellschaften die Erwerbsfähigkeit gar nicht im Gesellschaftsvermögen zum Ausdruck kommt. Ein solcher Besteuerungsmodus begünstigt und verstärkt die bei jenen Gesellschaften ohnehin vorhandene Neigung, den wachsenden Kapitalbedarf nicht durch Vermehrung des Aktienkapitals, sondern durch Ausgabe von Obligationen und übermässige Heranziehung von Depositen u. dgl. zu befriedigen. Damit ist die Gefahr verbunden, dass das eigene Kapital in der Unternehmung gegenüber dem fremden Kapital überhaupt ganz zurücktritt, was namentlich in Zeiten wirtschaftlicher Krisen höchst bedenklich ist.

Soll das Vermögen aber den Massstab für die *Interessebelastung* bilden, so erscheint dasselbe ebenfalls als durchaus nicht dazu geeignet, da die Sonderleistungen des Staates gegenüber der Aktiengesellschaft am allerwenigsten in einem Verhältnis zu dem Gesellschaftsvermögen stehen, ganz abgesehen von der gleichen Gefahr übermässiger Heranziehung fremden Kapitals. Die Sonderleistungen des Staates, beziehungsweise die Nutzwirkung der von den Aktiengesellschaften in besonders hohem Masse in Anspruch

¹⁾ Siehe oben S. 219 f.

¹⁾ Fr. J. Neumann: Die Aktien- und ähnliche Gesellschaften etc., a. a. O., S. 627.

genommenen Anstalten und Einrichtungen desselben stehen vielmehr regelmässig in viel engerer Beziehung zu dem Umfang des Unternehmens als zur Höhe des Aktienkapitals oder des gesamten Vermögens. Besonders auch deshalb, weil sowohl Aktienkapital wie Gesamtvermögen oft nur einen geringen Teil des tatsächlich verbenden Kapitals der Aktiengesellschaft bilden.

Fragen wir nun, nach welchen Merkmalen der Betriebsumfang festgestellt werden soll, und wie unmittelbar nach diesen die Steuer bemessen werden kann!

Als solche Steuermerkmale, welche geeignet wären, die Grundlagen für die Steuerbemessung abzugeben, könnten in Betracht kommen bei vielen Gewerben die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Beamten, bei Konsumvereinen, Warenhäusern u. dgl. der Jahresumsatz, bei Brauereien, Käsereien und Molkereien die Menge der verarbeiteten Rohstoffe oder der hergestellten Erzeugnisse, bei Webereien und Spinnereien die Anzahl der Webstühle und Spindeln u. s. f. Die Besteuerung nach solchen Gesichtspunkten würde ein reichgegliedertes Schema erfordern und dennoch bliebe eine nicht geringe Zahl von Unternehmungen übrig, bei denen es an äusserlich erkennbaren Steuermerkmalen der genannten oder ähnlicher Art überhaupt fehlen würde.

Leichter freilich als diese umständliche Klassifizierung ist die Berücksichtigung eines anderen Merkmals des Betriebsumfangs, nämlich die Steuerbemessung nach der Grösse des Betriebskapitals. Legt man dieses der Besteuerung zu Grunde, so wird die Richtigkeit und Verhältnismässigkeit der Steuer viel eher als durch jedwede anderen Steuermerkmale gewährleistet. Ebenso wie der Reinertrag der geeignetste Massstab für die Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit ist, so erscheint das Betriebskapital als die geeignetste Grundlage für die Verwirklichung der Interessebelastung. Denn die Aktiengesellschaft ist vorzugsweise eine Kapitalgesellschaft, und dem Entgeltsprinzip wird gerade bei Berücksichtigung des in einem Unternehmen tätigen Kapitals am ehesten entsprochen. Liegt es doch im Wesen der Aktiengesellschaft, dass das gesamte verbende Kapital das beste Kennzeichen für den Umfang des Betriebes ist. Sie ist ja in vielen Fällen gegründet worden, um Kapital zusammenzubringen, und in dem Masse, in dem sie mit Kapital arbeitet, nimmt sie auch die Leistungen des Staates in Anspruch. Die Grossbank mit ihrem Beamtenstab unterscheidet sich hierin nicht von der Industriegesellschaft mit ihrer grossen Arbeiterschaft. Der Grad der Inanspruchnahme der Anstalten und Einrichtungen des Staates ist wesentlich

der gleiche, nur die Form ist verschieden¹⁾. Als weitere Vorzüge kommen in Betracht die leichte Veranlagung, die nach dem sich aus den Monatsabschlüssen ergebenden Durchschnitt erfolgen kann, und die Beständigkeit der Steuer. Das Betriebskapital kann auch in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs nicht aus der Unternehmung herausgezogen werden, und das ist insofern wichtig, als die Steuer nach der Höhe des gesamten verbenden Kapitals zur Durchführung des Entgeltsprinzips oder der Interessebelastung, also als zweites Glied der Gesellschaftsteuer in Betracht kommt.

Wir kommen also zu folgendem Ergebnis: Die Aktiengesellschaften sind steuerpflichtig zu machen, und zwar einerseits wegen der sichtlich über das gewöhnliche Mass weit hinausgehenden Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen und andererseits wegen der ihnen vom Staate durch Sonderleistungen eingeräumten Vorzugsstellung.

Dementsprechend hat die auf die Aktiengesellschaften anzuwendende Gesellschaftsteuer aus zwei Gliedern zu bestehen, aus einem Gliede, welches der Anteilnahme an den Allgemeinleistungen des Staates entspricht, wobei die Leistungsfähigkeit der Aktiengesellschaft, bemessen nach dem Reinertrag im Verhältnis zum Aktienkapital, berücksichtigt werden muss, und aus einem anderen Gliede, durch welches die Interessebelastung, entsprechend dem in der Unternehmung tätigen gesamten verbenden Kapital, zum Ausdruck kommt.

Erstere Steuer ist, als auf dem Prinzip der Belastung nach der Leistungsfähigkeit beruhend, progressiv, letztere dagegen, dem Entgeltsprinzip entsprechend, proportional zu gestalten.

Die Anfänge zu einer sich in dieser Richtung entwickelnden Aktiengesellschaftsteuer sind übrigens bereits in mehreren schweizerischen Steuergesetzen zu finden. Es sei hier nur auf die oben wiedergegebenen Steuergesetze der Kantone *Baselstadt*, *St. Gallen*, *Aargau*, sowie auf den Vorschlag der *Zürcher Handelskammer* und die (abgelehnten) *Tessiner Steuer-*

¹⁾ Besonders bei Aktienbanken ist die Höhe des Aktienkapitals im Verhältnis zur Gesamtheit der verbenden Kapitalien oft geradezu auffallend gering; so zeigt eine Statistik der neun grössten deutschen Banken, dass das Aktienkapital nur 22.3% der gesamten verbenden Kapitalien beträgt. Siehe «Unsere Grossbanken», *Plutus* 1905, S. 242. Die Dividende wird also in der Hauptsache mittelst des fremden Kapitals verdient, und es erscheint daher angebracht, dieses bei der Ermittlung des Betriebsumfangs mit in Betracht zu ziehen. Weiteres namentlich bezüglich der fortschreitenden Verringerung jenes Prozentsatzes bei Eugen Löb: Die Berliner Grossbanken, *Schriften des Vereins für Sozialpolitik*, Bd. 110, S. 263 (1903) und bei Riesser: *Entwicklungsgeschichte der deutschen Grossbanken*, 1905, S. 277 ff. Vergl. auch Bendix: *Berliner Grossbanken*, 1906.

gesetzentwürfe vom Jahre 1902 und 1904 verwiesen, worin überall das Bestreben zu Tage tritt, die Aktiengesellschaftsbesteuerung nach den vorstehend entwickelten Prinzipien durchzuführen. Ähnliches gilt zum Teil aber auch von gewissen oben berührten Vorgängen in den Kantonen *Glarus, Waadt* und *Genf*. Es würde sich also bei Einführung einer Aktiengesellschaftssteuer der soeben erörterten Art in vielen Kantonen gar nicht um absolut Neues, sondern nur um Ausbildung und Weiterentwicklung der in den kantonalen Steuersystemen bereits vorhandenen Anfänge handeln.

Nun erhebt sich an dieser Stelle noch die Frage, in welcher Weise das zu erlassende Bundesgesetz betreffend das Verbot der Doppelbesteuerung, welches zur Aktiengesellschaftsbesteuerung notwendigerweise Stellung nehmen muss, diese Entwicklung etwa begünstigen könnte. Keineswegs halten wir es für angebracht, dass dasselbe sich damit begnügt, zu erklären: Die gleichzeitige Besteuerung der Aktionäre und Gesellschaften sei keine Doppelbesteuerung; vielmehr würde unser Vorschlag dahin gehen, in das in Rede stehende Bundesgesetz einen Artikel etwa folgenden Inhalts aufzunehmen:

«Aktiengesellschaften sind der allgemeinen Vermögens- und Erwerbs-, beziehungsweise Einkommenssteuer nicht zu unterwerfen; vielmehr darf die Besteuerung des Vermögens und Erwerbs solcher Gesellschaften nur am persönlichen Wohnsitz der Aktionäre durch Besteuerung der Einzelanteile (Aktien und Dividenden) erfolgen.

Es bleibt jedoch den Kantonen unbenommen, die Aktiengesellschaften mit einer Spezialsteuer zu belegen.»

Einer besondern Begründung bedarf dieser Vorschlag nicht mehr; dieselbe ist vielmehr unseres Erachtens in den vorhergehenden Kapiteln ausführlich gegeben worden. Zwar verhehlen wir uns durchaus nicht, dass vermöge der im Absatz 2 des vorgeschlagenen Artikels erteilten Befugnis den Kantonen Gelegenheit gegeben ist, das im ersten Absatz ausgesprochene Verbot zu umgehen, aber dass dieses geschehen sollte, ist doch wohl kaum anzunehmen. Denn einerseits kann ein Bundesgesetz, das vorstehenden Artikel enthält, nur mit Zustimmung der Kantone zu stande kommen, und anderseits ist der Bund jederzeit in der Lage, dem kantonalen Steuergesetz, welches eine dem vorgeschlagenen Artikel entsprechende bundesrechtliche Vorschrift umgehen will, die Gültigkeit abzuspochen.

Übrigens dürfte die eben berührte Frage in der nächsten Zeit kaum praktische Bedeutung erlangen; denn allem Anschein nach hat der Bund wenig Nei-

gung, ein Gesetz betreffend das Verbot der Doppelbesteuerung zu erlassen. Und das ist mit Rücksicht auf die Besteuerung der Aktiengesellschaften kaum zu beklagen. Denn wenn auch die Zustände, die auf dem Gebiet der Aktiengesellschaftsbesteuerung in der Schweiz herrschen, gerade keine völlig befriedigenden sind, so bürgt doch die rührige Tätigkeit der kantonalen Finanzbehörden dafür, dass die Besteuerung der anonymen Gesellschaften auch in Zukunft in gerechter Weise erfolgen wird, damit die erfreuliche Entwicklung, die die schweizerischen Aktiengesellschaften in den letzten Jahren genommen haben, keine unwillkommene Unterbrechung erfährt. Und wenn dann die eidgenössischen Räte sich noch einmal an die schwierige Aufgabe, das Verbot der Doppelbesteuerung gesetzlich zu regeln, heranwagen, können sie hoffentlich die Erfahrungen, die inzwischen die einzelnen Kantone mit der Anwendung von Spezialsteuern auf die Aktiengesellschaften gemacht haben, im Interesse der gesamten Eidgenossenschaft verwerten.

Drittes Kapitel.

Wirkungen der Aktiengesellschaftssteuer.

Zur vollen Rechtfertigung der vorgeschlagenen Steuer bedarf es noch einer Betrachtung über die Wirkung derselben. Dabei ist von vorneherein vor einer zu hohen Belastung der Aktiengesellschaften entschieden zu warnen, insbesondere weil in Finanznöten die Versuchung zu einer scharfen Besteuerung jener Gesellschaften der bequemen Erhebung und der grossen Ergiebigkeit der Aktiengesellschaftssteuer wegen sehr gross ist.

Die nächste unmittelbare Wirkung dieser, wie jeder die Aktiengesellschaften treffenden Steuer ist die Amortisation derselben. Die Aktie wird, wie jedes Ertragsobjekt, nach dem kapitalisierten Ertrag bewertet; wird daher die Dividende in erheblicher Weise geschmälert, so muss der Kurs um den kapitalisierten Betrag der auf jede Aktie entfallenden Steuer sinken. Wenn aber die Dividende nicht geringer ausfällt und sich der Kurs der Aktie infolgedessen hält, so geht der Aktionär des Spekulationsgewinnes verlustig, der ihm in einem höheren Kurse, beziehungsweise grösserer Dividende zu teil geworden wäre, wenn die Steuer nicht bestanden hätte. Die Steuer führt also zu einer unmittelbaren Werteinbusse für den Aktieninhaber, d. h. sie wird amortisiert. Denn für den derzeitigen Besitzer der Aktie gibt es keine Abwälzung, wohl aber für den Erwerber; denn derselbe wird sich mit keinem geringeren Ertrag begnügen als mit einem solchen, den er bei

gleichem Risiko anderswo erhalten kann. Je höher die Steuer ist, desto sicherer tritt die Amortisation ein, und desto vorsichtiger soll der Staat in der Anwendung, beziehungsweise Erhöhung der Aktiengesellschaftssteuer sein. Insbesondere dürfte zu erwägen sein, inwieweit diese Steuer mit einer verhältnismässigen Belastung ähnlicher Ertragsobjekte Hand in Hand zu gehen hat. Ob die Amortisation überhaupt und für die Dauer gelingt, hängt im wesentlichen von der Lage des Kapitalmarktes ab. Bei Kapitalüberfluss wird infolge des sinkenden Zinsfusses die Aktie immer noch ein gutes Anlageobjekt bilden und der Kurswert von der Steuer kaum beeinflusst werden. Verloren geht allerdings immer der Spekulationsgewinn, nämlich die Kurssteigerung, die der Kapitalandrang sonst veranlasst hätte. Es dürfte dagegen aber wenig einzuwenden sein, da es sich hierbei um einen Gewinn handelt, den der Aktionär nicht infolge eigener Tätigkeit oder durch Übernahme eines besondern Risikos erwirbt, sondern der ihm infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Konjunktur zugefallen wäre. Für die schweizerischen Aktiengesellschaften aber kommt dieser Spekulationsgewinn schon deshalb wenig in Frage, weil, wie schon erwähnt, die Mehrzahl jener Gesellschaften nur Namensaktien ausgeben¹⁾, welche als Spekulationspapiere wenig oder gar keine Bedeutung haben.

Während die Amortisation unmittelbar den Aktionär trifft, ist es auch möglich, dass die Gesellschaft die Abwälzung der Steuer mit Erfolg versucht. Dieses wird die Aktiengesellschaft wohl immer dann versuchen, wenn sie eine Monopolstellung einnimmt oder durch Syndizierung mit gleichartigen Gesellschaften eine solche erlangt. Bekanntlich ist dieses nicht selten der Fall. Die Steuer wird alsdann auf die Konsumenten abgewälzt, wenn diese nicht durch Einschränkung der Konsumation dem einen Damm entgegensetzen. Wer den Sieg in diesem Steuerkampf davonträgt, das ist nur auf Grund der jeweiligen Verhältnisse zu entscheiden. Die Aktiengesellschaft wird jedenfalls alles versuchen, um den Dividendenertrag nicht sinken zu lassen; sie wird deshalb, sofern die Umstände es erlauben, auch nicht davor zurückschrecken, die Steuer auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Dazu kommt, dass eine hohe Aktiengesellschaftssteuer Lohnreduktionen, wie gleich ausgeführt werden soll, auch noch von anderer Seite begünstigt.

War nämlich bisher nur von bereits bestehenden Aktiengesellschaften die Rede, so ist auch des Einflusses zu gedenken, den eine hohe Steuer auf Grün-

dungen ausübt. Die Kapitalanlage in anonymen Erwerbsgesellschaften erfolgt natürlich aus eigennützi- gen Motiven. Wird nun diesem berechtigten wirtschaftlichen Eigennutz, der um des Gewinnes willen das mit der Aktiengesellschaft verbundene Risiko übernimmt, durch die mit einer hohen Besteuerung verbundene Schmälerung des Gründergewinnes der Sporn genommen, so wird das Kapital andere Anlagegelegenheiten suchen. Denn ebenso wie hohe Verbrauchssteuern den Konsum einschränken, so kann im vorliegenden Falle die Produktion gehemmt werden. Die Aktiengesellschaftssteuer erhöht nämlich die Gründungsspesen, und falls diese Erhöhung beträchtlich ist, wird das Kapital zurückgedrängt. Es wendet sich an andern Anlageplätzen mit geringerer Steuerlast zu. Für die Arbeiterschaft aber hat die damit verknüpfte Hemmung der industriellen Entwicklung eine Verringerung der Arbeitsgelegenheit zur Folge, die auf den Lohn drücken muss. Da nämlich die heranwachsende Arbeiterschaft nur teilweise von der Industrie aufgenommen werden kann und infolgedessen Überangebot herrscht, so wird es auch den bereits bestehenden Aktiengesellschaften ermöglicht, Lohnreduktionen vorzunehmen, zum wenigsten aber werden Lohnsteigerungen verhindert¹⁾.

Doch noch andere für die Volkswirtschaft eines Landes bedeutsame Wirkungen sind zu erwähnen. Eine zu hohe Besteuerung der Aktiengesellschaften hat nämlich zur Folge, dass sich das Kapital entweder an andern Anlageplätzen oder Anlagegelegenheiten zuwendet. Dadurch wird natürlicherweise der einheimische Kapitalmarkt beeinflusst. Sofern nämlich durch die Steuer ein Teil des Kapitals veranlasst wird, auf ausländischen Plätzen, beziehungsweise in ausländischen Werten Anlage zu suchen, tritt die Gefahr ein, dass der einheimische Kapitalmarkt den Ansprüchen, die Staat und Erwerbsleben an ihn stellen, nicht mehr genügen kann. Die Folge dieses dann eintretenden Kapitalmangels und der damit verbundenen Anspannung des nationalen Geldmarktes kommen nicht nur in einer Hemmung der industriellen Tätigkeit zum Ausdruck, sondern sie zeigen sich auch in hohen Diskontsätzen, Überspannung des Kredits

¹⁾ Das oben Gesagte scheint in Österreich der Fall zu sein, woselbst eine sehr hohe Besteuerung der Aktiengesellschaften die industrielle Entwicklung lähmt. Es stiegen nämlich die der Arbeiterunfallversicherung zu Grunde liegenden Lohnsummen von 1901—1902 in Österreich um 1.8 %, im Deutschen Reich dagegen um 5.76 %. Dazu bemerkt der «Kompass» a. a. O., I, S. 5: «Von den vielen Ursachen der langsamen Entwicklung, die man ausfindig gemacht hat, ist die Erschwerung der Bildung von Aktiengesellschaften in Österreich eine der wichtigsten. Und diese Erschwerung wird wieder zu einem grossen Teile durch die Steuergesetze hervorgerufen.»

¹⁾ Vergl. auch Beitrag zur Statistik der Aktiengesellschaften, 1904, a. a. O., S. 107 f.

in der Industrie und Kreditmangel in der Landwirtschaft. Wenn aber dadurch, dass die Steuerlast für ein grosses Gebiet die gleiche ist, es vermieden wird, dass das Kapital sich auf andere Anlageplätze begibt, so beeinflusst das freie Kapital, indem es andere Anlagegelegenheiten aufsucht, den Zinsfuss. Denn ebenso wie dieser bei intensiver Gründungstätigkeit steigt, so sinkt er, wenn dieselbe künstlich gehemmt wird. Doch kommt diese letztere Wirkung wohl kaum zur Geltung, da für die Übertragung des Kapitals auf andere Plätze auch noch so grosse Entfernungen keine Rolle spielen.

Gegenüber den aus dem Gesagten resultierenden Bedenken gegen die Einführung einer Aktiengesellschaftssteuer muss jedoch betont werden, dass die erwähnten Wirkungen nur bei besonders hohen Steuersätzen und dann wahrscheinlicher Weise auch nur zum Teil eintreten werden. Denn auch bezüglich der Aktiengesellschaftssteuer gilt, was Fr. J. Neumann¹⁾ von der Steuerüberwälzung sagt: «Darüber ist ja alle Welt einig, dass es bei den meisten Steuern überhaupt nicht ersichtlich ist, wer sie im Grunde trägt. Wer sie zahlt, weiss man. Aber auf wem sie, vulgär gesprochen, schliesslich ‚sitzen bleiben‘ und von wem und auf wen sie übergewälzt werden — darüber mangelt es regelmässig durchaus an genügenden Grundlagen der Erkenntnis.»

Schlusswort.

Die endgültige Beurteilung, ob die Einführung einer Aktiengesellschaftssteuer ratsam ist, wird von der wirtschaftlichen Entwicklung des einzelnen Landes abhängen, mit der die Steuerpolitik notwendigerweise im Einklang stehen muss. Je höher die wirtschaftliche Entwicklung ist, desto mehr kann man annehmen, dass die Gesellschaften Vorteile vom Staat haben und ihnen Sonderleistungen zu gute kommen. Je weniger aber dieses der Fall ist, desto weniger findet die Aktiengesellschaftssteuer ihre Berechtigung und desto mehr Ursache hat der Staat, die Entwicklung der Aktiengesellschaften im Interesse einer Förderung des nationalen Wirtschaftslebens zu begünstigen. Es kann ferner nicht genug betont werden, dass bei einer Sonderbesteuerung der Aktiengesellschaften, welche heute meist nur im Hinblick auf die wenigen grossen Betriebe gefordert wird, mehr Rücksicht auf die kleinen und mittelgrossen Unternehmungen, die in der Schweiz weitaus die Mehrzahl bilden,

¹⁾ Fr. J. Neumann: «Die Steuer und das öffentliche Interesse.» S. 483.

zu nehmen ist. Eine weise Steuerpolitik wird sich mit einer mässigen Aktiengesellschaftssteuer begnügen und bei der Einführung oder Erhöhung derselben möglichst die Zeit eines wirtschaftlichen Aufschwungs abwarten; denn nur bei günstiger Konjunktur kann der Vermögenskonfiskation vorgebeugt werden, die mit der wahrscheinlich eintretenden Steueramortisation verbunden ist.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die vorstehenden allgemeinen Erörterungen über die Steuerpflicht der Aktiengesellschaften etwas über den Rahmen der schweizerischen Verhältnisse hinausgeführt haben, die Forderungen aber, die sich aus dem Vorhergehenden hinsichtlich der Besteuerung der Aktiengesellschaften ergeben, dürften auch für die kantonale Finanzpolitik Geltung haben. In der Mehrzahl der Kantone sind die Aktiengesellschaften zurzeit wenig durch Steuern in Anspruch genommen und eine Entwicklung der Aktiengesellschaftsbesteuerung ist daselbst wohl möglich. Soll diese aber ohne Härten erfolgen, so ist der Weg einzuschlagen, in dessen Richtung sich die Praxis in den Kantonen Baselstadt, St. Gallen und Zürich zum Teil schon bewegt und der hier darzustellen versucht worden ist.

Anhang.

Gesetzliche Bestimmungen betreffend die Besteuerung der Aktiengesellschaften.

Kanton Aargau.

Vollziehungsverordnung des Regierungsrats zum Staats- und Gemeindesteuergesetz, vom 24. Februar 1886.

§ 12. Als Gewerbefonds ist zu versteuern:

a) Bei Geschäftsleuten aller Art:

Die im Geschäft liegenden Warenvorräte, Gerätschaften und übrigen eigenen Fonds des Geschäfts (Reservefonds bei den im Kanton domizilierten Aktien- und Kommanditaktiengesellschaften, sowie Genossenschaften mit bankähnlichem Betrieb, wobei jedoch die Schätzung allfälliger Liegenschaften derselben in Abzug zu bringen ist).

§ 18. Für das Vermögen und den Erwerb von Gesellschaften sind in der Regel die einzelnen Anteilhaber zu besteuern.

Bei Aktiengesellschaften ist indessen das liegenschaftliche Vermögen da, wo es gelegen ist und die Fahrhabe nebst dem Reservefonds in derjenigen Gemeinde zu versteuern, in welcher das Domizil der Gesellschaft sich befindet.

Die Aktionäre von den im Kanton domizilierten Aktien- und Kommanditaktiengesellschaften, sowie Genossenschaften mit bankähnlichem Betrieb haben für das Kapital ihrer Aktien nur Gemeindesteuern zu zahlen.

Verordnung betreffend Erhöhung der Patentgebühr für Aktien- und Kommanditaktiengesellschaften und Kreditgenossenschaften, vom 28. Oktober 1896.

Für die Festsetzung der von den Aktien- und Kommanditaktiengesellschaften, sowie von Kreditgenossenschaften zu bezahlenden Patentgebühr ist der aus dem Bericht jedes einzelnen Instituts für das vorausgegangene Jahr sich ergebende Geschäftsbetrieb massgebend, und es ist die Gebühr zu berechnen:

- a) von den eigenen Geldern (Aktienkapital, Reserve- und Amortisationsfonds) 0.6 ‰;
- b) von den anvertrauten Geldern 0.2 ‰.

Die Patentgebühr jeder einzelnen Anstalt darf indessen nicht weniger als Fr. 20 betragen.

Kanton Appenzell A.-Rh.

Steuergesetz für den Kanton Appenzell A.-Rh., vom 25. April 1897.

§ 14. Der Vermögenssteuer ist unterworfen:

- 4. der Reservefonds der Aktiengesellschaften, Kommanditaktiengesellschaften und Kreditgenossenschaften; sowie das bewegliche Vermögen der übrigen Genossenschaften, sofern bei denselben nicht der Charakter der Gemeinnützigkeit und Wohltätigkeit vorherrscht.

§ 19. Der Einkommenssteuer ist unterworfen:

- 2. das Einkommen von Aktiengesellschaften, Kommanditaktiengesellschaften, Kreditgenossenschaften und Korporationen, welche im Kanton etabliert sind¹⁾.

¹⁾ Für die Besteuerung der Aktiengesellschaften ist, ausser obigen Bestimmungen, wie wir nachträglich erfahren, seit 1899 noch folgender ziemlich unklarer Verordnungsparagraph massgebend: «Im Kanton domizilierte Aktiengesellschaften mit Grundbesitz — ohne bewegliches Vermögen — sollen den Reservefonds an ihrem Rechtsdomizil und den Grundbesitz da versteuern, wo derselbe liegt. Die Anteilsscheine solcher Gesellschaften sind demnach nicht am Wohnorte des Eigentümers zu versteuern.»

Kanton Baselland.

Staatsverfassung des Kantons Basel-Landschaft, vom 4. April 1892.

Art. 57, Ziffer 8. Die Aktiengesellschaften, Kommanditaktiengesellschaften, Genossenschaften und Vereine, welche im Kanton ein Handels-, Fabrikations- oder anderes nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe betreiben, haben ihre Liegenschaften und Fahrhabe, sowie einen allfälligen Reservefonds als Vermögen und den gesamten Reingewinn, abzüglich 4 % Zins des einbezahlten Aktienkapitals, als Einkommen zu versteuern.

Gesetz betreffend die Steuerpflicht der Korporationen, Aktiengesellschaften, Genossenschaften und ähnlicher Verbände, vom 1. August 1901.

I. Gemeindesteuer.

§ 1. Korporationen, Aktiengesellschaften, Genossenschaften und ähnliche Verbände sind verpflichtet, an die Gemeinde ihr Vermögen, sowie den aus demselben und aus dem Geschäftsbetrieb gewonnenen Ertrag zu versteuern.

§ 2. Als Vermögen soll versteuert werden:

- a) das Grundeigentum, d. h. Gebäude und Grundstücke mit ihren Teilen und Zubehörden (Wasserkraft, maschinelle Einrichtungen, Anlagen u. dgl.), und zwar zum wirklichen Werte;
- b) die Fahrhabe, nämlich Rohmaterial, Warenvorräte und Mobilien, sowie Maschinen und Geräte, die nicht unter lit. a fallen;
- c) Kapitalien und Guthaben, insbesondere ein allfälliger Reservefonds und ähnliche Spezialfonds.

Von der Summe der Vermögensobjekte (a—c) werden die Schulden in Abrechnung gebracht; in bezug auf die Hypothekarschulden gelten jedoch die Vorschriften des Steuerreglements der betreffenden Gemeinde.

Das Aktien-, beziehungsweise Genossenschaftskapital ist nicht steuerpflichtig, darf aber auch nicht als Schuld von den Aktiven in Abzug gebracht werden.

§ 3. Als Einkommen und Erwerb soll der nach Abrechnung der Geschäftskosten verbleibende Ertrag aus dem Vermögen und aus dem Geschäftsbetrieb versteuert werden.

Gratifikationen, Tantiemen, Zuteilungen an den Reservefonds dürfen bei Ausmittlung des steuerbaren Ertrages nicht in Abzug gebracht werden und Abschreibungen auf Vermögensobjekten nur insoweit, als sie geschäftsmässig begründet sind. Im weiteren dürfen nicht in Abzug gebracht werden Zinse oder

Gewinne, welche Aktiengesellschaften, Genossenschaften und Vereine als Jahresertrag oder Gewinn unter die einzelnen Aktionäre, Mitglieder oder Anteilhaber verteilen.

§ 4. Hat eine Aktiengesellschaft oder eine Genossenschaft ausserhalb des Ortes der Hauptniederlassung in anderen Gemeinden noch Zweigniederlassungen (Filialen), so teilt sich das Steuerbezugsrecht nach dem Geschäftsumfang von Haupt- und Zweigniederlassungen.

§ 5. Die in § 1 aufgeführten Korporationen und Verbände sind für ihr bewegliches Vermögen und für ihr Einkommen steuerfrei, sofern diese ausschliesslich für Armen-, Schul- und Kirchzwecke bestimmt sind, beziehungsweise verwendet werden. In bezug auf das solchen Korporationen und Verbänden gehörende liegenschaftliche Vermögen wird durch die Steuerbehörde unter Berücksichtigung der jeweiligen besonderen Verhältnisse festgesetzt, ob und eventuell in welchem Umfang Steuerfreiheit gewährt werden soll.

II. Staatssteuer.

§ 6. Die Bestimmungen der § 1—5 gelten auch für die Besteuerung durch den Staat, jedoch mit folgenden Abweichungen:

- a) sowohl die Vermögens- als die Einkommenssteuer werden nach der in Ziffer 3 und 4 von § 57 der Verfassung vom 4. April 1892 aufgestellten Skala¹⁾ progressiv berechnet;
- b) von der Summe der Vermögensobjekte (§ 2, a—c) werden sämtliche Schulden in Abrechnung gebracht;
- c) die in § 4 vorgesehene Teilung tritt nicht ein, sondern es ist das gesamte im Kanton befindliche Vermögen und das gesamte Einkommen und der Erwerb durch die Hauptniederlassung zu versteuern.

Kanton Basel-Stadt.

Gesetz betreffend die Besteuerung der anonymen Erwerbsgesellschaften, vom 14. Oktober 1889.

§ 1. Die Aktiengesellschaften, Kommanditaktiengesellschaften, Genossenschaften und Vereine, welche im Kanton Baselstadt zum Zwecke des Betriebs eines Handels-, Fabrikations- oder anderen nach kaufmännischer Art geführten Gewerbes niedergelassen sind, unterliegen einer Kapitalsteuer und einer Erwerbsteuer.

§ 2. Die Kapitalsteuer wird bei Aktiengesellschaften und Kommanditaktiengesellschaften auf dem

¹⁾ Siehe oben S. 173.

emittierten Aktienkapital berechnet und beträgt für das einbezahlte Kapital Eins vom Tausend, für das nichteinbezahlte Kapital ein Viertel vom Tausend.

Bei Genossenschaften und Vereinen beträgt die Kapitalsteuer auf dem einbezahlten Einlagekapital, wozu auch Eintrittsgelder gehören, Eins vom Tausend, auf dem nichteinbezahlten Garantiekapital und auf den im Betriebskapital verwendeten Mitglieder Guthaben ein Viertel vom Tausend.

Die Kapitalsteuer ist jährlich auf den 30. Juni zu entrichten und wird auf Grund der dem Steuertermin vorausgehenden letzten Jahresrechnung festgestellt.

§ 3. Die Ertragssteuer wird auf dem jährlichen Reingewinne einschliesslich allfälliger Zuweisungen an Reserve- oder Amortisationsfonds berechnet; Anteile am Reingewinne, welche statuten- oder vertragsgemäss den Leitern, Angestellten oder Arbeitern der Gesellschaft zukommen, fallen bei dieser Steuer ausser Berechnung.

Die Steuer beträgt Eins vom Hundert des Reingewinns und ist jährlich auf den 30. November zu entrichten auf Grund der dem Steuertermin vorausgehenden letzten Jahresrechnung.

Die Ertragssteuer von Gesellschaften, welche in den Landgemeinden Niederlassung haben, fällt in die Kasse der betreffenden Einwohnergemeinde.

§ 4. Bei Gesellschaften, welche neben der Niederlassung im Kanton auch eine solche ausserhalb des Kantons besitzen, tritt eine dem Umfange der auswärtigen Niederlassung entsprechende Minderung des Steuerbetrages ein.

Kanton Bern.

Vollziehungsverordnung vom 2. August 1866 mit Abänderung vom 22. März 1878.

§ 3. Aktiengesellschaften, deren Sitz im Kanton sich befindet, bezahlen die Einkommenssteuer I. Klasse¹⁾ von dem zur Verteilung kommenden und dem in den Reservefonds fliessenden Reinertrage, soweit derselbe nicht bereits der Vermögenssteuer unterliegt; damit haben die betreffenden Aktionäre ihrer Einkommenssteuerpflicht hinsichtlich dieser Aktien ein Genüge geleistet und darf ihnen bei Berechnung ihrer Einkommenssteuer dafür nichts in Rechnung gebracht werden. Bei Aktien solcher Gesellschaften, deren Sitz ausserhalb des Kantons liegt, ist dagegen die Dividende bei der Einkommenssteuer des betreffen-

¹⁾ Nach § 2 dieser Vollziehungsverordnung zerfällt alles versteuerbare Einkommen in folgende drei Klassen: I. Klasse: Arbeitseinkommen, II. Klasse: Leibrenten, Pensionen u. dgl., III. Klasse: fundiertes Einkommen.

den im Kanton wohnenden Aktionärs in Berechnung zu ziehen.

Kanton Freiburg.

Gesetz vom 6. Mai 1865 über Anwendung der gesetzlichen Vermögens-, Handels- und Gewerbesteuer, sowie der Einregistrierungs- und Stempelgebühren auf anonyme Gesellschaften und die von diesen Gesellschaften ausgegebenen Titel, mit Novelle vom 19. Mai 1881.

Art. 1. Die auf Aktien gegründeten Gesellschaften sind, unter Vorbehalt der durch das Gesetz vorgesehenen Ausnahmen, der Handels- und Gewerbesteuer unterworfen.

Art. 2. Die Handels- und Gewerbesteuer wird für dieselben nach den Grundsätzen des Gesetzes vom 22. Mai 1869 festgesetzt, jedoch ohne Abzug der Zinse des Aktienkapitals von den Bruttoeinnahmen. Dessenungeachtet darf die Hypothekarkasse den Zins von 5 % ihres Aktienkapitals von ihren Einnahmen in Abzug bringen. Dieselbe Ausnahme ist anwendbar auf die Kantonalbank in betreff der Titel, welche in dem Register der Vermögenssteuer eingetragen sind.

Art. 3. Die von diesen Gesellschaften ausgegebenen Obligationen, gleichviel ob sie auf den Inhaber oder auf bestimmte Namen lauten, sind der Kapitaliensteuer unterworfen.

Art. 4. Die Obligationen, welche nach der öffentlichen Bekanntmachung dieses Gesetzes ausgegeben werden, sollen in das Register der Kapitaliensteuer derjenigen Gemeinde, wo die Gesellschaft ihren Wohnsitz verzeigt hat, in der Rubrik dieser Gesellschaft eingetragen werden.

Art. 5. Die Steuer wird von der Gesellschaft bestritten, welche als Obligationsschuldnerin erscheint; sie kann den betreffenden Betrag bei Entrichtung der Zinse in Abzug bringen, insofern sie sich dieses Recht im Anleihevertrag ausbedungen hat¹⁾.

Kanton Genf.

Loi modifiant le Titre XII de la Loi générale sur les Contributions publiques, du 9 novembre 1887. Droit d'inscription pour l'exercice d'une industrie.

Art. 354. Toute personne qui exerce une profession libérale, commerciale ou industrielle, est soumise à une taxe annuelle. A cet effet les contribuables sont répartis en neuf catégories, composées: la première de treize, les suivantes de onze classes.

¹⁾ Art. 6 ff. betreffen die Einregistrierungs- und Stempelgebühren. Siehe Schanz, a. a. O., V, S. 134 ff.

A. 1^{re} catégorie.

Banques, Etablissements de crédit, Compagnies industrielles, Compagnies d'assurances, Sociétés anonymes (quel que soit le lieu du siège des titulaires) s'ils font des opérations ou travaux dans le Canton de Genève, Compagnies de transport, etc.

1 ^{re} classe	frs. 1200	8 ^e classe	frs. 350
2 ^e " "	" 1000	9 ^e " "	" 300
3 ^e " "	" 800	10 ^e " "	" 250
4 ^e " "	" 700	11 ^e " "	" 200
5 ^e " "	" 600	12 ^e " "	" 175
6 ^e " "	" 500	13 ^e " "	" 100
7 ^e " "	" 400		

Kanton Glarus.

Gesetz betreffend die Besteuerung von anonymen Erwerbsgesellschaften, vom 3. Mai 1903.

§ 1. Die anonymen Gesellschaften (Aktiengesellschaften und Kommanditaktiengesellschaften) und Genossenschaften mit Sitz und Geschäftsbetrieb im Kanton Glarus haben — nachgewiesene Einbussen vorbehalten — ihr einbezahltes Aktien- oder Genossenschaftskapital, sowie den Reservefonds und ähnliche Spezialfonds als Vermögen zu versteuern.

§ 2. Solche Unternehmungen, welche ihren Geschäftsbetrieb nicht bloss im Kanton Glarus, sondern auch auswärts haben, sind hierorts mit dem der Bedeutung des Zweiggeschäftes entsprechenden Anteile am Aktien- oder Genossenschaftskapital und ihrer Fonds steuerpflichtig.

§ 3. Solche Unternehmungen, welche bloss ihren Sitz im Kanton Glarus haben, sind steuerfrei.

§ 4. Die anonymen Gesellschaften und Genossenschaften sind auf die Steuerregister derjenigen Gemeinden aufzutragen, in welchen sie ihr Geschäft betreiben.

§ 5. Für die Berechnung des Steuertreffnisses mit bezug auf die Landessteuer findet § 14 des Gesetzes über das Landessteuerwesen keine Anwendung¹⁾, und es bildet auch bei der Landessteuer, wie bei den Gemeindesteuern, die endgültig festgestellte Vermögensanlage als solche die Grundlage der Berechnung.

§ 6. Die im Kanton Glarus steuerpflichtigen Anteilhaber an solchen Unternehmungen sind berechtigt, von den von ihnen zu entrichtenden Landessteuern denjenigen Betrag in Abrechnung zu bringen, wel-

¹⁾ Jetzt § 11 des Steuergesetzes vom 1. Mai 1904, enthaltend die Bestimmungen betreffend die Progression der Vermögenssteuer. Siehe oben S. 194 f.

cher von der betreffenden Unternehmung für ihren Anteil an derselben an Landessteuern entrichtet wird.

Mit bezug auf die Gemeinde- und Schulsteuern sind den im Kanton Glarus steuerpflichtigen Anteilhabern an solchen Unternehmungen ihre Anteile am Gesellschaftsvermögen bei ihrer Veranlagung in Abrechnung zu bringen.

§ 7. Anteile am Vermögen von anonymen Gesellschaften und Genossenschaften von Einwohnern des Kantons Glarus, welches hierorts nicht nach Massgabe dieses Gesetzes versteuert wird, sind ohne Beschränkung steuerpflichtig.

§ 8. Die mit diesem Gesetz in Widerspruch stehenden Bestimmungen des Gesetzes über das Landessteuerwesen vom 7. Mai 1891, des Gesetzes über Erhebung von Gemeindesteuern und betreffend Erhebung von Vermögens- und Kopfsteuern für Schulzwecke vom 27. Mai 1877 treten betreffend die Besteuerung der anonymen Erwerbsgesellschaften ausser Kraft.

Vollziehungsverordnung zum Gesetz betreffend die Besteuerung von anonymen Erwerbsgesellschaften vom 3. Mai 1903. Erlassen vom Landrat den 27. September 1905.

§ 29. Die anonymen Erwerbsgesellschaften haben nach den Bestimmungen des daherigen Gesetzes vom 3. Mai 1903 im Kanton Glarus Vermögenssteuer zu entrichten.

§ 30. Die Eintragung der anonymen Erwerbsgesellschaften (Aktiengesellschaften und Genossenschaften) in den Landessteuerrodel ist in erster Linie Sache der Gemeinderäte, und zwar hat die Eintragung in derjenigen Gemeinde zu erfolgen, in welcher das Geschäft betrieben wird. Die Veranlagung hat sodann den gesetzlichen Instanzenzug, Landessteuernkommission und Obersteuerbehörde, durchzumachen.

§ 31. Hierseitige Anteilhaber, welche von Art. 6 des Gesetzes betreffend die Besteuerung der anonymen Erwerbsgesellschaften Gebrauch machen wollen, haben der Finanzdirektion alljährlich auf 1. Juli ganz genauen Aufschluss über ihren Anteil am betreffenden Geschäft zu geben (Angabe der Titel, Nummern, Beträge etc.), die der Prüfung der Finanzdirektion und des Regierungsrates unterliegen. Hierüber werden besondere Register geführt.

Nach erledigter Rekursfrist wird von den für jeden Aktionär festgestellten Summen auch dem Gemeinderat für die Erhebung der Gemeindesteuer und dem Schulrat für die Erhebung der Schulsteuern Kenntnis gegeben.

Die Personalsteuer des einzelnen Aktionärs darf nicht in Abzug gebracht werden und der Abzug kann

auch die Vermögenssteuersumme des Aktionärs im einzelnen Falle nicht überschreiten. Dagegen findet der Abzug ohne Rücksicht auf die in § 11 des Gesetzes über das Landessteuerwesen für die Berechnung der Vermögenssteuer normierte Degression im vollen Betrage des nachgewiesenen Anteiles statt.

§ 32. Kirchen- und Armensteuern hat die anonyme Erwerbsgesellschaft nicht zu bezahlen. Es findet daher für diese Steuer auch kein Abzug zu gunsten des einzelnen Anteilhabers statt, und es gilt dafür die volle Veranlagung im Landessteuerrodel.

§ 36. Die Finanzdirektion führt zwei Register über die Besteuerung der anonymen Erwerbsgesellschaften, eines über die Besteuerung der Aktiengesellschaften und eines über die Besteuerung des einzelnen Aktionärs nach vom Regierungsrat genehmigten Formularen, deren Führung durch den Staatskassier zu erfolgen hat.

§ 37. Die Anmeldung zur Entlastung nach § 6 des Gesetzes betreffend die Besteuerung der anonymen Erwerbsgesellschaften ist vom 15. Juni bis 1. Juli an die Finanzdirektion zu richten und soll jeweilen eine bezügliche Publikation im Amtsblatt erlassen werden.

Kanton Graubünden.

Revidiertes Steuergesetz für den Kanton Graubünden, vom 28. August 1881.

§ 2. Der Vermögenssteuer ist mit Vorbehalt der in § 4 gemachten Ausnahmen (Existenzminimum betreffend) unterworfen:

3. Alles Vermögen von Gemeinden, Genossenschaften und anderen juristischen Personen.

§ 5. Der Erwerbssteuer ist unterworfen:

Jeder Erwerb und jedes Einkommen von Privaten und im Kanton bestehenden Korporationen und Erwerbsgesellschaften.

§ 16. Vermögen von Aktiengesellschaften im Kanton sind als Ganzes zu versteuern; dagegen sind Aktientitel von industriellen und kommerziellen, am Domizil nicht versteuerten Unternehmungen ausser dem Kanton und Obligationen von Unternehmungen in und ausser dem Kanton als Kapitalien anzusehen und vom Eigentümer zum Kurswert, welcher nötigenfalls von der Steuerkommission zu taxieren ist, zu versteuern; ebenso sind Korrentguthaben zum Effektivwert zu versteuern.

Kanton Luzern.

Steuergesetz vom 30. November 1892.

§ 20. Als steuerbares Vermögen ist zu betrachten:

b) Alles bewegliche Eigentum, wo immer dasselbe sich befindet, und worin es bestehe, seien es Handels- oder Fabrikfonds, Fahrnisse, Forderungen, Hypotheken Aktien etc.

Dabei kommt nicht in Betracht, ob die Unterpfände, worauf die Hypotheken, oder die Gesellschaften, auf welchen die Aktien und Obligationen haften, im Kanton oder anderwärts sich befinden.

§ 24. Aktiengesellschaften oder im Kanton befindliche Filialen ausserkantonaler Gesellschaften werden wie andere Gesellschaften mit besonderer Vorsteherchaft für Vermögen und Erwerb am Orte ihrer Erwerbstätigkeit besteuert.

Bei Ausmittlung des Vermögens der Aktiengesellschaften ist das einbezahlte Aktienkapital, bei Ausmittlung des Erwerbs eine 3 0/10ige Dividende ab dem einbezahlten Aktienkapital in Abzug zu bringen.

Vollziehungsverordnung zum Steuergesetz vom 30. November 1892 (30. September 1893).

§ 10. Aktien sind zu ihrem Kurswert zu taxieren, wenn dieselben einen öffentlichen Börsenkurs haben. Ist letzteres nicht der Fall, so ist der aus der Geschäftsbilanz sich ergebende Wert massgebend.

Kanton Neuenburg.

Loi sur L'impôt direct du 30 avril 1903.

Art. 7. L'impôt est dû annuellement sur les fortunes :

1° Par toute personne ayant un domicile réel ou un tuteur dans le canton, et toutes corporations, compagnies, sociétés, associations, fondations, caisses de famille et personnes juridiques quelconques ayant leur siège dans le canton.

Art. 9. L'impôt est dû par chaque contribuable sur son actif net.

La fortune imposable comprend, à l'exception des immeubles situés hors du canton, tout l'actif du contribuable, en quoi qu'il puisse consister, et notamment :

e) les actions de sociétés anonymes ou en commandite par actions à moins que l'impôt ne soit déjà payé sur cette catégorie de biens

par les sociétés et associations à teneur de l'article 12, alinéa 2.

Art. 10. Pour l'évaluation des biens imposables, on observe les règles suivantes:

Les actions, obligations et titres de portefeuille sont estimés au premier cours de l'année courante.

Art. 12. L'actif imposable des sociétés et associations contribuables dans le canton est établi conformément aux prescriptions des articles 10 et 11, mais les fonds de réserve statutaires ou supplémentaires, et les mises en fonds des associés ou sociétaires, les commandites, le capital actions, les parts de propriété ne sont pas considérés comme constituant un passif et ne sont par conséquent pas déduits de l'actif imposable.

D'autre part, les contribuables intéressés à celles des sociétés ou associations désignées dans l'alinéa précédent, qui ont leur siège principal dans le canton, ne doivent pas personnellement d'impôt sur les valeurs qu'ils y ont engagées à titre d'associés, sociétaires ou commanditaires et ne sont en conséquence pas tenus de comprendre ces valeurs dans leur actif imposable.

Art. 13. L'impôt sur les ressources, distinct de celui sur les fortunes, est dû annuellement:

1°

2° Par toutes personnes domiciliées dans le canton et par les corporations, compagnies, sociétés, associations, fondations, caisses de famille et personnes juridiques quelconques ayant leur siège dans le canton:

- a) sur le produit net de tout commerce, de toute industrie et de toute exploitation agricole;
- b) sur le produit net de leurs immeubles situés à l'étranger.

Kanton Nidwalden.

Abänderung des Art 1 des Gesetzes betreffend Ergänzung und teilweise Abänderung des Steuergesetzes, vom 27. April 1879. (Landesgemeinde den 28. April 1895.)

Gesellschaften irgendwelcher Art, die im Kantone ihr Domizil haben oder ein Gewerbe betreiben und welche auf Aktien oder Anteilscheine gegründet sind, haben die Totalsumme ihres einbezahlten Aktienkapitals, den Reservefonds und die übrigen Vermögensteile nach dem wirklichen Werte als Einheit aus der Gesellschaftskasse zu versteuern.

Zweiggeschäfte derartiger auswärtiger Gesellschaften haben denjenigen Teil des Gesellschaftsvermögens hier zu versteuern, der auf die Gründung

und den Betrieb der hiesigen Zweigggeschäfte verwendet wurde oder wird.

Aktien und Anteilscheine von Unternehmungen irgendwelcher Art, welche ausserhalb des Kantons betrieben werden, sind nach dem wirklichen Werte zu besteuern.

Als wirklicher Wert gilt der zwanzigfache Betrag der Dividende des betreffenden Titels im vorangegangenen Jahre.

Eine Aktie im Nominalwerte von Fr. 500, die Fr. 30 Dividende, resp. 6 % erhielt, ist somit im Kapitalwerte von Fr. 600, eine andere, die nur Fr. 10 oder 2 % erhielt, im Werte von Fr. 200 zu versteuern u. s. w.

Kanton Obwalden.

Steuergesetz vom 3. März 1870.

Art. 2. Der Vermögenssteuer ist unterworfen:

- a) Alles innerhalb oder ausserhalb des Kantons befindliche Besitztum von Privaten, Gesellschaften, Korporationen etc. nach Abzug aller darauf haftenden Schulden und Lasten.

Art. 5. Der Erwerbssteuer ist unterworfen:

Jeder Erwerb und jedes Einkommen der im Kanton wohnenden Bürger und Niedergelassenen.

Art. 6. Von der Erwerbs-, beziehungsweise Einkommenssteuer sind ausgenommen:

- a) Dasjenige Einkommen, das als direkter Ausfluss von bereits versteuertem Grund- oder Geldbesitz (Lehen- oder Kapitalzinse) mittelbar schon versteuert ist.

Steuergesetz, erlassen vom Kantonsrate am 3. März 1870, kraft der ihm in der damaligen Kantonsverfassung erteilten Vollmacht, mit den seitherigen Abänderungen und der von der Landesgemeinde am 30. April 1905 beschlossenen Revision.

Art. 2. Wie oben.

Art. 5. Der Erwerbssteuer ist unterworfen:

Jeder Erwerb und jedes Einkommen der im Kanton befindlichen Bürger, Niedergelassenen und Aufenthaltler, sowie der Genossenschaften und Erwerbsgesellschaften aller Art.

Art. 6. Wie oben, unter Hinzufügung folgenden Absatzes:

Der Erwerb eines Geschäftes, das aus einer Mehrzahl von Teilhabern oder auf Aktien beruht, ist samthaft zu versteuern, und es ist somit eine Teilung des Erwerbs zu Steuerzwecken unstatthaft.

Kanton Schaffhausen.

Gesetz über die direkte Staatssteuer, vom 29. September 1879.

Art. 9. Als steuerbares bewegliches Gut gilt alles Vermögen an beweglichen Sachen im Sinne von § 426 des Privatrechts, welches sich im Eigentum, beziehungsweise Niessbrauch befindet von

- a) im Kanton wohnhaften Personen, seien dieselben natürliche oder juristische Personen (Korporationen, Aktiengesellschaften u. s. w.), ohne Rücksicht darauf, ob dieses Vermögen innerhalb oder ausserhalb des Kantons liegt.

Art. 10. Gesellschaften, die auf Aktien oder andere Anteilscheine gegründet sind, haben das einbezahlte Aktienkapital und den Reservefonds als Vermögen zu versteuern. Nachgewiesene Einbussen am Aktienkapital werden bei Berechnung des Steuerkapitals in Abzug gebracht.

Aktien und andere Anteilscheine in bezug auf juristische Personen (Aktiengesellschaften u. s. w.), welche im Kanton domiziliert sind, gelten deshalb nicht als steuerbares Vermögen des Eigentümers. Dagegen fallen derartige Anteilscheine in bezug auf solche juristischen Personen, welche ausserhalb des Kantons domiziliert sind, unter das steuerbare Vermögen.

Art. 11. Titel, welche einen Kurswert haben, sind nach diesem zu versteuern.

Art. 16. Die Einkommenssteuer wird erhoben von dem gesamten reinen Einkommen aller im Kanton wohnhaften Personen, seien dieselben natürliche oder juristische Personen, mit Ausnahme des Staates u. s. w.

Vollziehungsverordnung zum Steuergesetz, vom 20. März 1885.

Art. 28. Die im Besitze einer Aktiengesellschaft sich befindenden Liegenschaften sind mit ihren Taxationen im Liegenschaftenkataster einzutragen, sie kommen aber nicht in die Steuerzettel und auch nicht zur Besteuerung, weil die Steuer von der Summe des Aktienkapitals und des Reservefonds allein zu berechnen ist.

Art. 34. Die im hiesigen Kanton domizilierten Aktiengesellschaften, welche ausserhalb des Kantons, jedoch im Gebiete der Eidgenossenschaft, Filialen haben, sind hierorts von der Steuer für die ausserhalb des Kantons gelegenen Liegenschaften befreit. Diese im Gebiete der Schweiz gelegenen Werte an Immobilien werden somit hierorts an der Gesamtsumme des Aktienkapitals und des Reservefonds in Abzug gebracht. Das übrige Vermögen (bewegliche

Gut) solcher Filialen gilt als Vermögen der im hiesigen Kanton domizilierten juristischen Person und ist in diesem Betrage hier steuerpflichtig.

Art. 41. Das bewegliche Vermögen der Aktiengesellschaften wird im Steuerkataster und in den Steuerzetteln nicht aufgeführt, weil diese Werte im Aktienkapital und im Reservefonds figurieren und dort versteuert werden.

Kanton Schwyz.

Gesetz betreffend die Besteuerung von Transportanstalten Warenlagern, Warenniederlagen u. dergl., vom 19. Oktober 1890.

§ 1.

Bei Aktienunternehmungen ist derjenige Wert der Aktien zu versteuern, welcher nach dem Ertrag und Tageskurs derselben ausgemittelt wird. Gleichzeitig sind auch die einem solchen Unternehmen zustehenden Spezialfonds zu versteuern.

Vorschriften für die allgemeine Steuerrevision im Jahre 1902, vom 13. November 1902.

§ 7. Bei Aktienunternehmungen etc., wie oben. Bei Ausmittlung dieser Werte ist einerseits der Aktienertrag von 1902 und andererseits der durchschnittliche Verkaufswert derselben im gleichen Jahre in Betracht zu ziehen.

Kanton Solothurn.

Gesetz betreffend die direkte Steuer vom 17. März 1895.

§ 2. Steuerpflichtig sind:

- a) die Kantonseinwohner;
- b) die im Kanton bestehenden Korporationen, Genossenschaften, Kollektiv-, Kommandit- und Aktiengesellschaften;

§ 6. Von dem Einkommen sind als steuerfrei in Abzug zu bringen:

- a)
- b) dasjenige Einkommen einer Person, das schon nach § 2, lit. b, der hierortigen Steuer unterliegt.

§ 9. Der Vermögenssteuer sind nicht unterstellt:

- a)
- b) diejenigen Werte, die schon nach § 2, lit. b, als Genossenschafts- oder Gesellschaftsvermögen im hiesigen Kanton versteuert werden.

Vollziehungsverordnung vom 30. Mai 1896.

§ 10. Zur Bestimmung des steuerbaren Einkommens fallen in Berechnung:

- 1. Teilhabergewinne, wie Dividenden und andere Gewinnanteile an Genossenschaften, Kollektiv- und Kommanditgesellschaften.

Die daherigen Erträge sind ausnahmslos anzugeben; dagegen bleibt gegebenenfalls ein Abzug nach § 19, Abs. 1, der Verordnung vorbehalten.

- 2.

§ 18. Die Berechtigung zum Abzug eines Existenzminimums steht lediglich physischen Personen zu, die in unserem Kanton wohnen.

Juristische Personen (§ 2, lit. b, des Gesetzes) haben kein Anrecht auf ein solches.

§ 19. Das Einkommen einer Person, das ihr aus dem Vermögensertrage oder dem Geschäftsbetriebe einer in unserem Kanton domizilierten und daselbst besteuerten juristischen Person (§ 2, lit. b, des Gesetzes) zufließt, z. B. in Gestalt einer Dividende oder eines Gewinnanteils von einer Kollektiv- oder Kommanditgesellschaft, kann von ihrem übrigen Einkommen in Abrechnung gebracht werden.

Dies ist jedoch bezüglich derartiger Einkünfte, welche von juristischen Personen herrühren, die ausserhalb unseres Kantonsgebietes domiziliert sind, nicht statthaft.

§ 23. Als Habschaft fallen in Betracht:

- a)
- b)
- c) Gülten, Wertpapiere und Forderungstitel jeder Art, als Aktien, Einlagen in Kollektiv- und Kommanditgesellschaften u. s. w.

Aktiengesellschaften haben als Vermögen das Gesellschaftskapital, den Reserve- und ähnliche Fonds (z. B. Erneuerungsfonds) zu versteuern.

Ist den Bilanzposten nicht der in § 24 bezeichnete Schatzungsmaassstab zu Grunde gelegt, so sind entsprechende Zuschläge zu machen.

§ 24. Wertpapiere sind zum laufenden Kurs, eventuell, wenn ein solcher nicht bekannt ist, zum Verkaufswert, Forderungstitel zum Nominalwert einzustellen.

§ 25. Der Anteil eines Steuerpflichtigen an dem Vermögen einer im Kanton domizilierten und besteuerten Genossenschaft, Kollektiv-, Kommandit- oder Aktiengesellschaft, bestehend in einer gemachten Einlage oder in Aktien, ist von dem Total der Habschaft desselben als steuerfrei in Abrechnung zu bringen.

gen. Dieser Abzug ist unstatthaft, wenn die betreffende Genossenschaft oder Gesellschaft ausserhalb des Kantons domiziliert und der hierortigen Steuerpflicht nicht unterworfen ist.

Kanton St. Gallen.

Gesetz betreffend die direkten Staatssteuern. Erlassen am 24. November 1903.

Art. 19. Im Kanton bestehende Aktiengesellschaften und Erwerbsgesellschaften unterliegen der besonderen nachfolgenden Vermögens- und Einkommensbesteuerung.

Art. 20. Die Vermögenssteuer wird, nachgewiesene Einbussen vorbehalten, von dem einbezahlten Aktien- oder Genossenschaftskapital, sowie von dem Reserve- und den denselben ähnlichen Fonds erhoben.

Eine Reduktion des Steuerkapitalansatzes erfolgt, soweit ein Unternehmen den Nachweis leistet, dass die Aktien, beziehungsweise Anteilscheine, von den Inhabern derselben im herwärtigen Kanton versteuert werden.

Art. 21. Der Vermögenssteueransatz beträgt Zwei vom Tausend.

Art. 22. Das steuerpflichtige Einkommen dieser Unternehmungen besteht aus:

- a) den Einlagen in die Reserve- und die denselben ähnlichen Fonds;
- b) den Verwendungen aus dem Ertrage, die als Vermögensvermehrung zu betrachten sind, wie Anlagen, Anschaffungen, Verbesserungen, sowie Abschreibungen, soweit solche nicht geschäftsmässig begründet sind;
- c) den an die Aktionäre, beziehungsweise Genossenschaftler ausgerichteten Dividenden, Gewinnanteilen;
- d) den Tantiemen, Gratifikationen für Verwaltungsorgane und Angestellte, sofern nicht gleichzeitig mit der Einsendung der Jahresrechnung dem Finanzdepartement ein spezifizierter Ausweis über die Verteilung derselben eingereicht und die Empfänger derselben nicht im herwärtigen Kanton dafür zur Besteuerung herangezogen werden können;
- e) dem Betrag des auf neue Rechnung vorzutragenden Aktivsaldos.

Dagegen kommen bei der Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens in Abzug:

- a) 4 % des nach Art. 20 besteuerten Aktien- beziehungsweise Genossenschaftskapitals, sowie der Reserve- und der denselben ähnlichen Fonds;
- b) der allfällige Aktivsaldo von der vorangegangenen Jahresrechnung.

Zuwendungen zu gemeinnützigen Zwecken fallen bei der Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens nicht in Betracht.

Art. 23. Die Einkommenssteuer beträgt wenigstens 5 % und höchstens 15 % vom steuerpflichtigen Einkommen. Innerhalb dieser Einschränkung beträgt die Einkommenssteuer so viele Prozente, als der für das verflossene Jahr an die Aktionäre, beziehungsweise Genossenschaftler zur Verteilung gelangte Gewinn Prozente vom Aktien-, beziehungsweise Genossenschaftskapital ausmacht.

Es beträgt mithin bei einem an die Aktionäre verteilten

Reingewinn von 5 %	die Einkommensteuer	5 %
" " 6 %	" "	6 %
" " 7 %	" "	7 %
u. s. w.		

und es wird nach diesem Massstabe die Steuer von dem in Art. 22 als steuerpflichtig bezeichneten Einkommen erhoben.

Aktiengesellschaften und Erwerbsgenossenschaften, welche zwar ihr Domizil im Kanton St. Gallen haben, aber ihrer wirtschaftlichen Zweckbestimmung entsprechend die geschäftliche Tätigkeit vorwiegend ausserhalb desselben ausüben, haben die Hälfte der Einkommenssteuer zu entrichten.

Auswärtige Aktiengesellschaften und Erwerbsgenossenschaften, welche im Kanton St. Gallen durch Filialen, Agenturen etc. vertreten sind, bezahlen die Vermögens- und Einkommenssteuer im Verhältnis des herwärtigen Geschäfts zum Gesamtgeschäft.

Art. 24. Die Aktiengesellschaften und Genossenschaften haben die Vermögens- und Einkommenssteuer innert 6 Monaten nach dem statutarischen Rechnungsabschluss zu entrichten.

Art. 25. Vom Ertrag der nach Art 23 erhobenen Einkommenssteuer industrieller und gewerblicher Unternehmungen fällt ein Viertel den politischen Gemeinden und ein Viertel den Schulgemeinden zu, in welchen dieselben ihr Gewerbe betreiben oder ausüben. Wenn solche Unternehmungen mit Rücksicht auf die von ihnen beschäftigte Arbeiterzahl eine erhebliche Belastung auf mehrere politische, beziehungsweise Schulgemeinden ausüben, so ist das Steuerbefreiungsergebnis unter Berücksichtigung der Seelenzahl und der Belastung zu verteilen.

Art. 26. Bis zum Erlass eines neuen Gesetzes betreffend das Steuerwesen der Gemeinden gelten für das Gemeindesteuerrecht folgende Bestimmungen:

Den Grundbesitz haben die Aktiengesellschaften und Erwerbsgenossenschaften an diejenige politische und Schulgemeinde zu versteuern, in welcher er liegt,

und zwar, soweit solcher dem betreffenden Geschäftsbetriebe zudient, zum vollen, sonst aber zum halben Wert ohne Abzug allfälliger Hypothekarschreibungen.

Bei Pacht- und Mietverhältnissen wird der 25fache Betrag des Pacht-, beziehungsweise Mietzinses als steuerpflichtiges Vermögen eingesetzt.

Als Einkommenssteuer haben dieselben 1 % ihres nach Art. 22 steuerpflichtigen Einkommens an die Schulgemeinde zu entrichten.

Wenn durch solche Unternehmungen auch benachbarte Gemeinden erheblich belastet werden, so hat eine angemessene Repartition der betreffenden Vermögens- und Einkommenssteueransätze stattzufinden.

Anderweitige Steueransprüche für Gemeindezwecke dürfen an die Aktiengesellschaften und Erwerbsgenossenschaften nicht gestellt werden.

Kanton Tessin.

Legge sulle imposte cantonali (4 dicembre 1894).

Art. 5. L'imposta sulla sostanza e sulla rendita delle Società per azioni è pagata dalla Società.

§ 1. L'imposta sulla sostanza è prelevata in ragione dell' 1 ‰ per ogni contingente sul capitale azioni e sul fondo di riserva ¹⁾).

L'imposta sulla rendita è prelevata in ragione del 2½ % per ogni contingente sulle somme ripartite à titolo di dividendo, di tantième, e quelle portate in aumento di capitale, del fondo di riserva o d' altri fondi speciali.

§ 2. Le Società per azioni sono obbligate à presentare ogni anno il proprio resoconto all' Ufficio delle contribuzioni.

§ 3. Dal valore capitale apparente dal bilancio devesi dedurre il valore espostovi degli stabili, i quali vengono imposti come all' art. 3, lettera a.

Kanton Thurgau.

Gesetz betreffend das Steuerwesen, vom 15. Februar 1898.

§ 3. Der Vermögenssteuer ist unterworfen:

- a) der gesamte im Kanton befindliche Grundbesitz;
- b) das bewegliche Vermögen derjenigen natürlichen und juristischen Personen (Korporationen, Vereine, Genossenschaften, Gesellschaften, Aktien- und Kommanditaktiengesellschaften), welche im Kanton ihren ordentlichen Wohnsitz oder ihre Verwaltung haben.

¹⁾ Im Steuergesetz heisst es 1 % anstatt 1 ‰; es ist dieses laut Mitteilung der Finanzdirektion, wie leicht ersichtlich, ein Druckfehler!

§ 5. Für die Entrichtung der Vermögenssteuer sind folgende Grundsätze geltend:

- a) Als Steuerkapital aus Schuldverschreibungen und gewöhnlichen Schuldscheinen gilt der Nennwert, als solches aus den übrigen Wertpapieren (Aktien, Anteilscheine, Obligationen etc.) der jeweilige Kurswert, beziehungsweise deren Rentabilitätswert.

§ 8. Der Einkommenssteuer ist unterworfen:

- a) Das Fr. 600 übersteigende Einkommen der im Kanton wohnhaften Bürger und Niedergelassenen, der Aufenthalter mit ordentlichem Wohnsitz, sowie der im Kanton bestehenden Korporationen, Aktien- und anderer Erwerbsgesellschaften, Genossenschaften und Vereine.

§ 10. Von der Einkommenssteuer sind ausgenommen:

- c) herwärtige Inhaber oder Anteilhaber oder Aktienbesitzer etc. von auswärts etablierten Geschäften für das aus solchen bezogene Einkommen, sofern es bereits am Orte der Geschäftsbetriebung versteuert werden muss ¹⁾.

Kanton Uri.

Steuergesetz vom 2. Mai 1886.

Art. 2. Der Vermögenssteuer ist unterworfen:

- a) alles innerhalb und ausserhalb des Kantons befindliche, bewegliche und unbewegliche Eigentum und Guthaben eines im Kanton wohnenden Bürgers, Niedergelassenen und gesetzlichen Aufenthalters, einer im Kanton bestehenden Gesellschaft, Genossenschaft, geistlichen oder weltlichen Korporation, Stiftung oder Aktiengesellschaft, der Bezirke und Gemeinden.

Art. 5. Handels- und Fabrikationsgeschäfte irgendwelcher Art, die im Kanton betrieben werden und auf Aktien oder Anteilscheinen beruhen, haben die Totalsumme ihres einbezahlten Aktienkapitals, den Reservefonds und die übrigen Vermögensteile als Einheit zu versteuern, wogegen die im Kanton wohnhaften Eigentümer solcher Aktien oder Anteilscheine dieselben bei ihrer persönlichen Besteuerung in Abzug zu bringen berechtigt sind (vorbehältlich der Gemeindesteuern).

Aktien und Anteilscheine von Unternehmungen irgendwelcher Art, welche ausserhalb des Kantons

¹⁾ Laut Mitteilung der Finanzdirektion gilt dieses nur, sofern das betreffende Geschäft innerhalb der Schweiz domiziliert ist.

betrieben werden, dürfen von herwärtigen Eigentümern bei der Steuer nicht in Abzug gebracht werden.

Art. 7. Die Werttitel aller Art sind zum Nennwerte und alle ausstehenden Hypothekarzinse zu 4 % in Anschlag zu bringen.

Art. 10. Der Erwerbssteuer ist unterstellt:

Der Erwerb und das Einkommen aller im Kanton befindlichen Bürger, Niedergelassenen, gesetzlichen Aufenthalter, Gesellschaften, Genossenschaften, geistlichen und weltlichen Korporationen, Stiftungen und Aktiengesellschaften, welche sich aus Handel, Fabrikation, Gewerbe, aus jedweder Berufsart, Beamtung, Anstellung, Pfründe u. dgl. ergeben, wess Namens der Erwerb und das Einkommen auch sein mögen.

Art. 11. Von der Erwerbssteuer sind befreit:

- a) die mit Gewinnung des Erwerbs verbundenen Unkosten, einschliesslich einen Zins von $4\frac{1}{2}\%$ von dem effektiv eingeschossenen, eigenen und im Kanton als Vermögen versteuerten Betriebskapital, mit Ausnahme der Haushaltungskosten.

Art. 12. Der Erwerb eines Geschäftes, das aus einer Mehrzahl von Teilhabern oder auf Aktien beruht, ist samthaft zu versteuern, und es wäre somit eine Teilung des ersteren auf die einzelnen Teilhaber zu Steuerzwecken unstatthaft.

Gratifikationen und Tantiemen sind von dem steuerpflichtigen Jahresgewinn nicht in Abzug zu bringen.

Kanton Waadt.

Loi d'impôt sur la fortune mobilière et sur la fortune immobilière, du 21 août 1886.

Art. 9. Doivent l'impôt mobilier:

- a) les personnes résidant dans le canton;
- b) les sociétés civiles et commerciales, industrielles et financières, les associations de tous genres, les communes, corporations, paroisses, confréries, les fondations, les caisses de famille et en général toutes les personnes juridiques qui ont leur siège dans le canton;
- c) les personnes et les sociétés qui ne résidant pas ou n'ayant pas leur siège dans le canton, y ont un établissement, une succursale ou y exercent une industrie permanente.

Art. 11. Le premier cours coté en janvier de l'année comptable détermine la valeur des titres cotés à la bourse.

Les actions et parts de sociétés qui ont leur siège en Suisse et dont le cours à la bourse est supérieur à leur valeur nominale ou qui rapportent un intérêt

supérieur au 4 % de cette valeur, sont comptées dans la fortune mobilière du porteur ou du créancier pour leur valeur nominale seulement.

L'avoir net (réserves et amortissements compris) des sociétés mentionnées au paragraphe précédent qui ont leur siège dans le canton est compté dans la fortune mobilière de ces sociétés pour tout ce qui excède le capital social.

Art. 16. L'impôt sur le produit du travail est dû annuellement par toutes les personnes, sociétés et associations mentionnées à l'art. 9.

Art. 17. Cet impôt se perçoit:

- a) sur le produit de tout commerce, de toute industrie et de toute exploitation, agricole ou autre, déduction faite du 5 % des capitaux engagés qui sont soumis à l'impôt cantonal.

Loi du 27 novembre 1878 modifiée par celle du 9 septembre 1885.

Art. 1. Sont soumises à l'obligation de se pourvoir d'une patente:

- a) les sociétés anonymes et les associations réglées par les dispositions des titres 26 et 27 du Code fédéral des obligations et ayant leur siège dans le canton;
- b) les succursales et agences établies dans le canton par des sociétés anonymes ou associations ayant leur siège hors du canton;
- c) les sociétés d'assurances qui n'ont pas leur siège dans le canton et qui veulent y faire des opérations.

Art. 5. Le prix annuel de la patente est fixé par le Département des finances, ensuite du préavis du Préfet du district dans lequel la société a son siège, ou son domicile élu, entre un minimum de fr. 5 et un maximum de fr. 1000, suivant l'importance des opérations de la société et de ses gains présumés. Il peut y avoir recours au Conseil d'Etat.

Art. 7. Les patentes sont délivrées pour une durée de 4 ans au maximum.

Art. 8. L'émolument de chancellerie pour l'expédition de la patente est fixé à fr. 5 pour toute la durée de la patente.

Kanton Wallis.

Finanzgesetz vom 10. November 1903.

Art. 13. Die bestehenden Steuern sind:

- a) die Vermögenssteuer;
- b) die Einkommenssteuer;

- c) die Gewerbesteuer;
- d) die Stempelgebühr;
- e) die Militärpflicht-Ersatzsteuer;
- f) die Hundesteuer.

Art. 14. Der Steuer auf das Vermögen sind unterworfen:

- a) die im Kanton gelegenen Liegenschaften;
- b) die inner- oder ausserhalb des Kantons angelegten Schuldforderungen, Aktien, Obligationen, Anteils- und Beitragsscheine von Gesellschaften, sowie andere bestimmbare Werte.

Art. 15. Der Einkommenssteuer sind unterworfen:

- a) die Renten, Pensionen, Gehälter, Honorare, Besoldungen;
- b) der Ertrag der ausserhalb des Kantons befindlichen Liegenschaften.

Art. 20. Die Schuldforderungen, Obligationen, Aktien, Beitragsscheine von Gesellschaften und andere Mobilienwerte werden nach den im Gesetze über die Kontrolle der Mobiliensteuer vorgesehenen Regeln und Formen in das Steuerregister eingetragen.

In der Regel werden diese Titel nach ihrem Nennwert eingeschrieben.

Kursfähige Staatspapiere, Aktien und Werttitel werden jedoch für ihren Kaufwert eingetragen.

Diese Kapitalien werden vom Staate für den gesamten also ermittelten Wert und von der Gemeinde für $\frac{2}{3}$ desselben besteuert.

Art. 25. Jede Ausübung einer Industrie, eines Handels, Berufes, selbst auf dem Gebiete der Wissenschaft und Kunst, eines Gewerbes, Handwerks u. s. w., sowie des Lohndienstes, insofern derselbe nicht die Einkommenssteuer bezahlt, ist der Gewerbesteuer unterworfen.

Art. 68. Die im Kanton errichteten Gesellschaften haben für ihr Grundkapital weder dem Staate noch der Gemeinde eine Steuer zu entrichten.

Dagegen sind die Besitzer von Aktien und Teilscheinen von Aktiengesellschaften und Kommanditaktiengesellschaften in betreff der Mobiliensteuer den gewöhnlichen Gesetzesbestimmungen unterworfen.

Art. 70. Die Gesellschaften jeglicher Art und Organisation haben eintretendenfalls dem Kanton und der Gemeinde zu entrichten:

- 1. die Steuer für ihre Liegenschaften;
- 2. die Steuer für Handel und Gewerbe;
- 3. die Mobiliensteuer für ihr gesamtes Gesellschaftsvermögen, abzüglich des Grundkapitals, für Reserveanlagen, Amortisations- und andere Fonds;

- 4. die Mobiliensteuer für ihre grundversicherten Schuldforderungen.

Art. 71. Die Bank- und Kreditgeschäfte sind zur Kantonalsteuer nur für die Hypothekarforderungen gehalten, für welche Schuldenabzug verlangt worden ist, wenn diese Forderungen in den Geschäftsoperationen, für welche die Industrietaxe bezahlt wird, inbegriffen sind.

Art. 72. Die in den vorstehenden Artikeln erwähnten Gesellschaften und Anstalten sind auf Verlangen gehalten, der zuständigen Behörde ihre Jahresbilanzen und -rechnungen, sowie den Betrag ihres Industriekapitals bekannt zu geben.

Kanton Zug.

Gesetz über die Bestreitung der Staatsauslagen, vom 28. Dezember 1896.

§ 11. Der Vermögenssteuer ist unterworfen:

- a) alles in und ausser dem Kanton befindliche Guthaben der Kantonsbewohner, bestehe es in Mobilien oder Immobilien, gehöre es Privaten, Gesellschaften, Erwerbsvereinen, Korporationen, Gemeinden, Klöstern, Familien- und übrigen Stiftungen der Kantonsbewohner nach Abzug Stiftungen der Kantonsbewohner, nach Abzug
- b)

§ 13. Das Vermögen von Gesellschaften (einfache Kollektiv-, Kommandit- und Aktiengesellschaften, Genossenschaften, Vereine) ist als Einheit zu versteuern, wogegen die im Kanton wohnhaften Gesellschafter ihren Anteil am Gesellschaftsvermögen bei ihrer persönlichen Besteuerung in der Höhe des einbezahlten Betrages, vorbehaltlich der Bestimmungen betreffend die Gemeindesteuer, in Abzug zu bringen berechtigt sind.

Als Gesellschaftsvermögen wird besteuert:

Das einbezahlte Gesellschaftskapital, soweit dasselbe nicht infolge nachgewiesener Verluste später herabgesetzt wurde, allfällige Reservefonds und der Wert von sonstigen aus dem Geschäftsgewinn bestrittenen Vermögensauffnungen.

Für das Kapital von Gesellschaften, welche der Patentsteuer unterworfen sind, ist die Steuer nicht nach dem Ertrage, sondern nach dem Nennwerte, eventuell nach dem herabgesetzten Werte zu erheben.

Anteile an Vermögen von Gesellschaften, welche ausserhalb des Kantons domiziliert sind, dürfen von herwärtigen Eigentümern nicht in Abzug gebracht werden und sind nach dem Ertragswerte zu versteuern.

§ 18. Von der Einkommens- und Erwerbssteuer sind ausgenommen:

- a) der jährliche Ertrag an Zinsen (Lehen-, Kapitalzinse), Renten, Leibgedinge etc., welcher auf ein als Vermögen zu versteuerndes Kapital sich gründet;
- b) jenes Einkommen und jener Erwerb, der, weil aus einer patentpflichtigen Berufsart, wie Wirtschaft, Handlung, Fabrik, herrührend, bereits verabgibt ist.

§ 29. Bei Berechnung des Vermögens von im Kanton wohnenden Pflichtigen können von dem Gesamtwert des Besitztums allfällige Schulden in Abzug gebracht werden, ausgenommen bei Gesellschaften, welche das Aktien- oder Anteilkapital im einbezahlten oder herabgesetzten Betrage und die Reservefonds voll zu versteuern haben.

§ 58. Private und Gesellschaften, Konsum- und genossenschaftliche Vereine, die im Kanton eine Wirtschaft, Kuranstalt, Fabrikation, eine Handlung, ein den Handel mehr oder weniger in sich schliessendes Gewerbe, auf eigene Rechnung oder durch andere betreiben lassen, haben hierfür ein Patent und für dasselbe die nach Massgabe der nachfolgenden Paragraphen auszumittelnde Steuer zu bezahlen.

§ 59. Die Grösse der Patentsteuer richtet sich nach der Erträglichkeit, Ausdehnung und nach dem Kapitalumsatz der betreffenden Wirtschaft, Fabrikation, Handlung oder des in letztere einschlagenden Gewerbes.

§ 65. Handlungen oder in das Handelsfach mehr oder weniger einschlagende Gewerbe, wie Bankgeschäfte, industrielle Etablissements, Transportanstalten etc. werden nebst der Stempel- mit einer Patentsteuer belegt und zu diesem Zwecke je nach der Erträglichkeit, Ausdehnung und dem Kapitalumsatze in 3 Klassen eingeteilt.

Die Patentpflichtigen bezahlen folgende Patentsteuer:

In der ersten Klasse	Fr.	4—100
„ „ zweiten „	„	100—1000
„ „ dritten „	„	1000—4000

Kanton Zürich.

Gesetz betreffend die Vermögens-, Einkommens- und Aktivbürgersteuer, vom 24. April 1870.

§ 2. Der Vermögenssteuer ist unterworfen:

- a) das in und ausser dem Kanton befindliche Gut eines im Kanton wohnenden Bürgers oder Niedergelassenen oder einer im Kanton bestehenden Korporation.

§ 4. Der Einkommenssteuer ist unterworfen:

Der Erwerb und das Einkommen der im Kanton wohnenden Bürger und der Niedergelassenen und der im Kanton bestehenden Korporationen ¹⁾).

Gesetz betreffend die direkte Staatssteuer. Antrag des Regierungsrats, vom 16. Oktober 1899.

§ 2. Vermögenssteuerpflichtig sind, vorbehaltlich der bundesrechtlichen Vorschriften betreffend Doppelbesteuerung:

1. die Kantonseinwohner für ihr in und ausser dem Kanton befindliches Gut;
2. auswärts wohnende Personen:
 - a) für das Vermögen, welches im Kanton von Behörden verwaltet wird;
 - b) für das im Kanton liegende Grundeigentum und mit demselben verbundene Besitztum;
 - c) für ein im Kanton betriebenes Geschäft, beziehungsweise die Anteile an einem solchen, als welche insbesondere auch Aktien und Anteilscheine der im Kanton bestehenden Korporationen (Aktiengesellschaften u. a.) gelten;
3. die im Kanton bestehenden Korporationen (Aktiengesellschaften, Genossenschaften u. s. w.) und Stiftungen für das in und ausser dem Kanton befindliche Gut.

§ 3. Die im Kanton domizilierten Aktiengesellschaften und übrigen auf Anteilscheine der Mitglieder gegründeten Korporationen haben in Verbindung mit der eigenen Vermögenssteuer auch die Steuer von den Aktien, beziehungsweise Anteilscheinen zu bezahlen. Dieser Gesamtsteuer ist das vorhandene Vermögen der Korporation an Grundeigentum, Mobilien, Betriebs- und Reservekapitalien etc., wie es gemäss § 7 geschätzt wird, unter Abzug der Schulden gemäss § 8, als ein Ganzes zu Grunde zu legen und hiervon die Steuer progressiv nach § 19, Abs. 1, zu berechnen.

Die von der Korporation erhobene Steuer wird mit dem Steuerbetreffnis, das der einzelne Besitzer von Aktien und Anteilscheinen hierfür kraft gegenwärtigen Gesetzes schuldet, verrechnet.

§ 11. Einkommenssteuerpflichtig sind:

1. die Kantonseinwohner und die im Kanton bestehenden Korporationen für ihren Erwerb, beziehungsweise das Einkommen aus Geschäftsbetrieb, soweit dasselbe nicht von der Vermögenssteuer betroffen wird; Aktiengesellschaften und Genossenschaften ausser für ihr übriges

¹⁾ Nähere die Aktiengesellschaften betreffenden Bestimmungen enthält dieses Gesetz nicht, vergl. oben S. 196 die diesbezügliche Bemerkung des Regierungsrates.

Einkommen auch für die aus dem Reingewinn an ihre Verwaltungsorgane und Angestellten ausgerichteten Tantiemen;

2. auswärtige Personen und Korporationen für das aus Geschäftsbetrieb im hiesigen Kanton erzielte Einkommen, soweit dasselbe hierorts nicht von der Vermögenssteuer getroffen wird. Nötigenfalls haften hierfür die hiesigen Agenten und Bevollmächtigten.

Gesetz betreffend die direkten Steuern. Kommissionalantrag vom 27. März 1902.

§ 15. Für die Aktiengesellschaften und die Erwerbsgenossenschaften, welche im Kanton Zürich ihren Sitz haben, gelten die nachfolgenden besonderen Bestimmungen.

§ 16. Das steuerpflichtige Einkommen dieser Korporationen besteht aus:

- a) den Einlagen in die Reservefonds;
- b) den Verwendungen aus dem Ertrag, die als Vermögensvermehrung zu betrachten sind (Anlagen, Anschaffungen, Verbesserungen, sowie Abschreibungen, welche über das in § 5, e, festgesetzte Mass hinausgehen);
- c) die Vermehrung des Übertrags auf neue Rechnung.

§ 17. Sie haben die Zuschlagsteuer von Eins vom Tausend vom durchschnittlichen Werte des Aktienkapitals im Steuerjahre und von den Reservefonds zu entrichten.

Sind die Aktien, beziehungsweise Genossenschaftsanteile nicht voll einbezahlt, so ist für den nicht einbezahlten Teil ein halbes Tausendstel vom Nennwerte zu bezahlen.

§ 18. Ferner wird bei diesen Korporationen die Einkommenssteuer von der Hälfte der an die Aktionäre, beziehungsweise Genossenschaftler ausgerichteten Dividende als ungetrenntes Ganzes erhoben.

Soweit diese Personen dem Kanton Zürich die Einkommenssteuer von den obigen Dividenden entrichten, wird der auf sie entfallende Teil der nach Absatz 1 bezahlten Steuer an ihrer eigenen Steuer abgerechnet.

§ 21. Wenn Aktiengesellschaften und Genossenschaften an Verwaltungsorgane und Angestellte Vergütungen ausrichten, welche nach dem Geschäftsertrage bemessen werden, wie Tantiemen, Gratifikationen, so wird die Einkommenssteuer für diese Vergütungen als ungetrenntes Ganzes bei diesen Korporationen erhoben.

Andererseits sind die im Kanton Zürich steuerpflichtigen Bezüger der nach Absatz 1 besteuerten Ausrichtungen für ihre Anteile steuerfrei.

Benutzte Literatur.

Neben amtlichem Material.

- Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 2. Auflage, Jena 1901, Art. „Aktiengesellschaften“ von van der Borcht, „Steuer“ und „Doppelbesteuerung“ von Eheberg.
- Wörterbuch der Volkswirtschaft, 2. Auflage 1906, Art.: „Aktiengesellschaften“ von Rathgen.
- Volkswirtschaftslexikon der Schweiz, herausgegeben von Furrer, Bern 1893.
- Wörterbuch der schweizerischen Volkswirtschaft. Zürich 1901 ff. Art.: „Doppelbesteuerung“ von Speiser.
- Schönbergs Handbuch der politischen Ökonomie, insbesondere Adolf Wagner, „Die sogenannten direkten Steuern“ 4. Auflage, Tübingen 1897. 3. Band, 1. Halbband, Abschnitt 6.
- Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften 1904/05 Leipzig, 1904.
- Kompass, österreichisch-ungarisches Finanzjahrbuch, Bd. I, 1905, Wien 1905.
- Beitrag zur Statistik der Aktiengesellschaften vom eidgenössischen statistischen Bureau. Zeitschrift für schweizerische Statistik, 1904. Bd. I, S. 100 ff.
- Die Bewegung der Aktiengesellschaften während des Jahres 1902 vom eidg. statistischen Bureau. Ebenda 1904, Bd. II, S. 68 ff. Desgl. pro 1903 ebenda 1905, Bd. I, S. 195.
- Statistisches Jahrbuch für die Schweiz Jahrgang 1904.
- Jaarcijfers vor het Koninkrijk der Nederlanden. Bewerkt door het Central Bureau voor de Statistiek. Jahrgang 1903. Gothaischer Hofkalender.
- Fr. J. Neumann: Die Steuer. Bd. I. Tübingen. 1887.
- Grundlagen der Volkswirtschaftslehre. Tübingen. 1889.
- Das öffentliche Interesse mit bezug auf Gebühren- und Steuerwesen. Annalen des Deutschen Reichs. 1886. S. 211 ff.
- Die Steuer nach der Steuerfähigkeit. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 1880. S. 511 ff.
- Die progressive Einkommensteuer. Schriften des Vereins für Sozialpolitik. 1874.
- Robert Meyer: Die Prinzipien der gerechten Besteuerung in der neueren Finanzwissenschaft. Berlin 1884.
- Sombart: Die deutsche Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert.
- May: Die Wirtschaft in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Berlin 1901.
- Fristing: Die Einkommensbesteuerung der Zukunft. Berlin 1903.
- Die direkten Steuern. Bd. IV. Berlin 1899.

- A. Wagner*: Die finanzielle Mitbeteiligung der Gemeinden an kulturellen Staatseinrichtungen. Jena 1904.
- Schanz*: Zur Frage der Steuerpflicht. Finanzarchiv IX, 1892, S. 416.
- Carter Adams*: The Science of Finance, New York 1899.
- Carnegie*: Kaufmanns Herrschgewalt, Übersetzung von E. E. Lehmann. Berlin 1903.
- „Unsere Grossbanken“ in der Zeitschrift „Plutus“ 1905, S. 242.
- Schanz*: Die Steuern der Schweiz, 5 Bd°. Stuttgart 1890.
- Steiger*: Grundzüge des Finanzhaushaltes der Kantone und Gemeinden. 2 Teile. Bern 1903.
- Cérenville*: Les impôts en Suisse. Lausanne 1898.
- Cohn, Gustav*: Die Einkommensteuer im Kanton Zürich, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 1880, S. 205.
- Wolf*: Steuerreform im Kanton Zürich. 1897.
- Ernst*: Die direkten Staatssteuern des Kantons Zürich. Winterthur 1903.
- Richard*: Vorschläge zur Revision des Staatssteuergesetzes des Kantons Zürich. (I. Eingabe der Zürcher Handelskammer.) Zürich 1901.
- Zur Steuerreform im Kanton Zürich. Zweite Eingabe der Zürcher Handelskammer. Zürich 1902.
- Derselbe Titel. Dritte Eingabe der Zürcher Handelskammer. Zürich 1905.
- Bücher*: Basels Staatseinnahmen und Steuerverteilung. Basel 1888.
- Scheel*: Gutachten „Über einige Fragen betreffend die Reform des Steuerwesens im Kanton Bern“. Bern 1876.
- Vogt, G.*: Gutachten betreffend die Einführung der Progressivsteuer und einer besonderen Besteuerung der Aktiengesellschaften im Kanton Basellandschaft. Zürich 1882.
- Meili*: Rechtsgutachten über die Besteuerung von Aktiengesellschaften. Zeitschrift für schweizerische Gesetzgebung und Rechtspflege, 1882, S. 489.
- Fr. J. Neumann*: Die Aktien- und ähnliche Gesellschaften als Rechtssubjekte und als Steuersubjekte. Annalen des Deutschen Reichs 1905. S.
- Dietzel*: Die Besteuerung der Aktiengesellschaften in Verbindung mit der Gemeindebesteuerung. Köln 1859.
- Schanz*: Die Besteuerung der Aktiengesellschaften in den deutschen Staaten. Wochenschrift für Aktienrecht und Bankwesen, 1892. Nr. 20.
- Hecht*: Die staatliche Besteuerung der Aktiengesellschaften in Deutschland, Finanzarchiv VII, 1890, S. 37.
- Wangemann*: Die Heranziehung der Aktiengesellschaften zur Gemeindeeinkommensteuer in Preussen. Verwaltungsarchiv 1901, S. 489.
- Dehlinger*: Die Besteuerung der Aktiengesellschaften in Württemberg. Finanzarchiv 1904, S. 499.
- Dinglinger*: Einkommensbesteuerung der Aktiengesellschaften in Preussen und Baden. Schönberg-Berlin 1905.
- Seligman*: Taxation of Corporations. New York 1890.
- Steinmützer*: Zur Besteuerung der Aktiengesellschaften in Österreich. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 1904, S. 319.
- Feitelberg*: Die Einkommensbesteuerung nicht physischer Personen. Jena 1900.
- A. Wagner*: Die Reform der direkten Staatsbesteuerung in Preussen im Jahre 1871. Finanzarchiv 1891, S. 551 und 1894 S. 1.
- Nasse*: Die Kommunalsteuerfrage. Schriften des Vereins für Sozialpolitik 1877.
- v. Mayr*: Zur Reform der Einkommensbesteuerung. Verwaltungsarchiv 1904, S. 191.
- A. Wagner*: Das Aktiengesellschaftswesen. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. XXI, S. 319.
- Hafner*: Schweizerisches Obligationenrecht. 2. Auflage. Zürich 1898.
- Schollenberger*: Grundriss des Staats- und Verwaltungsrechts der schweizerischen Kantone. 3 Bde. Zürich 1898–1900.
- Schneider*: Entscheidungen des aargauischen Obergerichts aus den Jahren 1872–97. Aarau 1901.
- Curti*: Sämtliche Entscheidungen des schweizerischen Bundesgerichts in abgekürzter Fassung. Zürich 1900.
- Schwabe*: Die Körperschaft mit und ohne Persönlichkeit. Basel 1904.
- Waldkirch*: Zur Revision des schweizerischen Aktienrechts. Monatsschrift für Handelsrecht und Bankwesen, 1904, S. 286.
- Zürcher*: Kritische Darstellung der bundesrechtlichen Praxis betreffend das Verbot der Doppelbesteuerung. 1882.
- Schreiber*: Derselbe Titel, Basel 1885.
- van Muyden*: Exposé critique de la jurisprudence fédérale en matière de double imposition. Lausanne 1882.
- Speiser*: Das Verbot der Doppelbesteuerung. Zeitschrift für schweizerisches Recht. Neue Folge. Bd. IV, S. 1. — Die Grundzüge eines Bundesgesetzes betreffend das Verbot der Doppelbesteuerung. Basel 1902
- Weber*: Das Verbot der Doppelbesteuerung nach einer steuerrechtlichen Untersuchung des Herrn Dr. P. Speiser. Separatabdruck aus der Zeitschrift des bernischen Juristenvereins. Bern 1887.
- Brodbeck*: Unser Bundesrecht in Doppelbesteuerungssachen. Zürich 1898.
- Verhandlungen des schweizerischen Juristenvereins 1902. Zeitschrift für schweiz. Recht. 1902.
- Böhmert*: Arbeiterverhältnisse und Fabrikinrichtungen der Schweiz. Zürich 1873.